8. Veranlassende Informationen haben Auslösecharakter. Sie werden nur wirksam sein, insoweit vorher bereits Motive geschaffen und Instruktionen erfolgreich gegeben wurden. Motivierende und instruierende Informationen sind gleichsam organisatorische Investitionen. Durch sie werden kollektive Handlungspotenzen erzeugt. Sie schaffen für die Organisation ein geistiges oder politisches Vermögen. Dieses Vermögen wird eingesetzt durch veranlassende Informationen. Sie aktualisieren diese Potenz. Sie wecken in dem gewünschten Zeitpunkt und an dem gewünschten Ort das gemeinsame Wissen und Wollen und konzentrieren es auf eine Aufgabe.

9. Jede Organisation muss folglich für angemessene Einrichtungen sorgen, die motivierende und instruierende Informationen erzeugen. Und jede Organisation muss sich eine Leitung geben, damit es zu einer Aktualisierung und Ausrichtung dervorhandenen Kräfte kommt.

10. Die Gewichtung und Koordinierung der drei organisatorischen Aktivitäten bleibt eine standige Aufgabe. Massgebend sind dabei das allgemeine Ziel und die nächstliegenden Schritte der Organisation, die unter Beachtung der realen Möglichkeiten immer neu bestimmt werden müssen.

11. Um die Organisation des Kasteler Konvents zu verbessern, werden hiermit einige Vorschläge gemacht. - Als erstes wird vorgeschlagen, in einem mehrmonatigen, alle Mitglieder umfassenden klärenden Denkprozess ein Konzept der Gruppe zu erarbeiten. Der vorliegende Rohentwurf soll diesen zur Integration beitragenden Vorgang in Gang setzen. Esgeht darum, einen höheren Grad von psychischem Leben in der Gruppe qua Gruppe zu erzeugen. Der Rohentwurf ist aber auch zugleich eine Aufforderung zum Mitdenken, auf dass wir ein klares und überzeugendes Programm gewinnen. Später ist es jährlich oder in einem längerfristigen Rhythmus zu überarbeiten. Nur die Objektivierung ermöglicht ein kontinuierliches kollektives geistiges Arbeiten, das aber ist wiederum Voraussetzung für angemessene Resultate.

12. Die Stellungnahmen, Kritik und Ergänzungen, aufs Ganze bezogen oder aufs Detail, werden von einer vom Vorstand zu benennenden "Programm-Kommission" eingearbeitet. Danach wird der Entwurf nochmals an alle geschickt und schliesslich der Konventstagung vorgelegt werden. Auf dieseArt erhält der einzelne eine Orientierungshilfe, aber auch für das Seminar und den Konventsvorstand wird das Konzept von Nutzen sein.

13. Wie bereitserwähnt, ist die Einwirkung auf die Kirche und die Gesellschaft unser eigentliches Ziel.

14. Wir haben die Überzeugung, dass die Kirche infolge mancher historischer Momente - insbesondere durch die Eigenart ihrer bisherigen lokalen und regionalen Organisation - sich in unguter Weise von wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebensprozesses entfernt hat.

/3

Gossner Mission

15. Dadurch hat das Leben der Kirche in manchem einen abstrakten, blutlehren Charakter erhalten, erscheint wie etwas Künstliches, dem Leben fremdes. Damit verbunden ist die Gefahr, dass die Teilnahme am kirchlichen Leben den Menschen keine Hilfe gibt sondern eine Belastung bei der Bewältigung ihrer Lebensprobleme wird.

16. Der Kirche, als der Gemeinsachaft der Gläubigen verstanden, fehlt es an einer hinreichenden Konfrontation mit den Missständen und Ungerechtigkeiten des gesellschaftlichen Lebens. Es sei daran erinnert, dass die Pfarrer privilegiert und gleichsam "separiert" sind. Aberauch allgemein gilbt, dass den hauptamtlichen Organisatören, den Verwaltern, den Sprechern, aber auch den führenden Laien der Kirche das Miterleben und Miterleiden der verbliebenen Knechtung, Kneblung und Verunstaltung des Menschen weitgehend erspart bleibt.

17. Erreicht werden muss eine lebendige Identifikation mit den Leidenden und Geschädigten.

18. Schliesslich geht es darum, ein Engagement zu erreichen.

19. Und zwar soll dieses Engagement möglichst wirkungsvoll, möglichst effektiv sein.

2o. Unsere Aufgabe muss vor allem darin bestehen, die gesellschaftliche Potenz christlicher Liebe und kirchlicher Bildung und Bildungsarbeit (im weitesten Sinn, an denke beispielsweise an das Heer der Pfarrer, Sozialsekretäre und Diakonen) für einen gesellschaftlichen Fortschritt zu mobilisieren. - Wir wollen dazu beitragen, dass diese Faktoren auf spezifische Weise erweitert bzw. ergänzt werden, durch neue Erfahrungen und Kenntnisse eine lebensgerechtere Ausrichtung erfahren.

21. Um eine verstärkte Identifikation zu erreichen sind geeignet:

I. "proletarische" Epochen, Beispiele dafür haben geboten Horst Symanowski, Hans Mohn, Ekkehard Börsch, Martin Pirol u.a.

II. Betriebspraktika für Theologiestudenten, Betriebspraktika für junge Pfarrer.

III. Wohnen in Arbeitervierteln und vielseitige Teilhabe an ihrem Leben.

IV. Betriebsbesichtigungen,
Besuch von Unterkünften von ausländischen Arbeitnehmern,
Besuch von Arbeitergaststätten verschiedenen Typs,
Besuch von gewerkschaftlichen Lehrgängen
und anderes mehr.

/4

Gossner Mission

22. Der Vorzug längerfristiger Zeitspannen in der Industrie besteht in der Tatsache, dass man nicht nur eine intime Kenntnis der Betriebssituation erlangt, sondern auch in den tieferen, gleichsam vegetativen Bereichen des eigenen Lebens die Arbeits- und Lebensbedingungen erfährt; man erfasst dadurch in andererWeise die Natur des Industriebetriebes sowie die Natur des Arbeiters.

23. Der Vorzug von Gruppenpraktika besteht in der Möglichkeit zur theoretischen Vorbereitung und Auswertung. Ihre Aufgabe ist es, den Blick nicht zu verengen, sondern auszuweiten und zu vertiefen.

24. Auch die darüber hinaus genannten Besuche und Besichtigungen und dergleichen sind oft von hinreichender Eindringlichkeit.

25. Indem die Menschen sich in den entsprechenden lebendigen Situationen wandeln, wandelt sich zu einem Teil die Kirche. Man muss sich dessen bewusst bleiben, dass es sich in der Tat bereitz um (primäre) Änderungen der Kirche und Gesellschaft handelt. Änderungen im Liedgut, in den Gebeten, in den Predigten, in den organisatorischen Formen, in der gesellschaftlichen Aktivität der Kirche etc. setzen derartige psychische "Neuwerdungen" in den aktiven Kadern voraus.

26. Das Erleben und die Erfahrungen aus dem Bereich der Industriewelt sollen für die praktische Änderung des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens nutzbar gemacht werden.

27. Für die Berufsarbeit im kirchlichen Bereich sollen folgende Gesichtspunkte beachtet werden: In den traditionellen Pfarrämtern besteht die Gefahr, dass zuviel Zeit, geistige Kraft, Energien, von überkommenen Institutionen (Gottesdienst, Kindergottesdienst, Religionsunterricht, Taufe, Hochzeiten, Begräbnissen etc.) aufgesogen werden, Institutionen, die ihre ausstrahlende und lebensformende Kraft weitgehend verloren haben. Eine Reform der einzelnen Elemente kann manches bessern. Doch ist eine wesentliche Erneuerung der Kirche aus weitergreifenden strukturellen Änderungen zu erwarten.

28. Es bedarf noch einiger Jahre, um dazu reife und realistische Vorschläge zu machen. Vorläufig gilt es, eine gesunde Skepsis gegenüber dem Erbe zu wecken, eine kritische Auswahl und Gewichtung zu treffen, sich offen zu halten für neue Aufgaben, zu experimentieren.

29. Wir wollen unsere Kräfte insbesondere der gesellschaftlichen Diakonie widmen. Unseres Erachtens ist es dringgend geboten dazu beizutragen, dass die Gesellschaft zu einem besseren Verständnis ihrer selbst gelangt. Es geht um die Erkenntnis von allgemeinen Mißständen, von typischen Fehlentwicklungen, um die rechtzeitige Bewusstwerdung von gesellschaftlichen Gefahren und Entwicklungsmöglichkeiten. Insbesondere wollen wir auf die Gesellschaft einwirken, um den Willen zu kräftigen zur Steigerung der menschlichen Wohlfahrt - anstelle der Steigerung des Sozialprodukts. Wir wollen das Bewusstsein pflegen, dass es primär um die Wahrung und Förderung der physischen und psychischen Gesundheit des Menschen geht. Unter einem anderen Aspekt gesehen besteht die Hauptaufgabe im Inneren um die Gestaltung einer im höheren Masse solidarischen Gesellschaft, im Äusseren um den Aufbau einer soliden Friedensordnung und Friedenskultur.

Gossner Mission

30. Die typische Form der gesellschaftlichen Diakonie besteht in der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften. Die kirchlichen Gemeinden sollen zu ausserkirchlichem Engagement ermuntert werden, insbesondere zur Arbeit mit Gruppen, bei denen sich ein wacher Sinn für das Wohl der Kommune bzw. des Landes oder der Gesellschaft zeigt. - Diese Diakonie kann die Form haben von sozialen Studien, sie kann die Förderung des Gesprächs zwischen politischen Kräften bedeuten; sie kann in der Anregung neuer Kombinationen und in neuer gemeinsamer Arbeit zwischen bisher isoliert tätigen Kräften bestehen. Ein dauerndes, einseitiges Zusammengehen mit einer Partei oder einem Sozialpartner ist zu vermeiden.

31. In den neuen Sozialpfarrämtern und Industrie-Pfarrämtern wird man diese diakonische Arbeit in der Regel wirksamer leisten können. Doch ist dabei zu beachten, welch ein Spielraum mit diesen Ämtern in den jeweiligen Landeskirchen gegeben ist. Die neuen Ämter stehen stärker im Blickpunkt des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens. Von da hegt es die Tendenz, sie stärker zu reglementieren, als es zum Teil bei den Pfarrämtern der Fall ist.

32. Das Leben undArbeiten in Teams von Kastelern - z.B. in einem Dreierteam, ein Industriearbeiter, ein Gemeindepfarrer und ein Industriepfarrer - hat sich bewährt. Das Team bietet einen besseren Halt. Die Verschiedenartigkeit der Erfahrungsbereiche erweitert den Blick, mindert die Gefahr der Amtsscheuklappen, des Aufkommens einer theologischen Geheimsprache etc.

33. Neben den spezialisierten Teams im genannten Sinn kann auch die einfache Konzentration von zwei oder drei Konventsmitgliedern in einer Stadt (z.B. Marl) oder einem engeren Bezirk nützlich sein. Auch hier kann es eine fruchtbare Arbeitsteilung geben, wenn auch nicht in der gleichen existenziellen Bedeutung.

34. Durch die beständige Auseinandersetzung kann der Sinn der Arbeit besser erhalten und vertieft werden, die Formen verbessert werden. Dort wo die Mitglieder der Teams verstummen und individuelles Wirken in den Vordergrund tritt, sollte man sich trennen.

35. Bisher war die Rede von der Identifikation und dem Engagement, das von der Gruppe angestrebt wird. Es erscheint trotz einiger Überschneidungen nützlich, noch einmal gesondert darzulegen, welche Formen zur speziellen Erweiterung und Ergänzung der vorhandenen Bildung - neben den genannten Erfahrungen aus der Welt des Arbeiters und anderer praktischer Lebensgebiete - von uns weitergeführt bzw. neu aufgebaut werden sollten:

Seminare für kirchlichen Dienst in der Industrie,

Kurse für Theologie-Studenten,

Studienreisen zum Studium der Betriebsverfassung und der Gesellschaftsstruktur nach Ost und West für Seminaristen,

/6

Gossner Mission

dergleichen für Konventsmitglieder,

Konvente mit ausgewählten Referaten, Buchausstellungen etc.

Förderung von ergänzenden Studien von ausgewählten jungen Kastelern in Soziologie oder ähnlichen Fächern,

Erfahrungsaustausch mit verwandten Gruppen in den USA, Frankreich, Italien und anderwärts durch Einladung einzelner aus diesen Gruppen zum Konvent, durch Besuchsreisen einzelner oder von Gruppen des Konvents,

durch mehrmonatige Mitarbeit bzw. Austausch von Kräften,

jährliche spezifische Literaturbesprechungen.

Ferner ist eine geplante Spezialisierung in den örtlichen und regionalen Gruppen anzustreben. Empfehlenswerte Arbeitsgebiete:

Betriebssoziologie, Sozialpsychologie, Gemeindesoziologie, Statistik, Studium gesellschaftlicher Trends, Zukunftsplanung, politische Strategie, Friedensforschung.

36. Jedem sollte es bewusst sein, dass nach dem Mainzer Seminarkurs eine beständige systematische Weiterbildung unerlässlich ist.

37. Die Kasteler Gruppe wird sich immer erneut um eine Ausrichtung ihrer Kräfte auf wesentliche und günstige Einwirkungsfelder bemühen müssen. Dabei wird es von den Intensionen und Talenten der einzelnen und ihrer jeweiligen beruflichen Lage abhängen, wo und wie sie wirken wollen und wirken können Die Gruppe als Ganzes - repräsentiert durch die Arbeit in Mainz-Kastel und die vom Vorstand angeregte Tätigkeit - muss jedoch ihre Arbeit unter dem Aspekt der notwendigen Konzentration diskutieren und planen. ("Konzentration ist das Geheimnis aller Strategie") Es muss geklärt werden, was wir anpacken wollen und in welcher Reihenfolge wir unsere Aufgaben angehen wollen.

38. Neben der Seminarleitung ist es die Sache des Konventsvorstandes wie auch aller Konventsmitglieder, an der ständigen Verbesserung dieser verschiedenen Aktivitäten mitzuwirken bzw. Initiativen zu entwickeln, um sie ins Leben zu rufen. Selbständigkeit und loyale Zusammenarbeit sind dabei gleichermassen erforderlich.

39. Im folgenden werden einige Vorschläge gemacht, bei denen es vor allem um zwei Zielsetzungen geht

a) bessere Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Konvents als Gruppe mit besonderer Zielsetzung zu schaffen,

b) gemeinsame Einrichtungen aufzubauen, die der Erleichterung und Verbesserung der beruflichen Arbeit der Konventsmitglieder dienen.

Gossner Mission

40. Notwendig erscheint eine alljährliche schriftliche Erfassung von dem, was in der Gruppe gedacht wird, getan wird, wo neue Erfahrungen vorliegen, Fortschritte in der Arbeit gemacht wurden. Dazu erforderlich sind periodische Umfragen mit gezielten Fragen. Durch Fragenblätter kann diese Aufgabe vereinfacht werden.

41. Durchfuhrung einer systematischen Supervision durch "Praktikumsbesuche" von Mainz-Kastel.

42. Erarbeitung eines Leitfadens für Theologie-Studenten, und zwar für solche, die nicht in Mainz-Kastel waren.
Inhalt:
Motivierung für ein Studium mit progressiver Orientierung, Schwächen der Kirche, Aufgaben der Kirche in Kasteler Sicht, praktische Ratschläge für Lektüre und Studium, Möglichkeiten für Stipendien u.a.

43. Leitfaden für junge Christen einer Industriegemeinde.

44. Leitfaden für junge Pfarrer einer Industriegemeinde.

45. Tonbildschau über Praktikum, Seminar und Studienreise, um eine gut informierende und eindrucksvolle Werbung für das Seminar zu erreichen. Eventuell mit dem kommenden Seminar zu erarbeiten.

46. Schriftliche Berichte über jede grossereStudienfahrt.

47. Aufbau eines kleinen Archivs nach den spezifischen Bedürfnissen des Konvents, evtl. mit Kopien-Archiv beim Seminar und beim Vorstand.

48. Zur Auswahl und Vorbereitung einer Kontaktpflege in der Kirche wäre eine kleine Dokumentation über verschiedene in Betracht kommende Gruppen oder Institutionen, ihre Aufgaben, Funktionen, ihreStärke, ihre Entwicklung etc. wunschenswert.

49. Zeitschriftenschau unter entsprechenden Aspekten; letztere wären schriftlich zu fassen. Eine Aufgabenteilung ist hierbei notwendig.

50. Übersicht über Aktuelles aus dem kirchlichen Leben - soweit es für unsere Zielsetzung relevant ist. Umschau über Kirchentage, regionale Konferenzen, Stellungnahmen der EKID, verwandte Tendenzen in anderen Kirchen.

51. Handreichungen für die aktuelle Predigt (Erntedanksonntag, 1. Mai, 8. Mai, 17. Juni u.ä.; zur Teilung Deutschlands, zur Versöhnung mit Polen, zur Entspannungspolitik etc.).

52. Handreichungen für den Aufbau einer Gemeindebibliothek.

53. Konstituierung von Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von publikationsreifen Stellungnahmen zu aktuellen Fragen: z.B. Thema Mitbestimmung. Anlass könnte sein die Stellungnahme der katholischen Unternehmer vom Oktober 1965, das Schema 13 des Konzils, die neuen Forderungen des DGB.

Gossner Mission

54. Erarbeitung einerbeispielhaften Gemeindestudie, verbunden mit methodischen Hinweisen, wie man in der eigenen Gemeinde zu einer ähnlichen Übersicht gelangen kann.

55. Musterbriefe für die Kontaktaufnahme mit Gemeinderäten, den verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung, den Parteien, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen und ähnlichen Gruppen.

56. Musterprogramme für eine lokale Bildungsarbeit von Kastelern. Grundprogramme und jeweils neue Vorschläge für das kommende Winterhalbjahr.

57. Ratschläge für den Umgang mit der Lokalpresse.

58. In Anbetracht der Kinderfreudigkeit evangelischer Pfarrfamilien sollte auch eine Familienhilfe für den Urlaub, für Krankheitsfälle u.ä. Umstände organisiert werden. Erforderlich wären Meldungen, wer bereit ist, gegebenenfalls für einigeTageoder Wochen ein oder mehrere Kinder aus unserem Kreis aufzunehmen; ferner einekarteimässige Erfassung, schliesslich eine verantwortliche Inanspruchnahme.

59. Ferner erscheint mir ein Tausch von Urlaubswohnungen bzw. eine wechselseitige Information über gute Quartiere nützlich.

60. Der Konvent hat ein jährliches Beitragsaufkommen und ein kleines Vermögen ist vorhanden. Der Fond war ursprünglich dazu gedacht, denen eine Übergangshilfe zu bieten, die bei dem Versuch, Kasteler Gedanken in dieTat umzusetzen, in Schwierigkeiten geraten.

Ich schlage vor, weiterhin einen Teil diese Fonds (z.B. DM 5.000,--) für diesen Zweck zu reservieren, im übrigen aber die Mittel in die Disposition des Vorstandes zu stellen, und zwar für investive Zwecke (zur Förderung der Kasteler Aktivität).

61. Eine zu bildende Etatkommission sollte einige grobe Richtlinien für das Finanzwesen festlegen.

62. Sofern es dem Vorstand gelingen sollte, dieGruppe stärker zu integrieren und seine Autorität zu festigen, wäre eine Straffung des Beitragswesens vorzunehmen.

In schriftlichen Fixierungen liegen zweifellos bestimmte Gefahren. Aber sie haben auch vielfältige positive Konsequenzen. Das derzeitige katholische Konzil in Rom bietet dafür reiches Anschauungsmaterial. Die Neue Züricher Zeitung schrieb am 11. Oktober 1965:

> "Das Schema (13) bleibt das Sorgenkind des Konzils. Aber so unvollkommen es in vorletzter Stunde noch ist, eine wesentliche Aufgabe hat es doch schon erfüllt: es hat der Auseinandersetzung der katholischen Kirche mit der Welt unserer Tage zu einer Intensität verholfen, wie sie noch vor kurzem nicht vorstellbar war. "

Heinz Raspini

Gossner Mission

f. d. D. Kastel

Thema: Bildungsplanung

2. Bildungsprogramme der DDR

Aus dem Entwurf zum "Jugendgesetz der DDR" (veröffentlicht in: "Neues Deutschland" Nr. 266, Ausgabe B vom 28. Sept. 1963), das das "Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung vom 8. Febr. 1950 ablösen soll, zitieren wir folgende Abschnitte :

"Die Deutsche Demokratische Republik verkörpert das Neue, das sozialistische Zeitalter in Deutschland und verheißt der ganzen Nation eine glückliche Zukunft. Die heutige Jugend unserer Republik ist die Generation, die den Übergang zum Kommunismus vollziehen wird und die aktiv mithilft, das einheitliche und sozialistische Deutschland zu schaffen.

Für jeden Jugendlichen ist es ein großes Glück, in dieser Zeit zu leben und in unserem Staat - dem Vaterland der deutschen Jugend - alle Möglichkeiten zur Bewährung seines jugendlichen Tatendrangs zu besitzen.

Den Jugendlichen, die dazu berufen sind, die Aufgaben der nächsten 50 Jahre als hochqualifizierte Facharbeiter und Ingenieure, als Wissenschaftler und Künstler, als Staats- und Wirtschaftsfunktionäre zu gestalten und die Zukunft der Nation zu meistern, gehört die Fürsorge der sozialistischen Staatsmacht und der ganzen Gesellschaft.

Alle Organe der Staatsmacht betrachten die allseitige Erziehung, Bildung und Förderung jedes jungen Menschen zu einer geistig und moralisch hochstehenden und körperlich gesunden sozialistischen Persönlichkeit als eine ihrer vornehmsten Aufgaben.

So werden der Jugend alle Möglichkeiten erschlossen, sich die geistigen Reichtümer unseres Volkes und der fortschrittlichen Menschheit anzueignen und durch eigene Leistungen die geistigen und materiellen Güter unseres Volkes, die geschichtlichen Errungenschaften unserer Republik zu mehren.

§ 2

(1) Die Jugend kämpft im sozialistischen Wettbewerb um die ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und für die Verbesserung der Qualität der Produktion auf der Grundlage von Bestwerten und technisch begründeten Arbeitsnormen. Ihre Ergebnisse sind von den Staats- und Wirtschaftsorganen auszuwerten und für die Leitung der Volkswirtschaft zu nutzen.

§ 9

(1) Jeder Jugendliche in der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch das einheitliche Bildungssystem verwirklicht. Die Bildung umfaßt die allseitige - geistige, körperliche, moralische, polytechnische und ästhetische - Entwicklung der Jugend, die sie befähigt, bewußt das gesellschaftliche Leben zu gestalten und die Natur zu verändern.

Gossner Mission

§ 11

(1) Die Berufsausbildung ist Bestandteil des einheitlichen Bildungs- und Erziehungsprozesses. Das Niveau der Berufsausbildung und die Berufsbilder müssen den Erfordernissen der modernen Produktion und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechen.

§ 28

(1) Die Jugend als die Zukunft der Nation und Mitgestalter der Gesellschaft ist in die gesamte Tätigkeit des sozialistischen Staates einzubeziehen. Die Staats- und Wirtschaftsorgane, alle Abgeordneten, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Lehrer und Erzieher sichern die Rechte der Jugend.

§ 31

(3) Die Maßnahmen zur Jugendförderung sollen dazu dienen, die aktive Teilnahme der Jugend an der Planung und Leitung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu gewährleisten. Sie fördern die Initiative und die schöpferischen Kräfte der Jugend durch ihre Einbeziehung in den sozialistischen Massenwettbewerb, gewährleisten eine allseitige Qualifizierung der Jugendlichen entsprechend den volkswirtschaftlichen Erfordernissen und unterstützen eine inhaltsreiche, vielseitige kulturelle und sportliche Selbstbetätigung der Jugend. "

Gossner Mission

Thema: Bildungsplanung

2. Bildungsprogramme der DDR.

Am 16. April 1964 stimmte der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik dem "Entwurf der Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystem" zu und stellte ihn in der DDR-Öffentlichkeit zur Diskussion. Wir zitieren im folgenden aus dem Vorwort Walter Ulbrichts und der Einleitung der staatlichen Kommission zu dem Entwurf.

Die Hebung der wissenschaftlichen Qualität der Ausbildung an unseren Schulen erfordert ein einheitliches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule und bis zur Erwachsenenqualifizierung. Den höheren Anforderungen an die Wissenschaftlichkeit der Ausbildung entsprechend ist es notwendig, den gesamten Inhalt der Bildung und Erziehung und das Zusammenwirken aller Bildungseinrichtungen und -stufen vom Kindergarten bis zum Hochschulwesen zu gewährleisten. Dabei ist es erforderlich, den Übergang von einer Bildungsstufe oder -einrichtung zur anderen inhaltlich aufeinander abzustimmen, um den kontinuierlichen Bildungs- und Erziehungsprozeß zu sichern. Es wird vorgeschlagen eine staatliche Kommission beim Ministerrat zu bilden, die diese Probleme und Aufgaben in ihrem ganzen Zusammenhang berät und Grundsätze des einheitlichen Bildungssystems, der Lehrprogramme und Lehrbücher ausarbeitet.

Walter Ulbricht

Bei der Verwirklichung dieser Aufgabe, die eine weitere tiefgreifende Umwälzung in der Geschichte des humanistischen Kampfes für die Bildung des ganzen Volkes bedeutet, stützt sich die Deutsche Demokratische Republik darauf, daß in ihr unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bereits ein leistungsfähiges Bildungswesen geschaffen worden ist.

Die antifaschistisch-demokratische Schul- und Hochschulreform befreite das Bildungswesen von den verhängnisvollen Einflüssen des deutschen Imperialismus, Militarismus, Nationalismus und Faschismus. Das Bildungsmonopol der Besitzenden wurde gebrochen, und das Bildungsniveau konnte für alle Kinder des Volkes erhöht werden. Die von den demokratischen Pädagogen des Bürgertums und von der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung geforderten schulpolitisch-pädagogischen Prinzipien der Weltlichkeit, der Einheitlichkeit, Staatlichkeit des Bildungswesens, der Wissenschaftlichkeit des Bildungsgutes und der Gleichheit der Bildungsmöglichkeiten wurden erfüllt und alles Antihumanistische verschwand aus den Schulstuben und den Hörsälen. Ein organisch gegliedertes, einheitliches Schulsystem mit einer achtjährigen Grundschule entstand. Die Einklassenschule auf dem Dorfe wurde Zug um Zug beseitigt. In allen Schulformen wurde in wachsendem Maße eine hohe Allgemeinbildung für alle Kinder des Volkes gesichert. Die junge Generation wurde im Geiste des Friedens, der Völkerfreundschaft und der Humanität erzogen. Die Universitäten und Hochschulen standen erstmals in der deutschen Geschichte den Kindern der Arbeiter und Bauern offen. Damit wurden für die Arbeiterklasse die Voraussetzungen geschaffen, sich eine eigene neue Intelligenz heranzubilden.

Gossner Mission

Thema: Bildungsplanung

2. Bildungsprogramme der DDR

Dem Entwurf folgte das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen", das am 25. Februar 1965 von der Volkskammer verabschiedet wurde. Wir zitieren aus der Einleitung und dem Ersten Teil (Grundsätze und Ziele):

Alle Bürger unseres Staates, unabhängig von ihrem Geschlecht, von ihrer sozialen Stellung, ihrer weltanschaulichen Überzeugung, ihrem Glaubensbekenntnis und ihrer Rasse, besitzen gleiche Rechte. Das Bildungsprivileg der Ausbeuterklassen ist gebrochen. Wie einst von den besten humanistischen Denkern des deutschen Volkes erträumt und gefordert, ist bei uns der Zugang zur Wissenschaft, Kultur und Technik allen geöffnet; jeder vermag seine Fähigkeiten voll zu entfalten. Alle Wege zur verantwortlichen und leitenden Arbeit in Beruf und Gesellschaft stehen den Bürgern offen.

So ist in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistische Gemeinschaft gewachsen. Es gilt der Grundsatz: Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk.

Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt das gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen.

Das sozialistische Bildungssystem trägt wesentlich dazu bei, die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft zu gestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken. Es vermittelt den Menschen eine moderne Allgemeinbildung und eine hohe Spezialbildung und bildet in ihnen zugleich Charakterzüge im Sinne der Grundsätze der sozialistischen Moral heraus.

Gossner Mission

Thema: Bildungsplanung

2. Bildungsprogramme der DDR

In dem "Kommuniqué des Politbüro des Zentralkommitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu Problemen der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik"
(veröffentlicht in: "Neues Deutschland" Nr. 259, Ausgabe B vom 21. September 1963) heißt es u.a. :

Wir haben Frieden, Demokratie und Sozialismus als geschichtliche Aufgabe für ganz Deutschland begründet. Die Jugend der DDR trägt eine große Verantwortung, diese geschichtliche Aufgabe zu lösen und durch unser Beispiel zu beweisen, daß auch in Westdeutschland eine große Wende geschichtlich notwendig ist.

Jeder junge Mensch stellt sich früher oder später die Frage: "Welchen Sinn hat mein Leben?" Jeder junge Mensch möchte glücklich leben. Die meisten jungen Menschen haben den Wunsch, einen geachteten Platz unter ihren Mitmenschen einzunehmen. Sie träumen davon, etwas Großes zu vollbringen. Ob diese Wünsche allerdings in Erfüllung gehen, hängt nicht nur vom jungen Menschen selbst ab, sondern auch von der Zeit, in die er hineingeboren ist, von der Gesellschaftsordnung, in der er lernt und arbeitet, von den Menschen, mit denen er zusammenlebt, sowie vom Charakter des Staates, dessen Bürger er ist.

Die heutige Jugend lebt in einer Zeit, die selber jung ist: Im Zeitalter des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und zum Kommunismus auf der ganzen Welt. Die Welt des Krieges, der Ausbeutung, der Konkurrenz und der Käuflichkeit verliert immer mehr an Boden. Hingegen entwickelt sich immer kräftiger die neue Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit, der gegenseitigen Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit. Sie gewinnt ständig an Boden und meistert mit immer größerem Erfolg ihre eigenen Entwicklungsprobleme.

Die Mädchen und Jungen von heute haben hingegen die Möglichkeit, hier wirksame Abhilfe zu schaffen. Sie können auf vielfältige Weise dafür wirken, daß Ausbeutung und Unterdrückung vom Erdball getilgt werden; sie können die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen und für eine menschenwürdige Ordnung in der Welt arbeiten und kämpfen.

Die Mädchen und Jungen unserer Tage können tatkräftig mithelfen, wahrhaft humanistische Verhältnisse auf der ganzen Ende zu schaffen. Lohnt es sich nicht, in einer solchen Zeit zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen ?

Wir, die Partei der Arbeiterklasse, wissen, daß sich die Mehrheit der Jugend in der DDR dafür entschieden hat, schöpferisch und selbstbewußt Schmiede einer glücklichen Zukunft zu sein. Die Jugend der DDR kann sich leichter für die sozialistische Zukunft entscheiden als die westdeutsche Jugend. Unsere Mädchen und Jungen leben in einem Staat, der selbst die Zukunft für ganz Deutschland verkörpert.

Dieser Staat legte den Grundstein für eine große sozialistische Menschengemeinschaft auf deutschem Boden. Er verdient das volle Vertrauen der Jugend und erleichtert ihr damit die Entscheidung für ein Ziel, das Lebensinhalt und Lebensglück spendet.

Gossner Mission

Das Programm der SED sowie das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft geben allen Jugendlichen noch mehr Raum zur vollen Entfaltung aller ihrer schöpferischen Fähigkeiten und Begabungen. Es gibt die Gewähr, daß sich das persönliche Interesse jedes Madchens und Jungen in voller Übereinstimmung mit den Interessen der Gesellschaft entfalten kann.

Die großen Aufgaben auf wirtschaftlichem, politischem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet fordern von allen jungen Menschen, sich eine solide wissenschaftliche und polytechnische Bildung zu erwerben, selbständig zu denken, schöpferisch zu arbeiten und Leistungswillen mit Verantwortungsbewußtsein zu verbinden.

Ein Held unserer sozialistischen Tage kann sich nicht nur durch Mut, Selbstvertrauen und Ausdauer bei Sport und anderen An-la-ssen auszeichnen, sondern vor allen Dingen dadurch, daß er seine Fähigkeiten und Talente für höchste Arbeitsergebnisse einsetzt.

Der polytechnische Unterricht und die berufliche Ausbildung gewährleisten die Einheit von Schule und Leben, die enge Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit, die Herausbildung einer bewußten Disziplin. Gerade der polytechnische Unterricht ist eine entscheidende Voraussetzung für die allseitige Entwicklung des Menschen; er hilft, unsere Mädchen und Jungen von früh an zum Schutz und zur Selbstverwaltung des gesellschaftlichen Eigentums und zum ökonomischen Denken zu erziehen.

Die konsequente Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Produktion, im Staatsapparat und auf wissenschaftlichem Gebiet wird nicht nur die Leistungsfähigkeit und Produktivität aller Kollektive und jedes ihrer Mitglieder in der materiellen Produktion und an der geistigen Front erhöhen, sondern auch die erfolgreiche Erziehung der jungen Generation zu hohen Leistungen gewährleisten.

An alle Mädchen und Jungen der DDR ergeht der Ruf im Geiste unserer Nationalhymne: "Lernt und schafft wie nie zuvor!" Setzt Euch ein! Setzt Euch durch! Eure Stunde, die Zeit der jungen Facharbeiter und Ingenieure, der jungen Wissenschaftler und Künstler, ist angebrochen! Nutzt sie, und füllt sie aus, klug und selbstbewußt, leistungsfreudig und lebenslustig, in unserer freien Menschengemeinschaft des Sozialismus!

Gossner Mission

Thema: Bildungsplanung

5. Kommentare und Berichte

H. Dippel "Bildungsplanung - ein Ziel der bundesdeutschen Bildungspolitik? Fronten und Prognosen im Wahljahr.

Der Gedanke der Bildungsplanung ist durch Untersuchungen der OECD ins Blickfeld bundesdeutscher Politiker getreten. Ausgangspunkt der OECD war dabei, das Wirtschaftswachstum eines Landes dadurch zu verstärken, daß man in größerem Umfange die Ausbildung von Fachkräften plant und fördert. Die ökonomische Quantität sollte durch fachlich gebildete Qualität erreicht werden. Dieses alte OECD-Ziel, das im Denken des jetzigen Bundeskanzlers Erhard eine gewisse Rolle spielt, kann aber nicht der alleinige Sinn vernünftiger Bildungsplanung sein. Die Parole "Mehr Schulen, mehr Studenten, mehr Geld" reicht nicht aus, das Problem der Bildung in der modernen Massengesellschaft auch nur annähernd zu umschreiben. Bei einer Bildungsplanung geht es auch nicht um das rein zahlenmäßige Angleichen an den internationalen Bildungsstand, wie sie von der Kultusministerkonferenz und von namhaften Pädagogen verstanden wird, sondern es geht bei ihr um die Sicherung der Existenz der gesamten zukünftigen Gesellschaft durch planmäßige und zielstrebige Steigerung ihres Bildungsniveaus. Sie liefert in ihren Analysen und Untersuchungen der zu erwartenden Anforderungen an die Gesellschaft der Zukunft das Material für die politischen Entscheidungen der Gegenwart. Eine sachgemäße Bildungspolitik bezieht also ihre Ziele aus der von der Technik und Wirtschaft geprägten Gesellschaft der Zukunft, etwa des Jahres 2000. Zwar wird von namhaften Politikern aller Parteien erkannt, daß die künftige Sozialpolitik in ihrem Kern eine Bildungspolitik ist, man versteht aber noch weithin jede Art von Planung als staatlichen Dirigismus, sodaß die eigentlichen politischen Entscheidungen des Bundes und der Länder, einen langfristigen Wissenschafts- (Forschungs-) und Bildungsplan aufzustellen, heute noch ausstehen.

Blickt man auf die Monate vor der Bundestagswahl zurück, so kann man von einem "Kulturpolitischen Sommer" sprechen. Alle Parteien trugen Bildungsprogramme, Reformvorschläge, Kritik und Tadel vor. Nachdem der Stuttgarter Katholikentag 1964 die Fronten klerikaler Kirchturmsbildungspolitik etwas aufgelockert hatte, gelang es der CDU/CSU auf ihrem Kulturpolitischen Kongreß im November vergangenen Jahres, christliche Politik mit Bildungsplanung zu konfrontieren. Großes Verdienst hieran hatten die Kultusminister Mikat und Hahn, sowie der Bundestagsabgeordnete Martin. - Die FDP verfügt ebenfalls über eine wackere Schar von bildungspolitischen Einzelkämpfern, allen voran Forschungsminister Lenz und Frau Hamm-Brücher. Die FDP hat jedoch bisher die Bildungspolitik nicht zum zentralen Thema ihrer politischen Aussage erklärt. Das hat die SPD mit ihren "Bildungspolitischen Leitsätzen" vom 2. Juli 1964 getan: "Die Sozialdemokratische Partei sieht in der Bildungspolitik die wichtigste Gemeinschaftsaufgabe unseres Volkes. Das ist kein neues Programm: seit Bebels und Lasalles Zeiten hat die SPD die Brechung des Bildungsprivilegs der besitzenden Klassen auf ihre Fahnen geschrieben. 1897 hing an der Wand des Tagungslokals der SPD - Reichskonferenz in Siedleben bei Gotha bereits der Spruch: " Den Feind, den wir am meisten hassen, ist der Unverstand der Massen"!

Gossner Mission

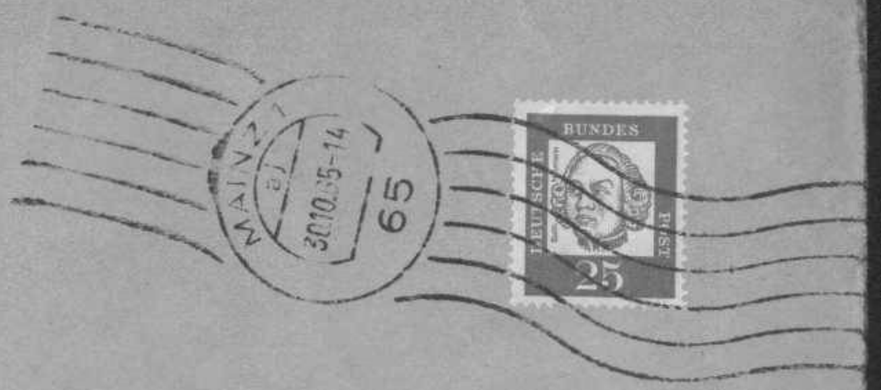
Er könnte auf einem Transparent bei den Studentendemonstrationen vom 1. Juli 65 gestanden haben (Oder hat man da nur gegen den sog. Bildungsnotstand demonstriert?!)

Die guten Vorsätze und bildungsbeflissenen Beteuerungen aller Parteien vor der Bundestagswahl ändern jedoch nichts daran, daß man sich in Sachen Bildungsplanung völlig uneinig ist. Leider war der "Kulturpolitische Sommer" kurz. Es regnete nur neue umfangreiche Untersuchungen, Programme und Theorien: politische Entscheidungen wurden nicht mehr getroffen. Zwar ist der lang erwartete Bildungsrat endlich zustande gekommen. Doch ist von seinen Aufgaben wenig bekannt. Die SPD will einen Bildungsrat, der berät, nicht selbst plant. Sie ist mißtrauisch gegenüber dem Vorschlag der CDU (Hahn) Bildungsrat und Wissenschaftsrat auch organisatorisch eng zu verbinden. Sie fürchtet offenbar bei einer Kopplung des Bildungsrates mit dem Wissenschaftsrat die Vorherrschaft akademischer und Elitebildungskonzeptionen über sozialpolitisch oder schulpädagogisch motivierte Gedanken. Zudem bestehen hemmende Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern, sowie zwischen Bonner Ministerien untereinander. Der Bundestag ist bisher einer klaren Entscheidung, sich über mehrere Haushaltsjahre (etwa die Zeit seiner Legislaturperiode) an eine feste Summe zum planmäßigen Ausbau des Bildungswesens zu binden, aus dem Wege gegangen. Was aber für den Straßenbau möglich war, sollte auch für Forschung und Bildung möglich sein! Die Verhandlungen mit den Ländern zur Durchführung gemeinsamer Programme wird sicherlich auch gehemmt durch die Kompetenzstreitigkeiten des Innenministers und Forschungsministers, die beide Anspruch auf die Bildungsplanung erheben. So werden wohl auch weiterhin Wissenschaftsplanungen und Bildungsplanungen nebeneinander getrieben werden und Wissenschaftsrat und Bildungsrat nebeneinander bestehen bleiben.

Bildungspolitik in der Bundesrepublik wird aber nicht allein von den Parteipolitikern entschieden. Im Bildungswesen laufen sehr handfeste Interessen gegeneinander. Elternverbände, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und nicht zuletzt die beiden großen Konfessionen wollen das Bildungswesen nach ihren Vorstellungen geformt wissen. Sie alle bringen nur Teilaspekte mit in die Diskussion. Wieweit sie in die Gesamtkonzeption eines Bildungsplanes Eingang finden, wird die Politiker des neuen Bundestages noch manches Kopfzerbrechen bereiten. Daß es aber zu politischen Entscheidungen für eine Bildungsplanung kommen muß, darüber dürfte kein Zweifel bestehen.

Gossner Mission

Drucksache



z. d. A.
Mainz-Kastel

5/11.

Herrn
Martin Seeberg

1 Berlin-41
Handjerystr. 19/20

Seminar für kirchlichen Dienst
in der Industrie
Mainz-Kastel am Rhein

Gossner Mission

aktuelle probleme

0,25 DM

1

HEINZ RASPINI

ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER ABRÜSTUNG

Gossner Mission

Heinz Raspini,

Jahrgang 1927, studierte von 1950 bis 1956 an der Frankfurter Universität Soziologie und Volkswirtschaft.

Studienreisen haben ihn in zahlreiche Länder geführt.
Seit 1959 ist er Lehrer an der IG-Metall-Schule in Lohr (Main).

Die in Klammern gesetzten Ziffern im Text verweisen auf die Literaturangaben der letzten Seite.

„Aktuelle Probleme" erscheinen in zwangloser Folge — herausgegeben von der Bundesgeschäftsstelle der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK), 4 Düsseldorf-Nord, Diedenhofenerstraße 4. Unkostenbeitrag 0,25 DM pro Exemplar; Einzahlungen bitte an: Internationale der Kriegsdienstgegner, Bundesgeschäftsstelle, 4 Düsseldorf-Nord, Postscheckamt Essen, Konto-Nr. 134743. Verantwortlich für den Inhalt: Walter Schumacher, Düsseldorf.
Satz und Druck: Oskar-Leiner-Druck KG. — Düsseldorf.

Gossner Mission

In Hiroshima steht ein Denkmal für die Toten der ersten Atombombe. Es trägt den Spruch:

„Ruhet in Frieden,
denn wir werden den Fehler nicht wiederholen."

Aus der Stimmung von 1945 hat man diesen prophetischen Satz formuliert und dort in Stein gehauen. Inzwischen sind einige Jahre ins Land gegangen. Vieles ist vergessen, vieles verdrängt.
Heute kann man nicht mehr so lapidar feststellen: wir werden den Fehler nicht wiederholen. Wir wissen vielmehr, daß noch vieles geklärt werden muß, daß es noch vielfältiger Arbeiten bedarf, ehe der Frieden eine solide Grundlage hat.

Gossner Mission

Ich werde lediglich über einen Aspekt dieser Friedensarbeit sprechen, nämlich über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Rüstung und Abrüstung.

Eine kleine Erzählung mag in das Thema einleiten. —

Der Stadt New York ist eine kleine Halbinsel namens Long Island vorgelagert. Dort ereignete sich vor wenigen Jahren folgendes: Die amerikanische Regierung plante, den Bau eines Bombers einzustellen. Daraufhin kündigte ein Werk die Entlassung von 10 000 Beschäftigten an und es drohten weitere Entlassungen von etwa 70 — 80 000 Arbeitern bei den Zulieferfirmen. Die Folge war ein organisierter Protest. Es wurde eine Resolution verfaßt etwa des Inhalts: Dieser Bomber möge weiter gebaut werden, gleichgültig ob er noch modern sei oder nicht, weil ansonsten die Wirtschaft des ganzen Gebietes schwer in Mitleidenschaft gezogen würde.

Diese Reaktion ist symptomatisch; sie ist typisch für gewisse Tendenzen. Man muß wissen, daß sich bei Rüstungsbeschränkungen oder Abrüstungsbestrebungen tendenziell ein Widerstand ergibt: von Seiten der Industrie, der Gewerkschaft und auch von Seiten der Bürgerschaft ganzer Gebiete — und zwar deswegen, weil Millionen amerikanischer Bürger heute in wirtschaftlicher Abhängigkeit zur Rüstung stehen.

Ich möchte mit dem, was ich hier sage, die Aufmerksamkeit auf ein Feld lenken, das gern übergangen wird, und ich möchte Klarheit darüber schaffen, daß es eine Politik der Verständigung nur geben kann, wenn der Westen auf einige liberale Lieblingsvorstellungen verzichtet und sich zu einer neuen Wirtschaftspolitik durchringt.

Ein klärendes Wort noch vorweg: Der Osten und der Westen werden es lernen müssen, miteinander zu leben. Das wird desto leichter gelingen, je mehr wir es lernen, die eigenen Schwächen und Fehler zu sehen. Ein gerütteltes Maß an Selbstkritik — hier wie dort — ist notwendig, sonst werden wir nicht weiterkommen.

Der Westen hat liberale Traditionen; ich schätze sie, ich fühle mich diesen liberalen Traditionen verpflichtet und ich meine, das zwingt

Gossner Mission

uns, in der Selbstkritik voranzugehen. Aber ich hoffe darauf, daß sich Zeitgenossen auch im Osten finden, die sich daran machen, die friedensstörenden Elemente in ihren Ideologien und Ordnungen bloßlegen und beseitigen. Es gibt noch viel zu tun — hier bei uns wie auch im Osten. Doch wir leben hier, und auch mein Wirkungsfeld ist hier und deshalb ein kritisches Wort über den Zusammenhang von Wirtschaft und Rüstung.

Ich möchte die Probleme am Beispiel Amerikas darlegen, weil diese Probleme vor allem in Amerika akut sind. —

Rüstungsindustrien

Die derzeitigen Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten betragen etwa fünfzig Milliarden Dollar im Jahr; das sind umgerechnet etwa einhundertfünfzig bis zweihundert Milliarden Mark. Jeder zweite Steuerdollar geht in die Rüstung

Ein Großteil der amerikanischen Wirtschaft arbeitet überwiegend für die Rüstung. In der Funk- und Fernsehindustrie sind von der Gesamtheit der Aufträge 43 Prozent Rüstungsaufträge; in der Elektronen-Industrie sind es 58 Prozent; im Schiffsbau 62 Prozent; in der Flugzeug- und Raketenindustrie mehr als 95 Prozent(1). Professor Seymour Melman, New York — er vertritt die Vereinigten Staaten in der UNO-Abrüstungskommission — schätzt, daß vom gesamten produzierenden Gewerbe 20 Prozent für die Rüstung arbeitet(2). Diese Quoten sind beachtlich.

Die Eigentümer und die Manager dieser Zweige verdienen vor allem an der Rüstung. Das Wettrüsten sichert ihnen Absatz und Gewinn, es ist für sie eine reizvolle Angelegenheit. Aber mehr als das: die langgewohnten Rüstungsaufträge werden für die Unternehmungen selbst zu einer Existenzfrage.

Doch es geht hier nicht nur um das persönliche Interesse von Leuten, die Kapital besitzen. Große Unternehmen mit einer komplizierten materiellen und geistigen Organisation werden an die Rüstung gebunden

Gossner Mission

und von der Rüstung geprägt. Sie verändern sich in ihrer inneren Natur; beispielsweise pflegen sie kaum noch Beziehungen zum Markt mit seinem differenzierten Publikum, sondern sie pflegen Beziehungen zum Staat, zu militärischen Gruppen, zu Senatsausschüssen und staatlichen Beschaffungsstellen. Sie produzieren nicht mehr für den Geschmack und die Bedürfnisse der privaten Kunden, sondern für den Bedarf einer riesigen Kriegsmaschinerie, die sich ständig erneuern will und die fortwährend reorganisiert und umgestaltet wird. Sie werden also in ganz anderer Weise beansprucht und sie passen sich an ihre neue Aufgabe an, mit der Konsequenz, daß diese Unternehmungen ihre Abteilungen für Marktforschung, für Werbung und ähnliches radikal einschränken; vielfach fehlt ihnen die ganze marktorientierte Verkaufsorganisation. Ihre Kostenrechnung sieht anders aus und wesentliche Teile der kaufmännischen Stäbe wird man bei ihnen nicht finden. Zudem haben sie eine ganz andere Forschungs- und Produktionsstruktur.

Diese Tatsachen spiegeln sich zum Teil auch in ihrem Personalbestand. Beispielsweise beschäftigen Rüstungsunternehmen normalerweise das vier- bis fünffache an Wissenschaftlern und Ingenieuren gegenüber normalen Marktunternehmen([3]). Sie haben einen bedeutend höheren Anteil an qualifizierten Kräften.

Ein weiteres Sondermerkmal dieser Unternehmen ist: für sie ist Marktnähe nicht erforderlich! In der Standortwahl folgen sie ganz anderen Kriterien, und sie haben ihren Platz meist fern von den großen Verbraucherzentren gewählt. Ein Großteil von ihnen ist aus strategischen Gründen in den Pazifikstaaten stationiert. Die Landschaft ist dort schöner, stiller, unberührter, das Klima ist freundlicher, man hat mehr Sonne. Sie haben auf diesem Wege auch ihre Position im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte verbessert. Man geht zum Beispiel lieber nach Kalifornien, als daß man im Industriegebiet von Detroit arbeitet.

Mit anderen Worten: Unternehmungen, die jahrelang überwiegend oder ausschließlich für die Rüstung arbeiten, verlieren weitgehend ihren Charakter als Marktunternehmen, sie werden „Rüstungsunter-

Gossner Mission

nehmen". Sie gewinnen einen anderen Charakter und wählen vielfach einen anderen Standort. Die Folge ist, daß sie nicht nur mit ihren Gewinn- und Absatzinteressen an der Rüstung hängen, sondern ihre ganze Betriebsstruktur bindet sie an die Rüstung.

Rüstungsarbeiter

Ähnlich schwerwiegende Bindungen an die Rüstung gibt es für einige Millionen Arbeitnehmer. Und zwar sind direkt im Rüstungsbereich zur Zeit 6,7 Millionen Arbeitnehmer tätig([1]). Insgesamt sind 12-14 Millionen Arbeitsplätze in den USA direkt oder indirekt von der Rüstung abhängig([2]). Die Rüstung sichert einer beachtlichen Zahl Beschäftigung und Verdienst. Aber auch das ist es hier nicht allein.

Der oft abseitige Standort der Rüstungsindustrie wird diesen Menschen zum Wohnort. Sie erwerben ein Grundstück, sie bauen ein Haus, ihre Kinder gehen dort zur Schule. Schon sie selbst verwurzeln dort, gewinnen ein Heimatgefühl. Und in der Rüstungsindustrie haben sie ihre besonderen beruflichen Kenntnisse, haben sie ihre Aufstiegschancen und ihre Aufstiegserwartungen. Schließlich ist ihr Prestige mit der Rüstungsindustrie verknüpft. Es ist naheliegend, daß auch sie an einer Stabilität ihrer Lebensverhältnisse interessiert sind; daß auch bei ihnen eine Neigung da ist, für die Fortdauer der Rüstung zu plädieren.

Neben dem bereits genannten Vorfall auf Long Island sei hier noch an die Proteste von Rüstungsarbeitern und Gewerkschaften vom Januar 1965 in England erinnert:

Die Labourregierung beabsichtigte, im Flugzeugbau auf die Entwicklung zweier Rüstungsprojekte im Werte von ca. 10 Milliarden zu verzichten. Als sie ihre Absicht bekanntgab, kam es zu einer Gegenkampagne durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Mit Sonderzügen fuhren 10 000 Arbeiter nach London und protestierten gegen die vorgesehenen Kürzungen. Es schien ihnen das richtige Mittel, um die drohende Entlassung von 30 000 Arbeitern abzuwehren. —

(Vergleiche „Handelsblatt" vom 15./16. Januar 1965)

Gossner Mission

Rüstungsgebiete

Ein dritter Aspekt sei genannt: ganze Landstriche sind von der Rüstung abhängig. Der Wohlstand Kaliforniens wird zum Beispiel erheblich mitgetragen von Rüstungsaufträgen. Dieser Staat erhält jährlich etwa 5 Milliarden Dollar militärischer Aufträge. Welche Rolle die Rüstung für die einzelnen Staaten spielt, läßt sich in etwa am Anteil der Rüstungsarbeiter absehen. In fünf Staaten der Vereinigten Staaten, nämlich Kalifornien, Arizona, Utah, Neumexiko und Colerado, liegt dieser zwischen 15 und 25 Prozent der gewerblichen Arbeitskräfte und in zwei Staaten beträgt er mehr als 25 Prozent, nämlich in Washington und Cansas(5). Jeder, der in diesen Städten und Provinzen lebt, bis hin zum Einzelhändler und Gastwirt, hat das Gefühl, daß sein Schicksal mit der Rüstungsindustrie verbunden ist.

Das bisher Gesagte macht deutlich, daß in den betroffenen Industriezweigen und Landstrichen ein besonderer Nährboden da ist, aus dem Widerstand gegen Rüstungsbeschränkungen erwächst. Die Arbeiter verteidigen ihre Arbeitsplätze, die Geschäftsleute ihre Gewinne.

Ein Beispiel größeren Ausmaßes mag die praktische Bedeutung demonstrieren:

Im Frühjahr 1963 hat der amerikanische Verteidigungsminister Mac Namara den Vorschlag gemacht, den amerikanischen Rüstungsetat einzuschränken. Sein Vorschlag ging dahin, ihn um 15,9 Mrd. Dollar zu kürzen; das waren 33 Prozent des gesamten Rüstungsetats. Dabei vertrat er die Auffassung, daß die Kampfkraft der Vereinigten Staaten durch eine solche Kürzung in keiner Weise geschwächt würde. Es sei angemerkt, daß Mac Namara ein hohes Ansehen genießt. Aber sein Vorschlag wurde vom Repräsentantenhaus abgelehnt.

Die „Frankfurter Allgemeine“ berichtete damals auf der ersten Seite: „Dabei zeigte sich, daß im Kongreß gegen die von Mac Namara energisch . . . betriebenen Sparmaßnahmen überall dort Widerstand geleistet wurde, wo lokale politische Erwägungen die Fortführung bestimmter Rüstungsentwicklungen verlangen.“

Gossner Mission

Ich darf wiederholen: wo l o k a l e politische Erwägungen die Fortführung von Rüstungsentwicklungen verlangen! Seit wann werden Rüstungsentscheidungen von lokalen politischen Erwägungen abhängig gemacht? Was versteckt sich hinter diesem Sprachgebrauch?

Die „FAZ" schrieb weiter: „Das Ausmaß dieser Einflüsse . . . wird von niemanden unterschätzt, der die Beschäftigungsstruktur der Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Vollautomatisierung kennt"(6).

Mir scheint, klarer und eindeutiger wird man darüber kaum Nachrichten und Kommentare erhalten. —

Rüstungskonjunktur

Ich hatte bisher drei Kräfte genannt, die sich der Tendenz nach gegen Rüstungseinschränkungen wenden: Industriezweige mit hohen Rüstungsquoten, Rüstungsarbeiter und -angestellte sowie Gebiete mit hoher Rüstungsproduktion. Das Ganze ist miteinander verflochten, bildet einen Komplex.

Aber dabei bleibt es leider nicht. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Geschäftswelt im allgemeinen gegen einen Abbau der Rüstungswirtschaft wehren wird.

Um das zu erklären, wird man weiter ausholen müssen.

Amerika ist in einer ganz anderen wirtschaftlichen Verfassung als unsere kontinentaleuropäischen Industrieländer. In den USA plagt man sich schon seit Jahren mit einer drohenden Wirtschaftsflaute.

Europa hat im letzten Krieg viel stärker gelitten als die USA. Bei uns gab es nach dem Krieg einen großen Nachholbedarf. Der Staat mußte viele im Krieg zerstörte Verwaltungsbauten, Krankenhäuser, Schulen, Verkehrsanlagen u. ä. ersetzen. Aber auch von privater Seite bestand ein entsprechender Nachholbedarf, der sich in großen „Wellen", („Freßwelle", „Kleiderwelle", „Wohnungswelle" usw.) niedergeschlagen hat. Und etwas ähnliches galt für den Handel und die Industrie selbst;

Gossner Mission

auch sie hatten einen großen Investitionsbedarf. Die Folge war eine langjährige Hochkonjunktur. Wir hatten eine starke, dauerhafte Nachfrage. Von einer gesättigten Gesellschaft konnte keine Rede sein. Die Vollbeschäftigung zu erhalten, hat bisher keine besonderen Anstrengungen erfordert. Jedenfalls haben wir Rüstungsausgaben zu diesem Zweck nicht gebraucht.

In den USA liegen die Verhältnisse anders. Die Konjunktur ist dort seit Jahren labil. Die Märkte drohen sich zu verstopfen. Große Industriezweige haben schon wiederholt monate- oder auch jahrelang nur mit einer Kapazitätsauslastung von 50 bis 60 Prozent gearbeitet. Eine hartnäckige Arbeitslosigkeit schafft Unruhe. Der rasche Produktivitätsfortschritt setzt zudem jährlich etwa drei Millionen Menschen frei. Der Nachwuchs aus starken Jahrgängen sucht Beschäftigung.

Die offizielle Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten beträgt zur Zeit 5,5 Prozent, die Schätzungen der Gewerkschaften lauten auf 8 bis 10 Prozent. Auch eine Denkschrift amerikanischer Bürger vom Frühjahr 1964, die von Gunnar Myrdal und anderen Wissenschaftlern unterzeichnet wurde, spricht von 8 Prozent Arbeitslosen. Des weiteren wird in dieser Schrift von 4 Prozent Kurzarbeit gesprochen und einer Arbeitslosigkeit der Jugendlichen von 15 Prozent. Für die farbigen Jugendlichen wird eine Arbeitslosigkeit von 30 Prozent genannt. Es heißt ferner, daß die Arbeitslosigkeit für farbige Jugendliche in den Minderheitsghettos 50 Prozent überschreitet.

(Die Denkschrift wurde veröffentlicht in der Zeitschrift „Junge Kirche", Nr 11/1964)

Zu der gleichen Frage äußerte Prof. Eli Ginzberg, USA, auf dem Automationskongreß der IG Metall in Oberhausen, März 1965:

„Ich sehe eine große und immer weiter klaffende Lücke zwischen dem Angebot an potentiellen Arbeitskräften und den verfügbaren Arbeitsplätzen voraus. Die tatsächliche Arbeitslosenziffer, d. h. das Ausmaß der ungenügenden Ausschöpfung unserer Arbeitskraftreserven, liegt in Wirklichkeit nicht bei den 5 Prozent der amtlichen Statistik, sondern weit höher, wenn alle berücksichtigt werden: die Arbeitnehmer, die zu Kurzarbeit gezwungen sind oder gegen ihren Willen aus dem Berufsleben ausscheiden mußten; die vielen Jugendlichen, die in der Schule oder an den Straßenecken die Zeit totschlagen und noch nicht als Arbeitssuchende gezählt werden; die verheirateten Frauen, die eine Arbeitsmöglichkeit begrüßen würden; die unterbeschäftigte Bevölke-

Gossner Mission

rung auf dem Lande; die als ‚selbständig Erwerbstätige' Geführten, die gerade genug verdienen, um nicht zu verhungern; die vielen Behinderten, die nicht als ‚Erwerbsperson' gelten."

(Zitiert nach dem Redemanuskript, Seite 29/30)

Was würde in einer solchen Situation eine Rüstungseinschränkung bedeuten? Die derzeitigen amerikanischen Rüstungsausgaben betragen — wie schon gesagt — etwa 50 Milliarden Dollar im Jahr. Das sind 10 Prozent des amerikanischen Sozialproduktes. Im produzierenden Gewerbe kommen 20 Prozent der Aufträge aus dem militärischen Sektor. 12 bis 14 Millionen Arbeitsplätze hängen von der Rüstung ab. Das macht die Rüstung zu einem wesentlichen Faktor, zu einer tragenden Stütze der gesamten Konjunktur, zu einem Pfeiler der allgemeinen Beschäftigungslage. Die Gefahr größerer Abwärtsbewegungen wird durch die Rüstung verringert, sie mäßigt und lindert Konjunkturrückschläge. Sie stabilisiert die Konjunktur. Und im Rahmen konservativer Politik hat man offenbar nichts, was diese Konjunkturstütze ersetzen könnte. Hätte man andere Mittel, sie hätten wohl schon längst Anwendung gefunden, um die ärgerliche Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Allem Anschein nach ist die US-Regierung noch immer nicht in hinreichender Weise fähig, den volkswirtschaftlichen Prozeß zu steuern. Der Mangel an rechnerischer Übersicht und Planung verleitet sie zu einer pragmatischen Politik. Man improvisiert. Man wurschtelt sich durch. Bei Konjunkturrückschlägen fällt man dann leicht der Versuchung anheim, die Beschäftigung durch Rüstungsausgaben zu sichern.

Eine ernsthafte Politik der Verständigung müßte unter den derzeitigen Gegebenheiten folgende Konsequenzen haben: Die Zukunftsaussichten der Rüstungswirtschaft werden ungewiß. Die gedämpften Gewinnerwartungen der betroffenen Industrien und der Wirtschaft im allgemeinen drücken die Wertpapierkurse. Es droht eine Baisse, es droht ein rapider Rückgang der Börsenkurse — eine „Friedenspanik". Das hätte einen Rückgang der Investitionsneigung zur Folge und würde die allgemeine Wirtschaftstätigkeit fraglos abschwächen. Auf einen kurzen

Gossner Mission

Nenner gebracht kann man sagen: schon eine Entspannungspolitik gefährdet die Kurse und die Konjunktur.

Eine Abrüstung selbst würde ohne sorgfältige Vorbeugungsmaßnahmen zum Zusammenbruch vieler Rüstungsunternehmen führen und zahlreiche Distrikte in Notstandsgebiete verwandeln. Ein allgemeiner Niedergang des Geschäftslebens und eine Massenarbeitslosigkeit wären unvermeidlich.

Allen Bestrebungen zur Einschränkung der Rüstung dürfte die Wirtschaft deshalb skeptisch gegenüberstehen. Sie sieht in ihnen ein Vorhaben, das die sowieso labile Gesamtkonjunktur weiter schwächen müßte.

Man kann darüber hinaus feststellen, daß sich in Amerika ein breites Einverständnis für die konjunkturstimulierende Rüstung ergeben hat. Breiten Volksschichten erwuchs aus Mangel an Einsicht, aber wohl auch, weil man es ihnen suggerierte, das Gefühl, daß Rüstung zur Erhaltung einer guten Konjunktur unerläßlich ist. Die Rüstung wird von den meisten als Anstoß für wirtschaftliches Wachstum betrachtet, als eine wirksame Medizin gegen müde Märkte. Sie gilt als Stütze des Wohlstandes; und unter Fachleuten kann man die Formulierung vom „defensiv inspirierten Wohlstand" hören(7). Von einer Abrüstung erwartet man nichts Gutes. Mit der Idee der Abrüstung verbinden sich für Millionen Menschen Sorgen um ihre wirtschaftliche Existenz.

Aus der langjährigen Depressionszeit von 1928 bis 1940 ist zudem noch eine Furcht vor Rückschlägen lebendig. Der amerikanische Ökonom J. K. Galbraith spricht davon, daß die Unternehmer und die Gewerkschaften in den USA noch heute unter einer Depressions-Neurose leiden. Sie reagieren allergisch, wenn sie die Konjunktur gefährdet sehen.

Vor allem werden von den branchenmäßigen und örtlichen Rüstungsinteressen Initiativen zur Beibehaltung der „Verteidigungsausgaben" ausgehen. Aber diese militanten Kräfte stützen sich schließlich auf ein breites Interesse an der Fortdauer der Rüstung.

Gossner Mission

Am Rande sei erwähnt, daß diese wirtschaftlichen Befürworter der Rüstung sich gerne mit dem Eigeninteresse des militärischen Apparates an hohen Militärausgaben verbinden.

Die amerikanische Zeitschrift „The Nation" veröffentlichte am 28. Oktober 1961 einen Sonderbericht, in dem es hieß:

„Diese beiden gewaltigen Machtkomplexe — das Militär und die Industriegesellschaften (Big Bussines) — vereinigen sich in einer unvermeidlichen Übereinstimmung der Ansichten über Milliarden von Dollars in Aufträgen, die der eine zu vergeben und der andere auszuführen hat . . .

Von Zeit zu Zeit ziehen sich militärische Beamte zurück, die während ihrer Amtszeit Verfechter einer besonderen Waffe oder Einrichtung waren, und werden prompt gutbezahlte Geschäftsführer der Gesellschaften, für die sie sich eingesetzt hatten. Das Hébert/Untersuchungskomitee fand 1950 bis 1960 heraus, daß mehr als 1400 pensionierte Offiziere vom Majorsrang aufwärts von jenen hundert Spitzengesellschaften angestellt sind, die drei Viertel der Rüstungssumme von 21 Milliarden unter sich aufteilen. Zu dieser Liste gehörten 261 Generale oder Offiziere im Admiralsrang."

(Zitiert nach Karl Otto, Wirtschaftliche Aspekte der Abrüstung, in „Informationen zur Abrüstung", Anfang 1965.)

Ökonomie der Abrüstung

Es gibt also so etwas wie die Solidarität der direkt und indirekt Rüstungsinteressierten. Sie neigen zum Widerstand gegen eine Politik der Rüstungseinschränkungen und gegen eine Politik der Verständigung.

Es ist die Frage, wie man diesen Widerstand schwächen kann, wie man ihn überwinden kann. Dieser von mir bisher genannte Widerstand ist ökonomisch bedingt und ist auch nur durch eine Ökonomie anderer Art, besserer Art, aus der Welt zu schaffen. Vorläufig befürchtet die Geschäftswelt und die Bevölkerung zu Recht, daß ernsthafte Abrüstungsverhandlungen oder Abrüstung sie in eine ausweglose Lage bringen werden — und deswegen stemmen sie sich gegen eine solche Politik. Das kann man ändern, indem man sie von dieser Furcht befreit.

Man muß ihnen die Gewißheit verschaffen, daß ihnen im Falle einer Verständigungspolitik nicht der Ruin droht — weder in der Form von

Gossner Mission

Kursverlusten, noch durch Stop der Aufträge; weder durch Konkurse, noch durch Arbeitslosigkeit. Sie müssen wissen, wie es für sie weitergehen wird. Sie brauchen eine positive Alternative — und erst dann werden sie ihren Widerstand aufgeben. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Abrüstungsverhandlungen und von Abrüstung müssen bedacht werden, und sie müssen durch eine vorbeugende demokratische Planung gemeistert werden. Es gilt, die Erwartungen zu ändern, die Unternehmer und Arbeitnehmer mit verbesserten Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR verknüpfen.

Aber dazu bedarf es entsprechender Vorkehrungen. Einige staatliche Instanzen müssen ausgebaut werden; sie müssen befähigt werden, die negativen wirtschaftlichen Folgen einer Verständigungspolitik mit Sicherheit abzufangen bzw. in annehmbaren Grenzen zu halten. Diese Sicherheit darf nicht nur objektiv gegeben sein, sondern sie muß auch allen Betroffenen bewußt sein. Das Denken über Abrüstungsverhandlungen und Abrüstung darf nicht mit dem Schatten eines wirtschaftlichen Niedergangs belastet bleiben. Die demokratische Regierung muß eine neue wirtschaftspolitische Autorität erlangen. Sie muß ein neues Vertrauen erwerben.

Hilfe für die Betroffenen

Es geht einmal um die Hilfe für die unmittelbar Betroffenen: die Rüstungsindustrien, die Rüstungsarbeiter und Rüstungsgebiete. Ihnen muß ein Ausgleich geboten werden.

Soweit durch den Wegfall von Rüstungsaufträgen Industrien gezwungen werden, ihren Standort zu wechseln, sollte ihnen eine großzügige finanzielle Hilfe zuteil werden. Soweit sie Neubauten durchführen müssen und neue Ausrüstungen mit Maschinen und Werkzeugen brauchen, wird der Staat den größten Teil der Kosten dafür übernehmen müssen. Ferner ist es notwendig, den Werken eine Beständigkeit der Aufträge zu garantieren. In geringem Umfange lassen sich durch steuerliche Vergünstigungen private Aufträge anregen, die den

Gossner Mission

betroffenen Industriezweigen neue Beschäftigung geben können. Aber im wesentlichen werden es auch in Zukunft öffentliche Aufträge sein, zumindest für eine längere Übergangszeit, die hier als Garantie geboten werden müssen.

Die größten Probleme wird es dabei für die Raketen- und Flugzeugindustrie, für den Schiffsbau und die elektronische Industrie geben. Diese Zweige haben hohe Rüstungsanteile und verfügen über eine hochgezüchtete Technologie. Für sie muß eine entsprechende neue Aufgabenstellung vorbereitet werden.

Es sind bereits einige Projekte genannt worden: Große öffentliche Bauten, Umbau der Handelsmarine, Ausbau des Luft- und Straßenverkehrsnetzes, Städte- und Landschaftssanierung, verbesserte Systeme für Nachrichtenwesen und Wettervorhersagen, Bergbau unter dem Meeresboden, Kultivierung der pflanzlichen und tierischen Schätze des Meeres, Supertiefbohrungen zwecks Nutzung der Wärmeenergien des Erdinnern. Manches mag utopisch klingen, aber wohl nur deshalb, weil wir uns in der Regel nicht bewußt sind, über welche Produktivkräfte wir bereits verfügen.

Als weiteres sind Hilfsprogramme für die Arbeitskräfte zu formulieren. Für sie kommen Übersiedlungskosten für einen eventuell notwendig werdenden Umzug oder für die Beschaffung und Ausstattung neuer Wohnungen in Betracht. Soweit eine Umschulung der Arbeitskräfte erforderlich wird, ist das eine öffentliche Angelegenheit. Ferner ist an Abfindungszahlungen bei Entlassungen zu denken und an Berufsverlust-Entschädigungen für Berufe, die völlig in Wegfall kommen.

Als letztes sei erwähnt, daß eine systematische Landespolitik vorzubereiten ist, die die Wohlfahrt der einzelnen Landesteile sicherstellt.

Durch eine entsprechende politische Erziehungsarbeit und mittels der öffentlichen Finanzpolitik müssen die Rüstungsstädte und -provinzen angeregt werden, Vorbereitungen für eine eventuelle Umstellung zu treffen. Mit zentralen Programmen kann man ihnen diese Aufgabe erleichtern, indem man Einfluß nimmt auf Industrieansiedlungen, neue Urlaubszentren fördert, Hochschulen und Institute in den betroffenen Gebieten gründet.

Gossner Mission

Rüstungsgebiete, Rüstungsarbeiter und Rüstungsindustrien — sie alle müssen die Sicherheit haben, daß sie bei einer Schwenkung der offiziellen Politik nicht den Kürzeren ziehen. Das wird in vielen Fällen bedeuten, daß man Leuten Geld geben muß, die bereits viel Geld besitzen.

Aber es ist notwendig, daß es geschieht. —

Sicherung der Konjunktur

Die zweite große Aufgabe besteht in der Sicherung der Konjunktur. Hier geht es nicht um einzelne Zweige oder einzelne Distrikte oder besondere Beschäftigungsgruppen, sondern hier geht es um die Sicherung der allgemeinen Beschäftigungslage. Das Hauptproblem dabei ist die Sicherung einer starken Nachfrage. Eine starke Nachfrage bedeutet Absatz, bedeutet Gewinn, Verdienst und Beschäftigung. Wie läßt sich eine starke Gesamtnachfrage im volkswirtschaftlichen Sinne herbeiführen?

Man kann die Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft durch höhere Masseneinkommen steigern. Eine sozialere Einkommenspolitik mit Einkommenserhöhungen bei den unteren Schichten würde zweifellos die private Nachfrage anwachsen lassen. Es gibt noch genügend Arbeiter in niedrigen Lohngruppen, kleine Angestellte, Rentner usw., die ein unerschlossenes Nachfragepotentinal darstellen — auch in der gesättigten Gesellschaft Amerikas.

Erst vor kurzem haben verschiedene Zeitungen und Zeitschriften auf soziale Mißstände in den USA hingewiesen und der amerikanische Präsident hat sich im Wahljahr zum Sprecher der schlechtgestellten Gruppen gemacht.

Auf der Automationstagung der IG Metall im März 1965 in Oberhausen sagte zu dieser Frage der amerikanische Gewerkschaftsführer Walter P. Reuther:

„Vor einem Jahr schätzte der Ausschuß der Wirtschaftsberater, daß ungefähr 35 Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten in Armut leben, also ein Fünftel unserer Gesamtbevölkerung. Das Kriterium für die Armut, das der

Gossner Mission

Ausschuß gebrauchte, war willkürlich gewählt und sehr niedrig — es würde im Durchschnitt ungefähr die Hälfte des Betrages ausmachen, den das Arbeitsministerium als notwendig erachtet, um einen sogenannten ‚bescheidenen, jedoch angemessenen' Haushalt für einen Arbeiter und seine Familie in der Stadt zu ermöglichen — und dieser Haushalt sollte gerechterweise eher bescheiden als angemessen bezeichnet werden. Dennoch lebt ein Fünftel der Bevölkerung von der Hälfte dieses Betrages, oder weniger — viele von ihnen mit viel weniger.

Es kann leicht aufgezeigt werden, in welchem Ausmaß diese Armut durch angemessene Barzahlungen, einen menschenwürdigen Mindestlohn und die Vollbeschäftigung beseitigt werden kann.

Die durchschnittliche Altersrente, die in den Vereinigten Staaten entweder einer alleinstehenden Person oder einem Ehepaar gewährt wird, ergibt ein Einkommen weit unter der Armutsgrenze für alle diejenigen, die keine andere Einkommensquelle haben. Und von den 8,8 Millionen Familien (einschließlich Einzelpersonen), die in den USA in Armut leben, haben 3 Millionen oder 34 Prozent ein Familienoberhaupt über dem Ruhestandsalter von 65 Jahren.

Die durchschnittliche Rente an eine Witwe mit unmündigen Kindern beträgt weniger als die Altersrente. Eine Million Familien in Armut — 11 Prozent aller — gehören zu dieser Kategorie.

Angemessene Leistungen im Rahmen dieser beiden Programme allein könnten schon ungefähr 45 Prozent der Armen von ihrer Armut befreien — und für sie gibt es keinen anderen Weg aus der Armut als diesen.

So haben wir die Familien der invaliden Arbeitnehmer, von denen fast 900 000 unzureichende Barzahlungen erhalten, und viele erhalten nur Unterstützungen im Rahmen örtlicher Programme oder überhaupt keinerlei Hilfe. Die vorhandenen Angaben zeigen nicht auf, wie viele von diesen Familien unter der Armutsgrenze leben.

Es gibt 2,1 Millionen Familien — 24 Prozent aller — die in Armut leben, trotzdem ihr Versorger vollbeschäftigt ist. Das ist leicht verständlich. Ein Arbeitnehmer mit Familie, der den gesetzlich festgesetzten Mindestlohn verdient und volle 2000 Stunden pro Jahr beschäftigt ist, verdient erst ungefähr 83 Prozent des jährlichen Mindesteinkommens, das vom Ausschuß der Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten als notwendig angesehen wird, um über die Armutsgrenze zu kommen. Millionen von Arbeitnehmern, u. a. in unseren Industrien mit den schlechtesten Lohnverhältnissen, fehlt sogar noch dieser ungenügende Schutz.

Bei den vorhin erwähnten Gruppen gibt es sicher einige Überschneidungen, aber sehr vorsichtig geschätzt würde man mit Hilfe von angemessenen Barzahlungen an Familien, die keinerlei andere Einkommensquellen als die Sozialversicherungsleistungen haben, und durch die Sicherung eines angemes-

Gossner Mission

senen Mindestlohnes für alle, die noch schrecklich unterbezahlt werden, sofort mehr als die Hälfte der Armut in den Vereinigten Staaten beseitigen.

Die meisten der übrigen Armen sind wahrscheinlich die Familien der schon seit langer Zeit stellungslosen Arbeitnehmer. Viele von ihnen werden sicher besonderer Hilfe bedürfen, um einen Arbeitsplatz zu finden. Hierzu kommen noch alle diejenigen, deren Jahreseinkommen durch sporadische Arbeitslosigkeit verringert wird. Genaue Angaben gibt es nicht, um aufzuzeigen, in welchem Grad Arbeitslosigkeit zur Armut beiträgt. Wenn man sich jedoch die geringe Arbeitslosenunterstützung in den Vereinigten Staaten vergegenwärtigt, so wird einem klar, daß Familien, deren Versorger längere Zeit arbeitslos ist, eine erhebliche Verringerung ihres Einkommens erleiden.

(Zitiert nach dem Redemanuskript, Seite 28 — 31)

Ferner kann man die private Nachfrage steigern durch großzügige Stipendien an Schüler und an Studenten.

Ein zweite Möglichkeit wäre, daß man die öffentliche Nachfrage durch öffentliche Ausgaben im sozialen und kulturellen Bereich ausweitet.

Der Staat könnte initiativ werden durch den Bau von Kindergärten, von Schulen, von Fach- und Hochschulen, durch neue Einrichtung der Jugendpflege, durch den Bau von Krankenhäusern usw. Auch dadurch kann man Nachfrage schaffen, auch dadurch kann man die Konjunktur anregen. Daneben können Milliarden investiert werden, um der Wasser- und Luftverschmutzung Herr zu werden, um den Lärm in den Städten zu dämpfen, um rationellere Verkehrssysteme zu schaffen. Öffentliche Ausgaben, die längst überfällig sind, gibt es in Hülle und Fülle. —

Auch dazu einige Erklärungen von Walter P. Reuther:

„Die Vereinigten Staaten leiden nicht nur unter dem Fluch der privaten, sondern auch der öffentlichen Armut.

Unsere Schulen sind überfüllt, viele davon sind veraltert und viele Lehrer werden schlecht bezahlt. Unsere Universitäten können nicht allen Platz bieten, die eine höhere Ausbildung anstreben, während auch Tausende junger Menschen trotz erforderlicher Veranlagung und Fähigkeit sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht einmal um die Aufnahme bewerben können.

Unser Volkszählungsamt berichtet, daß über 16 Millionen Wohnungen in Amerika entweder verfallen, minderwertig oder überfüllt sind, und daß wir nicht schnell genug bauen, um aus dieser Rückständigkeit herauszukommen.

Gossner Mission

Öffentliche Wohnbauprogramme für Familien mit niedrigen Einkommen gibt es nicht.

Ganze Städte verfallen und verfaulen, weil es kein wirksames und umfassendes Städteneugestaltungs-Programm gibt.

Die Verkehrsstauungen in unseren Hauptstraßen und auf unseren Bundesstraßen, eine tägliche Erscheinung unserer amerikanischen Lebensart, die zur nutzlosen Verschwendung von Millionen Arbeitsstunden führen, sind genügend Beweis dafür, wie notwendig es wäre, ein umfassendes System des Durchgangsverkehrs zu schaffen, daß die optimale Auslastung von sowohl öffentlichen wie auch privaten Verkehrsmitteln ermöglicht.

Wir sind das einzige Industrieland der Welt, wo man noch nicht einmal die ersten Ansätze eines vom Staate gelenkten und wenigstens teilweise finanzierten Gesundheitsdienstes hat.

Um für die notwendigen Einrichtungen des Gesundheitsschutzes sorgen zu können, fehlen uns mehr als eine Million Krankenhaus- und Pflegeheimbetten, sowie Tausende von öffentlichen Kur- und Behandlungsstätten, neben mehr Ausbildungseinrichtungen für Ärzte, Zahnärzte und Krankenpflegerinnen.

Wir haben einfach schamlos die Erhaltung und Entwicklung unserer landschaftlichen Schönheiten vernachlässigt.

In bezug auf Kunsteinrichtungen, Kunstförderung und kulturelle Bemühungen überhaupt, haben wir im Vergleich zu anderen Ländern noch vieles aufzuholen."

(Zitiert nach dem Redemanuskript, Seite 33—34)

Eine dritte Möglichkeit ist eine großzügige finanzielle Hilfe an die Entwicklungsländer. Sie würde die sogenannte Auslandsnachfrage stärken.

Es ist unbestritten, daß wir eine Verpflichtung haben, den Entwicklungsländern bei der Überwindung ihrer Armut und Unbildung zu helfen. Aber was geschieht?

Die USA hatten während des Marschall-Planes 1948 ein Auslandshilfe-Programm von 7,3 Milliarden Dollar.

In den folgenden Jahren wurde dieser Betrag ständig gekürzt. Für 1965 wurde ein neuer Tiefpunkt mit insgesamt 3,38 Milliarden Dollar für das Auslandshilfe-Programm erreicht. Von diesen 3,38 Milliarden sind 1,17 Milliarden militärische Hilfen.

(Vergleiche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 15. 1. 1965, Seite 5)

Gossner Mission

Das Fünffache dessen, was den Entwicklungsländern zur Zeit für Investitionszwecke zur Verfügung steht, wird jährlich im Weltmaßstab für Rüstung verausgabt.

Eine andere Rechnung mag hier die Relationen verdeutlichen. Sie stammt aus einer russischen Denkschrift(8). Faßt man die derzeitigen Rüstungsausgaben im Weltmaßstab, die etwa 130 Milliarden Dollar jährlich betragen, für einen Zeitraum von 25 Jahren zusammen, dann kommt man auf einen Betrag von etwa 3 000 Milliarden Dollar. Dieser Betrag ist dem gleichzusetzen, was die Menschheit in ihrer bisherigen Geschichte an Vermögen hat erarbeiten können. Alles das, was an Straßen, Gebäuden, Kanalisationssystemen, Schul- und Krankenhaussystemen usw. besteht, macht wertmäßig nicht mehr aus als das, was zur Zeit in 25 Jahren in die Rüstung gesteckt wird.

Mit anderen Worten: In einer Generation ließe sich die materielle Armut in der Welt überwinden. —

Aber noch ein weiteres sei genannt: Man kann auch, statt die Nachfrage zu stärken, das Wachstum des Angebots verzögern. Ein sinnvoller Weg dazu ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Auch das ist eine Mittel, bei überschäumenden Produktionskräften die Konjunktur wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn ein Rüstungsabbau zuviel Arbeitskräfte freisetzt, so kann man die verbliebene Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte anders verteilen — durch eine Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit, durch Herabsetzung der Altersgrenze, durch Verlängerung des Urlaubs oder durch Freistellung der Mütter für ihre familiären Aufgaben. Die Phantasie hat da weiten Spielraum und es gibt viele realistische Möglichkeiten.

Es ist kein Zweifel möglich: es gibt zahllose Möglichkeiten, um das Gesamtangebot mit der Gesamtnachfrage auszugleichen. Die Vollbeschäftigung kann auch ohne Rüstung gesichert werden. Doch es bedarf entsprechender Vorbereitungen, um die ökonomischen Ängste und Sorgen vor einer Abrüstungspolitik auszuräumen und um den Widerstand zu neutralisieren, der aus dieser Quelle stammt. Vorgesorgt werden muß in der Form von Gesetzen, die die notwendigen

Gossner Mission

strukturpolitischen Hilfen garantieren. Vorgesorgt werden muß durch eine Verfeinerung der Wirtschaftsstatistik und Wirtschaftspolitik. Die Regierungen brauchen bessere Informationen, damit sie die Wirtschaft bewußter regulieren können. Das bedeutet, daß man eine verbesserte Wirtschaftsstatistik durch eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung ergänzen muß, wenn die erforderlichen Konjunkturspritzen und Strukturhilfen am rechten Platz und in der rechten Dosierung erfolgen sollen. Die Regierungen müssen die Fähigkeit erlangen, den volkswirtschaftlichen Prozeß zu steuern.

Das wird nicht von heute auf morgen gelingen. Noch fehlt es an der Bereitschaft, eine solche Politik bewußt und planmäßig anzustreben.

Konservatismus und Abrüstung

Hemmnisse und Hindernisse gibt es viele. Sie liegen nicht nur in der Naivität und in der Trägheit der Menschen.

Der Widerstand gegen eine konstruktive Vollbeschäftigungspolitik kommt noch aus einer anderen Quelle. Manche konservativen Schichten lehnen sie aus prinzipiellen Gründen ab. Von ihrer Interessenlage her gesehen leitet eine solche Politik bedenkliche Entwicklungen ein.

Fassen wir noch einmal ihre Elemente zusammen: demokratische Rahmenplanung, höhere Masseneinkommen, kürzere Arbeitszeit, verstärkte Sozial- und Kulturpolitik und eine umfassende Entwicklungshilfe.

Gegenüber jedem dieser Vorschläge gibt es konservative Einwände.

Eine demokratische Rahmenplanung dürfte vieles durchsichtiger und gestaltbarer machen. Die Gesellschaft wird ihrer selbst in anderem Grade inne werden. Die wissenschaftliche Analyse und öffentliche Diskussion wird auf weitere Gebiete übergreifen. Gesellschaftliche Instanzen werden Grundentscheidungen über Umfang und Richtung von Investition, Produktion, Kreditvolumen und anderem treffen.

Ebenso bedeutet jede Verschiebung in der Einkommensverteilung eine Änderung in der Machtverteilung. Höhere Masseneinkommen

Gossner Mission

steigern die Chancen der Arbeitnehmer, sich kulturell und politisch durchzusetzen.

Das gleiche gilt für Arbeitszeitverkürzungen. Mehr Zeit haben bedeutet, daß man mehr Chancen hat, miteinander zu sprechen, zu lesen, zu studieren — daß man Klarheit gewinnen kann über die allgemeinen Umstände seines Lebens. Damit verbunden ist die Möglichkeit, mit Vereinen und Verbänden seine Zwecke kraftvoller anzustreben, seine Interessen besser zur Geltung zu bringen.

Der Ausbau des Staates zum Wohlfahrtsstaat, der ein verbessertes Schul- und Hochschulsystem mit einschließt, wird die demokratische Substanz des Staates und der Gesellschaft stärken. Der öffentliche Sektor wird ein größeres Gewicht erlangen. Professoren, Lehrer, Sozialarbeiter, Kindergärtnerinnen, Ärzte und ähnliche Berufsgruppen, die sich nicht an privatwirtschaftlichen Wertungen orientieren, werden zahlreicher werden. Auch demgegenüber ist man skeptisch, auch hier bremsen die Konservativen nach besten Kräften.

Es gibt fraglos Gruppen, denen die ganze aufgezeigte Alternative nicht paßt, weil sie notwendigerweise die breiten Schichten und die unterentwickelten Länder materiell und ideell begünstigt. Diese Vollbeschäftigungspolitik wird den Wandlungsprozeß von der kapitalistischen Gesellschaft zur demokratischen Gesellschaft beschleunigen; ein Wandlungsprozeß, der schon vor Jahrzehnten eingesetzt, aber noch nicht zu einer befriedigenden Situation geführt hat. So gesehen ist die Abrüstung für manche konservativen Gruppen eine Gefahr, weil sie ihre gesellschaftliche Vorrangstellung aufheben und den Weg zu einer demokratischen Kultur ebnen wird.

Die Abrüstung würde zweifellos auch ihrem großen außenpolitischen Gegenspieler neue Chancen geben. Mit der Abrüstung verbinden viele konservative Leute im Westen die Vorstellung von einem wirtschaftspolitischen Niedergang der USA einerseits und einem verstärkten industriellen und gesellschaftlichen Aufstieg Rußlands andererseits.

Gossner Mission

Rüstung bedeutet Lasten — und diese Lasten drücken die russische Wirtschaft weit stärker als die amerikanische. Sie binden Hunderttausende ihrer wissenschaftlich qualifizierten Kräfte und schmälern ihre Investitionsmittel. All ihre großen Vorhaben, ihre ehrgeizigen Pläne, können sie nur mit halber Kraft angehen. Für die Russen ist die Rüstung eine Fessel, die sie gerne abschütteln würden. Aber gerade dadurch wird die Rüstung manchen Konservativen bei uns nur in höherem Maße sympathisch.

Wir haben hier viele kleinmütige und ängstliche Konservative. Sie haben Furcht vor Entwicklung. Für sie ist die Rüstung ein prächtiges Mittel, um im weltweiten Rahmen den status quo zu bewahren. Die Rüstung verzögert den sozialen und kulturellen Fortschritt breitester Volksschichten im Inneren und zugleich wird damit dem Auftiegsstreben der kommunistischen Länder ein Riegel vorgeschoben.

Wir brauchen im Westen junge, tatkräftige Regierungen á la Kennedy, die im Inneren eine neue demokratische Integration der Gesellschaft bewirken. Wir brauchen Regierungen, die willens und fähig sind, die heute in der Rüstung festgelegten wissenschaftlichen und industriellen Kräfte für einen tiefgreifenden sozialen und kulturellen Fortschritt zu mobilisieren. In dem Maße, wie das möglich wird, werden sie auch zu einer anderen Außenpolitik fähig sein, zu einer Außenpolitik, die auf einem gestärkten Selbstvertrauen gründet und die das Wagnis eines fairen friedlichen Wettbewerbs mit dem Osten eingehen kann. Solange die Rüstung noch als wesentliche Stütze der allgemeinen Beschäftigungslage in den USA anzusehen ist und solange sie noch als Hemmklotz am Bein des russischen Rivalen geschätzt wird, solange wird es keine befriedigende Entspannung zwischen Ost und West und keine Abrüstung geben(9). —

Zum Abschluß sei noch einmal darauf verwiesen, daß mit diesem Referat nur bestimmte Aspekte unserer verwickelten Weltlage dargestellt wurden. In dem historisch entstandenen Gegensatz von Ost und West sind die gewachsenen Rüstungsinteressen im Westen nur eines der zahlreichen spannungsfördernden Elemente. Die Existenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme, die gegnerischen Ideologien,

Gossner Mission

die rivalisierenden Interessen und anderes mehr gehört zu diesem Gesamtkomplex. Der Vielfalt der friedensstörenden Faktoren sollte man sich stets bewußt bleiben. Wir werden sie Zug um Zug neutralisieren müssen, wenn wir den Frieden wollen.

„Es genügt nicht, den Frieden zu wollen, man muß auch die Bedingungen wollen, die den Frieden möglich machen." (Thomas a Kempis)

Eine der Bedingungen ist, im Westen eine Wirtschaftsverfassung zu entwickeln, die Vollbeschäftigung auch ohne Rüstung ermöglicht. Das ist eine technische und politische Aufgabe.

Gossner Mission

Literatur:

(1) „Frankfurter Rundschau" — 12. 3. 1962

(2) Seymour Melman
„Ökonomische Alternativen zur Rüstungsprosperität"
(„Blätter für deutsche und internationale Politik" — 2/1964)

(3) Helmut Krauch
„Abrüstung und Forschung"
(„Atomzeitalter" — 1/1964)

H. Krauch charakterisierte dort als erster die „Rüstungsunternehmen".

(4) „Express International" — 10/1964

(5) „Atomzeitalter" — 9/1964

(6) „Frankfurter Allgemeine" — 15. 3. 1963

(7) Isaac Deutscher
„Der große Wettkampf"
(Dordrecht, Holland, 1960, S. 85)

(8) „Archiv der Gegenwart" — 11. 10. 1962, S. 10168

(9) Heinz Raspini
„Wirtschaftspolitik und Friede"
„Friede, Demokratie und Wirtschaft" von Fred Blum, Gerd Hirschauer, Heinz Raspini — Unterwegs-Reihe, Buch 22, Käthe-Vogt-Verlag, 5,80 DM; abgedruckt in „Werkheften" — 12/1963)

In diesem Aufsatz ist manches ausführlicher dargestellt.

Gossner Mission

THESEN | ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER ABRÜSTUNG

Zahlreiche amerikanische Unternehmen sind zu „Rüstungsunternehmen" geworden.

Der Lebensstandard und die Lebensform von einigen Millionen Arbeitnehmern hängt von der Rüstung ab.

Der Wohlstand ganzer Provinzen beruht auf der Rüstung.

Die Rüstung ist eine wesentliche Stütze der Konjunktur.

Aus diesen Tatsachen erwächst tendenziell ein starker Widerstand gegen Abrüstungsverhandlungen und Abrüstung.

Dieser Widerstand läßt sich durch die Formulierung entsprechender konstruktiver Programme neutralisieren. Erforderlich ist eine vielseitige Strukturpolitik und eine an demokratischen Zielsetzungen ausgerichtete Konjunkturpolitik.

Einer solchen Konjunkturpolitik, die dem Wohl und der Kultur der breiten Schichten und der unterentwickelten Länder dienen würde, widersetzen sich jedoch konservative Schichten. Sie wissen, daß diese Politik für sie den Verlust ihrer Führungs- und Herrschaftsposition mit sich bringen würde.

Ihr Widerstand ist politischer Natur. Er ist nur durch geistigen und politischen Kampf zu überwinden.

Gossner Mission

Ein Blatt kritischer Protestanten

stimme

STIMME DER GEMEINDE ZUM KIRCHLICHEN LEBEN, ZUR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Redaktion, Verlag und Vertrieb:
Frankfurt a. M., Finkenhofstraße 4
Telefon 554335
Anzeigenverwaltung:
Frankfurt a. M., Finkenhofstraße 4
Postscheckkonto:
Frankfurt a. M., Nr. 148089
Bankkonto:
Dresdner Bank, Frankfurt a. M.
Konto-Nummer 247017

Herausgegeben von Martin Niemöller, Erica Küppers, Karl Linke, Herbert Mochalski, Karl Gerhard Steck, Heinrich Vogel, Gotthilf Weber und Ernst Wolf

---

Redaktion: Herbert Mochalski
in Verbindung mit Erica Küppers und Karl Linke

2mal im Monat

STIMME DER GEMEINDE hat sich durch die Klarheit und Unerschrockenheit ihres Urteils zu einer der größten evangelischen Zeitschriften in Deutschland entwickelt.

Bitte benutzen Sie den Bestellschein auf der Rückseite

Aus den letzten Beiträgen:

Martin Niemöller:	Aufgaben der Politik
	Ökumene heute – eine Hoffnung für morgen
Wolfgang Abendroth:	Der deutsche Protestantismus und der II. Weltkrieg
Heinz Abosch:	Ostasien zwischen Krieg und Revolution
Günther Anders:	Verantwortung im Atomzeitalter
Irmgard Becker:	Bertha von Suttner – Ein Leben für den Frieden
Hildburg Bethke:	Notstand und Demokratie
Walter Bredendiek:	Die evangelische Kirche und der »Geist von 1914«
Helmut Gollwitzer:	Die Zukunft des Christentums und das Christentum der Zukunft
Heinrich Hannover:	Der totale Notstandsstaat
Josef L. Hromadka:	An der Schwelle des Dialoges zwischen Christen und Marxisten
Karl Linke:	Der Rechtsstaat – Verfassung · Ideologie · Wirklichkeit
Herbert Mochalski:	Warum Europa keinen Frieden findet
Karl Gerhard Steck:	Luther und die Revolution
Fritz Vilmar:	Kapitalismus und Krieg im 20. Jahrhundert
Heinrich Vogel:	Deutschland sollte Friedenszone sein
Gerhard Weber:	Möglichkeiten und Schwierigkeiten gesamtdeutscher Gespräche

Außerdem: Aktuelle Glossen, Buchbesprechungen u. Nachrichten

Gossner Mission

In Umschlag bitte senden an Stimme-Verlag · 6000 Frankfurt a. M., Finkenhofstr. 4

Ich / Wir bestelle(n) hiermit bis auf Widerruf die Halbmonatsschrift

»STIMME DER GEMEINDE«

zum Preise von 2,– DM monatlich, zuzüglich Zustellgebühr

Ich / Wir bitte(n) um Posteinweisung – Streifbandbezug*)

Vor- und Zuname · Anschrift	Unterschrift

*) Nichtzutreffendes streichen

Bitte deutlich in Blockschrift ausfüllen!

Bitte wenden!

Gossner Mission

Martin Niemöller:
■ **Das Wichtigste der letzten zwei Jahrzehnte**

Walter Kreck:
■ **Lob aus der Tiefe**

Renate Riemeck:
■ **Die »billige« Gnade des Nullpunkts?**

Erica Küppers:
■ **Der Neuanfang blieb aus**

Wolfgang Abendroth:
■ **Die akklamierte Stagnation**

Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur

20

15. Oktober 1965
17. Jahrgang

1 F 6508 D

Wichtiger ist es, daran zu erinnern, daß der Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus nach dem Willen der Völker, die ihn unter hohen Blutopfern erkauft hatten, dazu dienen sollte, die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands herbeizuführen. Dadurch erhielt das deutsche Volk, das sich aus eigener Kraft von der Herrschaft des Nationalsozialismus nicht befreit hatte, sondern durch andere davon befreit worden war, eine einzigartige Chance. Hat es diese Chance genutzt?

(Aus dem Beitrag von Renate Riemeck in diesem Heft)

Gossner Mission

MARTIN NIEMÖLLER:

Das Wichtigste der letzten zwei Jahrzehnte

Auf eine Umfrage des Kirchenfunks beim SFB zu dem Thema »Zwei Jahrzehnte im Urteil der Kirche« antwortete D. Niemöller mit nachstehendem Beitrag.

Für die Christenheit in Deutschland ist nach meinem Urteil die ökumenische Entwicklung entscheidend wichtig und wesentlich geworden. Diese ökumenische Entwicklung bedeutet, daß sich die Christenheit von den letzten Resten des Staatskirchentums und der damit verbundenen Beschränkung ihres Verantwortungsbewußtseins auf das eigene Land und das eigene Volk zu befreien begonnen hat. — Man wird sagen dürfen, daß diese Entwicklung an Intensität erheblich zugenommen hat und gewachsen ist.

Daß es dabei zu Rückschlägen und auch geradezu zu Fehlentwicklungen gekommen ist, soll nicht geleugnet werden: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich wieder in beängstigender Weise mit der Politik der jeweiligen Regierung gleichgeschaltet und sich ihrer politischen Bedeutung, nämlich das christliche Gewissen des Staates zu sein und als solches wirksam zu werden, begeben. Das verhängnisvollste Ereignis in dieser Hinsicht ist der Abschluß des Militärseelsorgevertrages mit der Bundesrepublik gewesen, wodurch ein — wie es scheint — definitiver Bruch innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland verursacht wurde, der bis heute nicht hat geheilt werden können.

Möglicherweise begegnen sich die beiden Teile der deutschen evangelischen Christenheit heute noch — und, wie zu hoffen steht, in steigendem Maße — innerhalb der internationalen christlichen Friedensarbeit, wie diese durch die Prager Allchristliche Friedenskonferenz dargestellt wird. Bis zum Jahre 1961, als die russisch-orthodoxe Kirche Mitgliedskirche im Ökumenischen Rat der Kirchen wurde, war diese Prager Friedenskonferenz (erste Anfänge 1958) die einzige Stätte, wo sich östliches und westliches Christentum nach 1945 wieder begegnete.

Nach meiner Auffassung wird für die nächsten zehn Jahre kirchlicher Entwicklung die Annäherung der Konfessionen weiterhin eine bedeutsame Rolle spielen, die freilich nicht als ein Selbstzweck verstanden werden darf, sondern die Grundlage schaffen soll für eine gemeinsame missionarische Aktivität der gesamten Christenheit in der notleidenden und gefährdeten Menschenwelt von heute und morgen.

Für die Weltlage beurteile ich den relativ kurzen Abschnitt gemeinsamer Verantwortung von Kennedy und Chruschtschow als die wichtigste Episode der letzten zwanzig Jahre, weil damit sichtbar wurde, daß Russen und Amerikaner für den nächsten Abschnitt der Menschheitsgeschichte Seite an Seite zu stehen haben und dasselbe Schicksal zu meistern haben werden, weil es gilt, die Haltung der weißen Rasse gegenüber dem Ansturm der nicht-weißen Rassen zu gestalten und so durchzuhalten, daß ein friedliches Beieinanderleben in den nächsten Jahrzehnten ermöglicht wird. — Auch unser deutsches Volk wird in dies Schicksal der weißen Rasse zwangsläufig hineingezogen werden. Für unser Volk ist die Zerspaltung und Aufgliederung in zwei Staaten die größte und nachhaltigste Fehlentscheidung gewesen, die der positiven Entwicklung schwerste Hemmungen bereitet. Wir haben leider durch die sogenannte Hallstein-Doktrin die Schwierigkeiten noch erhöht und sind dadurch in den Ruf gekommen, wieder auf einen Krieg hinsteuern zu wollen.

Die Völker und Staaten der weißen Rasse haben den Ost-West-Gegensatz schon fünf Jahre zu lange als das eigentliche Problem internationaler Politik mißverstanden und haben das wirkliche Problem »Weiße — Nicht-Weiße« übersehen. Persönlich habe ich den Eindruck, daß Chruschtschow dies Problem als erster wirklich erkannt und auch praktisch angefaßt hat mit seinen Bemühungen um eine Verständigung zum Frieden mit den USA und zur Beendigung des Rüstungswettlaufs. — Praktisch heißt die politische Aufgabe: friedliche Verständigung mit den nicht-weißen Völkern und Rassen und dementsprechende Hilfe beim Aufbau und der Konsolidierung der nicht-weißen Volkswirtschaften.

Um es ganz grob zu sagen: Ich halte aus eben diesen Gründen den Russen Chruschtschow für den klügsten unter den Staatsmännern der letzten zwanzig Jahre.

stimme

Eine Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, herausgegeben von Martin Niemöller, Erica Küppers, Karl Linke, Herbert Mochalski, Karl Gerhard Steck, Heinrich Vogel und Gotthilf Weber.

Redaktion: Herbert Mochalski in Verbindung mit Erica Küppers und Karl Linke.

Die STIMME DER GEMEINDE ist durch jede Buchhandlung, durch die Post oder direkt vom Verlag zu beziehen. Einzelheft 1,— DM. Bezugspreis monatlich für zwei Hefte: durch Bezahlung beim Briefträger 2,40 DM einschließlich Bezugsgebühr; durch Bezahlung beim Verlag 2,— DM zuzüglich Porto. — Postscheckkonto Ffm., Nr. 148089, Dresdner Bank, Frankfurt a. M., Kto.-Nr. 247017.

Redaktion: Frankfurt am Main, Finkenhofstraße 4, Tel. 554335. — Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurückgesandt können sie nur werden, wenn Porto beigefügt ist.

Anzeigenverwaltung: Frankfurt am Main, Finkenhofstraße 4, Tel.: 554335.

Druck: Roetherdruck Darmstadt.

Verleger: STIMME-Verlag GmbH, Frankfurt am Main,

In diesem Heft schreiben:

Dr. Wolfgang Abendroth, Professor, 355 Marburg, Wilh.-Roser-Str. 53 • Dr. Werner Hofmann, 34 Göttingen-Nikolausberg, Senderstr. 27 • D. Walter Kreck, Professor, 53 Bonn, Gregor-Mendel-Str. 26 • Erica Küppers, Pfarrerin, 6368 Bad Vilbel-Heilsberg, Jahnstraße 17 • D. Martin Niemöller, Präsident, 62 Wiesbaden, Brentanostr. 3 • Dr. Renate Riemeck, Professorin, 7803 Gundelfingen, Belchenstr. 2 • Horst Symanowski, Pfarrer, 65 Mainz-Gonsenheim, An den Reben 48.

Inhalt dieses Heftes:

Martin Niemöller: Das Wichtigste der letzten zwei Jahrzehnte • Walter Kreck: Lob aus der Tiefe • Renate Riemeck: Die »billige« Gnade des Nullpunkts? • Die Stuttgarter Erklärung von 1945 • Erica Küppers: Der Neuanfang blieb aus • Wolfgang Abendroth: Die akklamierte Stagnation • Werner Hofmann: Der neue Hang zur Gewaltsamkeit • Horst Symanowski: Bibel und Zeitung.

Jetzt beginnt die Auslieferung des Sonderdrucks

Gefahren des Luftschutzes

Mindestabnahme 300 Stück

Preis 6 Pf pro Stück ab 100 Stück 5 Pf
ab 5000 Stück 4 Pf. Porto trägt Empfänger

Gossner Mission

WALTER KRECK:

LOB AUS DER TIEFE

Predigt über 2. Kor. 1, 3–11 zu Cantate 1965

Gelobt sei Gott, der Vater unseres Herrn Jesus Christus, der Vater der Barmherzigkeit und Gott allen Trostes, der uns tröstet in aller unserer Trübsal, damit wir trösten können, die da sind in allerlei Trübsal, mit dem Trost, mit dem wir selber getröstet werden von Gott. Denn gleich wie wir des Leidens Christi viel haben, so werden wir auch reichlich getröstet durch Christus. Haben wir aber Trübsal, so geschieht es euch zu Trost und Heil. Haben wir Trost, so geschieht es zu eurem Trost, welcher sich wirksam erweist, wenn ihr leidet mit Geduld dieselben Leiden, die auch wir leiden. Und unsere Hoffnung steht fest für euch, weil wir wissen, daß, wie ihr des Leidens teilhaftig seid, so werdet ihr auch des Trostes teilhaftig sein. Denn wir wollen euch nicht verschweigen, liebe Brüder, unsere Trübsal, die uns in der Landschaft Asiens widerfahren ist, wo wir über die Maßen beschwert waren und über Vermögen, so daß wir auch am Leben verzagten und wir selbst es für beschlossen hielten, wir müßten sterben. Das geschah aber darum, daß wir unser Vertrauen nicht sollten auf uns selbst stellen, sondern auf Gott, der die Toten auferweckt, welcher uns von solchem Tode erlöset hat und erlösen wird. Auf ihn hoffen wir, er werde uns auch hinfort erlösen. Dazu helft auch ihr durch eure Fürbitte für uns, auf daß unsertwegen für die Gabe, die uns gegeben ist, durch viele Personen viel Dank geschehe. 2. Korinther 1, 3–11

»Singet dem Herrn ein neues Lied . . .!« – so wird uns am Sonntag Cantate zugerufen, und diesen Klang nimmt unser Text auf, wenn er beginnt: »Gelobt sei Gott, der Vater unseres Herrn Jesu Christi.« Aber das ist hier das Besondere: Dieser Lobpreis des Apostel Paululs steigt aus der Tiefe der Anfechtung empor. Er preist den »Vater der Barmherzigkeit und den Gott alles Trostes, der uns tröstet in aller unserer Trübsal«. So erst rückt uns diese Cantate nahe, so nur wird dieser Aufruf zum Lobpreis Gottes für uns alle erträglich. Andernfalls bliebe er doch für manchen eine unerhörte Zumutung. Wer kann denn schon immer Loblieder singen? Wer bringt das fertig ohne Heuchelei? Wem sind nicht schon die vielen Appelle zum Loben, zum Danken und Singen in der Kirche auf die Nerven gefallen, wenn ihm der Sinn gar nicht danach steht? Verdächtig sind uns die Menschen mit den immer leuchtenden Augen, denen die großen Worte des Lobpreises nur so von den Lippen strömen. In den Ausspruch eines Kirchenführers: »Wir sind des Heilands fröhliche Leute«, den kürzlich eine Tageszeitung als Ausdruck einer »optimistischen Theologie« rühmte, jederzeit einzustimmen, dürfte manchem nicht so leicht fallen. Wie oft bleibt einem das Wort in der Kehle stecken, wenn man einen wirklich Leidtragenden und Verzweifelten trösten will und in den Augen des andern den stummen Vorwurf zu lesen meint: Du Ahnungloser, du hast gut reden!

So ist es hier nicht. Paulus redet nicht wie ein Blinder von der Farbe, er lobt den Gott allen Trostes, dem er in der Anfechtung begegnet ist, er weiß, wie es ist, wenn es »zum Treffen kommt«. Und darum spricht er hier nicht nur die ohnehin Fröhlichen, Jubilierenden und Triumphierenden an, sondern alle, auch die Erschrockenen und Verzagten, auch die Hoffnungslosen und Verzweifelten unter uns. Hier ist keiner ausgeschlossen!

Denn wie präsentiert sich hier Paulus den Korinthern? Derselbe Apostel, der so siegesgewiß reden kann, der im Philipperbrief sagt: »Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht, Christus«, spricht hier von einer fast peinlich wirkenden Ratlosigkeit und Verzagtheit, die ihn überfallen hatte. Er stellt sich nicht als einen imponierenden Apostel hin, er überspielt nicht die Anfechtung und die Schwachheit seines Todesleibes wie die Korinther. Sie möchten offenbar ein erfolgreiches, sieghaftes Christentum wie wir alle, eine Kirche, die sichtbare Lebenshilfe und Lebensbejahung liefert, eine Kraftquelle für den Daseinskampf, eine Theologie, die sich als Weisheit dieser Welt bewährt, ein Evangelium, das spürbar in der Geschichte seine verwandelnde Kraft unter Beweis stellt, selbstbewußte Führer, die eine eindeutige Legitimation aufweisen. Hier dagegen begegnet uns ein Mann, der seine ganze Ohnmacht bekennt. Paulus spricht von einer Last, die seine Kräfte überstieg, von einer Anfechtung, die ihn am Leben verzagen ließ. Wir wissen nicht im einzelnen, welche Todesgefahr in Kleinasien hier gemeint ist, aber wir brauchen ja nur die Stellen im 2. Korintherbrief zu lesen, an denen er ähnlich redet, von dem zerbrechlichen irdischen Gefäß seines Leibes, von dem Sterben Jesu, das er mit sich herumträgt, von den Verfolgungen, Schlägen, Gefangenschaften und Ängsten in seiner apostolischen Existenz, um zu sehen, daß es nicht um Ausnahmezustände geht, sondern um einen Grundzug seines Dienstes als Apostel. »Außen Kämpfe, innen Ängste«, so sieht dieser Sklave Jesu Christi aus. Das hat er zu erwarten in einer Welt, die kein höheres Ziel kennt als Selbstbehauptung und Selbstdurchsetzung – womöglich mit Hilfe des Christentums. So geht es den Zeugen Jesu Christi, die nicht nach dem Mund reden und nicht mit den Wölfen heulen.

Nun würden wir allerdings Paulus mißverstehen, wenn wir meinten, er predige hier eine sogenannte Sklavenmoral, eine solche Kreuzestheologie, in der Elend und Schwachheit an sich heilig gesprochen werden. Das Evangelium ist nicht dazu da, die Gefühle der Enttäuschung und Verbitterung derer zu legitimieren, die im Lebenskampf zu kurz gekommen sind und kein anderes Ideal mehr haben, als allen anderen auch ihr bißchen Lebensfreude zu vergällen. Die Traurigen und Zerschlagenen haben an sich nicht mehr Verheißung als die Lachenden und Lebenstüchtigen. Nicht die Ohnmacht als solche wird hier verherrlicht, sondern der Gott allen Trostes, der aus dem Tode errettet. Paulus denkt nicht daran, solche sichtbare Hilfe, wie sie ihm offenbar zuteil wurde, in geistlichem Hochmut geringzuschätzen. Er vertraut vielmehr darauf, daß Gott ihn auch künftig erretten wird und jeder Anfechtung ein solches Ende bereitet, daß er es kann ertragen. »Weil Gott trösten will, macht er herzensbetrübt«, sagt Kohlbrügge. Unsre Verlegenheiten sind seine Gelegenheiten. Er kann und will die zerbrechende Gewißheit und die verlöschende Hoffnung wieder aufrichten. Darum demütigt uns Gott, damit er uns erhöhe zu seiner Zeit, darum zerbricht er unsre Kraft, damit wir seine Kraft erfahren und rühmen. Darum läßt er uns an uns selbst und allem Sichtbaren verzweifeln, damit wir unsre Hoffnung allein auf den setzen, der die Toten erweckt und das Nichtseiende ins Sein ruft. Paulus schämt sich nicht, auf solche Erfahrungen hinzuweisen, in denen uns Gott Zeichen dafür gibt, daß er lebt und allein die Verfügungsgewalt über Leben und Tod in seinen Händen hält. Und auch wir dürfen uns an solche Stunden der Durchhilfe und Rettung erinnern. Man kann das in diesen Tagen und Wochen, in denen unsere Gedanken zum Kriegsende vor 20 Jahren zurückeilen, schwer aussprechen, ohne daran zu erinnern, wie damals im großen Zusammenbruch eine Flut von Ängsten und Sorgen über viele Menschen hereinbrach, als der Sturm, den wir entfacht hatten, sich gegen unser eigenes Land wandte und das Leid, das wir anderen zugefügt hatten, Menschen unsres Volkes heimsuchte. Wir können aber als christliche Gemeinde an das alles nicht zurückdenken, ohne zugleich das Lob des Gottes zu singen, der damals der Tyrannei des Dritten Reiches ein Ende machte und uns nach Jahren der Bedrängnis, die wir auch als Kirche schlecht genug bestanden haben, unverdient wieder aufatmen und in

Gossner Mission

Freiheit unsres Glaubens leben ließ. Wie mancher, der das damals wachen Sinnes miterlebte, verstand es nun neu, was es heißt: »Singet dem Herrn ein neues Lied, denn er tut Wunder!« und wie mancher mag empfunden haben wie D. Bonhoeffer in seinem bekannten Vers, den er im Gefängnis dichtete: »Doch willst Du uns noch einmal Freude schenken an dieser Welt und ihrer Sonne Glanz, dann wolln wir des Vergangenen gedenken, und dann gehört Dir unser Leben ganz.«

Aber wir würden unsern Text gewiß zu vordergründig verstehen, wenn wir hier nur an solche Erfahrungen in unserem Leben und im Leben der Kirche dächten. Paulus geht es hier nicht um ein solches »Befiehl-du-deine-Wege-Christentum«, das nach jedem Regen Sonnenschein verspricht. Er spricht von einem Trost in j e d e r Trübsal, also auch da, wo die sichtbare Hilfe ausbleibt. Wie könnten wir nur aufgrund früherer Erfahrung so sicher von künftiger Hilfe wissen? Dann hätten wir gewiß auch solche erfahrene Durchhilfe falsch verstanden, und es scheint heute oft so, als ob wir in Kirche und Volk diesem Mißverständnis erlegen seien. Statt Gott zu loben, preisen wir da nur seine Gaben, statt ihn zu lieben, möchten wir in unserer unverwüstlichen Selbstliebe nur, daß es uns wieder gut geht. Und wenn wir durch den Engpaß hindurch sind, wenn wir wieder obenauf sind, dann erstirbt das Lob Gottes auf unseren Lippen, und wir rühmen unsre Tüchtigkeit, unsre Zähigkeit und Arbeitskraft. Die Kirche, die ein Hilfswerk organisierte, die Care-Pakete vermittelte und Entlastungsscheine ausstellte, die Kirche, die da mitklagte und mitanklagte, wo uns Unrecht traf, und das den andern zugefügte bald vergaß, die Kirche, die um sichtbare Hilfe, um Wiedervereinigung unsres getrennten Volkes betete, aber Zerspaltung und Elend sonst in der Welt wenig in den Blick nahm, die ließ und läßt man sich gern gefallen. Aber eine Kirche, die an unsagbare Schuld erinnert, die darum nur sehr gedämpft von unserem Recht reden kann, die vielmehr zur Geduld aufruft und zur Bereitschaft, sich unter Gottes Gericht zu beugen, die ist nicht gefragt.

BIBELWOCHE 1965

Prof. Dr. Georg Eichholz

AUSLEGUNG DER BERGPREDIGT

Biblische Studien Heft 46

168 Seiten, kart. 8,30 DM

KIRCHENTAG 1965

Prof. D. Hans Walter Wolff

STUDIEN ZUM JONABUCH

Mit den Bibelarbeiten des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Köln 1965

Biblische Studien Heft 47

144 Seiten, kart. 7,50 DM

NEUKIRCHENER VERLAG

des Erziehungsvereins

Paulus ist nicht solch ein billiger Tröster. Er will nicht um jeden Preis dem Leiden entgehen. Er hält darunter aus und verheißt der Gemeinde keine guten Tage auf Erden. Sein Trösten, sein ermunternder Zuspruch – wie man wohl besser übersetzt – besteht nicht darin, daß er Versprechungen macht. Er erweckt keine fleischlichen Hoffnungen. Er setzt sein Vertrauen vielmehr auf den Gott, der die Toten auferweckt, und selbst das ist nicht so zu verstehen, als würde hier nur der ungebrochene Lebenswille des Menschen und der Welt auf eine eschatologische Zukunft vertröstet. Denn was hülfe uns eine Hoffnung, die zwar nicht wie die Heiden nur zeitliches, wohl aber kein endzeitliches Glück und Heil erwartete, eine künftige Welt ohne Leid und Tod – aber ohne Versöhnung mit Gott.

Den Trost, die Verheißung, von der Paulus redet, begreift man nur recht, wenn es uns nicht nur um die Gaben Gottes geht, auch nicht nur um künftige Gaben, sondern um ihn selbst. Das ist nur möglich, wenn der Blick auf das Kreuz Jesu Christi gerichtet ist. Weil Gott sich im Kreuz Jesu Christi als der Gott der Barmherzigkeit erwiesen hat, weil er in der Auferweckung Jesu von den Toten sich zu diesem Gekreuzigten bekannt hat, darum ist Paulus, obwohl diese Herrlichkeit an uns und aller Welt sich erst künftig offenbaren wird, bereits jetzt ein getrösteter und freier Mensch. Darum rühmt er nicht erst eine kommende Herrlichkeit, sondern er rühmt sogar das Leiden. Wie er diesen Zuspruch Gottes heute mitten im Leiden verstanden wissen will, das macht er unmißverständlich im 12. Kapitel unsres Briefes klar, wo er von seinen schweren Anfechtungen redet. Dreimal hat er den Herrn gebeten, daß er den »Stachel in seinem Fleisch« von ihm nähme, aber er wurde nicht erhört, wie er es dachte, sondern der Zuspruch, der ihm zuteil wurde, lautete: »Meine Gnade ist dir genug, denn meine Kraft vollendet sich i n der Schwachheit« – nicht erst hinterher. Und nun geschieht das Unerhörte, daß Paulus dazu ja sagt und bekennt: »So will ich mich am allerliebsten meiner Schwachheit rühmen, denn wenn ich schwach bin, dann bin ich stark.« Also nicht erst, wenn das Wetter vorüber ist, nicht erst, wenn alle Welt Gottes Herrlichkeit in einer neuen Schöpfung schaut – das alles könnte eine Paradieshoffnung sein, wie sie auch Mohammedaner haben können –, sondern heute, mitten in der Anfechtung, unter dem Kreuz gilt dies Rühmen und Frohlocken. Das ist die rechte Theologie des Kreuzes, die nicht zuerst und vor allem nach den Gaben in Gottes Hand schielt, sondern auf Gott selbst alles Vertrauen setzt. Das ist das neue Lied, das die Gemeinde singen darf, das im kühnen Übergriff über Raum und Zeit, über alle Höhen und Tiefen heute bereits Gott lobt. Das meint Luther, wenn er im Römerbriefkommentar sagt: »Seligsein heißt, den Willen Gottes und seinen Ruhm in allen Dingen wollen und nichts Eigenes wünschen, weder hier noch im zukünftigen Leben.« Darum kann er der »Liebe des Fleisches«, die nur sich selbst in Gott liebt, die Liebe entgegenstellen, die noch in der Hölle Gott lobt, wodurch freilich die Hölle nicht mehr Hölle wäre! Deshalb kann jenen Vers von Bonhoeffer, den ich zitierte, doch nur der recht mitsprechen, der zugleich seine anderen Verse mitbekennt – oder doch darum bittet, daß er es in der Stunde der schwersten Anfechtung geschenkt bekomme, es mitzusprechen: »Und reichst Du uns den schweren Kelch, den bittern des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand, so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern aus Deiner guten und geliebten Hand.«

Aber nun geht es dem Apostel hier gar nicht nur um sich selbst, sondern der Trost, der ihm zuteil wurde, soll zugleich der Gemeinde zum Heil dienen. Was ihm an Anfechtung und Zuspruch widerfuhr, das geht alle an. Wir wissen nicht, ob damals in Korinth besondere Angefochtenheit und Trostbedürftigkeit herrschte. Aber dies Müdewerden im Glauben, die Angst vor dem Leiden und die Sehnsucht nach einem sieghaften Christentum mit sichtbarer Bestätigung in der Welt kennen wir alle. Wir haben vielleicht vor 20 Jahren geglaubt, wenn die äußere Not vorüber wäre, wenn für Nahrung, Kleidung und Wohnung wieder ausreichend gesorgt wäre, wenn wir in Freiheit unsres Glaubens

Gossner Mission

leben könnten, dann seien wir getröstete Menschen. Aber wir sehen, wie mitten in Freiheit und Wohlstand diese Trostlosigkeit bis tief in die Gemeinde hinein um sich greifen kann, so daß das Wort des Evangeliums nicht mehr klingt und unsre Ohren das Wort vom Kreuz nicht mehr hören wollen. Darum ist Anfechtung nötig, wie sie der Apostel durchleidet, um als Angefochtener und Getrösteter auch andere aufzurichten. Deshalb trägt er die Leiden Christi an seinem Leibe. Nicht als ob er durch seine Leiden die Gemeinde erlösen könnte – »Paulus ist nicht für euch gekreuzigt«, so heißt es im 1. Korintherbrief –, aber er bezeugt damit das Kreuz Christi als einer, der nicht nur davon redet, sondern der unter seinem Kreuz aushält. Dieser Paulus, der nicht zerbricht, der in seiner Schwachheit Christus verherrlicht, der nicht auf die sogenannte Wirklichkeit oder die Möglichkeiten dieser Welt nur schaut, sondern der mit dem Gott rechnet, der die Toten erweckt, der kann die Gemeinde aufrichten.

Darum sollen auch wir uns der Anfechtung in unserem Leben nicht weigern, wo Gott sie uns schickt. Das gilt insonderheit für diejenigen, die sich rüsten zum Dienst am Wort Gottes. Wenn uns alles unter den Händen zerbricht, wenn uns auch im theologischen Studium vieles fragwürdig wird, wenn wir keine glatte Generallösung finden und oft wie vor einer Wand stehen mögen – wem geht das nicht so, wenn es sich um das Verständis des Wortes vom Kreuz handelt? –, dann sollen wir bedenken: Gott selbst will uns hier zurüsten. Er kann keine selbstsicheren, auf die Weisheit dieser Welt bauenden Leute gebrauchen, sondern er baut mit solchen, die an sich selbst verzweifeln, sein Reich. Darum gilt es in der Anfechtung nicht zu fliehen, weder in eine resignierte noch in eine enthusiastische Haltung, sondern auszuhalten unter dem Wort vom Kreuz, das doch die Verheißung hat, in seiner »göttlichen Torheit« weiser zu sein, als die Menschen sind. Vielleicht daß uns Gott in solcher Anfechtung das lehren will, was kein Studium erzwingen, kein Examen prüfen kann, nämlich was es heißt: »Wenn ich schwach bin, dann bin ich stark.« »Durch Leben, vielmehr durch Sterben und Verdammtwerden wird man ein Theologe, nicht durch Erkennen und Spekulieren« (Luther).

Aber das gilt nicht nur für Theologen. Wir alle sollen wissen: Jede Anfechtung, die wir im Glauben an diesen Gott alles Trostes durchstehen, ist zugleich ein Dienst an den Brüdern. Jedes Ausharren in Geduld, jeder Widerstand gegen Verbitterung und Hoffnungslosigkeit, jede Überwindung des Kleinglaubens, jedes Durchstehen einer scheinbar hoffnungslosen Situation – etwa auch im Kampf um Frieden, um Auslöschung des Geistes des Kalten Krieges – ist wie ein aufgerichtetes Zeichen in dieser Welt, das nicht vergeblich ist, auch wenn wir uns auf verlorenem Posten glauben. Wäre es selbstverständlich, was uns aufgetragen ist, dann ginge es ja nicht um das n e u e Lied, das in der Ohnmacht die Kraft Gottes rühmt, sondern um das a l t e Lied von der Stärke und dem Recht des Menschen, das die Welt und wir Christen nur zu gut kennen. Hier aber heißt es: »Singet dem Herrn ein neues Lied!«, das – mit Worten Jeremias – so lautet: »Ein Weiser rühme sich nicht seiner Weisheit, ein Starker rühme sich nicht seiner Stärke, ein Reicher rühme sich nicht seines Reichtums, sondern wer sich rühmen will, der rühme sich dessen, daß er klug sei und mich kenne, daß ich der Herr bin, der Barmherzigkeit, Recht und Gerechtigkeit übt auf Erden, denn solches gefällt mir, spricht der Herr.« Amen.

RENATE RIEMECK:

Die »billige« Gnade des Nullpunkts?

Die Vergangenheit kann durch nichts und durch niemanden ungeschehen gemacht werden. Man kann sie nicht loswerden, man kann sie nur überwinden und im Überwinden zurücklassen. Das bedeutet, daß man die Grundlagen alles dessen in Frage stellen muß, was die Herrschaft des Nationalsozialismus in Deutschland überhaupt möglich gemacht hat. Zu dieser Besinnung auf die Grundlagen des NS-Regimes waren nach dem 8. Mai 1945 viele Deutsche bereit, die sich heute – zwanzig Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation – nur noch von der F o r m, das heißt von der Schreckensherrschaft der Nazis, von den Judenverfolgungen, von dem Terror in den besetzten Gebieten und von der Verwilderung staatlicher Methoden distanzieren, nicht aber den I n h a l t verwerfen wollen, der diese Formen eben erst hervorgebracht hat: das Streben nach politischer und militärischer Weltgeltung, die Überschätzung der deutschen Kraft, die Mißachtung der legitimen Interessen anderer Völker, insbesondere der des europäischen Ostens. Es darf behauptet werden, daß im Jahre 1945 viele Deutsche einen Neubeginn für die einzig mögliche Konsequenz aus den Lehren des verlorenen Krieges erachteten, daß sie Form und Inhalt der Herrschaft des deutschen Faschismus n i c h t trennen wollten und deshalb ein Deutschland erstrebten, dem die Umkehr von seinem Irrwege mit geschichtlicher Notwendigkeit vorgeschrieben schien. Doch der Wille zur Umkehr ist in den zwanzig Jahren, die seit dem Tage der bedingungslosen Kapitulation verflossen sind, weitgehend der Selbstgefälligkeit und dem Stolz auf das wiederum Erreichte gewichen, und derjenige, der den verlorenen Krieg als gerechtes Urteil, die totale Niederlage als Befreiung, das Ende des Deutschen Reiches als gewonnenes Leben für die Deutschen erklärt, sieht sich unversehens in die Lage des Jona versetzt, dem befohlen wurde: »Mache dich auf und gehe in die große Stadt Ninive und predige wider sie.«

Wider die Stadt, die g r o ß e Stadt Ninive predigen, heißt davon sprechen, daß am 8. Mai 1945 ein unwiderrufliches Urteil der Geschichte gefällt wurde, das wir anzunehmen haben, das wir nicht rückgängig machen können, für das wir sogar dankbar sein müssen. Es heißt ferner, daß man allen nationalistisch gefärbten Selbsttäuschungen widerstrebt, die doch nur rechtfertigen sollen, was nicht zu rechtfertigen ist, daß man statt dessen im Streben nach schonungsloser Wahrhaftigkeit erklärt, was der 8. Mai 1945 für uns bedeutete: Wir sind an diesem Tage nicht etwa »noch einmal davongekommen«, wir hatten den Nullpunkt einer jahrzehntelangen Entwicklung ständigen Niedergangs erreicht und deshalb lag in diesem Nullpunkt eine Gnade für uns alle. Noch einmal davongekommen zu sein, das ist der Triumph von Menschen, die glauben mögen, daß es ein blindwaltendes Schicksal gibt, dem man entrinnen kann. Eine Gnade erfährt man, wenn man sie als unverdiente Wohltat erlebt.

Es war im Mai 1945 nicht leicht, ein Deutscher zu sein, denn eine ganze Welt klagte uns an. Adolf Hitler hatte in den Keller-

Gossner Mission

gewölben der Reichskanzlei die Bankrotterklärung seines Regimes abgegeben. Dann nahm er sich das Leben, und so tief war die sogenannte Führungsspitze des zerstörten Deutschen Reiches gesunken, daß sie den elenden Selbstmord eines politischen Abenteurers als »Heldentod im Kampf gegen den Bolschewismus bis zum letzten Atemzug« feierte, als Opfer für die Zukunft Deutschlands. Mit dieser Lüge identifizierte sich der Nachfolger des »Führers«, Großadmiral Dönitz und ließ proklamieren, daß er und das deutsche Volk sich in »Ehrfurcht und Trauer« vor dem großen Toten verneigten. Das geschah in einem Augenblicke, als sich die deutschen Armeen schon in voller Auflösung befanden, die Verwaltung zusammengebrochen war und die Siegermächte bereits in ihre Besatzungszonen einzurücken begannen. Mit einer Lüge verabschiedeten sich also die Machthaber des »Dritten Reiches« von ihren Befehlsständen, mit der Lüge vom Heldentod des Repräsentanten ihrer Herrschaft, der bis zum letzten Atemzug gegen die »rote Flut« gekämpft haben soll. Und nach dieser Lüge glaubten sie auch noch, daß sie von den Siegermächten als verhandlungsfähige Partner für eine Friedensregelung betrachtet werden könnten. Aber es gab keine deutsche Reichsregierung mehr. Die Generäle mußten die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen, und die Paladine Adolf Hitlers wurden nicht als besiegte Gegner behandelt, sondern als Kriegsverbrecher, denen das Gefängnis bevorstand.

Die geschichtlichen Uhren Deutschlands standen still. Deutschland besaß keine Instanz, durch die es sich vertreten lassen konnte. Das »Deutsche Reich« von 1871, das von Bismarck durch »Blut und Eisen« als obrigkeitsstaatlicher Akt gegründet worden war, hatte zu bestehen aufgehört. Es verlor am 8. Mai 1945 seine Existenz, die es über den 1. Weltkrieg gerettet und in die Weimarer Republik eingebracht hatte. Deutschland war nur noch ein geographischer Begriff, das »Deutsche Reich« war keine Wirklichkeit mehr – weder in seiner Struktur noch in seiner Gestalt. Das ist ein Tatbestand, den manche Leute zwar mit juristischer Kasuistik bestreiten mögen, der aber dennoch de facto nicht zu leugnen ist. Nach dem 8. Mai 1945 gab es nur noch ein von Deutschen bewohntes Territorium, das »Deutsche Reich« aber hatte keinen unmittelbaren Rechtsnachfolger. Der Gebietskomplex, der den Deutschen nach der Potsdamer Konferenz als Wohnraum zugewiesen wurde, stand unter der Gewalt der Siegermächte, gemäß den Vereinbarungen, die sie noch während des Krieges getroffen hatten. In den vier Besatzungszonen übernahmen sie die Staatsautorität nach eigenem Gutdünken. Deutschland sollte als europäischer Machtfaktor und künftiger Unruheherd ausgeschaltet werden. Sämtliche Alliierten stimmten zunächst darin überein, daß Deutschland entmilitarisiert und demokratisiert werden müsse, ehe es als friedfertiger Staat wieder einen Platz im Kreise der anderen Nationen einnehmen könne. Es ist dabei für die heute und hier zur Überlegung stehenden Frage ohne Belang, daß unter den Alliierten sehr verschiedene Vorstellungen über die künftige Gestalt dieses Deutschland herrschten und seitens der Westmächte etliche Teilungspläne zur Debatte gestellt wurden. Wichtiger ist es, daran zu erinnern, daß der Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus nach dem Willen der Völker, die ihn unter hohen Blutopfern erkauft hatten, dazu dienen sollte, die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands herbeizuführen.

Dadurch erhielt das deutsche Volk, das sich aus eigener Kraft von der Herrschaft des Nationalsozialismus nicht befreit hatte, sondern durch andere davon befreit worden war, eine einzigartige Chance. Hat es diese Chance genutzt?

Die bitteren Erfahrungen, die im Verlaufe von zwei verlorenen Kriegen gemacht worden waren, brachten es mit sich, daß die meisten Deutschen bereit waren, mit unheilvollen Traditionen zu brechen. Sie waren von dem Wunsche des »Nie wieder« beseelt, genauso wie dieser Wunsch die Massen auch nach dem 1. Weltkrieg beseelt hatte. Damals – 1918 – war Deutschland besiegt worden, es hatte Gebietsverluste hinzunehmen gehabt, aber es konnte seinen staatlichen Zusammenhang bewahren. Freilich, dieser staatliche Zusammenhang gründete sich auf die

Schöpfung Bismarcks, also auf ein Machtgebilde, von dem man heute leicht vergißt, das es damals ja erst seit wenigen Jahrzehnten bestand und während der kurzen Dauer seiner Existenz nichts anderes getan hatte, als durch eine ungeheure Zusammenballung militärischer und wirtschaftlicher Macht seine Nachbarn zu beunruhigen. Das Bismarckreich wurde durch den übermäßigen Rüstungsaufwand (den es betreiben mußte, weil es eine Großmacht sein wollte) zu einer Herausforderung für Europa. Und wenn man auch darauf hinweisen kann, daß im Zeitalter des Imperialismus a l l e Staaten expansive Tendenzen hatten, so war es doch unvermeidlich, daß die Teilnahme Deutschlands am imperialistischen Wettlauf die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung beschleunigen half. Die Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg hätte deshalb zu einer konsequenten Abkehr von dem Wege führen müssen, den es mit Bismarck eingeschlagen hatte. Das deutsche Volk kann nur in Frieden leben, wenn es sich vom Großmachtswahn freimacht und seinen Nachbarn die Sicherheit garantiert. Es hätte nach 1918 also einer tiefgreifenden Wandlung nicht nur der äußeren Politik, sondern auch der inneren Verhältnisse Deutschlands bedurft. Zwar wurde die Republik ausgerufen, aber die alten gesellschaftlichen Kräfte, die das Kaiserreich beherrscht hatten, konnten sich behaupten und in kürzester Zeit die Macht zurückgewinnen, die sie auch schon im Staate Bismarcks innehatten. In der Weimarer Republik blieb das Bündnis von Armee, ostelbischem Großbesitzertum und Schwerindustrie, also die strukturelle Grundlage des preußisch geprägten Reiches von 1871 erhalten. Die gleichen Kräfte, die während des 1. Weltkrieges bis zum »Siegfrieden« kämpfen und Deutschland neue Räume angliedern wollten, lebten nach der Niederlage ungebrochen weiter. Für sie war, wie der Hamburger Historiker Fritz Fischer in seiner vieldiskutierten Studie über die deutsche Kriegszielpolitik (»Griff nach der Weltmacht«, 1961) nachgewiesen hat, der Krieg nicht zu Ende gegangen, sondern nur unterbrochen worden. Sie standen im Hintergrund der deutschen Republik und warteten auf ihre Stunde. Diese Stunde kam mit der sogenannten »Weltwirtschaftskrise« am Ende der zwanziger Jahre, als das verarmte deutsche Kleinbürgertum verzweifelt nach dem »starken Mann« rief, weil es in Angst vor den organisierten Arbeitermassen und einer sozialen Revolution lebte. Aus diesen kleinbürgerlichen Schichten rekrutierte sich das Wählerreservoir der NSDAP, aber Hitler wäre nie zur Macht gekommen, hätten ihm nicht die einflußreichen Repräsentanten der deutschen Industrie, der Reichswehr und des Großagrariertums dazu verholfen. Die Namen der Männer, die Hitler vom »Kaiserhof in die Reichskanzlei« beförderten, sind aus den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hinreichend bekannt geworden. Weniger bekannt ist es, daß Hitlers »Machtergreifung« durch einen regelrechten Staatsstreich dieser Männer inszeniert wurde, ein Vorgang, der durch die staatsrechtliche Untersuchung von Klaus Revermann (»Die stufenweise Durchbrechung des Verfassungssystems der Weimarer Republik«, 1959) aufgedeckt wurde. Revermann hat auch überzeugend dargestellt, daß alle an der Einsetzung Hitlers Beteiligten – die Männer der Rechten und des Zentrums in der Umgebung Hindenburgs – genau wußten, mit wem sie es zu tun hatten und keiner von ihnen sich damit entschuldigen kann, daß er das wahre Gesicht des Faschismus nicht gekannt habe. Sie übertrugen Hitler die Macht, und er übte sie mit allen Begleiterscheinungen des faschistischen Terrors aus. Aus dem kaiserlichen Deutschland, der militaristisch und nationalistisch geprägten Führungsschichten, die 1918 nicht überwunden worden waren, konnte nach dem kurzen Zwischenspiel der Weimarer Demokratie das Hitlerdeutschland der brachialen Gewalt hervorgehen, nicht etwa, weil die alten Kräfte diese brachiale Gewalt gewollt hätten – viele von ihnen lehnten sie sogar entschieden ab –, sondern weil anders das erstrebte Ziel einer deutschen Hegemonie in Europa nicht zu erreichen war.

Die nationalsozialistischen Machthaber führten Deutschland in die Barbarei und schließlich in die Katastrophe des 2. Weltkrieges. Dreiundfünfzig Millionen Tote, verwüstete Landschaften, zerstörte Städte, umherirrende Flüchtlinge, Trümmer, Ruinen und

Gossner Mission

Chaos kennzeichneten das Ende des Schreckens, den das nationalsozialistische Deutschland über Europa gebracht hatte. Deutschland stand vor dem Nichts. Im Gegensatz zu der Situation von 1918 war es 1945 nicht nur von fremden Truppen überflutet worden, es hatte auch als staatliche Einheit zu bestehen aufgehört. Das besiegte Hitler-Deutschland war politisch entmündigt worden, das deutsche Volk besaß keine staatlichen Repräsentanten mehr. Der Sieg über den Faschismus hinterließ in Mitteleuropa ein politisches Vakuum. Der 8. Mai 1945 war ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte. Es gab kein Zurück mehr, nichts mehr, woran man anknüpfen konnte. Was die Verschwörerkreise des 20. Juli noch in viel zu später Stunde zu retten versuchten, die Kontinuität des Deutschen Reiches in der Rückwendung auf eine vornazistische, konservative Tradition war unmöglich geworden. Die Befreiung Europas vom Faschismus mußte mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands bezahlt werden. Das war das erklärte Kriegsziel der Alliierten. Dafür hatten sie gekämpft. Das »Bismarckreich« von 1871, das nach 1918 nur verkleinert worden war, wurde 1945 zerschlagen, d. h., das Deutsche Reich als zentralisierter Einheitsstaat auf militär- und machtpolitischer Grundlage gehörte somit der Vergangenheit an, einer Vergangenheit, die die Deutschen hinter sich zu lassen hatten. Die Tradition war abgerissen, das Band zum Gestern zerschnitten.

Mit der Schaffung der vier Besatzungszonen war die staatliche Einheit Deutschlands aufgehoben worden, die bis heute nicht wiederhergestellt werden konnte. Im Potsdamer Abkommen wurde zwar die Errichtung gesamtdeutscher Verwaltungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Finanz- und Verkehrswesens vorgesehen, die aber – nicht zuletzt aufgrund des französischen Einspruchs – nie konstituiert wurden. Hinzu kam, daß die Westmächte der Sowjetunion den ihr ursprünglich zugestandenen Anspruch auf Reparationsleistungen aus den westlichen Besatzungszonen streitig machten, was von vornherein zu einer strengen Scheidung zwischen dem sowjetisch besetzten Gebiet von den drei westlich beherrschten Teilen Deutschlands führte. Diese Trennung war durch das Auseinanderbrechen der Antihitlerkoalition des 2. Weltkriegs bedingt, und der Schnitt der damals im Zeichen des beginnenden »Kalten Krieges« durch Deutschland gezogen wurde, ist zur Spaltung des deutschen Volkes in zwei Teile geworden, in zwei Staaten mit grundverschiedenen Wirtschafts- und Sozialsystemen. Der Tatsachenablauf, der die Spaltung Deutschlands vertiefte, ist hinreichend bekannt und es kann nicht die Aufgabe dieser Betrachtung sein, ihn zu rekapitulieren. Dagegen ist es unerläßlich, festzustellen, daß der Vollzug der deutschen Teilung ursächlich mit der Verhinderung einer dauerhaften Friedensregelung in Europa zusammenhängt, die heute – zwanzig Jahre nach dem 2. Weltkrieg – immer noch aussteht. Nicht die Frage des Wiedererstehens eines deutschen Einheitsstaates, sondern die Schaffung einer Friedensordnung in Europa ist der Kern des sogenannten »deutschen Problems«. Deshalb ist es notwendig, sich in Erinnerung zu rufen, was uns Deutschen eigentlich an jenem 8. Mai 1945 widerfahren ist.

Deutschland war gestaltlos geworden. Es hatte nichts mehr zu verlieren. Es konnte von vorn beginnen. Die Zerschlagung der staatlichen Einheit, die mit der Aufteilung in die vier Besatzungszonen dokumentiert wurde, wird heute von vielen Deutschen als Unglück beklagt. In Wirklichkeit lag darin eine Heilsmöglichkeit für ein Volk, das seine geballte einheitsstaatliche Macht zweimal im Verlaufe eines einzigen Menschenalters in einem Krieg entladen hatte und zweimal mit aller Härte darüber belehrt worden war, daß es im Kriege nichts gewinnen konnte, sondern sich nur in immer tieferes Unglück stürzte. Nicht um Deutschland, sondern um der Menschheit willen erging 1945 an uns der Ruf zur Umkehr. Wir standen im Gericht der Geschichte und wurden aufgefordert, das Erbe der alten Ordnungen abzuwerfen: das obrigkeitsstaatliche Denken, den Militarismus des reaktionären Preußentums, die unheilvolle Bindung der Kirche an den Staat, die Aufspaltung der Gesellschaft in Privilegierte und Nichtprivilegierte, den Zerfall des ethischen Verhaltens, die

DIE STUTTGARTER ERKLÄRUNG

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt bei seiner Sitzung am 18./19. Oktober 1945 in Stuttgart Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen:

»Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit dem ganzen Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß er unsere Kirchen als sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, sein Wort zu verkünden und seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk.

Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann. So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni, creator spiritus!«

Stuttgart, 18./19. Oktober 1945

D. Wurm	Hahn	Dibelius
Asmussen DD	Held	Martin Niemöller
D. Meiser	Dr. Heinemann	Lic. Niesel
Dr. Lilje	Smend D. Dr.	

Entartung des Nationalen im Chauvinismus. Wir Deutsche waren also 1945 vor die Notwendigkeit gestellt, nicht nur den endgültigen Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu vollziehen, sondern uns auch von allen Traditionen freizumachen, an die der Nationalsozialismus anknüpfen konnte, als er die Herrschaft an sich riß. Eine grundsätzliche Absage an alle Kräfte, die Deutschland auf den Irrweg seiner Geschichte geführt und es ruiniert hatten, ein Verzicht auf das Streben nach äußerer

Gossner Mission

Machtentfaltung und der unbedingte Wille zum beschleunigten Aufbau einer demokratischen Lebensordnung, die dieses Deutschland zu einem Friedensfaktor in Europa machen konnte, wäre nach dem 8. Mai 1945 die Zukunftsaufgabe unseres Volkes gewesen. Diese Aufgabe zu ergreifen war die Forderung der Stunde Null, nicht weil die Kriegsalliierten sie in den verschiedensten Deklarationen verkündeten, sondern weil dieses die gemeinsame Basis für ein zerteiltes Volk war, das sich — unabhängig von dem Machtgebot der Sieger — von der Last der Vergangenheit befreien und in seiner Schuldverstrickung nach Vergebung trachten mußte.

Eines war nach dem 8. Mai 1945 sicher: Nur unter unsäglichen Mühen, im geduldigen Ringen mit einer erbarmungslos erscheinenden Gegenwart, in der entsagungsvollen Suche nach dem richtigen Leben und Handeln innerhalb der wiederzugewinnenden Gemeinschaft des eigenen Volkes mit andern Völkern, konnte ein anderes, völlig neues Deutschland entstehen. An der zentralistischen Einheitsstaatsidee des 19. Jahrhunderts brauchte sich dieses Deutschland nicht mehr zu orientieren. Sie war ihm ohnehin genommen worden. Aber gerade deswegen hätte das deutsche Volk 1945 erkennen können, daß es nicht darum ging, das »Deutsche Reich« wiederherzustellen, sondern eine neue Welt aufzubauen. Darin lag die »Gnade des Nullpunkts«.

Eine »billlige« Gnade war es freilich nicht; denn sie setzte das Bekenntnis der Schuld und den Weg der Buße voraus. Dietrich Bonhoeffer war es, der den Kampf gegen die »billige« Gnade aufgenommen und uns gesagt hat, was die »teure Gnade«, die verpflichtende Gnade ist. »Billige« Gnade, so heißt es in Bonhoeffers »Nachfolge«, ist die »Gnade, die wir mit uns selber haben«, ist »verschleuderte Vergebung«, »verschleuderter Trost«, ist »Predigt der Vergebung ohne Buße«, »Rechtfertigung der Sünde und nicht des Sünders«. Teure Gnade dagegen »ist der verborgene Schatz im Acker, um dessentwillen der Mensch hingeht und mit Freuden verkauft, was er hatte, die köstliche Perle, für deren Preis der Kaufmann alle seine Güter hingibt.« Zur teuren Gnade führt kein anderer Weg als der der Buße. Sie ist die Gerechtigkeit, die es nicht ohne die Abkehr von der Ungerechtigkeit gibt, sie ist »teuer«, weil sie uns in die »Nachfolge« ruft, weil sie als »vergebendes Wort zu dem geängsteten Geist und dem zerschlagenen Herzen kommt«.

Es soll nicht der Versuch gemacht werden, Bonhoeffers theologische Auseinandersetzung mit dem Mißbrauch der Rechtfertigungslehre einfach auf die historische Situation des deutschen Volkes nach dem 2. Weltkrieg zu übertragen. Man darf wohl doch den von ihm geprägten Begriff von der »billigen« und der »teuren« Gnade verwenden, indem wir fragen, ob wir, nachdem uns die »Gnade des Nullpunks« von 1945 zuteil geworden ist, das gewonnene Leben nicht doch als Vergebung der Schuld ohne Buße, also als »billige« Gnade gelebt haben? Meinen wir nicht allzu leicht, daß wir nach den Jahren des Krieges und der Zeit der bitteren Not, die darauf folgte, heute nun doch wieder so leben könnten, als sei das alles nicht geschehen? Sind wir nicht ständig bereit, pauschale Verdammungsurteile über d e n Nationalsozialismus zu fällen, ohne seine Schuld als unsere Schuld vor den andern Völkern zu bekennen und rücken wir damit nicht in die gefährliche Nähe der Selbstrechtfertigung, also jener »Gnade, die wir mit uns selber haben«? Gewiß, es gab einmal das Stuttgarter Schuldbekenntnis. Aber reichte es aus, um ein ganzes Volk auf den Weg zur Umkehr zu führen, und ist nicht der Bußruf der Kirche gegenüber einem Volk, das sich der »billigen Gnade« trösten will, mehr und mehr verstummt? Man redet bei uns, d. h. in der Bundesrepublik, so viel von der »unbewältigten Vergangenheit«, von dem mangelnden Willen der Menschen, sich mit dem himmelschreienden Unrecht zu befassen, das im nationalsozialistischen Deutschland geschehen ist. Doch wen klagt man damit an? Darf der Vorwurf denen gelten, die sich die Gnade des Nullpunkts »billig« werden ließen, oder müßte er nicht an diejenigen gerichtet werden, die nicht in die »Nachfolge« gerufen, sondern durch ihre Unterlassungen die »billige

Gnade« freigebig gespendet haben? Man darf und muß doch wohl feststellen, daß die Zahl der Christen, die nach 1945 Zeugnis für die »teure Gnade« in der Welt abgelegt haben, immer kleiner geworden ist. Die Kirche als Ganzes hat den Kampf gegen die »billige Gnade«, die Gnade des bloßen Davongekommenseins, nicht aufgenommen, und so gilt auch heute noch, was Bonhoeffer 1937, also v o r der Reichskristallnacht, v o r den Massenmorden in den Vernichtungslagern der SS, v o r den Blutrichterurteilen in den besetzten Gebieten, v o r den deutschen Angriffskriegen auf andere Völker schrieb: »In dieser Kirche«, so sagte Bonhoeffer, »findet die Welt billige Bedeckung ihrer Sünden, die sie nicht bereut und von denen frei zu werden sie erst recht nicht wünscht. Billige Gnade ist darum Leugnung des lebendigen Wortes Gottes.«

Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen, und wenn wir uns heute des 8. Mai 1945 erinnern, so können und dürfen wir das nicht in dem Gefühl der Zufriedenheit über das nach zwanzig Jahren Erreichte tun, auf unsere wieder aufgebauten Häuser und Arbeitsstätten verweisen und die Erfolge der sprichwörtlichen deutschen Tüchtigkeit mit dem Segen Gottes verwechseln. Wir haben vielmehr zu erkennen, daß wir die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die in den beiden Weltkriegen mit dem Blute von Millionen von Menschen in die Geschichte eingeschrieben wurden, durchaus nicht überwunden haben und somit Schein und Wirklichkeit vertauschen, wenn wir uns unserer Schuldverstrickung in diese Katastrophen nicht bewußt sind. Die Erkenntnis der Schuld kann uns zu verantwortlichen Taten gegenüber unsern Nachbarvölkern freimachen. Bonhoeffer, der so vieles vorausgenommen und beantwortet hat, was sich uns heute als Frage stellt, hat unserer Gegenwart den tröstlichen Gedanken von der »Vernarbung der Schuld« und der »innergeschichtlichen Vergebung« entwickelt. Er sagt: »Für die Völker gibt es nur ein Vernarben der Schuld in der Rückkehr zur Ordnung, zum Recht, zum Frieden, zum freien Ergehenlassen der kirchlichen Verkündigung von Jesus Christus ... Voraussetzung für diese innergeschichtliche Vergebung bleibt, daß die Schuld vernarbt ist, indem aus Gewalt Recht, aus Willkür Ordnung, aus Krieg Frieden geworden ist.« Das Vernarben der Schuld kann nicht durch das Vergessen der Vergangenheit bewirkt werden. Es ergibt sich auch nicht aus der »Rückkehr« zum Alten, also aus der Flucht in die Restauration. Was Bonhoeffer hier unter »Rückkehr« zur Ordnung versteht, ist die Besinnung auf die uralte und immer neue Aufgabe der Begrenzung irdischer Macht. Rückkehr zur Ordnung sollte zu der Zeit, als Bonhoeffer in Flossenbürg ermordet wurde, eben nicht die Restauration, sondern den Aufbruch zu einem neuen Leben und einer neuen Ordnung innerhalb der Gemeinschaft bedeuten, wie sie Deutschland noch nie gekannt hatte.

Es ist müßig, darzustellen, daß die restaurativen Kräfte der Nachkriegswelt stärker waren, als viele von uns es im Jahre 1945 für möglich gehalten hätten. Wir brauchen nur an die vielen Worte zu denken, die sich in unsern Sprachgebrauch eingeschlichen haben, Worte wie W i e d e r gutmachung, W i e d e r herstellung, W i e d e r gewinnung, W i e d e r aufbau usw. Sie sind symptomatisch für rückwärts gewandtes Denken, für bestimmte soziale und politische Auffassungen geworden. Sie verschleiern zugleich aber auch die Wirklichkeit, denn in Wirklichkeit gibt es kein Zurück hinter die aus dem Nazismus hervorgegangenen Untaten in unserer Geschichte.

Die Schuld hinterläßt eine Narbe im Dasein eines Volkes, wenn es die von Bonhoeffer genannten Voraussetzungen erfüllt. Die Wunde kann sich also schließen. Aber unsere geschichtliche Schuld wird im Bewußtsein der andern Völker nicht zur verheilten Narbe, sondern als Kainsmal bestehen bleiben, solange wir nicht alles daransetzen, daß aus dem Krieg, der 1945 zu Ende ging, ein gerechter Frieden geworden ist.

Die alte Form des Deutschen Reiches kann nicht wiedererstehen, denn ihr ist das Kainsmal eingeprägt. Wir aber, die wir überleben durften, können die »innergeschichtliche Vergebung« finden, wenn wir die Folgen unserer Taten auf uns nehmen und uns die »teure« Gnade schenken lassen.

Gossner Mission

ERICA KÜPPERS:

Der Neuanfang blieb aus

ZUR STUTTGARTER ERKLÄRUNG VOM OKTOBER 1945

»Vor 20 Jahren: die Gnade eines neuen Anfangs« – so überschreibt Gerh. Brennecke eine Betrachtung in der evangelischen Monatsschrift für Mitarbeiter der Kirche: Die Zeichen der Zeit. An den Anfang des Heftes stellt er ausführliche Zitate von Martin Niemöller aus dem Jahr 1945, der in »Vollmacht zu dem neuen Anfang sprechen konnte, vor den sich die Kirche gestellt sah.« Und in der Tat: Der Mann, der acht Jahre in einer Gefängniszelle verbracht hatte, gehörte zu den ganz wenigen, die einen wirklichen Neubeginn in der Kirche für notwendig und auch für selbstverständlich hielten. Seine Situation in den Jahren 1937 bis 1945, als Hitlers »persönlicher Gefangener«, war wohl geeigneter als die Lage anderer, denen es »besser« erging, die zwingende Forderung eines Neubeginns und ihre einzigartige Gnade erkennen zu lassen. Und er war der Mann, der sofort gewillt war, neu gewonnene Erkenntnisse zur Tat werden zu lassen.

Aber er kam zu spät. Viele und maßgebende Amtsbrüder waren bereits dabei, die Kirche zu restaurieren. – Für Ende August 1945 hatte Landesbischof Wurm zu einer »Kirchenführer-Konferenz« (der Ausdruck ist bezeichnend!) nach Treysa eingeladen. Martin Niemöller erfuhr zunächst nichts davon. Man hatte ihn zu dieser neuen Kirchen-Prominenz nicht hinzugezogen. Dann las er zufällig in einer Zeitung, daß er den Festgottesdienst halten würde, der aus diesem Anlaß (zu dem man ihn nicht eingeladen hatte) stattfinden sollte.

Inzwischen rief er die erreichbaren Mitglieder des Reichsbruderrats der Bekennenden Kirche zu einer Sitzung nach Frankfurt am Main. Dort wurde beschlossen, eine Delegation zu der Treysaer Konferenz zu entsenden (neben M. Niemöller: Karl Barth, Iwand, Osk. Hammelsbeck u. a.). So bekam Niemöller Gelegenheit, in Treysa einige der Gedanken vorzutragen, die ihn seit seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft fast Tag und Nacht beschäftigten. Eines war ihm vor allem wichtig: »daß eine kirchliche Restauration auf der Grundlage der Zustände vor 1933 auf gar keinen Fall das Ergebnis sein darf, wenn nicht die ganzen Kämpfe, Leiden und Opfer der letzten zwölf Jahre umsonst sein sollen.« Und vor allem Neubeginn müsse die Umkehr stehen. Sonst könnte jeder Schritt vorwärts »der direkte Schritt in die Hölle werden«*).

»Ich muß hier einen Ton anschlagen, der in allem, was wir bisher gehört haben, zweifellos zu kurz gekommen ist«, nämlich das ehrliche Eingeständnis unsrer Schuld. Und zwar meint Niemöller ausdrücklich nicht die Schuld Hitlers oder der Nationalsozialisten oder des deutschen Volkes: »Die eigentliche Schuld liegt auf der Kirche; denn sie allein wußte, daß der eingeschlagene Weg ins Verderben führte, und sie hat das geschehene Unrecht nicht aufgedeckt oder erst, wenn es zu spät war. Und hier trägt die Bekennende Kirche ein besonders großes Maß von Schuld; denn sie sah am klarsten, was vor sich ging ...; sie hat sogar dazu gesprochen und ist dann doch müde geworden und hat sich vor Menschen mehr gefürchtet als vor dem lebendigen Gott ... Wir haben jetzt nicht die Nazis anzuklagen ... Wir haben allein uns selber anzuklagen und daraus die Folgerungen zu ziehen. Das ist der Ton, den ich hier und anderwärts bisher vermißt habe« (S. 12).

Diese Worte blieben nicht ohne Wirkung. Und als zwei Monate später Christen aus der Ökumene nach Deutschland kamen, um die deutschen Brüder zu begrüßen, da war es dem »Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland« – eine vorläufige Leitung, die sich in Treysa konstituiert hatte – ein Bedürfnis, dies Gespräch mit einem offenen Eingeständnis unsrer Schuld zu eröffnen.

So kam es im Oktober 1945 zur Stuttgarter Erklärung, die von den zwölf Mitgliedern des »Rates« unterzeichnet war. Darin brachten die Deutschen zum Ausdruck, daß sie sich »mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden«, und zwar gemeinsam mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft. »Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.«

Die Wirkung dieses »Schuldbekenntnisses« war, daß nun auch die Christen anderer Länder, auch solcher, denen durch Deutsche schwerstes Leid zugefügt worden war, ihre eigene Schuld erkannten – und so geschieht es wohl überall, wo Menschen die Freiheit finden, ihr eigenes Versagen zu erkennen und einzugestehn. Der holländische Theologieprofessor Kraemer aus Leyden sprach es so aus: »In Eurem Wort hat Gott auch mit mir persönlich noch ein Wort gesprochen ... Gott hat mich nämlich gefragt: Wo liegt denn Deine Sünde? Und wo liegt die Schuld Deiner Kirche und wo liegt die Schuld Deines Volkes, daß es im christlichen Abendland dahin hat kommen können, wohin es gekommen ist?« Und ein Amerikaner fügte hinzu: »Liebe Brüder, was wir da gehört haben, das zeigt uns, daß wir als Christen Brüder sind ... Ich weiß jetzt, daß das Band, mit dem Gott uns zusammenbindet, ... ein festeres Band ist und stärker bindet als irgendein Band sonst auf der Welt.« Das heißt doch: Die christliche Bruderschaft, die Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu schließt fester zusammen und verpflichtet stärker als etwa die Volksgemeinschaft. Diese Wahrheit bekundete sich ungesucht denen, die damals gehorsam taten, wozu ihr Gewissen sie trieb.

Eine ganz entsprechende Erfahrung machten übrigens einige Monate später die beiden deutschen Delegierten – Landesbischof Wurm und Martin Niemöller –, als der »Weltrat der Kirchen« im Frühjahr 1946 in Genf zum ersten Mal nach dem Krieg zusammenkam und dies Treffen für die Deutschen ganz anders verlief, als sie befürchtet hatten. Auch dort zeigte sich, daß die Bereitschaft, sich selbst im Angesicht Jesu und d. h. im Licht der Wahrheit zu sehen, die Freiheit und die Kraft gibt, trennende Mauern zu überwinden, während das Beharren auf unsrer menschlichen »Gerechtigkeit« ein Zusammenkommen unmöglich machen könnte (a. a. O., S. 38 ff.).

Obgleich alle Mitglieder des »Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland« die Stuttgarter Erklärung auf ihre Verantwortung genommen und dies durch ihre Unterschrift bestätigt hatten – also Wurm, Dibelius, Lilje, Meiser, Heinemann, Niesel u. a. –, und obgleich Asmussen sie vorgetragen hatte, wurde in der deutschen Öffentlichkeit eigentlich nur Niemöller dafür haftbar gemacht, ohne daß eines der Ratsmitglieder wirksam für ihn eintrat und das Mißverständnis aufklärte. – Wer nur unter den naheliegendsten politischen Gesichtspunkten alles zu beurteilen gewohnt war, warf Niemöller vor, daß er dadurch den Siegermächten die Berechtigung zu allen ihren Maßnahmen zuerkenne und also Verrat am deutschen Volk übe. Daß auch innerhalb unsrer Kirche vielfach so geurteilt wurde, war ein trauriges Zeichen. Und daß man – bis auf den heutigen Tag! – Niemöller zuschob, er habe jedem Deutschen Teilhabe an der »Kollektivschuld« unsres Volkes vorgeworfen, ist ein Zeichen besonderer Konfusion. Es half nichts, daß er immer wieder eindeutig erklärte: »Es gibt keine Kollektivschuld. Von Schuld kann man nur reden, wo ein Gewissen ist. Man kann nur sagen: Meine Schuld!« (a. a. O., S. 20).

*) Dieses und die folgenden Zitate sind dem Buch »Martin Niemöller, Reden 1945–1954«, Stimme-Verlag, entnommen.

Gossner Mission

Niemöller sah es nun als seine besondere Aufgabe an, für die Stuttgarter Erklärung, die im Namen unsrer Evangelischen Kirche in Deutschland abgegeben war, in unseren Gemeinden Verständnis zu wecken. Dazu reiste er damals durch die deutschen Lande. Aber er konnte nicht einmal die gröbsten Mißverständnisse ganz aus dem Wege räumen; sie brachen immer von neuem auf. »Eine Kollektivschuld gibt es nicht, sondern höchstens eine kollektive Verantwortung und die Verpflichtung, die Folgen kollektiv zu tragen« (a. a. O., S. 94). Man kann es doch kaum klarer ausdrücken.

Die Erkenntnis, um die es dabei geht, ist nicht Sache intellektueller Begabung; sie ist im wortwörtlichen Sinn Gabe, Geschenk. Darum läßt sich nur davon reden im Zusammenhang mit jenen einzelnen Menschen, an denen diese Erkenntnis uns besonders deutlich wurde, und zwar ohne daß daraus auch nur im geringsten Menschenverehrung werden könnte. Wer diesem Mißverständnis anheimfiele, hätte das Wesentliche nicht begriffen. — Immer eindeutiger bekannte sich Niemöller zu seiner eigenen persönlichen Schuld. »Ich will keinen überreden: erkenne deine Schuld! Ich will nur bezeugen, wie es bei mir aussieht. Vielleicht kann Gott das nutzen, um andere sehend zu machen« (a. a. O., S. 21). — »Ich hüte mich mit Bewußtsein davor, die Schuld einzuebnen . . .; denn die Anteile sind nicht gleich. Ich weiß mich schuldig vor vielen anderen, weil ich vor vielen anderen erkannt habe, daß wir einer völlig verantwortungslosen Führung und damit dem ungehemmten Verbrechen anheimgefallen waren, und ich bin nicht so dagegen aufgestanden, wie es vor Gott und den Menschen meine Pflicht gewesen wäre« (a. a. O., S. 95).

Während viele, aus einem irregeleiteten Nationalismus, sich über das Stuttgarter Wort entrüsteten, war es Niemöller und anderen noch längst nicht klar genug, vor allem in Anbetracht dessen, was an den Juden geschehen war. Niemöller litt darunter, daß wir, als Kirche, dazu erst sehr spät etwas zu sagen hatten, erst im Jahre 1950. Damals hatte sich die Gesamtsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die in Berlin-Weißensee zusammenkam, das Thema gestellt: Was kann die Kirche für den Frieden tun? (Das war einmal möglich!) Die Synode mühte sich lange vergeblich um das rechte Wort zum Frieden. Da erklärte Niemöller, wir wären nicht imstande, diese Aufgabe zu lösen, weil wir den jüdischen Bruder in seiner größten Not allein gelassen hätten. Erst wenn wir unsre Schuld ihm gegenüber eingestehen würden, könnten wir auch zur Frage des Friedens sprechen. Und so geschah es. Zuerst wurde in Weißensee das »Wort zur Schuld an Israel« erarbeitet, in dem es heißt: » . . . Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unsres Volkes an den Juden begangen worden ist . . . Wir bitten alle Christen, sich von jedem Antisemitismus loszusagen und ihm, wo er sich neu regt, mit Ernst zu widerstehen und den Juden und Judenchristen in brüderlichem Geist zu begegnen. Wir bitten die christlichen Gemeinden, jüdische Friedhöfe innerhalb ihres Bereichs, sofern sie unbetreut sind, in ihren Schutz zu nehmen.« Als dies Wort, das längst fällig gewesen wäre, endlich zustande kam, ging es wie ein Aufatmen durch die Versammelten. Danach gelang dann auch eine Kundgebung zum eigentlichen Thema der Synode: Was kann die Kirche für den Frieden tun?

Wie viel sich innerhalb unsrer Kirche seit 1950 leider gewandelt hat, wird daran deutlich, daß manches auf der diesjährigen, in Frankfurt am Main tagenden EKD-Synode Gesagte — und zwar in Übereinstimmung mit jenem Synodenwort von Berlin-Weißensee Gesagte — schärfste Ablehnung erfuhr (vgl. Stimme der Gemeinde v. 15. IV. 1965, Heft 8, Sp. 241 ff.). So wird ja auch Martin Niemöller selbst, der den seit 1945 durch die Stuttgarter Erklärung und 1950 durch die damaligen Synodalkundgebungen bezeichneten Weg unbeirrt weiterging, längst als Außenseiter und Einzelgänger angesehen. Wenn nur wenige seiner christlichen Brüder diesen seinen Weg mitgegangen wären, stände es heute anders, und zwar besser um uns. Das Gerede über unsre »unbewältigte Vergangenheit« würde sich erübrigen. Statt dessen hätten sich reale Wandlungen in unsren Beziehungen zu den anderen Völkern vollziehen können.

Es geht ja nicht nur um unser Verhalten zu den Juden — diese Frage wird vor allem weitergeführt durch die seit 1961 bestehende »Arbeitsgruppe Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag«, die damals nach ihrem ersten Bekanntwerden in einer Erklärung kurzerhand sagte: »Jede Form von Judenfeindschaft ist Gottlosigkeit.« Der Schuldzusammenhang reicht weiter und berührt damit das heiße Eisen konkreter politischer Verantwortung.

Unbedingt gilt: »Wenn wir nicht umkehren und eingestehn, daß wir einen falschen Weg gegangen sind, dann bleibt der Bann auf uns und kein Prophet darf uns den Trost Gottes in unsre Verstocktheit hinein verkündigen«, wie Niemöller schon im November 1945 in einem Brief schrieb. »Sehen Sie, ich predige nur Gnade und Trost; aber Trost und Gnade für den Menschen, der sich vor Gott und seinem Urteil beugt wie der Zöllner im Gleichnis, und das sollte die Kirche heute tun« (M. Niemöller, Reden 1945–1954, S. 16 u. 18). Und im Wort der Synode von Berlin-Weißensee heißt es: »Wir warnen alle Christen, das, was über uns Deutsche als Gericht Gottes gekommen ist, aufrechnen zu wollen gegen das, was wir an den Juden getan haben. Denn im Gericht sucht Gottes Gnade den Bußfertigen.« Wenn wir aber die Gnade eines neuen Anfangs hartnäckig ausschlagen — und der neue Anfang beginnt nun einmal mit der Umkehr —, dann bleibt der Bann auf uns, und wir tappen immer tiefer in die Verstocktheit hinein, in der wir um so heftiger und einseitiger die Schuld allein bei den anderen suchen.

Man fragt sich heute, nach zwanzig Jahren: Ist es endgültig und hoffnungslos zu spät, um auf diesen einmal, wenn auch nur zaghaft, eingeschlagenen Weg wieder einzulenken? Von Gott her gibt es kein zu spät. »Gott rufet noch!« Aber wir? Sind wir bereit, zu hören und uns zur »Gnade eines neuen Anfangs« rufen zu lassen?

Ende Oktober erscheint ein neues Buch von

Danilo Dolci: Vergeudung

Berichte über die Vergeudung im westlichen Sizilien
381 Seiten, 19 Fotos, Leinen 22,50 DM

Der größte Teil des Buches besteht aus Gesprächen mit einfachen Menschen Siziliens, die uns Einblick geben in verschiedene Phänomene des Landes, wie Blutrache, Mafia, Krankheit, Analphabetentum, Korruption, Vergeudung von menschlichem Leben, von Dörfern, Wasser usw., welche die Entwicklung des Landes in erschreckendem Maße hindern. Diese Aussagen werden im Anhang durch ein reiches Dokumentationsmaterial, das von verschiedenen Wissenschaftlern zusammengetragen wurde, belegt.

EVZ-VERLAG ZÜRICH

Auslieferung in Westdeutschland:

CHRISTIAN KAISER VERLAG 8 MÜNCHEN

Gossner Mission

WOLFGANG ABENDROTH:

Die akklamierte Stagnation

ZUR BUNDESTAGSWAHL VOM 19. SEPTEMBER 1965

Die Wahlen zum fünften Bundestag haben den Charakter des Schein-Plebiszits von 1961 beibehalten: Das Volk hatte nichts zu wählen; es war nur aufgerufen, durch die Schein-Aktivität der Wahlbeteiligung den bestehenden Machtverhältnissen die höheren Weihen angeblicher demokratischer Legitimation zu erteilen, ohne eine Chance zu besitzen, auf die politische Entwicklung in irgendeiner Weise Einfluß nehmen zu können. Durch jene Bestimmung des Wahlgesetzes, die in einem Land von dem Umfang und der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik den Einzug ins Parlament von 5% der Stimmen abhängig macht, war vor Beginn des Wahlkampfes für jedermann deutlich, daß nur etablierte Parteien mit großem Apparat und erheblichen materiellen Mitteln Abgeordnete stellen würden.

Die Sozialdemokratie, die große Oppositionspartei des ersten Jahrzehnts und der ersten beiden Bundestage, hatte zwar durch ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung 1956, kurz vor der Wahl des dritten Bundestages, bereits damit begonnen, ihre Funktion als Gegenspieler der herrschenden Klassen und ihrer Regierung abzubauen. Aber sie hatte diese Oppositionsrolle erst seit dem Godesberger Programm 1959 und seit der Verleugnung ihres Deutschland-Planes 1960 in allen grundsätzlichen Fragen völlig preisgegeben, um sich auf einen letzten kleinen Rest von Kritik an Randproblemen zu beschränken. Bei der Wahl des dritten Bundestages 1957 konnten deshalb die Wähler noch der Ansicht sein, durch die Option für die SPD einerseits gegen die Innenpolitik der Restauration, für eine demokratische Strategie der Umstrukturierung der westdeutschen Gesellschaft, andererseits gegen die Außenpolitik der »Stärke«, des Antikommunismus, der Liquidation der DDR durch den Druck der Hochaufrüstung und damit für die Umwandlung des kalten Krieges in friedliche Koexistenz der beiden Blöcke und die Vorbereitung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes durch langsame Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten zu demonstrieren. Trotz der Schwenkung ihrer Führung war die Sozialdemokratie damals noch so stark durch ihre Vergangenheit »belastet«, daß ihre unteren Einheiten in der Wahlauseinandersetzung Alternativen gegenüber der Politik der Regierungskoalition mindestens andeutungsweise vortrugen und dadurch im Wahlvolk das Bewußtsein wachhielten, an einer politischen Entscheidung teilzunehmen.

Das war bei der Wahl zum vierten Bundestag bereits völlig anders. Die Sozialdemokratie, die offizielle Opposition, hatte sich unter Berufung auf die »Erfahrungen« von 1957 gleichgeschaltet. Sie lebte 1961 in der schwer verständlichen Illusion, sie könne die Wahl durch überwältigend raschen Anstieg ihrer Stimmenzahlen gewinnen und dadurch ihre Regierungsbeteiligung erzwingen. Sie hatte sich dann über die Widerlegung ihres übermäßigen Optimismus durch das Wahlergebnis damit getröstet, ihr relativ geringer Vormarsch sei lediglich durch ihre zu geringe Anpassung an den hysterischen Antimarxismus der nachfaschistischen Gesellschaft und an die Wohlstandsstimmungen der Exportkonjunktur des deutschen Spätkapitalismus zurückzuführen. Sie brach deshalb radikal mit ihrer eigenen Vergangenheit und verzichtete auf jeden Gedanken daran, Wahlkämpfe als Mittel der Aufklärung und Erziehung des Volkes zu rationalerem politischem Denken und Verhalten zu gebrauchen. Dieser neuen Hoffnung auf raschen, wenn nicht überwältigenden Stimmenanstieg durch bloße Angleichung an die Sprachweise der offiziösen bundeseinheitlichen Ideologie, wie sie von der Regierung, den herrschenden Institutionen und den Managern der Massenkommunikationsmittel verkündet wird, und an deren Photographie in den Köpfen der Bevölkerung, wie sie sich in den Untersuchungen der demoskopischen Institute ergibt, brachte sie sowohl die Freiheit ihrer innerparteilichen Diskussion als auch die politisch-pädagogische Verpflichtung der politischen Parteien in einem funktionierenden demokratisch-parlamentarischen Staat zum Opfer. Im Wahlkampf zum vierten Bundestag standen sich zum ersten Mal eindeutig nicht mehr politische Aktionsprogramme von Regierungsblock und Opposition gegenüber. Sie glichen sich vielmehr in allen wesentlichen Fragen wie ein Ei dem andern. Statt dessen standen nun das »Image« des Bundeskanzlers Adenauer, seines wahrscheinlichen Erben Erhard, des photogenen FDP-Repräsentanten Mende und Willy Brandts und ihrer »Mannschaften« zur Auswahl. Inhaltsleere Propagandaformeln und eine Plakatpropaganda, die den Geist des Reklame-Wettkampfs konkurrierender Markenartikel in das politische Leben übertrug, beherrschten schon 1961 eindeutig das Feld. So konnte den kritischen Wählern nicht verborgen bleiben, daß die politische Fortentwicklung, die gleichwohl unvermeidlich stattfand, jedenfalls nicht durch die Wahlentscheidung bestimmt werden würde. Das Parlament, das so gewählt war, hat denn auch kaum eine Rolle spielen können. Die politischen Krisen, die durch die Spiegel-Affäre, den ohnedies unvermeidlichen Kanzlerwechsel, den Telefon-Abhör-Skandal und den Kampf um die Notstandsgesetzgebung entstanden, wurden ausnahmslos zunächst durch außerparlamentarische Gruppierungen zur Diskussion gestellt, um dann bestenfalls ein schwaches Echo im Parlament oder im Parteiensystem zu finden. Abgeordnete, die – wie das FDP-MdB Kohut oder das SPD-MdB Professor Baade – wider den Stachel löckten, wurden systematisch zurückgedrängt, um ihre Parteien vor dem Verdacht zu schützen, sie gedächten im Wahlkampf 1965 möglicherweise etwas politisch auszusagen oder auch nur zu dulden, daß in ihrem Rahmen eine politische Aussage entstehen und die allgemeine Stagnation stören könne. Allerdings war dann doch der Druck der gewerkschaftlichen Organisationen, von der kritischen Intelligenz unterstützt, stark genug, um in letzter Minute die SPD gegen ihre ursprüngliche Absicht zu zwingen, auf die Hinnahme der vorbereiteten Notstands-Revision des Grundgesetzes vor den Wahlen zu verzichten.

So wurde der Bundestagswahlkampf 1965 zur verschlechterten zweiten Auflage der Wahlauseinandersetzung von 1961. Die Führungskämpfe in der CDU und zwischen CSU und Erhard-Schröder-Gruppe waren offensichtlich durch Führungsgruppen des politischen und last not least des ökonomischen Managements, aber nicht durch die Wähler zu entscheiden. Die massivere Gruppe der CDU/CSU, die eine provokatorische antikommunistische, auch über die jeweiligen Absichten der USA hinausgehende Politik vertritt, repräsentiert durch Adenauer, Strauß, Gerstenmaier und ihre Freunde, wollte die gegenwärtige kleine Koalition eventuell durch eine große Koalition ersetzen, während die gemäßigtere (wie die SPD) unbedingt proamerikanische Erhard-Schröder-Gruppe an der kleinen Koalition festhalten wollte. Strauß wurde durch Wehner mit freundlich-anerkennenden Erklärungen gestreichelt. Guttenberg und Wenzel Jaksch ließen sich in ihrer Propaganda für die Revision der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen polnischen Grenzen kaum unterscheiden. Berufsflüchtlinge der GDP wollten in Niedersachsen und in Hessen auf sozialdemokratischen, in Bayern auf christlich-sozialen Listen in den fünften Bundestag Einzug halten. Wenn die Wahl-

Gossner Mission

Jugenddienst-Verlag Wuppertal-Barmen Herbst 1965

Lena Kuchler-Silberman
Hundert Kinder
Ein polnischer Exodus
Der Lebensbericht der Autorin beginnt mit der Flucht vor SS und polnischer Miliz im besetzten Polen 1944. Nach der Befreiung durch die Rote Armee nimmt sie sich der überlebenden jüdischen Kinder an, lehrt sie die Schrecknisse vergessen und bringt sie über Frankreich nach Israel.
ca. 256 Seiten, Leinen, 14,80 DM

Wolfgang Fietkau
Thema Weihnachten
Gedichte der Gegenwart
Autoren: Johannes Bobrowski, Kurt Marti, Friedrich Schwanecke, Peter Huchel, Kay Hoff, Christa Reinig, Reimar Lenz, Gerhard Valentin, Rudolf Hagelstange, Marie Luise Kaschnitz und andere.
112 Seiten, broschiert, ca. 8 DM

Aus den Briefen des Paulus
Herausgegeben von Wilhelm Schmidt
Zehn Texte einer vielbeachteten Sendereihe des Deutschlandfunks.
80 Seiten, broschiert, ca. 5,80 DM

Ordnungen und Tabus
Beiträge zu »Christliche Moral — heute«
Herausgegeben von Werner Brölsch
ca. 96 Seiten, broschiert, ca. 6,50 DM

Christa Weiß
Kleine Texte zum Spielen Bd. 2
Ein Werkbuch
196 Seiten, Plastik, ca. 12,80 DM
Band 1 des Werkes ist in dritter Auflage zum Preise von 9,20 DM lieferbar

Der Mensch — Wissenschaft und Wirklichkeit
Herausgegeben von Prof. Dr. Hans-Georg Drescher
Das Bild des Menschen aus der Sicht der Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Medizin, Biologie und Theologie.
ca. 256 Seiten, Leinen, ca. 14,80 DM

Hier fliegen keine Schmetterlinge
Kinderzeichnungen und Gedichte aus Theresienstadt 1942—1944
80 Seiten, Leinen, 16,80 DM

Suchet in der Schrift 1966
Anleitung zum Bibellesen
80 Seiten, broschiert, 0,90 DM (Staffelpreise)

»Das Gespräch«:

Hans-Georg Drescher
Heft 58: Du sollst Dir kein Bildnis machen

Manfred Josuttis
Heft 59: Der Streit um den Gottesbegriff

Heinz-Dieter Knigge
Heft 60: Jesu Tod und unser Glaube
je Heft 24 bis 36 Seiten, broschiert, 1,30 DM

Arnim Juhre
Spiele für Stimmen
Ein Werkbuch, 296 Seiten, broschiert, 14,80 DM

Gerhard Valentin
Ihr Leute hört nun die Geschichte
Ein Dutzend gemischter Gefühle
60 Seiten, broschiert, 4,80 DM

Mitten unter uns
Gottesdienstordnungen und Gebete
120 Seiten, Plastikringbuch, 7,60 DM
Die zweite Lieferung zu der Sammlung wird 120 Seiten umfassen und im Frühjahr 1966 erscheinen.

Das Gesamtverzeichnis erhalten Sie gerne kostenlos vom Verlag

entscheidung der Gruppierung Erhard-Schröder den Rücken gestärkt haben sollte, so hat sie das ironischerweise gegen den Willen jener 5% der Wähler getan, die sich nicht für die SPD (wie von Emnid erwartet), sondern für die CDU entschieden haben. So hatte im Effekt der Wähler keine Möglichkeit, durch seine Entscheidung in berechenbarer Weise die künftige politische Entwicklung zu beeinflussen, weil diejenigen politischen Parteien, die Aussicht auf Mandate durch Überspringen der 5%-Grenze hatten (weil sie über Apparat und verfassungswidrig der Staatskasse entnommene große Mittel verfügen konnten), abgesehen von ihrer Identifikation mit dem, was ist (»Sicherheit« genannt), weder Programme noch ein berechenbares Verhalten anzubieten hatten.

So war es dann kein Wunder, sondern nur das logische Ergebnis dieser Lage, daß im Wettkampf der Meinungsforscher Allensbach mit seiner Prognose und nicht Emnid recht behalten hat. Die Wähler wurden durch die ständige Kampagne der gesamten Presse, des Rundfunks und des Fernsehens vor der angeblichen Verschwendung ihrer Stimmen an die angesichts der 5%-Klausel des Wahlgesetzes aussichtslosen Kleinparteien gewarnt. Sie hörten von allen großen Parteien im wesentlichen gleiche Parolen. Deshalb blieb bis kurz vor dem Wahltag ein erheblicher Teil (vor allem der Wählerinnen und der jungen Neuwähler) unentschlossen. Noch etwa eine Woche vor der Wahl hatten sich für beide Großparteien (bzw. Parteigruppierungen), CDU/CSU und SPD, fast gleich viele Wähler fest entschlossen, nämlich diejenigen, die, sei es durch ihre kirchliche Bindung oder traditionale Fixierung (als bäuerliche Kleinbesitzer, als durch ihr Überwertigkeitsbewußtsein, also durch umfunktionierte Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Arbeitern bestimmte »Gebildete«, Angestellte und Beamte usw.), bereits für die Partei der etablierten Macht gewonnen waren oder durch die relative Einsicht in deren Bindung an das Management und durch die Hoffnung auf (wenn auch nur begrenzte) Vertretung ihrer sozialen Interessen und rationalere Bildungs- und Sozialpolitik zugunsten der »Opposition« festgelegt waren. Wenn aber die »Opposition« nicht Opposition sein will und nichts mehr scheut, als die Grundlagen der Politik der Regierung anzugreifen, wenn sie zwar höhere Sozialausgaben und Bildungsinvestitionen fordert, aber die 20 Milliarden unverhüllter Rüstungsinvestitionen bestehen lassen will, wenn sie zwar von der Auflösung des kalten Krieges durch eine Politik der kleinen Schritte redet, aber die bestehenden Grenzen nicht respektieren und mit der DDR nicht verhandeln will, wenn sie — wie die Regierung — die deutsche Beteiligung an der Entscheidungsgewalt über Atomwaffen fordert, um die ehemaligen Offiziere Hitlers nicht zu enttäuschen, und den amerikanischen Überfall auf das vietnamesische Volk billigt, welchen Grund soll dann der unentschlossene Wähler haben, sich in der letzten Woche zu ihren Gunsten zu entscheiden? Dann wählt er unvermeidlich, wie es der Parole, die auch die »Opposition« plakatierte, entspricht, »Sicherheit«, nämlich die »Sicherheit«, die diejenige Partei gewährt hat, die an der Macht ist. Die Option der »Unentschlossenen« für die Regierungspartei in den letzten Tagen oder Stunden vor der Wahl war daher unvermeidlich und vorauszusehen, wie sie 1961 unvermeidlich und vorauszusehen war.

Das ändert nichts daran, daß sich das Reservoir der für die CDU/CSU völlig festgelegten Wähler ständig mindert und also die Sozialdemokratie durch langsames Wachstum des Reservoirs derjenigen Wähler, die die Identifikation von CDU/CSU mit dem Management und der sozialen Reaktion erkennen, in regelmäßiger Progression von etwa 3% von Wahl zu Wahl wächst. Diese Entwicklung geht parallel mit der Umwandlung von kleineren selbständigen Unternehmern (Kleinbauern, Handwerkern) in Arbeitnehmer. Die Erfolge der CDU/CSU haben bisher auf dem Aufsauge-Prozeß gegenüber den früheren kleineren bürgerlichen Parteien und der Option der Stimmungswähler beruht. Da der kirchliche Einfluß auf die heranwachsenden jüngeren Wähler (auch die weiblichen) unvermeidlich (trotz der Hilfsdienste der SPD durch Konkordatspolitik und Verzicht auf Simultanschule)

Gossner Mission

abnimmt und die unteren Angestellten langsam (dank der Arbeit der Industriegewerkschaften, nicht etwa dank der Politik der SPD) das besondere Angestelltenbewußtsein verlieren, kann der Verzicht der Sozialdemokratie auf die Erziehung der Arbeitnehmer zur bewußten Vertretung ihrer Interessen diese Entwicklung nicht aufheben, sondern nur verlangsamen. Die Arbeitnehmer erinnern sich und haben durch das zeitweise Zurückweichen der SPD-Führung vor der Option der Gewerkschaften in der Notstandsfrage erneut erfahren, daß die SPD einst ihre Partei war und gelegentlich auf sie Rücksicht nehmen muß. Deshalb führt die Entwicklung ihres vorläufig noch sehr unklaren, fast nur gefühlsmäßigen und unbestimmten eigenen sozialen Bewußtseins zunächst zu ihrer Entscheidung zugunsten der Sozialdemokratie, mindestens solange, wie die Gewerkschaftsführer ihren Einfluß zu deren Gunsten geltend machen, gleichgültig, welche praktische Politik die Sozialdemokratie auch betreibe. Aber mehr als diesen Zuwachs von 3% hat die SPD in diesen Wahlen nicht erreichen können. Ihre Anpassung an die Mentalität und Sprache der herrschenden Klassen, ihr Verzicht darauf, den Klassengegensatz, auf dem ihr Stimmenzuwachs beruht, bewußt (und also stabil) zu machen, hat ihr nichts eingebracht. In Niedersachsen und in Hessen, den Ländern, in denen sie ehemals dem Dritten Reich verpflichtete Flüchtlingsparteiler präsentierte, war ihr Stimmenzuwachs entweder (wie in Hessen) nicht größer oder (wie in Niedersachsen, wohl wegen des Konkordats) noch geringer als im Bundesdurchschnitt. In denjenigen Ländern, in denen ihr Anteil an Arbeiterstimmen wegen des katholischen Einflusses in den früheren Wahlen am geringsten war, war jetzt ihr Stimmenzuwachs am stärksten (wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland), während dort, wo sie bereits früher über die Majorität der Arbeiterstimmen verfügt hat, wie in den hessischen Großstädten, in Hamburg und in Bremen, ihr Zuwachs am geringsten blieb oder — wie in Bremen — wegen geringerer Wahlbeteiligung zurückging. Das ist die unvermeidliche Quittung für den Verzicht auf eigene Politik und jedes Bewußtmachen der sozialen und politischen Gegensätze. Aber wird die Erfahrung von 1965 mehr bewirken als die von 1961? Der 5%-Gewinn von 1961 — auch damals eine Enttäuschung für die koalitions-(nicht macht-)hungrige sozialdemokratische Führung, die an das Wunder des »Siegs« durch Anpassung geglaubt hatte — hatte 1961 nur desto stärkere Anpassung und die Euphorie der Hoffnungen auf 1965 erzeugt. Die Führung des DGB will diesmal durch ihren Druck wenigstens einen Vorstoß zugunsten der Erweiterung der innerbetrieblichen Mitbestimmung erzwingen. Dabei verdient sie jede Unterstützung. Darüber hinaus müßte versucht werden, erneuten gewerkschaftlichen Druck gegen die geplante Grundgesetzänderung und gegen den Wehretat zu mobilisieren. Aber wird das genügen? Wird ohne eine echte (und also in künftigen Wahlkämpfen eventuell aussichtsreichere) Konkurrenz von links auf längere Zeit die Sozialdemokratie gezwungen werden können, wenigstens die politische Demokratie zu schützen?

Das ist nach allen bisherigen Erfahrungen mehr als unwahrscheinlich. Erhard hat bereits im Wahlkampf offen und unverhüllt als Ziel die »formierte Gesellschaft«, das heißt die Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheit und der parteienstaatlichen Demokratie, proklamiert. Die SPD hat es nicht gewagt, diesen Angriff auf die Grundlagen der Verfassung zu demaskieren und zurückzuweisen. Sie hat es geduldet, daß die öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber faschistischen Gefahren auf die Sekte der NPD abgelenkt wurde, die in der wirtschaftlichen Konjunktursituation keine Chance hat. Aber die reale Gefahr während der Konjunktur ist die Transformation der parlamentarischen Demokratie in einen autoritären Staat. Die früher führenden militärischen, bürokratischen und ökonomischen Träger des Dritten Reiches konzentrieren deshalb ihren Einfluß auf die CDU/CSU, nicht aber auf die NPD. Diese drohenden Gefahren abzuwehren ist nur möglich, wenn es gelingt, die SPD zur Standfestigkeit zu zwingen. Wird das ohne eine bewußte Politik und ohne die Hilfe einer Konkurrenz möglich sein?

Der Rückgang der DFU von 1,9% auf 1,3% der Stimmen war zu erwarten. Aber der Kern, der sich fast durchweg in den Industriestädten erhalten und konzentriert hat, müßte zur Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Opposition zu führen sein. Nur die Zusammenarbeit der oppositionellen Intellektuellen mit den bewußten Kernen der Arbeitnehmergruppen kann die anpassungswillige sozialdemokratische Führung zum Widerstand gegen die Drohung der »formierten Gesellschaft« zwingen.

Aus der Rede von Papst Paul VI.

vor der UNO-Vollversammlung in New York am 4. Oktober 1965

»Das Gebäude, das Sie errichtet haben, darf niemals mehr in Trümmer fallen; es muß vervollkommnet und den Forderungen, die die Geschichte der Welt stellen wird, angepaßt werden. Sie schließen eine Etappe in der Entwicklung der Menschheit ab; Sie setzen einen Meilenstein in der Entwicklung der Menschheit. Von nun an ist es unmöglich, zurückzugehen, man muß voranschreiten.«

●

»Vorwärtsgehen! Wir sagen noch mehr: Tun Sie alles, um diejenigen wieder zurückzuführen, die sich von Ihnen getrennt haben; erkunden Sie die Möglichkeit, diejenigen, die noch nicht daran teilnehmen, zu Ihrem Pakt der Bruderschaft in Ehre und Loyalität heranzuführen. Tun Sie alles, damit die, die noch außerhalb stehen, das Vertrauen aller wünschen und verdienen, und seien Sie dann so großzügig, es Ihnen zu gewähren.«

●

»Niemals mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der Friede, der das Schicksal der Völker und der ganzen Menschheit bestimmen muß.«

●

Wenn Sie Brüder sein wollen, lassen Sie die Waffen aus Ihren Händen fallen. Man kann nicht lieben mit Angriffswaffen in den Händen.«

Gossner Mission

WERNER HOFMANN:

Der neue Hang zur Gewaltsamkeit

Man sollte es einmal aussprechen: Zu den Süchten unserer raffinierten Zivilisation gehört, wie der Drang nach Freizeitgenuß am Gaspedal, wie das schier grenzenlose Bedürfnis nach Zerstreuung aller Art, so auch ein, wie es scheint, kaum zu sättigendes Verlangen unserer Menschen nach dem Schrecklichen. Aufeinandergeprallte Züge, brennende Autos, Gewaltverbrechen, familiäre Messertragödien und andere Gegenstände des genüßlichen Grausens werden uns in ständiger Folge und augenzeugennah geboten. Die Produktion und Reproduktion des Makabren nährt ganze Gewerbezweige: das Zeitungsgeschäft, den Film, das Fernsehen, die Kriminalliteratur. Angebot und Nachfrage steigern sich hierbei gegenseitig hoch: in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Immer exquisitere Arten, Menschen beiseite zu schaffen, werden erprobt, verbreitet und nachgeahmt. Wir erfahren von zerstückelten Körpern in Reisekoffern, in Teppichen, hinter Tapeten, von Leichen, die man von der städtischen Müllabfuhr abtransportieren läßt, und was der humorvollen Einfälle mehr sind. Der Trieb zur Gewalt scheint entfesselt; er feiert seine Orgien.

Es mag dies wie ein gewisser Rückfall in die brutale Welt unseres Mittelalters, in die rohe, angriffslustige Zeit der Feudalität anmuten, deren Daseinsbedingung der ständige Kampf, das Faustrecht, die Gewalttätigkeit war. Die Folterkammern, die grausigen bildlichen Darstellungen der spätgotischen Kunst und viele literarische Zeugnisse verraten, wie groß die Freude am Quälen und Töten damals war; sie entsprach der allgemein stärkeren Körperlichkeit der zwischenmenschlichen Beziehungen und der ungebundenen Affektlage jener Zeit.

Die Welt des bürgerlichen Marktverkehrs, des regulierten Interesses dagegen hat die Menschen auseinandergerückt, ihnen eine persönliche Sphäre verhältnismäßiger Unantastbarkeit eröffnet; sie hat den gesellschaftlichen Verkehr zivilisiert, d. h. unter größere Affektbeherrschung, unter zunehmenden Fremdzwang und Selbstzwang gestellt. So soll auch der einzelne sein Recht nicht auf dem Wege der Selbsthilfe oder der Privatrache suchen, sondern über das rationalisierte System der öffentlichen Gerichtsbarkeit. Selbst die Kriegsführung und das Verhalten der einzelnen im Kriege ist geordnet und unter Regeln des Völkerrechts gebracht worden. In allen Bezirken des gesellschaftlichen Daseins hat die moderne kommerzielle Zivilisation ihren Mitgliedern ein hohes Maß an Triebregulierung und auch an Triebversagung auferlegt.

Bei aller äußeren Befriedung des sozialen Verkehrs aber ist das Verhältnis der erwerbswirtschaftlichen Konkurrenz, das unsere Gesellschaft beherrscht, seinem Wesen nach ein Verhältnis des Kampfes, eines streng rationalisierten Kampfes der Konkurrenz gewiß, aber doch des Kampfes. Es geht um den wirtschaftlichen Erfolg, um den größeren Gewinn, und hierbei stets um Übermächtigung des Tausch- oder Konkurrenzgegners. Vollends in unserer Welt der organisierten, machtgeordneten Märkte, der Riesenunternehmungen, der Herrschaft der Verbände, des Zusammenspiels von privaten Interessen und öffentlicher Gewalt hat das Erlebnis einer weithin unkontrollierten, kaum mehr gezügelten Macht sich dem Bewußtsein der Zeitgenossen tief eingeprägt. Der Interessenverkehr selbst hat Züge der Angriffslust, der Überwältigung angenommen. Das Recht des Stärkeren ist zur unausgesprochenen Moral der Gesamtgesellschaft geworden.

Hinzu tritt ein immer umfassender ausgeklügeltes und wissenschaftlich verfeinertes System von Einwirkungen, denen das Denken und Meinen, die Wünsche und Handlungsantriebe der einzelnen unterworfen werden. Die vielfach aus der Tierpsychologie entlehnten Methoden seelischer Überfremdung reichen von der leistungssteigernden Schaltung des sogenannten Betriebsklimas im Arbeitsprozeß, von der Verwertung von Tanzmusik in Warenhäusern zum Zwecke einer Anregung der Käuferlust bis zur Entfesselung von aggressiven Masseninstinkten; so wenn etwa eine Gassenzeitung die Bevölkerung einer ganzen Großstadt zur Jagd nach einem Kriminellen auf die Beine bringt. Der Griff nach neuen Bezirken des menschlichen Innenlebens ist möglich geworden. In der Arbeitswelt, in der Käuferbeeinflussung, auch in der politischen Meinungsbildung gilt für die zudringlich gewordenen privaten und öffentlichen Interessen kein unverletzlicher Eigenbezirk der Person mehr.

Zugleich sind in unserem Jahrhundert zivilisatorische Triebschranken niedergelegt und ist jene Schwelle des Peinlichkeitsgefühls weithin eingeebnet worden, die das Bürgertum der vorausgegangenen Zeit um sich errichtet hatte. Man denke an die eingetretene allgemeine Lockerung der Umgangsformen, an das keineswegs mehr zimperliche Verhältnis zur Körperlichkeit, das auch in der Kleidung, vor allem der Frau, sich äußert, an die Entfesselung der Sexualität. Wie viel trennt uns von einer Zeit, da man selbst einen nüchtern-harmlosen Bekleidungsgegenstand wie die Hosen mit dem gezierten Ausdruck «die Unaussprechlichen« umschrieb! Denn während die Gesellschaft von heute das soziale Verhalten der einzelnen einer neuen, bisher ungeahnten Disziplin und Kontrolle, einer neuen Konformität zu unterwerfen trachtet, gibt sie auf der anderen Seite jene Triebe frei, die ihr nicht unmittelbar gefährlich werden; sie enthemmt die Privatmoral.

Der neue Hang zum Gewaltsamen bezeichnet freilich nicht den Wiederausbruch einer unwandelbaren Steinzeit-Seele des Menschen. Vielmehr tragen die neuen Formen der Überwältigung als Mittel der Zweckverfolgung – im wirtschaftlichen, im öffentlichen, im zwischenstaatlichen Leben – den Charakter des Berechneten; und sie haben sich eine entsprechende Seelenlage der Beteiligten geschaffen. In der Ausartung mancher Formen des Sportes etwa wiederholt sich der allgemeine Wandel der gesellschaftlichen Verkehrssitten – wie überhaupt die moderne Konkurrenzgesellschaft sich in den Kampfbedingungen vieler Arten des Sportes wiedererkennt. In ihrer Vorliebe für die Darstellung des »wilden Westens«, des Dorado amerikanischer frühindustrieller Gesetzlosigkeit, oder für die Wiedergabe nicht endenwollender Faustkämpfe à la Mike Hammer, in dem Vergnügen selbst an öffentlichem Damenringen äußert sich ebenso ein gesellschaftliches Grundgefühl unserer Menschen wie in der nur mühsam gebändigten Anarchie des Straßenverkehrs, die unsere Verkehrswege zu Tummelstätten entfesselter Affekte, zu einem Hexentanzplatz unserer Konkurrenzgesellschaft hat werden lassen. Selbst die Kunst zeigt eine auffallende Neigung zum Destruktiven: Wenn etwa bei öffentlichen Darbietungen, selbst zu ernstem Anlaß, das Publikum mit Ölfarbe bespritzt wird, der Pianist literweise Bier in seinen Flügel schüttet, oder ein auf dem Kopf stehender Schauspieler die Leichenrede des Marc Anton mit falscher Betonung rezitiert, so ist solche Clownerie selbst schon jener Zersetzung des Geschmacks verfallen, die sie zynisch zur Schau stellt. Und den bildenden Künstler, der das Färben einer durchlöcherten Plastik dadurch exekutiert, daß er auf dahinter befestigte Farbbüchsen mit dem Revolver schießt, unterscheidet sich in der Haltung dessen, der beschädigen will, nicht viel von dem, der mit ätzender Säure gegen Rubensbilder vorgeht.

Wie kann es bei alledem wundernehmen, wenn die Kriminalität etwa in gleichem Verhältnis steigt wie das Sozialprodukt, wenn bei uns jährlich rund 18 000 Sittlichkeitsdelikte gezählt werden, wenn auf offener Straße am hellichten Tag Menschen niedergeschossen werden und die Täter entkommen, wenn in Köln sich eine Bürgerwehr gebildet hat, weil die Polizei der Lage allein nicht mehr Herr wird; wenn die moralische Verkümmerung so

Gossner Mission

weit geht, daß einem Manne, der in selbstmörderischer Absicht Anstalten trifft, sich von einem Kirchturm herabzustürzen, aus der unten sich ansammelnden schaulustigen Menge zugerufen wird: »Spring!«

Da hilft kein Moralisieren mehr. Da hilft auch ganz gewiß nicht der Ruf nach »sauberer Leinwand« und staatlicher Zensur. Mit Sicherheit würden die Falschen zensiert werden. Solange über die wirkungsvollsten Massenmedien unserer Kultur Erwerbsinteressen entscheiden, bestimmt sich das allgemeine Niveau des Geschmacks und der Sittlichkeit nach dem Gesetz der Massenproduktion. Und selbst in den Formen eines polizeilichen Einschreitens wiederholt sich noch die Gewaltsamkeit des Angriffs. Die Einsicht tut not: Die Verrohung der Privatmoral entspricht und entspringt derjenigen des ökonomischen, des öffentlichen, ja des zwischenstaatlichen Verkehrs selbst. Die sich häufenden Bildberichte von der Folterung Gefangener auf den Kriegsschauplätzen von heute sind nur ein Abbild des allgemeinen Verfalls des Völkerrechts, der Abstumpfung des Sinnes für Recht und Unrecht im Zusammenleben der Nationen. Hier reifen die mentalen Reserven eines neuen Angriffsgeistes heran, der vom zwischenmenschlichen Verkehr auf das Verhältnis zwischen den Völkern überspringen kann. Was die Gesellschaft im Kleinen hegt, das bedroht sie als ganze.

HORST SYMANOWSKI:

Bibel und Zeitung

In Heft 19/1963 brachten wir unter dem Titel »Kirche in einer säkularen Welt« einen Tagebuchbericht von Horst Symanowski über eine zweimonatige Amerikareise. Dieser Beitrag fand damals das besondere Interesse zahlreicher Leser. Wir haben deshalb Horst Symanowski gebeten, uns auch über seine diesjährige zweite Reise in die Vereinigten Staaten, die ihn nach New York, Philadelphia, Detroit, Chicago, Boston und New Hampshire führte, zu berichten. Sein nachfolgend abgedruckter Brief versucht, die wichtigsten Veränderungen, die innerhalb der letzten zwei Jahre eingetreten sind, zu skizzieren.

Der Unterschied zu meinem Besuch der USA vor zwei Jahren war groß. Ich war erstaunt, daß diesmal mit sehr vielen Menschen über ein gesellschaftspolitisches Engagement zu reden war. Vor zwei Jahren waren die Christen eigentlich immer noch ganz und gar mit ihrer Gemeinde, ihrer Kirche und ihrem eigenen Seelenheil beschäftigt, während sie diesmal deutlich zum Ausdruck brachten, daß Christenmenschen und auch ganze Kirchen sehr wachsam die gesellschaftliche Entwicklung zu verfolgen und sich in der Gesellschaft zu engagieren hätten.

Der Durchbruch ist zweifellos durch das Problem der Rassenintegration erfolgt. Die Notwendigkeit, die 10 Prozent Negro-Bevölkerung in Amerika in die Gesellschaft zu integrieren, hat die Gemeinden auf den Plan gerufen. Besonders die Freiheitsmärsche, die Ereignisse in Birmingham und in Selma und nicht zuletzt das Wirken Martin Luther Kings, haben den Gemeinden klargemacht, daß sie hier eine Rolle zu spielen haben. Ich traf Gemeinden an, die dafür sorgen, daß sich in ihrem Bereich Neger ansiedeln können und dort Wohnungen und Häuser bekommen. Ferner haben sich Gemeinden und ihre Pastoren an den Freiheitsmärschen beteiligt. Als ich in Chicago solch einen Freiheitsmarsch zur City-Hall selbst mitmachte, habe ich eine ganze Reihe von Pfarrern aller Konfessionen und Gemeindeglieder getroffen.

Ich war von der United Church of Christ eingeladen, auf ihrer Synode zu sprechen.

Es war für mich erstaunlich, zu sehen, wie etwa 750 Synodale einmütige Beschlüsse bezüglich der Rassenintegration faßten, obwohl gerade diese innenpolitische Haltung die Kirche im vergangenen Jahr 1½ Millionen Dollar gekostet hatte. Andere Kirchen, die in derselben Linie marschiert sind, haben sogar 5 Millionen Dollar verloren, weil die Gemeindeglieder, die nicht mit der Politik ihrer Kirche einverstanden waren, ihre Gaben gekürzt oder ganz gestoppt hatten. Ich habe fast neidisch auf diese Synode gesehen und gedacht: Was würden wohl unsere Synoden in Deutschland tun, wenn sie in solch einer Situation wären? Würden sie mit Rücksicht auf die Kirchensteuer und die Einkünfte vielleicht lieber solche Beschlüsse hintenanstellen und solche Probleme überhaupt nicht diskutieren? Würden sie einen so großen finanziellen Verlust riskieren? Obwohl der Kirchenleitung der Vorwurf einer Vermischung von Kirche und Welt gemacht wird, haben sich auf dieser Synode etwa 100 Synodale zusammengetan und einen Protestmarsch zur City-Hall organisiert, um von dem Oberbürgermeister von Chicago zu erreichen, daß er den Schulsuperintendenten absetzt, der bisher die Integration in den Chicagoer Schulen verhinderte. Diese Synode hat auch zum ersten Mal einen Negro als Präses der Synode gewählt. Diese Tatsachen, daß ein Negro Präses der Synode geworden ist und daß die Synode einen Protestmarsch zur City-Hall organisiert hat, wurden von der gesamten Chicagoer Presse sehr breit behandelt. Durch einen solchen Synodalbeschluß und vor allen Dingen auch durch einen solchen Protestmarsch, wie er seitens der Synode zustande kam, wird in aller Öffentlichkeit die Haltung der Kirche demonstriert.

Das hat auch für die Einzelgemeinde und ihr gottesdienstliches Leben Konsequenzen. Mehr und mehr Gemeinden stellen nicht nur einen weißen o d e r einen schwarzen Pfarrer an, sondern zwei, nämlich einen weißen u n d einen schwarzen, so daß man häufig auf der Kanzel oder am Altar beide Hautfarben nebeneinander sieht. Ein besonderes Erlebnis während der Synode war aber der Gottesdienst in der First Congregational Church of Chicago, wo drei Negros, die gar nicht zur Gemeinde gehörten, eine Frau und zwei Männer, auftraten und sehr harte Worte zur Gemeinde sprachen. Ich besinne mich besonders auf die eine Rede, in der der Schwarze sagte: »Du weißer Christ behauptest, du liebst mich; ich sage dir, ich will deine Liebe nicht, sondern daß du mich respektierst. Du Weißer sagst, du willst mir helfen; ich will aber deine Hilfe nicht, sondern ich will unter Bedingungen leben, unter denen ich mir selbst helfen kann.« Dann war der stärkste Eindruck im Gottesdienst die lange Litanei, in der – zwar in theologisch bedenklicher Weise, aber doch als ein Zeichen für die Intensität des Schreies nach Gerechtigkeit und Anerkennung – Gott immer gleichgesetzt wurde: mit dem elenden Negro, der in den Straßen herumlungert, der keine Erziehung bekommt, der keine Arbeit findet; mit der schwangeren Frau, die für ihr Kind keinen Vater hat und die keine Zukunft für sich und ihre Kinder sieht ...

Die zunehmende Bewegung zur Integrierung der Negros in den Vereinigten Staaten erfordert aber nicht nur guten Willen und eine innere Bereitschaft, sondern auch praktische gesellschaftliche Maßnahmen, die von seiten der Städte oder des Staates eingeleitet und finanziert werden müssen. In aller Munde ist das Anti-Armutsgesetz, das in Washington verabschiedet wurde und das den Negros zunächst erst einmal zu einer besseren Ausbildung, dann aber auch zu Arbeitsplätzen verhelfen soll, die sie bisher nicht bekommen konnten. Zu den vorgesehenen Maßnahmen gehört auch, daß die Slums beseitigt werden, in denen die Negros zum großen Teil heute noch leben und in denen sie sich meist sogar wohlfühlen, weil sie – aus dem Süden kommend – selbst diese Existenz als einen Aufstieg empfinden, besonders als einen Aufstieg aus der Vogelfreiheit in gewisse Rechtssicherheit. Die Beseitigung der Slums erfordert eine groß angelegte Städteplanung. Und das ist etwas, woraus sich mir wieder der Unterschied zu der Situation von vor zwei Jahren deutlich zeigte: Während damals das Wort »Planung« noch kaum zu hören war, ja noch in der Nähe

Gossner Mission

eines für Amerika sehr schmutzigen Wortes, nämlich »sozialistisch« stand, ist jetzt das Wort »Planung« in aller Munde, und die großen Städte wie New York, Philadelphia, Chicago, Los Angeles und viele andere haben Planungskomitees gegründet und versuchen auch zum Teil die Kirchen an dieser Planung zu beteiligen. Aber noch sträubt sich das Gefühl der meisten Amerikaner gegen entsprechende Maßnahmen, denn ihr Verständnis der individuellen Freiheit, einer Freiheit, unter den Brücken schlafen zu können, hindert sie vorläufig noch daran, konsequent an eine große Planung für ihre Gesellschaft heranzugehen. Aber mehr und mehr erkennen sie doch, daß es in der industriellen und technologischen Gesellschaft nicht ohne Planung geht. Zuerst merken sie das an ihren Städten, die aus allen Nähten platzen. Man redet in Amerika heute nicht mehr von der City, auch nicht einmal mehr von der Metropolis, sondern man hat einen neuen Ausdruck gefunden und spricht von der Megapolis, das heißt, einem Städtegebiet, wie es sich z. B. im Osten von Boston bis hinunter nach Washington zieht. Man weiß jetzt, daß man planen muß, wenn Menschen dort in Zukunft menschenwürdig leben sollen. Man begreift auch, daß z. B. in der Gesundheitsfürsorge, die bisher jedem einzelnen selbst überlassen blieb, die Gesellschaft Verantwortung übernehmen muß. Deshalb wird jetzt gerade in Washington ein Gesetz über eine allgemeine Krankenversicherungs-Gesundheitsfürsorge diskutiert, in die alle Bürger eingeschlossen werden sollen.

Eine neue Verantwortung für die Gesellschaft als Ganzes wird entdeckt. Aber kann man das auch im Blick auf außenpolitische Probleme und Fragen sagen? Ich denke hier z. B. an die Unterstützung der industriell unterentwickelten Länder, aber ich denke dabei auch nicht zuletzt etwa an die Vorgänge in Südostasien bis hin zu dem Krieg in Vietnam.

Außenpolitisch gibt es in Amerika ein riesiges Unbehagen. Dieses Unbehagen hat aber noch keinen Ausdruck gefunden, wie es in den innenpolitischen Fragen, z. B. im Blick auf die Rassenintegration, der Fall war. Das außenpolitische Unbehagen zeigt sich bisher vor allen Dingen auf den Universitäten, wo Professoren und Studenten zu dieser Frage Stellung nehmen. In den Kirchengemeinden oder überhaupt in der Bevölkerung hat man noch keinen Weg gefunden, der Regierung klipp und klar zu sagen, daß man die Außenpolitik, z. B. den Krieg in Vietnam, nicht befürworten kann. Aber es gibt auch hier bereits Ansätze: Die Synode, an der ich teilnahm z. B., hat einen für mich ganz erstaunlichen Beschluß gefaßt, nämlich den, die Regierung in Washington darum zu bitten, dafür zu sorgen, daß die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufgenommen wird. Man merkt allmählich, daß Amerika in der Weltöffentlichkeit in ein ganz schiefes Licht kommt, wenn es immer nur den Feudalismus in Lateinamerika und in Asien verteidigt. Und weil ich gesehen habe, wie man innenpolitisch einen Weg gefunden hat, um seinem Willen Ausdruck zu verleihen, habe ich die Hoffnung, daß dasselbe eines Tages auch auf außenpolitischem Gebiet geschehen kann — hoffentlich nicht zu spät!

Interessant zu beobachten ist, welche Konsequenzen die Gemeinden und Kirchen auf ihren Synoden im Blick auf die gesellschaftlichen Wandlungen für ihr eigenes Leben ziehen. Hier ist die wichtigste Konsequenz die, daß sie lernen, in ökumenischer Weise zusammenzuarbeiten. Sie wissen, daß sie nicht mehr als einzelne Denomination an gesellschaftliche Aufgaben herangehen können. Zum Beispiel ist es unmöglich, bei der Rassenintegration in einem solchen engen Rahmen aktiv zu werden, hier müssen sich die Glieder und die Pfarrer der verschiedensten Denominationen helfen. Dasselbe gilt etwa auf lokaler Ebene, wenn es um die Integration der Negros in einem Stadtteil geht. Besonders hat mich beeindruckt, daß nicht nur die protestantischen Kirchen zusammenarbeiten, sondern daß auf den Konferenzen der protestantischen Kirchen auch Katholiken zu finden sind und daß man immer wieder Juden trifft, die wichtige Beiträge auch für die Entwicklung der christlichen Kirchen leisten.

Die Entwicklung zur sogenannten Megapolis wirkt sich stark auf die bisher örtlich begrenzte Arbeit der Kirchengemeinden aus. Die Kirchen versuchen auf ökumenischer Basis eine neue Arbeit, die sich nicht mehr auf einen eng begrenzten Ort bezieht, sondern die Megapolis in den Blick nimmt. So habe ich z. B. in Philadelphia eine Arbeit kennengelernt, die mir sehr verheißungsvoll scheint: Hier ist ein Stab von 24 Mitarbeitern in drei verschiedenen Gruppen tätig. Die erste Gruppe bilden Soziologen, Ökonomen und Politiker, die ihren Beruf an den verschiedensten Stellen ausüben: in der Stadtverwaltung, in der Universität oder im Wirtschaftsleben, die aber ganz zu diesem Stab gehören und versuchen, all die Fragen, die in ihrem Beruf vorkommen, in dieser Gruppe zu besprechen. Die zweite Abteilung dieser »Metropolitan-Mission« besteht aus acht Theologen, die in verschiedenen Berufen arbeiten, der eine z. B. in der New-Haven-Railway-Company, zwei andere in Maklerbüros (die heute in Amerika bei der Frage der Rassenintegration sehr bedeutungsvoll sind), ein anderer als Beamter der Stadt in der Anti-Armutskampagne. Schließlich gibt es noch eine dritte Gruppe, bestehend aus Soziologen und Theologen, von denen jeder auf ein bestimmtes Spezialgebiet angesetzt ist und zu entdecken hat, was es an besonderer Problematik, z. B. im Erziehungs- und Bildungswesen, in der Wirtschaft oder in der Politik gibt, jeweils bezogen auf den Großraum von Philadelphia. Diese drei Gruppen der »Metropolitan-Mission« versuchen nun gemeinsam, die Fragen theologisch, soziologisch, ökonomisch usw. zu durchdenken. Ihre Ergebnisse sollen dann die Kirchen ermuntern, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Das Bewußtsein, daß christliche Existenz heute nur in der Beziehung zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung möglich ist, fand bei einer Konferenz in New Hampshire, an der ich teilnahm, seinen Ausdruck darin, daß bei allen Morgenandachten nicht nur die Bibel, sondern auch die Tageszeitung auf dem Altar lag und gelesen wurde. Man war sich darüber klar, daß man nur dann konkret beten kann, wenn man weiß, was z. B. gerade in den Südstaaten vor sich geht, oder wenn man weiß, was in Vietnam und an anderen Stellen der Welt geschieht. Die Bibel und die Zeitung werden so die Lektüre von Christen und Gemeinden und machen ihr Gebet konkret.

Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus

Chöre, Gruppen und Solisten aus Belgien, Bulgarien, CSSR, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Österreich, Polen, Portugal, Spanien, Ungarn und UdSSR.

Eine 30 cm/33 Langspielplatte mit Textbeilage zu einem Preis von 18 DM

Bestellungen bitte an den **Verlag Pläne GmbH**
4 Düsseldorf, Kruppstr. 18

Gossner Mission

Eingegangen
26. MAI 1965
Erledigt:

GOSSNER HAUS
6503 MAINZ KASTEL
SEMINAR FÜR KIRCHLICHEN DIENST
IN DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Im Mai 1965

R U N D B R I E F NR 3 6

Liebe Freunde!
Zuerst ein zusammenfassender Bericht über den Verlauf des Konvents 1965 in Beienrode für alle, die nicht dabei waren.

I. Wir zählten insgesamt 55 Teilnehmer, davon 16 Damen. Der letzte Kurs rückte geschlossen ein, noch Pusztawind im Haar und Tokayerduft zwischen den Zähnen. - Die Kapazität des Hauses schien gerade erreicht. Der Chef führte uns quasi als Gutsherr in seine Liegenschaften ein. Es war weit freundlicher und bequemer als in Hirschhagen 1964.

II. Hauptreferate: Helmut D o n n e r referierte des katholischen Dogmatikers Karl Rahner Gedanken über "Christologie innerhalb einer evolutiven Weltanschauung". Wer nicht in B. war, findet den Wortlaut des Vortrags in der Anlage.
Die anschließende Diskussion zeigte: Der Konvent ist durch die Wahl Rahners, überhaupt durch die Wahl eines "Evolutiven" zu sehr überrascht worden. Ohnenin nicht geneigt, eine "Theologie innerhalb" einfach als Diskussionsgrundlage zu akzeptieren, war man für die Auseinandersetzung mit Rahner/Donner nicht präpariert.
Das neu gewählte ZK des MKK (siehe unten Punkt V,1) sieht sich vor der Aufgabe, das theologische Gespräch im Konvent so zu stimulieren, daß die hier gezeigte Position in der Auseinandersetzung bleibt. Selbstverständlich aber muß die Frage nach dem Christuszeugnis in und angesichts der Geschichte des Menschen als"Gesellschaftsgeschichte" auch von den anderen Standorten aus gestellt und diskutiert werden. (Vgl. These 5 unseres Hirschhagener Papiers zur Sozialarbeit).

Prof. Peter von Oertzen (Als Gast) referierte über "Möglichkeiten der Mitbestimmung". So grenzte v.Oe. den von uns wohl zu weit gefaßten Auftrag ein, über "Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik heute" zu sprechen. Das Referat war nämlich ursprünglich gedacht als Gesprächsgrundlage für den Hauptteil des Konvents, in dem die Bedeutung des Betriebes (bzw. des Unternehmens, bzw. der "Industrie") a) als Gesellschaftsverband, b) als die Gesellschaft "um sich herum" beeinträchtigender Faktor, c) im Blickfeld der Kirchengemeinde behandelt werden sollte. Das klappte nun ohnehin nicht, da v.Oe's Referat zu spät im Ablauf der Tagung lag. Die Einschränkung auf den Aspekt (a) = Betrieb als Gesellschaftsverband konnte nun noch dazu die Wünsche der "überbetrieblich" bzw. "kirchengemeindlich" interessierten Teilnehmer nach Material für die Diskussion nicht berücksichtigen.
v.Oe. behandelte die gesellschaftliche Rolle des Betriebes in Abgrenzung gegen das "Unternehmen" und gegen die überbetrieblich-gesellschaftlichen Probleme. Seine "Stufen" der Mitbestimmung: 1) Milderung der Abhänginkeit; Schutz; 2) Kontrolle; Recht auf Einblick in Unterlagen; 3) förml. Mitverantwortung (wie etwa in Montan-Mitbestimmung, geringer im Betriebsverfassungsgesetz); 4) Selbstverantwortung (Arbeitsordnung wird ausschließlich von "Arbeitnehmern"festgelegt. - Das Ref. v. Oe. liegt nicht abgezogen vor. Der Chef hat das Wesentliche mitgeschnitten; hier aber fehlt Zeit zum reproduzieren.

Gossner Mission

III. Diskussionen:
1) Die Bedeutung des Betriebes (des Unternehmens, der Industrie) für Gesellschaft und Kirche.
Dieses Thema sollte ursprünglich (s.o.) im Anschluß an das gesellschaftspolitische Hauptreferat diskutiert werden. Nun fehlte den drei Gruppen das vorsortierte Material, und sie mußten den Gegenstand ihres Gespräches erst herausdiskutieren. Am besten gelang dies wohl in der zweiten Gruppe, die sich fragte, wie die Industrie an den Folgen der von ihr verursachten Veränderungen verantwortlich beteiligt werden könnte. Hier bot ein Erfahrungsbericht von Jochen Rieß reiches Material.
Unter den gegebenen Umständen konnten die Diskussionsergebnisse der Gruppen nicht zur "Formulierungsreife" gedeihen.
2) Eine Diskussion über die politische Verantwortung orientierte sich im Plenum an der Frage, ob d e r C h e f einer an ihn gerichteten Aufforderung nachkommen sollte, sich von der DFU -direkt oder indirekt- als Wahlkandidat aufstellen zu lassen (der Konvent empfahl mit Mehrheit: NEIN). In den drei Arbeitsgruppen wurde darüber diskutiert, welche politischen Betätigungen mit welchem Ziel geplant werden, was wir voneinander erwarten können müssen und wodurch wir uns gegenseitig Schwierigkeiten machen könnten.

IV. Berichte: Der C h e f berichtete über die Winter-Arbeit des Gossner-Hauses mit einem Polen- und einem DDR-Seminar. Über die Ungarn- Reise des Seminars berichteten die Teilnehmer selbst.

Über die Arbeit des ARCHE - Teams in W o l f s b u r g konnten sich die bis Samstag gebliebenen Konventualen an Ort und Stelle einen Eindruck verschaffen. Das Echo war allenthalben gut.

K r o c k e r t s Kurzbericht über den Rücklagenfonds hatte zum Ergebnis, daß die Anlage eines Teils des Gesamtvermögens in festverzinslichen Werten bis auf einen ständig disponiblen Rest von 5.000,-- gutgeheißen wurde. Höhe der Rücklage zur Berichtszeit: 18.000,-- DM. Bei den Zahlern hat sich praktisch der Maßstab von 1% vom Gehalt eingeführt. Es ist damit zu rechnen, daß sich weitere Konventsglieder an der Rücklagenbildung beteiligen werden. (Dieser Hinweis ist zugleich eine Erinnerung! Siehe auch die Anlage auf rotem Papier.)

V. Die wichtigsten B e s c h l ü s s e : Die Unzulänglichkeiten im Ablauf des Konvents zeigten, daß die vor zwei Jahren beschlossenen Formen nicht ausreichen. Das führte
1. zur Wahl eines neuen größeren A r b e i t s a u s s c h u sses,
2. zur Präzisierung der Aufgaben dieses Kreises
3. zur Diskussion über das Ob und Wie des nächsten Konvents.

Der Arbeitsausschuß hat folgende Aufgaben:
a. Vorbereitung und Durchführung des Jahreskonvents
b. Assistenz bei der Gestaltung der Seminare in Kastel
c. Mitberatung vor Veröffentlichungen und wichtigen Verlautbarungen von Kastel aus
d. Entscheidung über Verwendung und Anlageform des Rücklagen-Fonds beim Gossnerhaus
e. Kontakte mit anderen Stellen kirchlicher Sozialarbeit
f. Information der Konventsmitglieder, Materialdienst
g. Mitwirkung beim Ausbau der Bibliothek.

Gossner Mission

Fünfzig Wähler verteilten die Mehrheit von 250 möglichen Stimmen, nämlich 141, säuberlich auf folgende Konventualen:

Michael B a r t e l t , Gerd G e r i c k e (als Verteter des letzten Kurses), Christian M ü l l e r , Heinz R a s p i n i , Jochen R i e s s .

Dies, Freunde, ist euer neues Zentralkomitee. Alle Beschwerden, Anregungen, Beschimpfungen sowie Kündigungen bitten wir vertrauensvoll dorthin, genauer: an Jochen Rieß, 3501 Baunatal 1, [illegible], Unter den Eichen 6, zu richten. Er wird als Präses dafür sorgen, daß unsere epikuräische Behäbigkeit hinkünftig emsigem Schaffensgeist weicht. A n d i e A r b e i t !

Als nächstes wurde freilich beschlossen, nichts zu tun. Nämlich in Bezug auf das geplant gewesene Konventsbuch. Das vorliegende Material erwies sich in Einzelfällen als gut, in der Gesamtheit aber als zu dürftig, um ein "Bild von Kastel" zu vermitteln. Der Plan wird aufgegeben.

Der n ä c h s t e K o n v e n t : Darüber wurde heiß diskutiert, aber nur Grundsätzliches beschlossen, weil die Details Sache des ZK sind. Es wurde beschlossen:

1. daß er ü b e r h a u p t - wie bisher als Jahres- Gesamtkonvent - stattfinden soll. Andere Vorschläge wurden verworfen. Regional- Konventen oder anderen Teil-Unternehmungen steht nichts im Wege, aber sie sollen den Gesamt-Konvent nicht ersetzen, allenfalls ihn durch Vorarbeit unterstützen.
2. daß die F o r m des Gesamtkonvents dem Plenum und den Gruppen eine veränderte Funktion zuweisen soll: Hauptarbeit in festen Gruppen (schon die Anmeldung zur Teilnahme soll auf eine bestimmte Gruppe hin erfolgen); nur wenige Plenarsitzungen für das Unvermeidliche.
3. Zur Thematik des nächsten Jahrestreffens wurden zwar keine Beschlüsse gefaßt, aber Vorschläge gesammelt. Denen zufolge wird sich der nächste Konvent mit der " Z u k u n f t " befassen. Man könnte die eingebrachten Anregungen zusammenfassend überschreiben:"Hoffen und Planen". Das ZK wird von uns dazu noch Vorschläge erhalten. Auch das Gossner-Haus wird seine Winterarbeit 1965/66 darauf einrichten.

Kr.

- Ende des zusammenfassenden Berichts über den Konvent -

Gossner Mission

Nun noch einige Nachrichten.

1. Konventuale, die im Bereich der EKHN arbeiten, treffen sich am Montag, dem 24.5. ab 10.oo Uhr im Gossner Haus. Anmeldung durch Postkarte oder Anruf erwünscht!

2. Bei Ekkehard B ö r s c h war Visitation. Ziel des "kirchlichen Besuchsdienstes": Einrichtung einer ordentlichen Pfarrstelle für Sozialarbeit (o.ä.) in Rüsselsheim (Ekkehard ist immer noch experimentierender Vikar) und Sondierung der Möglichkeit eies Ausbaues der kirchlichen Sozialarbeit in Hessen.

3. Geheiratet haben inzwischen Helmut Donner, Gottfried Bickel, Koch - Fanckhauser und Guyer - Hasslinger. Von Richard R o s e traf heute die Verlobungsanzeige ein. Herzliche Glückwünsche!

4. Für die Organisationen und Einrichtungen, die sich mit kirchlicher Arbeit in den Zentren der Industrialisierung und Urbanisierung befassen (Industrial & Urban Mission), ist durch Initiative des Departments "Mission & Evangelism" beim Weltkirchenrat ein Unterausschuß gebildet worden, der die oekumenische Förderung von Modellprojekten, die Ausbildung von Mitarbeitern, den Austausch- und Reisedienst sowie einen Informations- und Materialdienst zwischen den Projekten zur Aufgabe gestellt bekommen hat. Der Unterausschuß wird Anfang Juli in London zusammenkommen; für den verhinderten Günter Schultz/Friedewald wird von deutscher Seite H. Krockert daran teilnehmen, der bei dieser Gelegenheit Formen der Industriearbeit in England kennenlernen und auch Fred B l u m besuchen wird.

Als Korrespondierende Gruppe für Deutschland im Rahmen dieses neuen oekumenischen Unternehmens ist ein Ausschuß zustande gekommen, dem aus unserem K o n v e n t als Mitglieder oder Stellvertreter angehören: Fahlbusch, Krockert, Rieß.

Der C h e f rüstet sich auf seine USA - Reise, die ihm auch Gelegenheit geben wird, Kontakte zu Freunden (z.B. der Detroit Industrial Mission, der East Harlem Protestant Parish) wieder aufzufrischen.

Rudolf D o h r m a n und Horst K r o c k e r t werden voraussichtlich später nach Indien fahren, wo sie außer dem Besuchsdienst in der Gossner-Kirche auch Industrial Projects zu besuchen hoffen.

Herzliche Grüße von allen Freunden und Mitarbeitern im Gossner Haus!

H. Krockert.

Gossner Mission

Horst Symanowski

Lieber Konvent!

Mit diesem Brief verabschiede ich mich von Ihnen für mehr als 2 Monate nach Amerika. Die United Church of Christ hat mich gebeten, auf ihrer Synode eines der 3 Referate zu halten. ("World in Revolution", "Men in Revolution" und "Church in Revolution", das letzte ist mein Thema). Ich werde aber vorher noch in East Harlem sein, in Philadelphia mit den Leuten der Metropolitan Mission reden, die auf meine Anregung vor 2 Jahren gestartet wurde, unsere Freunde von der Industrial Mission in Detroit wiedersehen und nach der Synode noch auf einer 12-tägigen Pfarrerkonferenz in Deering, New Hampshire, mitwirken. Auf dem Rückflug von Boston werde ich einen Abstecher nach Bordeaux machen, um nachzuschauen, ob uns auch unsere älteste Tochter Christiane zu Großeltern gemacht hat, nachdem Monika in Paris es schon im Januar tat. Gleich geht es dann wieder in die Arbeit im Gossner-Haus, diesmal mit 35 amerikanischen Studenten, die nach einjährigem Europaaufenthalt bei uns ihre Schlußkonferenz halten.

Horst Krockert bereitet das Industriepraktikum für Studenten, vom 28. August bis 21. Oktober, vor. Bitte, erzählen Sie den Studenten davon. Denken Sie aber ebenso an Teilnehmer für das nächste am 3. November beginnende Halbjahresseminar. Sie sollten unsere Einladung an die Kirchenleitungen durch eigenes Suchen unter Ihren Freunden und Bekannten (Vikaren und Pfarrern) unterstützen.

Das letzte Seminar hat in der Woche nach dem Konvent intensiv an Verbesserungsvorschlägen für unseren Seminarplan gearbeitet. Sie werden mit dem neuen Konventsvorstand beraten werden. Unsere Studienreise nach Ungarn war hervorragend von den Stellen in Budapest vorbereitet worden, so daß wir viel sehen und hören konnten.

Die ASIAten unter Ihnen seien dringend an die Jahrestagung vom 21. bis 24. Sept. in Berlin erinnert!

Der Neugeborenen ist Legion. Sie seien nicht genannt, aber auf dieser Erde, für die wir recht hoffnungsfroh sind, begrüßt.

Das Ehepaar Koch haben wir auf Gossnerweise in den Ehestand geschickt: im Kreis des Hauses haben beide ihre Lebens- und Liebesgeschichte erzählt. Seminarteilnehmer haben Bibeltexte gelesen und gebetet, ebenso das Paar. Das war mit einer kleinen Zugabe von mir die "Trauhandlung", die das Ehepaar Guyer in der Schweiz unter Zustimmung der Verwandtschaft dann ähnlich vollzog.

Dem Rat des letzten Konvents bin ich gefolgt und habe die Kandidatur für die nächste Bundestagswahl nicht angenommen. Im Herbst werde ich voraussichtlich mit dem Vorstand der "Deutschen Gesellschaft für Kultur- und Wirtschaftsaustausch mit Polen", dem ich angehöre, für 14 Tage in Polen sein. Über beide Reisen werden Sie Berichte erhalten.

Auf Wiedersehen und viele Grüße

Ihr

Horst Symanowski

Gossner Mission

Die Christologie innerhalb einer evolutiven Weltanschauung.

v. Rahner

Bei dem Thema "Die Christologie innerhalb einer evolutiven Weltanschauung" handelt es sich um eine mögliche Zueinanderordnung zweier Grossen. Es ist danach gefragt, ob sich eine Einpassbarkeit oder Eingepasstheit der Aussage, welche in der Christologie gemacht wird, in jenen Komplex von anderen Aussagen nachweisen lässt, welche insgesamt die evolutive Weltanschauung darstellen.
Wir setzen die evolutive Weltanschauung als gegeben voraus und fragen nach einer Eingepasstheit der Christologie in sie, obwohl das Umgekehrte ebenfalls eine mögliche, ja an sich die bessere und radikalere Frage wäre.
Es ist die Aufgabe gestellt, "eine innere Affinität der beiden Grössen, eine Art Stilgleichheit, die Moglichkeit einer gegenseitigen Zuordnung deutlich zu machen". In dieser Aufgabe sind notwendigerweise alle die Probleme versammelt, die es damit zu tun haben, wie die christliche Lehre und Daseinsinterpretation mit der heutigen Lebens- Denk und Empfindungsweise versöhnt werden kann. Diese Probleme stellen sich ein, wo es, wie hier, darum geht, dass der in der Theologie gemeinte Gott gerade dort ist, wo sich der Mensch heimisch und allein zuständig fühlt, in der Welt und nicht im Himmel.

Der Gang der Ueberlegung ist folgender: Ausgehend vom heutigen evolutiven Weltbild wird zunächst nach einem darin gegebenen Zusammenhang zwischen Materie und Geist gefragt. Das ist die Frage nach der Einheit der Welt, der Naturgeschichte und der Geschichte des Menschen. Hierbei wird nicht ausdrücklich auf Teilhard de Chardin rekurriert. Es soll nur das gesagt werden, "was eigentlich jeder Theologe sagen könnte, wenn er seine Theologie unter diesen, von der modernen evolutiven Weltanschauung gestellten Fragen aktiviert".
Eine zweite Ueberlegung sucht den Menschen zu verstehen, und zwar als das Seiende, in dem die Grundtendenz der Selbstfindung der Materie im Geist zu ihrem definitiven Durchbruch kommt. Dabei werden wir auf den entscheidenden Vorgang der Selbsttranszendenz aufmerksam. Anfang und Garantie letzter Selbsttranszendenz aber ist das, was in der Theologie Hypostatische Union genannt wird.
Die Hypostatische Union wird nicht so sehr verstanden als das, was Jesus den Herrn von uns unterscheidet, sondern als etwas, was einmal und nur einmal geschehen muss, wenn die Welt beginnt, ihre letzte Phase anzutreten, in der sie ihre endgültige Konzentration und ihre radikale Nähe zu dem absoluten Geheimnis, Gott genannt, verwirklichen soll. "Von da aus erscheint die Inkarnation als der notwendige, bleibende Anfang der Vergöttlichung der Welt im Ganzen".

I. Wir bekennen die Schöpfung und sagen damit aus, dass alles Geschaffene eine innere Aehnlichkeit und Gemeinsamkeit aufweist. Es handelt sich um die eine Welt. In ihr sind Materie und Geist nicht einfach nur faktisch nebeneinander bestehende, disparate Wirklichkeiten. Gemeinsamkeit von Materie und Geist zeigt sich am deutlichsten in der Einheit des Menschen selbst.
Das Verhältnis gegenseitiger Bezogenheit von Geist und Materie in der einen Welt ist nicht ein statisches, sondern hat selbst eine Geschichte.
Wenn die zeitliche Erstreckung dieses Verhältnisses dieser beiden Grossen ins Auge gefasst wird, darf unbefangen gesagt werden

Gossner Mission

dass die Materie sich aus ihrem innersten Wesen auf den Geist hin entwickelt.

Dass es überhaupt ein Werden gibt, ist ein Grundaxiom der Theologie. Wirkliches Werden kann nicht als ein blosses Anderswerden begriffen werden, sondern muss als Mehrwerden, als ein Entstehen von mehr Wirklichkeit verstanden werden. "Werden muss ... als wirkliche Selbsttranszendenz, Selbstüberbietung, aktive Einholung seiner Fülle durch das Leere, begriffen werden".
Wenn man nun aber nicht das Nichts oder das Leere zum Quell der Fülle machen will, dann kann solche Selbsttranszendenz nur als geschehend gedacht werden in der Kraft der absoluten Seinsfülle.

Solche Kraft der Seinsfülle ist dem nach seiner Vollendung hin sich bewegenden Seienden so innerlich zu denken, dass das Endliche zu einer wirklichen Selbsttranszendenz ermächtigt wird und die neue Wirklichkeit nicht einfach nur als von Gott gewirkte passiv empfängt. Andererseits ist die Kraft der Selbsttranszendenz gleichzeitig so vom diesem endlichen Wirkenden unterschieden zu denken, dass sie nicht als Wesenskonstitutiv dieses Endlichen aufgefasst werden darf, weil sonst das endliche Wirkende die absolute Fülle des Seins schon als sein Eigenstes besässe.

Die uns bekannte Geschichte des Kosmos, wie sie von der heutigen Naturwissenschaft erforscht und dargestellt wird, wird "immer mehr als eine eine zusammenhängende Geschichte der Materie, des Lebens und des Menschen gesehen".

Wenn der Mensch die Selbsttranszendenz der lebendigen Materie ist, dann bilden Natur' und Geistesgeschichte eine innere gestufte Einheit, in der die Naturgeschichte sich auf den Menschen hin entwickelt, in ihm bewahrt und überboten ist und darum mit und in der Geistesgeschichte des Menschen zu ihrem eigenen Ziel kommt.

II. In diesem Abschnitt soll gezeigt werden, welche Stufe die Welt im Menschen erreicht hat.
Viele Naturwissenschaftler meinen bis zum heutigen Tage, den Menschen nur als das schwache, zufällige Wesen sehen zu müssen, das als eine Art Eintagsfliege auf der Erde sein Wesen treibt. Dies widerspricht nicht nur der Metaphysik und dem Christentum, sondern auch der Naturwissenschaft. Denn wenn der Mensch am Ende einer Entwicklung da ist, die er sogar mindestens teilweise nun selber steuern kann, dann kommt die Natur in ihm zu sich selbst, dann ist sie auf ihn angelegt, weil 'Zufall' für den Naturwissenschaftler eigentlich kein sinnvolles Wort ist.

Aber was ist denn nun im Menschen Wirklichkeit geworden?

Es ist einmal die Selbstgegebenheit für sich selbst und die Bezogenheit auf die absolute Ganzheit der Wirklichkeit und auf deren ersten Grund als solchen.
Das bedeutet, dass im Menschen die Welt zu sich selber findet, sich selbst zu ihrem Gegenstand macht und den Bezug zu ihrem Grund nicht mehr nur als Voraussetzung hinter sich, sondern auch als aufgegebenes Ziel vor sich hat.

Gossner Mission

Dies, wenn auch noch so anfängliche, Zusichkommen des Ganzen des Kosmos im einzelnen Menschen ereignet sich je auf seine eigene einmalige Weise im einzelnen Menschen. Diese Selbstgegebenheit des Kosmos im Geist des einzelnen Menschen hat ihre noch laufende Geschichte. Sie geschieht in der inneren und äusseren Geschichte der einzelnen Menschen und der Menschheit, individuell und kollektiv.

Die Selbsttranszendenz des Kosmos im Menschen ist nun nach der Lehre des Christentums erst dann zu ihrer letzten Erfüllung gelangt, wenn der Kosmos in der geistigen Kreatur nicht nur das aus seinem Grund herausgesetzte, das Geschaffene, ist, sondern die unmittelbare Selbstmitteilung seines Grundes selbst empfängt. Wenn also die unmittelbare Selbstmitteilung Gottes an die Kreatur geschieht in dem, was wir Gnade und Glorie nennen. "Diese Welt empfängt so sehr Gott, den Unendlichen, das unsagbare Geheimnis, dass er selbst ihr innerstes Leben wird." So gesehen, "liegt die Botschaft, dass es zu einer absoluten Unmittelbarkeit mit diesem unendlichen Grund komme,... als das wenigstens asymptotisch anvisierbare Ziel absoluter Art in dieser Entwicklung selbst vor. Als einzelne, physikalisch bedingte Individuen erfahren wir nur den äussersten Anfang dieser Bewegung auf dieses unendliche Ziel hin. Aber, im Unterschied zum Tier, leben und handeln wir auch in unserem irdischen Bewusstsein schon aus einer formalen Antizipation des Ganzen heraus. Und in der Erfahrung der Gnade erfahren wir sogar die Verheissung der absoluten Nähe des alles gründenden Geheimnisses. Hierdurch wurden wir ermutigt, an die Erfüllung der aufsteigenden Geschichte des Kosmos zu glauben, die in der unmittelbaren Erfahrung Gottes in eigentlichster und unverhüllter Selbstmitteilung besteht.

Solche Aussagen heben das unsagbare Geheimnis, das unser Dasein durchwaltet, nicht auf, sondern erhalten es aufrecht. Wie durch Ueberforderung gereizt, mögen wir vielleicht von hier in die verständliche Hölle der Wissenschaften zu fliehen versuchen. Aber das ist nicht gestattet, wir können die unendliche Frage nicht auf sich beruhen lassen, die uns umschliesst und die sich selbst beantwortet, wenn sie in Liebe angenommen wird.

III. Von hier aus ist nun der Ansatz der Chr im einem solchen evolutiven Weltbild zu bestimmen.

1. Wir machen die Voraussetzung: das Ziel der Welt ist die Mitteilung Gottes an sie.

Wie ist nun diese Selbstmitteilung Gottes an die geistige Kreatur genauer zu denken?

Hierzu muss zunächst gesagt werden, dass die geistigen Subjektivitäten Freiheit bedeuten. Damit ist zugleich gesagt, dass diese Geschichte des Selbstbewusstseins des Kosmos immer auch notwendig eine Geschichte der Interkommunikation der geistigen Subjekte ist; denn sonst würde das Zusichkommen trennen und nicht einigen. "Selbstmitteilung Gottes ist... Mitteilung an Freiheit und Interkommunikation der pluralen kosmischen Subjektivitäten. Diese Selbstmitteilung wendet sich also notwendig an eine freie Geschichte der Menschheit..." Die Selbstmitteilung Gottes wird nicht plötzlich universal, sie ist menschheitlich und geschichtlich. Sie muss einen bleibenden Anfang, darin eine Garantie ihres Geschehens haben, durch die sie mit Recht die freie Entschoidung zur Annahme dieser göttlichen Selbstmitteilung fordern kann.

Gossner Mission

2. Von hier aus ergibt sich zunächst der Begriff des Heilbringers schlechthin.
"Wir nennen Heilbringer schlechthin jene geschichtliche Persönlichkeit, die, in Raum und Zeit auftretend, denjenigen Anfang der absoluten Selbstmitteilung Gottes bedeutet, der diese für alle als unwiderruflich geschehend inauguriert und als geschehend anzeigt". Das heisst nicht, dass die Selbstmittoilung Gottes an die Welt zeitlich mit ihm erst beginnt. Sie kann ruhig schon vor ihm beginnend, ja koexistent mit der ganzen geistigen Geschichte der Menschheit gedacht werden, "wie es ja nach christlicher Lehre auch faktisch der Fall war". Im Heilbringer ist aber dieser Vorgang der absoluten Selbstmitteilung Gottes an die geistige Welt als ganze unwiderruflich da. Wenn im Blick auf den Heilbringer von Unwiderruflichkeit, von Irreversibilität geredet wird, ist damit sowohl die Mitteilung selbst als auch ihre Annahme gemeint. Es ist berechtigt und notwendig, die ganze Bewegung der Selbstmitteilung Gottes an die Menschheit, auch wo sie zeitlich vor diesem Ereignis geschieht als von diesem Ereignis, also als vom Heilbringer getragen zu denken. "Die ganze Bewegung dieser Geschichte lebt vom Kommen in ihr Ziel, ihren Höhepunkt, in das Ereignis ihrer Irreversibilität, also von dem, den wir Heilbringer nennen".

3. Von da aus lässt sich nun erkennen, was der Sinn der Aussage der Hypost. Union, der Menschwerdung des göttlichen Logos ist und wie sie sich einfügt in eine evolutive Weltanschauung.

Der Heilbringer ist selbst ein geschichtliches Moment am Heilshandeln Gottes an der Welt, und zwar so, dass er ein Stück dieser Geschichte des Kosmos selbst ist. Er darf nicht einfach Gott als der an der Welt Handelnde sein, er muss ein Stück des Kosmos selbst sein, und zwar in dessen Höhepunkt. Das ist auch im christologischen Dogma gesagt: Jesus ist wahrhaft Mensch, wahrhaft ein Stück der Erde. Er ist ein Mensch, der ebenso wie wir Empfänger jener gnadenhaften Selbstmitteilung Gottes ist. Es wäre häretisch, den Gottmenschen dahin zu verstehen, als habe Gott oder sein Logos eine Art Livreé angezogen, sich gewissermassen vermummt, um sich innerweltlich verlautbaren zu können. "Es muss in diesem Zusammenhange auch unterstrichen werden, dass die Grundaussage der Christologie gerade die Fleischwerdung Gottes, seine Materiellwerdung ist".

Wir haben, so scheint es nun, keine besondere Schwierigkeit, die Welt- und Geistesgeschichte als Geschichte einer Selbsttranszendenz in das Leben Gottes hinein vorzustellen. Die letzte und absolute Selbsttranszendenz des Geistes in Gott hinein ist zu denken als in allen geistigen Subjekten geschehend. Auf jeden Fall sagt die christliche Offenbarung, dass allen Menschen x s.unten
...wirkliche Möglichkeit ihres individuellen Daseins, vor der sie sich nur durch Schuld verschliessen können.

Wie fügt sich nun in diese Grundkonzeption die Lehre von der Hyposta-tischen Union einer bestimmten einzelnen menschlichen Natur mit dem Logos Gottes ein? Ist das eine eigene, noch höhere Stufe der Selbsttranszendenz der Welt in Gott hinein? Oder kann diese Hyp. Union, wenn auch in ihrer wesentlichen, nur einmal gegebenen Eigenart, doch als die Weise gedacht werden, in der die Vergottlichung der geistigen Kreatur durchgeführt wird und
xdiese Selbsttranszendenz ... eine ...

Gossner Mission

durchgeführt werden muss, wenn sie überhaupt geschehen soll?

Die Hypostatische Union wirkt sich für die angenommene Menschheit des Logos innerlich gerade in dem und eigentlich nur in dem aus, was dieselbe Theologie allen Menschen als Ziel und Vollendung zuschreibt, nämlich in der unmittelbaren Anschauung Gottes, die die geschaffene menschliche Seele Christi geniesst.
Die These, die wir anstreben, zielt darauf, dass die unio hypostatica, wenn auch als in ihrem eigenen Wesen einmaliges, und gewiss in sich gesehen höchstes denkbares Ereignis, doch ein inneres Moment der Ganzheit der Begnadigung der geistigen Kreatur überhaupt ist. Bei der Hyp.Union bleiben wir also nicht bei dem Vorstellungsmodell irgendeiner Einheit, irgendeines Zusammenhanges stehen! Die unio, die Einigung hat vielmehr den Charakter einer Selbstmitteilung.

Denn in uns ist diese Mitteilung möglich und bewirkt durch die Einigung und Annahme, wie sie in der Hyp. Union geschieht.
In Christus geschieht die Selbstmitteilung Gottes grundsätzlich an alle Menschen ...
"Die unio hypostatica unterscheidet sich also, wenn man einmal so formulieren darf, nicht von unserer Gnade durch das in ihr Zugesagte, das ja eben beidesmal, auch bei Jesus, die Gnade ist, sondern dadurch, dass Jesus die Zusage für uns ist, und wir nicht selbst wieder die Zusage, sondern die Empfänger der Zusage Gottes an uns sind."

Wenn man von hier aus die ganze Christologie entfaltet, zeigt sich, dass die echte und richtig verstandene Lehre von der Hypostatischen Union nichts mit einer Mythologie zu tun hat.
"Es würde sich zeigen, dass die subkutan und unausdrücklich, so aber um so wirksamer monophysitisch interpretierte Christologie vieler Christen wirklich ein Missverständnis ist".

IV. Zusätzliche Bemerkungen zur Abrundung des Themas:

I. Indem die Christologie in den Rahmen einer evolutiven Weltanschauung eingeordnet wurde, war bisher von Schuld und Erlösung als Befreiung von Sünde noch nicht die Rede. Sind wir von der trad. Christologie nicht also doch in einer Weise abgewichen, die nicht erlaubt ist?
Die skotistische Richtung innerhalb der kath. Theologie hat immer schon betont, dass das erste und grundlegende Motiv der Inkarnation nicht die Tilgung der Schuld sei, sondern dass diese Menschwerdung Ziel Göttlicher Freiheit sei, Inkarnation als freier Gipfel der Selbstäusserung und Selbstentäusserung Gottes in das andere der Kreatur hinein, der ursprünglichste Akt Gottes.
Diese Schulauffassung ist lehramtlich nie beanstandet worden.
So kann Inkarnation zunächst einmal in der ersten Absicht Gottes, als die Spitze und Höhe des göttlichen Schöpfungsplans gefasst, und nicht zunächst im ersten Ansatz als Akt einer blossen Wiederherstellung einer gestörten göttlichen Weltordnung verstanden werden.
Häretisch aber wäre es zu leugnen, dass Wirklichkeit und Vollzug des geschöpfgewordenen Logos auch die Überwindung der Sünde bedeuten. Ueber den Stellenwert dieses Satzes ist damit aber noch nicht entschieden.

Gossner Mission

Die Einheit von Geschichte des Geistes und der Materie braucht und darf nicht dahin missverstanden werden, als ob in dieser Einheit Freiheit, Schuld, die Moglichkeit 'endgültiger' Verlorenheit keinen Platz haben.
Bekanntlich hat man Teilhard de Chardin den Vorwurf gemacht, die Sünde zu einer Art unvermeidlicher Entwicklungsschwierigkeit zu verharmlosen. Ein solcher Vorwurf darf aber einer solchen evolutiven Weltanschauung wirklich nicht gemacht werden, wenn sie sich selbst richtig versteht.

Wo Freiheit ist, da kann es Schuld geben, nämlich Freiheit, die sich Gott versagt, Sünde und die Moglichkeit der Verlorenheit. Dies vorausgesetzt und betont, lässt sich gerade von unserer Grundkonzeption aus verstehen, dass in einer Geschichte, die durch ihr Ziel und ihren Hohepunkt, die Inkarnation, festgemacht wird, die erlösende und sündenüberwindende Macht eben in diesem Hohepunkt der Inkarnation und in dem Vollzug dieser gottmenschlichen Wirklichkeit notwendig gegeben ist.
Moglichkeit der Vergebung existiert nicht vom Menschen, von Adam als solchem her, von der menschlichen Stufe der Geschichte als solcher her, sondern durch jene Kraft der Selbstmitteilung Gottes, die von vornherein die Entwicklung der Gesamtgeschichte des Kosmos prägt und die manifest wird in Existenz und Existenzvollzug Christi. Das ist der Sinn des Satzes, dass wir durch Jesus Christus von unseren Sünden erlost sind. Aber nicht eigentlich die Tat Christi bewirkt den Willen Gottes zur Vergebung sondern jene wird von diesem bewirkt und diese Erlosung in Christus (man konnte auch sagen: auf Christus hin) war schon vom Anfang der Menschheit her wirksam. Nimmt man an, dass die ursprüngliche Begnadigung der Menschheit vor ihrer Sünde nicht nur als Forderung, sondern als sich durchsetzende Macht bestand und bestehen blieb, dann haben wir die Idee der christl. Erlosung so, dass sie sich von selbst aus einer christologisch-evolutiven Weltkonzeption ergibt.

2. Wir haben die Idee einer möglichen Inkarnation von dem formalen Schema einer Weltentwicklung her entworfen, die ihren Höhepunkt in der Selbstmitteilung Gottes hat.

Natürlich ist ein solcher Entwurf nur darum möglich, weil wir schon um die faktische Menschwerdung wissen, also möglich erst post Christum natum. "Aber dies ist nicht weiter verwunderlich. Auch eine metaphysische Reflexion ist immer die Einholung einer schon gemachten Erfahrung".
Aber auch so konnen wir nicht nachweisen, "dass dieser transzendentale Entwurf einer möglichen Inkarnation sich faktisch gerade in Jesus von Nazareth, hier und nur hier, ereignet hat. Die Idee des Gottmenschen und die Anerkennung gerade Jesu als des einen, einmaligen, wirklichen Gottmenschen sind zwei verschiedene Erkenntnisse und erst durch die zweite Glaubenserkenntnis ist man ein Christ, erst also, wenn das einmalig Konkrete dieses bestimmten Menschen ergriffen ist".

Aber eben von hier aus sieht man auch wieder die Bedeutung unserer ganzen Ueberlegungen. "Innerhalb des skizzierten Grundschemas, in dem Geist nicht das der materiellen Wirklichkeit Fremde ist, sondern das Zusichselbstkommen dieser leibhaften Wirklichkeit selbst, ist eigentlich allein verständlich zu machen, dass eine konkret leibhaftige Wirklichkeit und nicht

Gossner Mission

eine allgemeine Idee das wirklich Rettende und ewig gültige sein kann, dass das Christentum eigentlich kein Idealismus sein kann, wenn es sich selbst recht verstehta.
Wie der Mensch nun in seiner geschichtlichen Erfahrung und in seinem Glauben zur Glaubenserkenntnis gelangt, dass gerade in diesem Jesus von Nazareth die Weltgeschichte in ihre unüberbietbare Vollendungsphase gelangt ist, das aufzuzeigen ist nicht mehr die Aufgabe dieser Ueberlegungen.
3. Wir machen uns Gedanken hinsichtlich des Zeitpunktes, an dem in dieser einen und ganzen Weltgeschichte sich die Inkarnation ereignet hat.
Die Theol.Reflexion früherer Zeiten der Kirche hat sich hinsichtlich dieser Fragen schwer getan. Sie empfand das Kommen Christi einerseits als das Ende, andererseits erschienen die Inkarnation und der Sieg Christi als der Anfang einer neuen Epoche, "als Gründung der Kirche, die sich erst langsam in einer unabsehbaren Geschichte ausbreiten soll, als Anfang eines Durchsäuerungsprozesses einer Materie von Weltgeschichte".

Heute kennen wir nach rückwärts eine Menschheitsgeschichte, die viel länger ist, als man in alten Zeiten dachte, und wir haben den Eindruck, dass die Menschheit eine Geschichte vor sich hat, deren innerweltliche Zukunft gerade erst nach einer langen und bisher fast stagnierenden Anlaufzeit begonnen hat. Schien es früher, Gott sei erst am Abend der Geschichte seiner Welt in diese eingetreten, so macht es uns jetzt den Eindruck, dass er gekommen sei so ungefähr in dem Moment, da die Geschichte der tathaften Selbstübernahme der Menschheit, der wissenden und aktiven Selbststeuerung der Geschichte gerade anzuheben begann. Bereits heute zählen wir mehr Menschen, die nach Christus gelebt haben, als vor ihm. Dies Verhältnis wird sich immer schneller so verschieben, dass Christus immer mehr an den Anfang der Menschheit rückt.
Theologisch wichtig ist hieran folgendes:
a) Es bleibt dabei, dass Christus der Anfang des Endes ist, weil mit ihm das Ereignis der radikalen Selbsttranszendenz der Menschheit in Gott hinein grundsätzlich und unwiderruflich da ist, und zwar unüberholbar.
b) Indem wir diesen eschatologischen Gesichtspunkt festhalten, können wir andererseits diese Menschwerdung doch als die Begründung einer auch innerweltlichen Epochalität der Menschheit ganz am Anfang dieserEpoche ansehen. "Wir können die abendländische Geschichte von Christus an und darin auch die Neuzeit und die erst jetzt beginnende Zukunft planetarischer, von höherer gesellschaftlicher Organisation getragener, die Natur weiterhin beherrschender und steuernder und sich ihr nicht mehr nur bedienender Art als etwas betrachten, was unter nicht unwesentlichen Aspekten, innerweltlich und innergeschichtlich gesehen und, ohne einem kommunistischen Utopismus zu verfallen, erst die Epoche zu sein beginnt, auf die das bisherige Leben der Menschheit hin tendierte, in der sie auch tätig und nicht nur kontemplativ, real und nicht aesthetisch zu sich kommt und die Welt zu sich kommen lässt". Und diese neue Epoche hat ihren letzten Grund im Glauben des Christentums, weil dieses die Entnuminisierung der Welt wollen und deren Profanisierung durchführen konnte und die Welt zu einem technisierbaren und manipulierbaren Material für den Menschen selbst gemacht, die Kosmozentrik in eine Anthropozentrik verwandelt hat.

Gossner Mission

4. Hier ist der Ansatzpunkt zu einer letzten Ueberlegung:
Die Glaubenslehre von der Fleischwerdung des Logos macht keine bestimmten Angaben über den Fortgang der innerweltlichen Geschichte. Sie lehnt allen Chiliasmus ab, hat aber die ganze Weltgeschichte und deren Zukunft schon überholt, weil vom Wesen der Sache her die Unmittelbarkeit zum unendlichen und absoluten Geheimnis Gottes alle innerweltliche Leistung des Menschen schon immer überholt hat.
Darum bindet und befreit diese Christologie zugleich alle innerweltlichen Zukunftsideologien und - utopien.
Sie befreit sie. Denn diese Christologie ist keine Konkurrenz und kein Ersatz für solche innerweltliche Planung der Zukunft.
Die Lehre von der Menschwerdung leugnet nicht, sondern schliesst ein, dass der Mensch seine transzendentale Zukunft, sein Ereichen Gottes in sich selbst, nur vollziehen kann am Material dieser Welt und ihrer Geschichte, also auch in einem Sichaussetzen und einem Bestehen und Scheitern an dieser innerweltlichen Zukunft mit ihrem notwendig darin immanenten Glück und Tod zumal.
Der Mensch kann sein Heil nicht an seiner innerweltlichen Aufgabe vorbei, sondern nur an ihr wirken. An ihr wird auch das Heil angenommen, das Gott in seiner Unbedingtheit und Unmittelbarkeit selbst ist.
Gleichzeitig aber bindet diese Christologie auch alle innerweltlichen kategorialen Zukunftsentwürfe und Ideologien. "Sie sind nie das Heil selbst, sie sind immer nur das Material, an dem der Mensch seine Oeffnung vollzieht, um das Heil von Gott in Empfang zu nehmen, weil dieses Heil Gott selbst ist, den der Mensch nicht macht, sondern in seinem Grund und Abgrund immer schon vorfindet."
Die Eigentat der Zukunft, die der Mensch setzt, wird durch diese Chr. ernüchtert und gedemütigt. Nicht die Zukunft, die der Mensch durch seine eigene Tat schafft, rechtfertigt allein den Menschen, er ist immer schon von Gott her gerechtfertigt durch den Spruch, in dem Gott sich dem Menschen zusagt.

Dieser ernüchterte und gedemütigte Zukunftswille des Menschen ist auf die Dauer der zukunftsträchtigere.
Er opfert nicht die Gegenwart und deren Menschen der Zukunft.
Er braucht nicht Brutalität, um mit Gewalt den ewigen Frieden zu erzwingen. Er braucht nicht alle in einer öden Gleichheit untergehen zu lassen, damit keiner sich benachteiligt fühle.

Wenn Christus das entscheidende Existential des menschlichen Daseins ist, dann ist die Unruhe einer unendlichen Weite einer gottlichen Zukunft da. Dann ist Friede da. Dann ist die Würde des einzelnen gewahrt. Dann ist vor diesem einzelnen und seiner ewigen Würde auch die Gemeinschaft gerechtfertigt und zu einer absoluten Gültigkeit eingesetzt, weil man das Heil Christi nicht finden kann, man liebe denn seine, Christi, Brüder und Schwestern.

Gossner Mission

A d r e s s e n l i s t e des Konvents
(Stand vom April 1965)

Altendorf	Gerhard	2 Hamburg 20 Tarpenbekstr.110
Bartelt	Michael	5845 Villigst b.Schwerte/Ruhr Karl-Gerharts-Str. 37 Tel. Schwerte 5240
Bertzbach	Arend	2801 Fischerhude 190 üb. Bremen 5
Bickel	Gottfried	63 Gießen-Wieseck Johannesberg 8
Börsch, Dr.	Ekkehard	6090 Rüsselsheim Lenbachstr. 30 Tel. 06142 - 4667
Bösenberg	Enrique	Esmeralda 162 Buenos Aires/Rep. Argent.
Brinkmann	Günter	437 Marl Brassertstr. 131 Tel. 02365 - 1055/6437
Buttler	Volker	2851 Langen üb.Bremerhaven Lehmkulweg 6
Clotz	Hartmut	6090 Rüsselsheim Gutenbergstr. 3 Tel. 06142 - 3256
Dippel	Heinrich	6479 Dauernheim üb. Nidda Tel. 0 Reichelsheim 289
Dohrmann	Rudolf	318 Wolfsburg Röntgenstr. 75
Donner	Helmut	46 Dortmund Klosterstr. 6 Tel. 0231 - 528124
Dool, van den	Aart	Amsterdam/Holland Binnenkaat 35 III
Fahlbusch	Wilhelm	3 Hannover Rühmkorffstr. 7 Tel. 0511-621367 dienstl. 0511-480766 privat
Gericke	Gerhard	586 Iserlohn Prinzenstr. 7 Tel. 02371 - 24889
Gerlach	Michael	28 Bremen 10 Auf dem Bohnenkamp 56 Tel. 0421 - 540717
Gerlach	Peter	28 Bremen Kornstr. 31
Gläsker	Heinz	6450 Hanau - Kesselstadt A.d. neuen Geibelschule
Goronzy	Martin	6431 Philippstal/Kr. Hersfeld Tel. 06620 - 201
Grüner	Wilhelm	2101 Neuenfelde Bez. Hamburg

Gossner Mission

Guyer	Hansruedi	8607	Seegräben / Schweiz
Günneberg	Herbert	43	Essen, Potthofbörde 17 02141 - 286454 privat 02141 - 285060 Schule
Gutknecht-Stöhr	Max-Georg	2	Hamburg 39, Sierichstr.102 0411-464948 dienstl. Hamburg 11,Bohnenstr. 10, Tel. 364765
Hennicke,	Helmut	21	Hamburg-Harburg Milchgrund 24 0411 - 7906636
Heyde	Henning	41	Duisburg, Menzelstr. 43
Hock	Siegfried	652	Worms, Lerchenweg 2 06241 - 2088
Hormann	Gertraud	6000	Frankfurt/Main Schneckenhofstr.33
Huft	Wilhelm	4660	Gelsenkirchen-Buer Stifterstr. 21 02322 - 30953
Koch	Hanspeter		Kirchstr. 11 Bern/Schweiz
Kopposela	Johani		Mantyviita Tapiola Helsinki / Finnland
Korn	Bernhard	46	Dortmund-Brackel Haslindestr. 1 0231 - 556647
Kraft	Arnulf	1	Berlin 20 Unnaerstr. 49
Kratzenstein	Jürgen	4660	Gelsenkirchen-Hassel Oberfeldinger Str. 28
Lange	Eckhard	24	Lübeck, Spillerstr. 2a
Lehmann	Frieder	68	Mannheim - Sandhofen Obergasse 4
Licharz	Werner	6233	Kelkheim-Hornau/Taunus An der Herrenmauer 60 I.
Linke	Hellmuth	1	Berlin 38 Matterhornstr. 37 0311 - 846596/848810
Lüderwaldt	Detlef	3011	Havelse üb. Hannover Marienstr. 8
Lukait	Hans-Jürgen	2083	Halstenbek, Hagenwisch 9
Machwitz	Harry	6202	Wiesbaden-Amöneburg Wiesbadener Landstr. 18 06121 - 66274

Gossner Mission

Meyer	Kurt	3141	Kirchgellersen über Lüneburg 04135 - 238
Meyer-Dettum	Klaus	28	Bremen K.-Schumacher-Allee 11, V.
Metzger	Heinz-Dieter	706	Schorndorf/Wttbg. Konrad-Haußmann-Weg 15 07181 - 2912
Meyer zu Uptrup	Klaus	5802	Wetter/Ruhr Jahnstr. 8
Minthe	Eckhard	21	Hamburg-Harburg Luhmannstr. 13 b 0411 - 7906098
Mohn	Ekkehard	4952	Hausberge a.d. Porta Kiekenbrink 7 0571 - 4726
Mohn	Hans	2	Hamburg 20 Haynstr. 23 0411 - 480110
Müller, Dr.	Christian	6239	Kriftel/Ts. Ev. Pfarramt Emanuel-Kant-Str. 10 06192 - 5113
Müller	Jörg	437	Marl-Drewer Lipper Weg 111 b 02365 - 2560
Papaderos	Alexander		Tessaloniki/Griechenland Ulic. Phoka 17
Pilz	Walter	7560	Gaggenau i. U. Michelbacher Str. 9
Rathke	Joachim		Fresach/Kärnten
Rauch	Hans-Gerhard	6941	Hüttenfeld üb. Weinheim Viernheimer Str. 26
Reese	Karl-Johann	586	Iserlohn, Prinzenstr. 14 02371 - 24050
Richter	Traugott	8671	Regnitzlosau/üb. Hof 09294 - 227
Rieß	Jochen	3501	Baunatal - 1 Unter den Eichen 6 0561 - 10417
Ritter	Martin	43	Essen - Werden An der Braut 26 02141 - 492380
Rose	Richard	2822	Schwandwede Ostlandstr. Gemeindehaus

Gossner Mission

Rose	Richard	2822	Schwanewede, Ostlandstr. Ev. Gemeindehaus
Samson, Dr.	Holger	6234	Hattersheim/Main Sindlinger Str. 2 06190 - 567
Schmitt	Adolf	667	St. Ingbert Kapuziner Str. 4
Schnellbächer	Ernst	6508	Alzey, Weinrufstr. 57 06731 - 411
Scholz, Dr.	Werner	2357	Einfeld/Neumünster Dorfstr. 9 04321 - 3493
Schottstädt	Bruno	priv.	Berlin N 58, Göhrener Str.11 Bln. NO 55, Dimitroffstr.133
Schröder	Christian	466	Gelsenkirchen - Buer Wiebringhausstr. 2 02322 - 33449
Schubert	Berthold	6082	Mörfelden,Frankfurter Str. 107 a 06105 - 2269
Starbuck	Bob	1000	Berlin 38, Breisgauer Str. 8, 0311 -
Späth	Manfred	6451	Dörnigheim/üb. Hanau Postfach 74, 06181-25582
Stammberger	Hellmut	8641	Weissenbrunn, Schulweg 11 09261 - 6131
Steup	Dieter	6000	Frankfrurt/Main I Bornwiesenweg 71
Voigt	Karl-Heinz	6000	Frankfurt/M. Grillparzerstr.34
Weber	Fritz	7000	Stuttgart-Degerloch Boulandner Str. 16 0711 - 761537
Weber, Dr.	Hartmut	4400	Münster, Scheibenstr. 77 0251 - 41774
Wessig	Karin	437	Marl-Drewer Paul-Schneider-Str. 27 02365 - 5754
Wilder	Harald	2901	Holle/Post Wüsting
Wyszomierski	Dietrich	2409	Scharbeutz,Strandallee 10
Zaan, van der	Jan		Bodegaven/Holland Königinnenweg 88

Anhang

Gossner Mission

Anhang zur Konventliste:

Berg, Dr.	Christian	1000	Berlin-Zehlendorf Kunzendorfer Str. 18 0311 - 848250
Bickel	Johannes	6000	Frankfurt/M. Lessingstr.2
Blum,Professor	Fred		The Barn, Flaunden Hemel Hempstead, Herts. England
Cox	Harvey		73 Herrick Rd., Newton Centre 59/Mass.USA
Dzubba	Horst	1000	Berlin 41,Schmiljanstr.18 0311 - 831518
Engelkes	Ulrich	318	Wolfsburg, Amselweg 28
Hein-Janke	Ewald	32	Hildesheim,Boysenstr. 1
Hiller	Walter	318	Wolfsburg,Schlesierweg 58
Jaeckel	Theodor	6242	Kronberg/Ts. Goethestr.19 06173 - 2082
Klink,Dr.Frl.	Hans		Haarlem/Holland Wilhelminastraat 22
Lang	Bernhard	859	Marktredwitz
Lehtiö(Vikarin)	Pirkko		Karhula/Finnland Serrakuntatalo
Oppen, von, Professor		3550	Marburg/Lahn Ev. Theologische Fakultät
Palo	Toivo		Helsinki/Finnland Vuorikatu 22 A 18
Pirol	Martin	5000	Köln-Volkhoven Eppenrather Weg 14
Ris	Jan		Breda/Holland Doenradstraat 79 01600 - 44510
Seeberg	Martin	1000	Berlin-Friedenau Handjerystr. 19 - 20
Stevens,Rev.	Ralph		St. Paul's Vicarage Wretham Rd. Handsworth Birmingham 19 / England
Thomas	Konrad	34	Göttingen,Friedländer Weg 0551 - 41895
Vilmar	Fritz	6000	Frankfurt/M! 10 II. Sandberggäßchen 93

Gossner Mission

Gossner Mission

6503 Mz.-Kastel, 13.4.1964
Johannes-Gossner-Str.14

E i n l a d u n g

Unser Winterthema 1964/65 "Deutschland und der Osten" soll zum Abschluß gebracht werden am

Sonntag, den 25. April 11 Uhr

Das "Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft" hat im März/April eine 14-tägige Studienreise nach Ungarn gemacht und dort viele Gespräche gehabt und Besichtigungen durchgeführt: Papier-, Textil-, Glas- und medizinische Apparate Fabrik, landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Lehrlingsausbildung, industrielle Neusiedlung, Vaterländische Front im 13. Bezirk von Budapest, Friedensrat, Vizepräsident im Parlamentsgebäude, luth. und reformierte Kirchenleitungen und Akademien, Gemeinden und Pfarrer. Auch über den Aufstand 1956 wurde gesprochen und der 20-jährige Befreiungstag am 4. April miterlebt.

Diese Erfahrungen stellen die Seminarteilnehmer im Rahmen unseres Winterthemas zur Diskussion. Voraussichtlich ist dieser Gossnersonntag der letzte vor der Sommerpause.

Um 13 Uhr werden wir Mittag essen und gegen 16 Uhr auseinandergehen.

Diese Einladung geht zum letzten Mal an diejenigen, die wir in der alten Kartei hatten. Die mit Hilfe Ihrer eingesandten Postkarten neu erstellte Kartei wird dann ab Herbst ds. Js. für die Einladungen benutzt werden. Haben Sie uns diese Postkarte zurückgesandt?

Das Gossnerhaus wünscht Ihnen ein gesegnetes Osterfest!

Ihre

Horst Krockert Horst Symanowski Fritz Weissinger

Gossner Mission

Gossner Haus 6503 Mainz-Kastel, 22.März 1965

Liebe Freunde des Gossner Hauses Kastel!

Nachdem meine Frau und ich wohlbehalten aus Indien zurück sind, und wir uns hier wieder eingelebt haben, will ich Sie an unseren Erlebnissen in Indien teilnehmen lassen. Ich bin ja sehr kurzfristig gebeten worden in Indien einzspringen, weil Herr Dr. Junghans Khuntitoli verlassen mußte, um seine neue Stelle in Heidelberg anzutreten. Das Visum für Herrn Bruns, dem neuen Leiter in Khuntitoli, war noch nicht erteilt, so daß eine direkte Übergabe nicht erfolgen konnte. So habe ich für 2 Monate die Leitung der Farm übernommen. Im Januar haben wir dann eine Reise durch das Kirchengebiet unternommen und einige Schwerpunkte aufgesucht. Die letzten 3 Wochen waren wir dann mit unserem Missionsdirektor Dr. Berg zusammen, um in Khuntitoli, Fudi und Prurlia die nächsten Schritte zu planen.

1. Khuntitoli Auf der Farm der Gossner Kirche habe ich ein Stück meines Herzens verloren, denn sowohl die Arbeiter auf der Farm als auch die Gemeinde Khuntitoli haben mich sehr schnell in ihre Gemeinschaft aufgenommen. Ich habe mich manchmal gefragt, wo Ausländer in solch einer Selbstverständlichkeit bei uns in unseren Lebenskreisen aufgenommen werden. Da ich kein ausgebildeter Landwirt bin, war diese Gemeinschaft für mich eine große Hilfe, und haben wir in gemeinsamer Arbeit die Ernte im Dezember gut einholen können. Es ist ein großes Projekt in Khuntitoli, denn es ist nicht nur die Farm da, sondern die Landwirtschaftsschule und die Oberschule gehören dazu. Nachdem die Aufbauperiode mehr oder weniger abgeschlossen ist, steht jetzt der innere Aufbau bevor.

2. Fudi Die ersten Lehrlinge in Fudi werden im Herbst ihre Prüfung ablegen. Es war erstaunlich, wieweit sie in ihrer Ausbildung gekommen sind. Ich hatte den Eindruck, daß sie sich gut in vielen Dingen mit unseren Lehrlingen hier in einen Konkurrenzkampf einlassen könnten. Die Leitung in Fudi steht jetzt vor der Aufgabe, Ausbildung und Produktion voranzutreiben, denn das Ziel muß ja sein, daß dieses Institut mehr und mehr in die Hände unserer indischen Brüder übergehen wird und sich selbst finaziert.

3, Purulia Im letzten Jahr ist hier eine kleine Ausbildungs- und Produktionsstätte angefangen worden. Herr Rech hat im letzten Jahr eine gute Grundlage gelegt, und wenn er seine Hallen in diesem Jahr fertigstellen kann, wird auf diesem alten Missionsgelände in Westbengalen eine gute Arbeit in Gang kommen.

Ich könnte von all diesen Projekten noch sehr, sehr viel berichten, aber das ist ja nicht die Aufgabe eines solchen Briefes. Dazu käme noch die Arbeit der Kirche und das Hospital. Aber darüber steht ja auch immer ein Bericht in dem Gossner-Blatt. Außerdem sind die Probleme, die Nöte, ihre Umbrüche in der Gesellschaft so vielschichtig, daß es in einem Brief garnicht beschrieben werden kann.

Dankbar kehrten wir Ende Februar ins Gossner Haus zurück, wo wir am 14. März an einem Gossner-Sonntag berichtet haben.

Im Jugendwohnheim steht nun der Wechsel am 1. April bevor. Die "Alten" ziehen aus und versuchen ihre Schritte ins Leben allein. zu machen. Hoffen wir, daß es gut geht und sie in den Jahren,

b.w.

Gossner Mission

die sie in unserem Haus lebten, nicht nur ihren Beruf erlernt haben, Anfang April kommen ca. 15 neue Lehrlinge, und wir hoffen, daß sie sich bei uns wohlfühlen und wir ihnen ein Stück Geborgenheit und Gemeinschaft geben können.

Das Seminar für kirchlichen Dienst in der Industriegesellschaft ist z.Zt. mit Pastor Symanowski und Pastor Krockert auf einer Studienreise in Ungarn und wird am 6. April zurückkommen. Sie werden am 25. April im Gossner Haus von ihren Erlebnissen berichten.

In der Woche nach Ostern findet der Konvent der ehemaligen Seminarteilnehmer statt. Darauf freuen wir uns immer, denn es ist schön, diesen Erfahrungsaustausch zu haben.

Anfang Mai werden wir für 5 Tage wieder ein Lübecker Pastorenkolleg bei uns haben. Im letzten Jahr hatten wir schon eines hier, und wir freuen uns, daß es dieses Jahr wieder zu einem solchen Begegnung kommt.

Sie sehen, es ist ein Kommen und Gehen bei uns. Aber ist uns dies nicht aufgetragen? Wir versuchen offen zu sein für die Fragen unserer Zeit und mit unseren kleinen Kräften uns zu Verfügung zu stellen.

Wenn der Brief in Ihre Hände kommt, steht das Osterfest vor der Tür. Viele Aufgaben liegen vor uns. Hilfe der verschiedensten Art wurde von uns erwartet und wir konnten diese bisher nur durch Ihre Mithilfe tun, die wir auch für die Zukunft erbitten. Es soll nicht zur Ehre des Gossner Hauses geschehen, sondern zur Ehre dessen, der für uns starb und auferstanden ist, E r, der uns, die Menschheit und diese Welt in seinen Händen hält, E r, mit dem wir seit Ostern jeden Tag rechnen dürfen, E r, dessen Willen ist, daß allen Menschen geholfen wird. Das ist unser Wunsch für Sie zum Osterfest, daß wir neu auf Ihn vertrauen lernen und tapfer Seinen Willen gemeinsam erfüllen, die Aufgaben unserer Zeit zum Wohl der Menschen aufzugreifen.

Lassen Sie sich in diesem Sinne ein frohes Osterfest aus dem Gossner Haus wünschen.

Ihr

Fritz Weissinger

Gossner Mission

Thesen zum Thema : Auf dem Wege zu der e i n e n Welt.

1. Wer auf Christus hofft, kann sich nicht mehr abfinden mit der gegebenen Wirklichkeit, sondern beginnt an ihr zu leiden und ihr zu widersprechen.

Der Glaube macht, wo immer er sich zur Hoffnung entfaltet, nicht ruhig, sondern unruhig, nicht geduldig, sondern ungeduldig. Weil christlicher Glaube nach vorn gerichtet ist, ist menschliche Resignation, Trägheit und Hoffnungslosigkeit - biblisch gesprochen - Sünde.
Christlicher Glaube will Neues schaffen und widerspricht energisch unseren Bestrebungen, alles beim alten zu lassen. Er fordert uns auf, Abstand zu nehmen von unserem herrschaftlichen Anspruch in der Kirche und im europäischen Abendland, von unserem egoistischen Reichtum an Gaben und Geld, von unserem Modell der Volkskirche, von unseren überkommenen Gesellschaftsformen und allen Gedanken und Traditionen, in Herz und Gehirn, die sich auf dem Gebiet des Krieges und der Verteidigung angesammelt haben.

2. In der Welt von morgen wird die Christenheit eine verhältnismäßig ständig abnehmende Minderheit bilden.

Durch die"Bevölkerungsexplosion" zugunsten der nichtchristlichen Völker, wie etwa China, wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Christen und Nichtchristen durchgreifend ändern :

Statistik der Christen in der Weltbevölkerung:
1900: 34%, 1955: 31%, 2000: 16% (geschätzt!)

Die Gemeinde von morgen ist und bleibt Gemeinde in der Diaspora. Hoekendijk sagt:"Nehmen wir unsere Berufung, Minderheit zu sein, ernst. Unser Augenmerk sollte darauf gerichtet sein, die kleinen Gruppen und Kerne, 'diasporafest' zu machen.....
Aus der Diasporasituation werden sich vermutlich unsere größten missionarischen Möglichkeiten ergeben, die wir bisher noch nicht entfernt genutzt haben". (S. 28 f)

3. Von der Christenheit fordert die Menschheit in der e i n e n Welt von morgen S o l i d a r i t ä t und E n g a g e m e n t.

Soll die Welt von morgen eine Welt ohne Hunger sein, so werden von uns außerordentliche Anstrengungen und Hingabe an Arbeitskräften und materiellen Gütern verlangt. Die Askese einer Kirche in ihrer S o l i d a r i t ä t i n A r m u t könnte etwa darin bestehen, nicht m e h r an Arbeitskräften und Geld für sich selbst zu beanspruchen als sie anderen zur Verfügung stellt (Hoekendijk S. 26). Die Frage ist, ob die Kirche, wenn das gelingt, damit nicht ein Modell abgeben kann für die wirtschaftliche Entwicklungshilfe. Die Christenheit hat der Menschheit zu dienen, damit diese sich wandle und werde, was ihr verheißen ist. Weil Reich Gottes die ganze Welt meint, ist die Christenheit zum Engagement gerufen.

Gossner Mission

Die gesellschaftlichen, politischen und völkerverbindenden Institutionen, Rollen und Funktionen sind Möglichkeiten des verantwortlichen Engagements. Sie sind darum von der Liebe schöpferisch zu gestalten, damit das menschliche Zusammenleben in der Welt von morgen auf der "neuen Erde" gerechter, humaner , friedlicher und in gegenseitiger Zuerkennung von Menschenwürde und Freiheit erfolge. (Moltmann, S. 311)

Literatur:

J. Hoekendijk: "Die Zukunft der Kirche und die Kirche der Zukunft"

J. Moltmann: "Theologie der Hoffnung"

Gossner Mission

Folgende Pfarrer richten diesen Appell an die evangelischen Christen in Hessen und Nassau:

Horst Ackermann, Frankfurt;
Klaus Ackermann, Neuenhain;
Heinz Andres, Frankfurt;
Herbert Bastian, Frankfurt;
Dr. Ekkehard Börsch, Rüsselsheim;
Georg Brandt, Offenbach;
Fritz Chun, Frankfurt;
F. W. Clotz, Bensheim-Auerbach;
Erich Conradi, Holzheim;
Herta Dietze, Bingen;
R. O. Ehrhardt, Frankfurt;
Jürgen Eisenberg, Kassel;
Trude Emmerich, Oberhambach;
Hartmut Engel, Worms;
Alwin Ernst, Usingen;
Rudolf Farr, Frankfurt.
Thorwalt Fellner, Wehen;
Wilfried Fey, Freiensteinau;
Lic. Theol. Fresenius, Frankfurt;
Wilhelm Frey, Herborn;
Ernst Friedrich, Frankfurt;
Heinz-Günther Gasche, Herborn;
Gerhard Gebauer, Frankfurt;
Alfred Habermann, Frankfurt;
Werner Heinrich, Wiesbaden;
Karl Herbert, Herborn;
D. Hans-Erich Heß, Darmstadt;
Hermann Hickel, Mainz;
Wilfried Hilbrig, Landenhausen;
J. Hildebrandt, Wörsdorf;
Hans Hörr, Steinbach;
Reinhold Hofmann, Gettenau;
Karl Jakobi, Eppstein;
Erhard Klag, Ballersbach;
Hans-Joachim Kraemer, Budenheim;
Robert Kraft, Nieder-Olm;
Dr. Johannes Körner, Gießen;
Manfred Kühn, Darmstadt;
Eginhard Kuhmann, Cramberg;
Willi Hermann Merten, Dörsdorf;
K. Oppel, Dreieichenhain;
Walter Reichard, Lorsch;
Roman Roessler, Frankfurt;
Paul Walter Schäfer, Dautphe;
Dr. Dieter Schnebel, Frankfurt;
Hilde Schneider, Frankfurt;
Ernst Schnellbächer, Alzey;
H. G. Schweigart, Wiesbaden;
Alexander Semmelrock, Frankfurt;
Martin Skambraks, Rockenberg;
Hermann Strohmeier, Frankfurt;
Karl Ernst Stumpf, Wiesbaden;
Horst Symanowski, Mainz;
Erich Tiedtke, Frankfurt;
Heinrich Treblin, Alzey;
Herbert Vogel, Heppenheim;
Wilhelm Volz, Steinbach;
Emil Weber, Ostheim;
Rudolf Weber, Steinfurth;
Max Rudolf Weber, Sprendlingen;
G. Wilkens, Heusenstamm;
Werner Wisseler, Dansenau;

Ostermarsch 1965

von Mainz

nach Frankfurt

Der Ostermarsch erreicht Höchst am Ostersonntag.

KUNDGEBUNG
HÖCHST — MARKTPLATZ
Ostersonntag, 18.00 Uhr.

Es sprechen:
Prof. Dr. H. J. Heydorn, Frankfurt am Main
Heinz Günther Lang, Gewerkschaftssekretär

Nehmen Sie teil am Marsch durch Frankfurt

Ostermontag, 10.00 Uhr,
ab Marktplatz Höchst. durch folgende Straßen:

Schleifergasse
Albanusstraße
Bolongarostraße
Ludwig-Seriba-Straße
Zuckschwerdtstraße
Kurmainzerstraße
Alt-Sossenheim
Westerbachstraße
Radilostraße
Alt-Rödelheim
Auf der Insel
Rödelheimer Landstraße
Breitenbachstraße
Buddestraße
Schloßstraße
gegen 12 Uhr Kurfürstenplatz — Mittagspause

Hier sollen wie früher im Ostpark die Luftballons steigen

gegen 14 Uhr Abmarsch

Kurfürstenstraße
Leipziger Straße
Bockenheimer Warte
Bockenheimer Landstraße
Opernplatz
Große Bockenheimer Straße
Rathenauplatz
Goetheplatz
Roßmarkt
Hauptwache
Liebfrauenstraße
Neue Kräme

Kommen Sie zur

Großkundgebung

Ostermontag, 15.00 Uhr

Römerberg

Es sprechen:

RUDOLF ROLFS
CHRISTIAN MAYER-AMERY, Schriftsteller
WILLI BRUNE, Gewerkschaftssekretär
HERBERT STUBENRAUCH, Wuppertal

Verantwortlich für den Inhalt: Odina Bott, Frankfurt am Main.
Druck: W. Helfsgott, 6451 Bischofsheim/Hanau

Gossner Mission

Worte der Kirche

„Erniedrigt die hohen Werte von Frieden, Freiheit und Einheit nicht zu leeren Phrasen! Was not tut, sind nicht Kriegsvorbereitungen, sondern ein Wagnis für den Frieden. Es liegt ein Fluch auf Waffen, die wider das Gewissen in die Hände gezwungen oder genommen werden. Es liegt aber Gottes Segen auf jedem Opfer, das für einen Frieden in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Freiheit gebracht wird."

(Ruf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg zu den Regierungen in Ost und West, 10. August 1952)

„Unser Volk sollte den Versuchen widerstehen, unter Ausnutzung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung von Massenvernichtungsmitteln steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht anstelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Frieden eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen."

(Notwort der Synode der Evangelischen Kirche der Union, Februar 1959)

Evangelischer Christ!

Diese Worte haben Synoden und leitende Kreise der Evangelischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahren uns zugerufen. Sollen das nur Worte gewesen sein? Müssen daraus nicht politische Taten folgen? Stimmt aber das, was wir als „christliche Politik" in diesem Jahre erlebt haben, mit solchen Worten überein?

Die Kirche und ihre Botschaft werden unglaubwürdig, wenn die Christen es bei schönen Worten bewenden lassen, (und wenn „christliche Politik" genannt wird, was den Aufrufen der Kirche widerspricht).

Wir wollen, daß diese Worte der Kirche, die mit dem Evangelium übereinstimmen, nicht nur auf dem Papier stehen. Sie sollen in Politik umgesetzt werden; denn nur so sind sie gemeint.
Die Kampagne für Abrüstung, die Ostermärsche gegen Atomwaffen in Ost und West, sind eine Antwort auf die Appelle der Kirche. Im Aufruf zum Ostermarsch 1965 heißt es:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Und von der Bundesrepublik wird gefordert:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen — Keine Atomwaffen auf deutschem Boden! —**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei! —**

Wir fragen alle evangelischen Christen, ob sie nicht unsere Bestrebungen unterstützen, unsere Demonstration mitmachen, unsere Petition unterschreiben sollten. Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergangsfall sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, stattdessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahren einzutreten? Oder soll es wieder dahinkommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Katastrophe sagen müssen, wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktober 1945 in dem „Stuttgarter Schuldbekenntnis": „Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben".

Gossner Mission

11. MRZ. 1965

Seminar für kirchlichen Dienst
in der Industrie
Mainz-Kastel a. Rhein

27.2.65

ZdA Mainz-Kastel

Rundbrief Nr. 35

Lieber Konvent!

1) Da Prof. Dr. Peter von Oertzen erst am 22. 4. zum Konvent kommen kann, wird das christologische Thema, das Helmuth Donner - Dortmund vorbereitet, auf den ersten Tag(Dienstag) vorgezogen.

2) Das "Haus der helfenden Hände" 3331 Beienrode über Helmstedt erreichen Sie mit dem Zug bis Bahnstation Königslutter (Strecke Braunschweig-Helmstedt), dann mit dem Bus nach Beienrode (ca. 5 km). Rufen Sie vom Bahnhof Königslutter 226 an und ein Auto kommt; wenn Sie nicht früher als das erste Konventsauto am Ostermontag ankommen.
Von der Autobahn fahren Sie nach Königslutter ab. 2 km hinter Ochsendorf geht es am Wegweiser "Beienrode" im spitzen Winkel nach links ab. Das grosse Gut gleich hinter der Schunterbrücke mit Toreinfahrt rechts gegenüber der kleinen Kirche ist das "Haus der helfenden Hände". Es wird geleitet von Frau Barth und Fräulein Walther. Herr Müßigbrot ist der Gutsverwalter, seine Frau ist die Sekretärin des Hauses.

3) Es ist wieder gefragt worden, ob Freunde, Mitarbeiter und teamglieder zum Konvent mitgebracht werden dürfen. Leider nein, denn wir erinnern daran, dass der Konvent einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Wir machen aber folgenden Vorschlag: zweimal im Jahr machen wir einen team- und Mitarbeiter-Sonntag in Mainz-Kastel. An diesem Tag sollen sich die Gruppen untereinander kennenlernen, Erfahrungen austauschen und - Mainz-Kastel kennenlernen.
Wir laden zu solch einem ersten

Dienstgruppensonntag am 2. Mai 1965, 10 Uhr

nach Mainz-Kastel ein. Anmeldungen mit Themenwünschen und Themenangeboten erbitten wir bis zum 1. April.
An diesem 2. Mai werden wir auch das Pastoralkolleg der Lübeck'schen Landeskirche im Haus haben.

4) "Lebendige Demokratie" - wir bringen sie Ihnen kostenlos ins Haus - ist das erste Mitteilungsblatt des Petitionsausschusses, in dem Symanowski und Weissinger mitarbeiten. Sie sollen auch von dieser Aktivität uunterrichtet sein.

5) "post Bultmann locutum"
Die Diskussion zwischen Helmut Gollwitzer und Herbert Braun, Bd. I herausgegeben von Horst Symanowski, Bd. II, herausgegeben von Hans-Werner Bartsch (DM 4,80 und DM 6,80) ist jetzt im Herbert Reich Verlag - Hamburg-Bergstedt, Markt 12, herausgekommen und von dort oder Buchhandlungen zu beziehen. Heft 1/65 der Pastoraltheologie bringt einen interessanten Versuch von Pastor Th. Lorenzmeier-Schötmar, eine Art Synopse Bonhoeffer - Braun - Bultmann herzustellen.

Gossner Mission

6) Weissingers sind am Montag wohlbehalten aus Indien zurückgekehrt. Sie schritten auf einem schnell ausgerollten Teppich ins Gossner-Haus. Am 14. März um 11 Uhr beginnt der Gossnersonntag, an dem sie von ihren Eindrücken und Erlebnissen berichten werden. Herr Weissinger wird auch am Konvent teilnehmen.

Viele Grüsse und Ermunterungen zur Vorbereitung des Konvents!

Ihre

Horst Krockert

Horst Symanowski

Gossner Mission

Gossnerhaus
Mainz-Kastel

Der Südwestfunk brachte am 22. Februar 1965 im 1. Programm um 18.40 und im 2. Programm um 20.15 folgende Sendung über zwei Veranstaltungen in Mainz-Kastel und in Mainz:

I.) Drei Christen und drei Marxisten aus Mitteldeutschland waren einer Einladung der Gossner Mission in Mainz-Kastel gefolgt , um vor wenigen Tagen gemeinsam mit den Freunden des Gossnerhauses und seinem Leiter, Pfarrer Symanowski, die Möglichkeiten christlicher Existenz in einem sozialistischen Land zu diskutieren. Die Gossnerfreunde, berufs- und altersmässig bunt gewürfelt,füllten den Vortragssaal bis zum letzten Platz. Stundenlang gingen Rede und Gegenrede hin und her, ohne dass eine Seite die andere hätte überzeugen können. Es war das Verdienst des Diskussionsleiters, auch die spannungsgeladenen Momente, hervorgerufen durch Erlebnisse von Sowjetzonenflüchtlingen oder durch das Stichwort Mauer, immer wieder durch den Hinweis auf Sachlichkeit zu entschärfen. So entstand ein Gespräch, hart in der Argumentation und nicht frei von Propagandaversuchen der Gäste, aber ungemein aufschlussreich, interessant und des Nachdenkens wert. Möglich in dieser begrüssenswerten Form aber wohl nur auf kirchlichem Boden und aus christlichem Geist. Ein wahrhaft nachahmenswertes Beispiel, da es die Stärke und Sicherheit der freiheitlichen, westlich-christlichen Position ebenso aufzeigte, wie es geeignet war, Fehlhaltungen und Illusionen zu enthüllen und Theorie und Praxis deutlich voneinander abzuheben.
Die Gäste hatten zwei Industriebetriebe besichtigt, sich mit den Betriebsleitungen und Gewerkschaftern unterhalten und sich einer evangelischen Pfarrerkonferenz gestellt. Parteipolitiker hatten die Einladung zu diesen Gesprächen abgelehnt. Zwei Dozenten und ein hoher SED - Funktionär sowie drei evangelische Pfarrer und Mitglieder der Ost-CDU waren einig in der Auffassung, allein die DDR habe die Konsequenz aus der Kriegspolitik der Deutschen gezogen,, indem sie eine neue Gesellschaftsstruktur, den Sozialismus, revolutionär durchgesetzt habe. Diese neue klassenlose Gesellschaft führe den Kampf gegen Individualismus, Egoismus und das Privateigentum, um den Menschen zu einer neuen Verantwortlichkeit für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu erziehen. Nur auf diesem Wege, das ist ihr Glaube, könne der Frieden der Welt erhalten bleiben. Sie bekannten sich dazu, dass dieser in ihrem Sinne verantwortliche neue Mensch gegen seinen Widerstand geformt werden müsse. Aber immer mehr Menschen seien damit einverstanden.
Die Christen hoben hervor, dass hier in der Praxis, also im Dienst am Menschen, viele Berührungspunkte zwischen Sozialismus und Christentum bestünden, wie Leben mit der Gemeinschaft und Verantwortung für sie. Zwar seien die Voraussetzungen verschieden, die Distanz des Christen zum Sozialismus ergebe sich unaufhebbar durch seinen Glauben an Christus, während die Marxisten die Würde des Menschen allein historisch bedingt sehen, den Atheismus also als Grundlage nehmen. Doch spiele das für die praktische Verwirklichung keine entscheidende Rolle. Der Christ bleibe Christ, wenn er wirklich wisse, warum er es sei. Er werde durch einen atheistischen Staat weniger in seinem Christentum missbraucht, da er sich in derselben Weise für Menschen und Welt verantwortlich fühle wie dieser und danach handle. Nur wenn die Christen in dieser sozialistischen Gesellschaft mitarbeiteten, könnten sie die Botschaft Christi in die Welt tragen.

Gossner Mission

Die Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten in der DDR, die als einziges sozialistisches Land eine christliche Partei habe, könne als Modellfall für die Zusammenarbeit zwischen DDR und der Bundesrepublik gelten. Der Begriff der Freiheit, ausserhalb des Sozialismus, oft als Aufforderung zum Egoismus und Individualismus und als Konsum-Provokation verstanden, könne für den Christen in der DDR ganz andere Aspekte gewinnen.
In der Diskussion wurde immer wieder auf den krassen Unterschied zwischen der vorgetragenen Theorie und der tagtäglich zu beobachtenden Praxis hingewiesen. Warum müssen am Beginn dieses neuen Zeitalters so viel Leid, Blut und Tränen stehen? Entscheidend sei der objektive Freiheitsbegriff, der dem Einzelmenschen die Wahl der Gesellschaftsordnung überlasse. Der westlich - demokratische Staat gebe diese Freiheit; wenn sie nicht genutzt werde, so sei es die Schuld und die Feigheit des Einzelnen. Im Marxismus werde die Wahrheit als Absolutum gesetzt, und zwar vom Staat, der sie mit naturwissenschaftlich-historischen Methoden erarbeitet haben wolle. Sei dies überhaupt möglich bei einem philosophischen Begriff? Warum hole sich die Regierung der DDR nicht ihre Legitimation durch freie Wahlen? Der Dialog sei doch nur innerhalb ihrer eigenen Theorien möglich. Könne man einen besseren, verantwortlicheren Menschen nur durch Zwang erziehen, durch Absperrung?
Wesentlich blieb für die Christen diesseits der Mauer der Anruf ihrer Brüder aus der DDR, ihr Christsein zu verwirklichen, die Botschaft in der Welt ernster zu nehmen. Das dies auch in der westlich-demokratischen Gesellschaft möglich sei, stand ausser Zweifel. Dass es daran vielfach fehle, ebenso. Alle waren aber davon überzeugt, dass der Dialog zwischen den Christen von hüben und drüben notwendig sei und dass die Darstellung der christlichen Existenz im Sozialismus, wenn sie gelingt, beispielhaft werden kann. Die Mahnung an die Christen unserer Gesellschaft war aufrüttelnd: den Dialog aufzunehmen und sich nicht aus Bequemlichkeit und Furcht davor zu drücken; denn dem Christen kann dabei nichts passieren, er braucht den fairen Wettkampf nicht zu fürchten.

II.

Auch die Evangelische Studentengemeinde der Mainzer Universität hatte in diesen Tagen einen bemerkenswerten Besuch: Drei Wissenschaftler von der Prager Akademie der Wissenschaften waren einer Einladung zu offenen Gesprächen und Diskussionen mit der Studentenschaft und den Theologieprofessoren Pannenberg aus Mainz, Rendtorf aus Münster und Geyer aus Wuppertal gefolgt. Man kann dieses Seminar als Versuch der evangelischen Theologie sehen, sich sowohl aus wissenschaftlicher wie auch gesellschaftlicher Isolierung zu befreien. Dazu kommt der in den letzten Jahren häufig festgestellte Drang der Theologie, die eigene Position in der Konfrontierung mit fremden Auffassungen über die Welt und den Menschen zu klären und abzustecken. Eben aus diesem Grunde wurden sehr grundsätzliche und breite Themen gewählt, von denen jedes für sich Diskussionsstoff für ein längeres Seminar hätte bieten können. Es ging um das Verhältnis von Kirche und Gesellschaft und um dem christlichen Glauben zwischen Absterben und Anpassung. Wenn man der Meinung ist, die Marxisten hätten es sich grundsätzlich zur Aufgabe gemacht, das Christentum und überhaupt jede Religion mit Macht auszurotten, so bewiesen dagegen die Vorträge der erklärten Marxisten aus Prag , dass solche Tendenzen keineswegs auf einer zwingenden Auslegung der Marx'schen Philosophie beruhen. Wenn gesagt wurde, Marx habe den

Gossner Mission

Humanismus nicht aufgehoben, sondern verändert, indem er ihn primär-gesellschaftlich deutete, so ist das bereits ein Rückgriff auf Traditionen, die ohne das Christentum nicht denkbar sind. Von offener Feindschaft gegenüber dem Christentum war also keine Rede, und das nicht nur aus Höflichkeit gegenüber dem Gastgeber. Es wurde vielmehr klar, daß die Gäste das Christentum für eine, wenn auch für sie nicht passende Möglichkeit, hielten, die Welt zu interpretieren und die menschliche Situation zu erfassen. Schliesslich ging man sogar so weit, zuzugestehen, dass auch der Marxismus kein absolut richtiges Bild von der Zukunft geben könne. Das heisst nun nichts anderes, als das auch der Marxismus sich selbst nur als Versuch zu begreifen beginne. Eine solche Entideologisierung ist lange bei uns nicht erörtert worden.

Es ist hier schon angeklungen, dass es im Marxismus heute ein durchaus bewegliches Verhältnis zur Kirche gibt, darum muss eine soziologische Untersuchung über die Religiosität einer sozialistischen Bevölkerung besonders aufschlussreich sein. Frau Dr. Kahlerowa veröffentlichte eine solche Untersuchung des Prager Meinungsforschungsinstitutes aus dem Jahre 1 6 . Sie gibt Auskunft über Verbreitung und Inhalt der Religiosität von etwa einem Fünftel der Bevölkerung der Tschechoslowakei. Das Ergebnis zeigt, dass die Religion in der Tschechoslowakei bis jetzt in den Massen eine verhältnismässig breite Grundlage bewahrt hat. 30 % Gläubigen stehen ebenso viel % Atheisten und 0 % Indifferente gegenüber. Vergleicht man diese Zahlen mit ähnlichen Erhebungen in der Bundesrepublik, so kommt man zu einem erstaunlichen Schluss. Mit 3 % liegt die Zahl der Strenggläubigen, wenn man mit einem solchen Begriff überhaupt arbeiten darf, in der Tschechoslowakei höher als bei uns.

An dieser Stelle muss zwangsläufig gefragt werden, welche Chance das Christentum heute überhaupt hat, sowohl innerhalb des Marxismus wie auch bei uns. Steht es tatsächlich vor der Alternative, sich entweder an die jeweiligen Gesellschaftsformen anzupassen oder abzusterben? Von Seiten der Theologen wurde die Alternative verneint. Wenn der Glaube aber tatsächlich ein unbedingtes Bedürfnis des Menschen ist, so wird dort, wo der christliche Glaube nachlässt, ein anderer Platz finden. Selbst wenn er sich als Atheismus ausgibt, wird er dennoch ein Glaube sein. Es bleibt nur die Frage nach der besseren Ethik und nach der wahren Deutung der Wirklichkeit. Insofern steht das Christentum doch vor einer Alternative, wenn es nicht absterben will, muss es gültige Antwort auf die Fragen finden, die vom Marxismus gestellt werden. Dazu hat das Seminar mit den drei Gästen aus Prag beigetragen.

Gossner Mission

Lebendige Demokratie

Petitionsausschuß Rheinland-Pfalz **Nr. 1 / 1965**

Stellungnahmen - Berichte - Äußerungen zur politischen Strafjustiz und dem KPD-Verbot

Ist eine Wiederzulassung der Kommunistischen Partei Deutschlands notwendig und möglich?

Die Forderung nach einer Reform der politischen Strafjustiz und nach der Aufhebung des KPD-Verbotes können nicht mehr totgeschwiegen werden. In Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde dies aktuelle Anliegen zur Diskussion gestellt und die dringende Notwendigkeit einer Wiederzulassung der KPD gefordert. Stellungnahmen führender Politiker und namhafter Persönlichkeiten und die täglich wachsende Zustimmung in der Bevölkerung können vom Parlament und der Regierung nicht mehr überhört werden.

Es ist an der Zeit, daß unsere Abgeordneten und gewählten Vertreter in den Parlamenten danach handeln.

Es geht um den Fortbestand unserer Demokratie.

Es geht um die politische Meinungsfreiheit jedes Bundesbürgers.

Es geht um die Wahrnehmung der uns im Grundgesetz verbrieften Rechte.

Es geht um die Würde des Menschen.

Es geht auch um die Wiedervereinigung Deutschlands.

Eine Wiederzulassung der Kommunistischen Partei Deutschlands ist noch vor den Bundestagswahlen dringend notwendig.

Darum geht unser Ruf an A L L E !

Unsere Stellungnahmen und Beiträge sollen helfen, unsere Forderungen zu unterstützen.

Beherzigen wir den Appell des bekannten Strafverteidigers Dr. Dieter POSSER:

„Wir müssen endlich begreifen, daß wir mündige Staatsbürger sind!"

Gossner Mission

Für eine Amnestie der politisch Inhaftierten und Aufhebung des KPD-Verbotes!

Gertrud BIENKO,
Studienrätin, Koblenz:

KPD-VERBOT WIDERSPRICHT GEIST UND PRAXIS DER DEMOKRATIE.

Unsere Koblenzer Bittschrift an den Herrn Bundeskanzler zu Weihnachten 1963 wegen einer politischen Amnestie und der Aufhebung des KPD-Verbotes und ihre erweiterten drei Fassungen im Laufe des Jahres enthalten grundlegende Gesichtspunkte zu diesem Problem. - Trotzdem halten wir es für geboten, daß einige Erstunterzeichner aus ihrer persönlichen Sicht und aus der heutigen Lage heraus nochmals Stellung dazu nehmen.

KPD keine Bedrohung der Bundesrepublik.

Das Verbot der KPD erfolgte aus der Angst vor einer gewaltsamen Machtergreifung, die genährt wurde aus einer irrigen Auffassung der Februar-Ereignisse 1948 in der CSR. Dazu kam der Korea-Krieg 1950/51, der zu einer intensiven Aufrüstung teils Grund teils Vorwand war. Da man wußte, daß diese auf den entschiedenen Widerstand der KP stoßen würde, wurde sie für verfassungswidrig erklärt und nach vierjährigem juristischem Ringen aufgelöst. Das Verbot war und ist nach Ansicht vieler falsch, da die KPD nie gegen die Verfassung verstoßen hat. Dazu war sie auch nie gewillt.

Das Schweigen durchbrechen.

Die Praxis von fast neun Jahren KPD-Verbot hat gezeigt, daß dessen Auswirkung weit über die Kommunisten hinausging. Erst durch die Fernsehsendungen „PANORAMA" vom 9. 11. 1964 und 4. 1. 1965 von Lutz LEHMANN, wurde der breiten Öffentlichkeit illustriert, wie die Bundesrepublik mit Hilfe der politischen Strafjustiz das KPD-Verbotsurteil als Mittel benutzte, um jede Opposition von links zu unterdrücken. - Leser der „STIMME DER GEMEINDE", des Blattes von Martin NIEMÖLLER, konnten schon im Februar 1962 diese alarmierenden Dinge erfahren. Rechtsanwalt Dr. W. AMMANN, Heidelberg, legte sie dar und nannte die Zahl von etwa 20 000 Betroffenen jährlich. Weitere Bestätigungen folgten.

Beunruhigt von der tatsächlichen Bedrohung unserer Demokratie: der Rechtsunsicherheit und den Leiden so vieler Gesinnungstäter, beschloß ein Freundeskreis in Koblenz um Pfarrer G. MELZER, kurz bevor dieser Koblenz verließ, auf die Quelle dieses Übels durch eine Petition an den Bundeskanzler hinzuweisen und um Amnestie für die Bestraften zu bitten.
Das war im Oktober 1963.

KPD-Verbot anachronistisch und töricht.

Im Zeichen der immer heftigeren Aufrüstung einerseits und der, besonders nach dem Mauerbau im August 1961 hektisch werdenden Gehässigkeit gegen den Osten andererseits, ging der Staatsschutz immer intensiver gegen Opposition aller Art vor, gegen immer mehr unbequeme Mahner, die als kommunistisch infiltriert oder getarnt und daher als kriminell verfolgt wurden. Was als Schutz der Demokratie gedacht war, gefährdet sie. Der Staat tut selber dasjenige, um dessentwillen er den Gegner bekämpft. Hier liegt dieselbe Paradoxie vor wie bei der Ausbreitung des Christentums durch physische Gewalt oder die Sicherung des Friedens durch Kriegsrüstung. Kurzsichtig und des Menschen unwürdig war solches Vorgehen immer. Heute fruchtet Gewaltanwendung weniger als je. Und die Erkenntnis gewinnt an Boden, daß die scheinbar von Natur aus feindlichen Systeme menschliche Systeme sind, die wie alle wandlungsfähig sind und die koexistieren können, ja, sich annähern werden durch Wissenschaft und Technik. Die Blöcke kommen in Bewegung. Bei dem wachsenden Austausch von Mensch zu Mensch und dem in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst nimmt sich das Verbot der KPD anachronistisch und töricht aus, der überholten Hallstein-Doktrin gleich. Nur die Bundesrepublik will im alten Marschtritt bleiben, wie Sebastian HAFFNER im „STERN" Nr. 1, 1965 sagte. So wird sie auch von ihren Freunden auf die Füße getreten und wird immer lahmer. **Und gerade die Bundesrepublik müßte zur Lösung der deutschen Frage eine diskutable Initiative ergreifen. Die Aufhebung des Karlsruher Urteils wäre eine solche. Nicht nur widerspricht ein Parteiverbot Geist und Praxis der Demokratie; besonders einem deutschen Staat steht es schlecht an, gerade diese Partei zu verbieten, die am frühesten und kompromißlos das unmenschliche Nazitum erkannt, bekämpft und unerhört gelitten hat.**

Auch steht es dem „freien Westen" übel an, stolz oder hochmütig-mitleidig auf „die drüben" herabzusehen. Erstens hat er keinen Grund dazu, zweitens verhöhnt er damit die Lehre Christi, auf die er gegründet sein will. -

Wenn er den Osten glücklicher oder europäischer oder christlicher haben will, so erreicht er das weit eher durch Achtung, Partnerschaft, Verhandlung, ja Aufwertung (wie Rudolf AUGSTEIN es ausdrückt), als durch krampfhaftes Sichverschließen und durch Haß. – Unnötig zu sagen, daß die Grundlagen des Sozialismus-Kommunismus so westlich und christlich wie die der „freien Welt" sind. Oder ist der Kapitalismus oder die freie Marktwirtschaft christlicher? – Gerade in Deutschland ist immer aus starken Spannungen fruchtbares Leben entstanden, wenn die Gewaltpolitik besserer Einsicht gewichen ist; so aus der Koexistenz der beiden christlichen Kirchen oder der der einzelnen Länder.

Eine Wiedervereinigung setzt die Aufhebung des Verbots der KPD voraus.

Die Erneuerung unseres gemeinsamen deutschen Hauses ist kaum ohne die Aufhebung dieses Verbots zu denken. Und sie, diese Erneuerung, ist uns aufgetragen, nicht aber gefährliche Planspiele über nicht vorhandene Verteidigungsnotwendigkeiten noch

Gossner Mission

territoriale Ansprüche. Unser Haus ist klein geworden, durch eigene Schuld. Wenn wir es stabiler und wohnlicher haben wollen, müssen wir uns einfügen in die amerikanisch-russische Entspannungspolitik. Die Legalisierung der KPD könnte ein Preis, und ein gar nicht teurer, an die Sowjetunion sein. Die Furcht vor einem durch Wiedervereinigung erstarkten Deutschland würde weniger groß sein, wenn die KPD in ihre Rechte wieder eingesetzt würde. – **Ihre Legalisierung wäre ein Schritt der Strategie des Friedens, die freilich mühseliger ist als Gewalt und Erpressung.**

Die Petition und ihre Resonanz.

Dies alles wird bekanntlich heute von vielen gesehen. Die Angst vor dem Phantom des kalten Staatsstreiches durch die KP hat nachgelassen, und es ist auch stiller geworden um das Wort von den „nützlichen Idioten der Sowjets". Unsere Petition von Weihnachten 1963 wurde von vielen und bedeutenden Menschen im Lauf des Jahres 1964 unterstützt, teils im Anschluß an sie, teils unabhängig von ihr. Sie ist inzwischen von fast 2 500 Personen aus dem Raum Rheinland-Pfalz und Saarland unterzeichnet worden. – Andere Petitionen folgten, die letzte zu Weihnachten 1964 aus Hamburg, die ebenfalls von 2 500 Bürgern der Hansestadt unterzeichnet ist. Außerdem befürworten annähernd 200 namhafte Juristen und Politiker aus allen drei Parteien eine Amnestie und die Aufhebung des Verbots der KPD. Was die Amnestie anbelangt, so ist die „Ostzone" mit gutem Beispiel vorangegangen zu Weihnachten 1964. Nicht so die Bundesrepublik. Trotz der Wünsche so vieler hält sich die Regierung zurück. Auch das Motiv von Ministerpräsident Meyers, eine legale KPD sei besser zu bekämpfen als eine im Untergrund „wühlende", scheint sie nicht zu bewegen. Auf unsere vier immer eingehenderen Petitionen, auch auf die persönliche Überreichung der dritten an den Petitionsausschuß des Bundestages im Juni 1964 mit anschließender Pressekonferenz und auf einen weiteren Brief im Oktober 1964 an Frau Helene WESSEL, die im Juni nicht erreichbar war, kamen als Antwort eine vorgedruckte Postkarte und ein vertröstendes Schreiben. Und die Prozesse, Verfolgungen und Inhaftierungen gehen weiter. Es gibt immer noch mehr Gegner als Befürworter unserer Sache, und die meisten Bundesbürger sind ängstlich-unentschieden.

Aber wir verlieren weder den Mut noch die Hoffnung, daß gute Gedanken sich durchsetzen, nicht juristische Kniffe, sondern politische Gedanken und daß deren so viele werden, daß, wie Stanislaus Letz sagt, die Zahl der Wächter nicht mehr ausreicht.

Dr. Friedrich Müller,
Verw.Gerichtspräsid. i. R., Wiesbaden:

KPD-Verbot
Ergebnis des Kalten Krieges.

In erster Linie geht es mir darum, das verfassungsmäßige Grundrecht der Vereinigungsfreiheit unangetastet zu sehen. Da wir Deutsche leider noch immer einem obrigkeitlichen Denken stark verhaftet sind, ist es gerade für unser politisches Leben von entscheidender Bedeutung, daß die bürgerlichen Freiheiten gewahrt und insbesondere politische Parteien nicht ausgeschaltet werden, solange nicht die Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes zweifelsfrei erfüllt sind. **Da die KP, soweit ich das überblicke, niemals gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik aufgetreten ist oder sonst deren Bestand gefährdet hat, wozu sie schon wegen ihrer geringen Anhängerschaft kaum in der Lage gewesen sein dürfte, halte ich das Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts nicht für überzeugend. Es ist ein Ergebnis des Kalten Krieges, der zur Zeit seines Erlasses auf dem Höhepunkt war.**

Ohne legale KPD gibt es keine Wiedervereinigung.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse geändert. In der Erkenntnis, daß der Kalte Krieg als Vorstufe des heißen, den im Atomzeitalter nur noch der Tod gewinnen könnte, abgebaut und schrittweise in einen Zustand der friedlichen Koexistenz übergeleitet werden muß, haben die Großmächte den Weg verständigungsbereiten Verhandelns beschritten. Daran ist gerade das deutsche Volk besonders interessiert, weil sein nationales Ziel der deutschen Einheit auf dem allein möglichen friedlichen Wege nur bei einem schrittweise zu erstrebenden Ausgleich der gegenwärtigen ideologischen Gegensätze erreicht werden kann.

Die unerläßlichen Verhandlungen, die zu diesem Zweck zwischen den beiden deutschen Teilstaaten geführt werden müssen, werden aber durch das Verbot der Partei im Westen, deren ideologisches Gegenstück im anderen Teil Deutschlands als staatstragende Partei anerkannt ist, aufs äußerste erschwert. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Verbotsurteil auch selbst insofern anerkannt, als es zum Ausdruck gebracht hat, daß der Vorrang des Wiedervereinigungsanliegens durch sein Urteil nicht beeinträchtigt werden dürfe, daß also einer veränderten politischen Situation trotz diesem Urteil Rechnung getragen werden könne und müsse, um der nationalen Aufgabe des gesamten deutschen Volkes näher zu kommen. In welcher Form, ob im Wege der Gesetzgebung oder auf andere Weise, dieser Zweck erreicht wird, halte ich für zweitrangig.

Pfarrer Horst SYMANOWSKI, Mainz:

Auseinandersetzung zwischen Christen und Kommunisten auf der gleichen legalen Basis.

Zwei Gründe gibt es, warum ich mich 1964 für eine Amnestie politisch Angeklagter und die Aufhebung des Verbotes der KPD in der Bundesrepublik eingesetzt habe und 1965 einsetzen werde:

1. Als Pfarrer lerne ich in meinen seelsorgerlichen Gesprächen die Nöte derjenigen Menschen unter uns kennen, die ihrer Überzeugung treu bleiben möchten, sich aber nicht offen betätigen dürfen. Da sie niemals wissen können, bei welchen Äußerungen oder Handlungen sie die Legalität verlassen, befinden sie sich ständig in Unsicherheit und Gewissenskonflikten. Das ist eine der Demokratie unangemessene Situation. Den Konflikt des einzelnen kann ich nicht durch einen seelsorgerlichen Rat lösen. Er muß durch ein Gesetz beseitigt werden.

2. Unsere Friedenspredigt muß besonders auf solche Gruppen gerichtet sein, die in Feindschaft miteinander leben. Diese Gruppen müssen öffentlich ihre Meinung sagen können, damit sie auch öffentlich angeredet werden können. Ist eine

Gossner Mission

Gruppe in die Illegalität gedrängt, ist auch die öffentliche Anrede, auch von seiten der Kirche nicht mehr möglich. **Deshalb habe ich um meines eignen öffentlichen Zeugnisses von Jesus Christus als dem, der den Frieden bringt, ein Interesse daran, daß die Illegalität der Kommunisten in der Bundesrepublik aufgehoben wird und die Auseinandersetzung auch zwischen Christen und den Kommunisten in aller Öffentlichkeit auf gleicher legaler Basis erfolgen kann.**

Daß es auch noch andere Gründe gibt, die zwingend für ein gutes Verhältnis mit den Völkern im Osten und die Erhaltung des Weltfriedens sind, werden viele andere bezeugen, die nicht Christen sind und nicht in meiner Verantwortung stehen.

Dr. med. H. J. MEYER,
Facharzt f. Nervenkrankheiten, Mayen

Die wahren Hintergründe zum KPD-Verbot.

Das KPD-Verbot durch das Bundesverfassungsgericht ist das 3. Verbot dieser Art in Deutschland. Die ersten beiden Verbote hat die KPD überstanden, im Gegensatz zu den Staatsformen, unter denen sie ausgesprochen wurden. Parteiverbote sind ja in der neueren deutschen Geschichte nichts seltenes. Unter Bismarck mußte die sozialdemokratische Partei (aber auch „kommunistische" Vereine) 12 Jahre lang in die Illegalität gehen. Über die Parteiverbote Hitlers brauchen wir hier nicht ausführlich zu werden.

Vergleicht man die bisherigen Verbote, so haben sie folgendes gemeinsam:

1. Sie haben einen besonderen politisch-gesellschaftlichen Zweck, der jedoch bei der Begründung des Verbotes verschwiegen wird.

2. Da die Ausschaltung der Parteien mit politischen Mitteln nicht möglich ist, wird sie vermittels der Rechtsordnung durchgeführt. Diese kennt jedoch ein Verbot aus Gründen, die sich aus dem wirklichen Zweck ergeben, auch nicht. An dessen Stelle werden daher andere Gründe vorgeschoben. Selbst das Klassenrecht kann also nur mißbräuchlich für das Parteiverbot angewendet werden.

3. Wie die bestehende Rechtsordnung, so wird mit dem Verbot auch die jeweils gegebene politisch-gesellschaftliche Ordnung verletzt, bzw. verändert. Es ist also so, daß durch das Verbot nicht ein Angriff auf die bestehende Grundordnung abgewehrt wird, sondern daß diese durch das Verbot verändert wird.

Erinnern wir uns daran, daß Hitler, um die Weimarer-Verfassung zu beseitigen, die KPD verbieten mußte. Bismarck schaltete die sozialdemokratische Partei aus, um die Aufmerksamkeit von seiner geplanten Sozialgesetzgebung abzulenken. Mit dieser versuchte er, die bereits bestehenden Selbsthilfeeinrichtungen des Proletariates zu vernichten, weil sie ein Machtzuwachs durch kollektiven Zusammenschluß bedeuteten. Er befürchtete eine Stärkung des Klassenbewußtseins und des Selbstbewußtseins des Proletariates, wenn es aus sich selbst Maßnahmen zur Verbesserung der proletarischen Existenz durchführte. Er zerschlug sie, indem er die vorhandenen Einrichtungen unter staatliche Kontrolle brachte und der Unternehmerschaft einen wesentlichen Einfluß darauf überließ. Nachdem er seine Pläne unter der Herrschaft des Ausnehmerechtes für die Sozialisten durchgeführt hatte, ließ er das Verbot der SPD nicht mehr erneuern.

KPD-Verbot
Verstoß gegen das Grundgesetz.

Ein Parteiverbot ist also eine fragwürdige Sache. Es macht Politik mit den Mitteln des Rechts, und meistens geht nicht nur eines dabei zu Bruch. **Als die Bundesregierung sich entschloß, die Maßnahmen des Parteiverbotes in die Grundordnung der Bundesrepublik aufzunehmen, war sie schlecht beraten.** Sie setzte sich in Widerspruch zu ihrem eigenen Grundgesetz, das im Artikel 21 den Parteien aufträgt, bei der Bildung des politischen Willens des Volkes mitzuwirken. Das bedeutet, daß der politische Wille des Volkes unter Mitwirkung der Parteien inhaltlich bestimmt wird und durch die Parteien Gestalt annimmt. Das Grundgesetz hatte mit dem Artikel 21 den Versuch unternommen, den repräsentativen Charakter des Parlamentarismus – eine seit Rousseau umstrittene Frage – zu verbessern. Diese Tendenz wurde jedoch durchkreuzt durch die spätere Einführung der Maßnahme des Parteiverbotes. Repräsentativ kann ein Parlament nur dann für das Volk stehen, wenn es die verschiedenen Richtungen und Bestrebungen, die in diesem vorhanden sind, in ihrer Gesamtheit und in einem angemessenen Verhältnis widerspiegelt. Das ist aber dann nicht möglich, wenn eine Partei verboten wird. Bezeichnenderweise wurde das Parteiverbot als gesetzliche Maßnahme nicht vom Grundgesetz vorgesehen, sondern erst später eingeführt. Erst das Bundesverfassungsgerichtsgesetz verbindet die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei mit der Maßnahme der Auflösung. Diese Verbindung ist keineswegs selbstverständlich; Verfassungswidrigkeiten können auch auf eine andere Weise beseitigt werden als durch die Auflösung einer Partei. Es ist durchaus denkbar, daß eine Reihe von Auflagen und Maßnahmen ausreichen, um Verfassungswidrigkeiten zu beseitigen, z. B. dann, wenn diese durch das Verhalten eines Teiles der Mitglieder bedingt ist. Statt dessen aber begnügte sich die Bundesrepublik mit der faschistischen Gewaltmaßnahme des Parteiverbotes. Der reaktionäre Junker Bismarck handelte – gemessen an den jetzigen Machthabern – liberal. Sein Sozialistengesetz war auf drei Jahre limitiert und mußte jeweils für den gleichen Zeitraum verlängert werden. Er hatte also nicht vergessen, Vorschriften für die Wiederaufhebung des Verbotes zu erlassen, sondern dessen Beendigung von Anfang an als selbstverständlich vorausgesetzt. Er bezeugte auch dem demokratischen Gedanken wesentlich mehr Respekt als die Bundesrepublik, indem er die Abgeordnetenmandate der verbotenen Partei bestehen ließ und sie auch nicht daran hinderte, sich bei Neuwahlen erneut zu bewerben. Das Bundeswahlgesetz jedoch verfügt, daß Abgeordnetenmandate einer verbotenen Partei erlöschen.

Zustand einer Diktatur von Monopol-Parteien erreicht.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Verbot der KP nur eine von den Maßnahmen ist, die die Grundordnung der Bundesrepublik in eine mit dirigistischen Methoden gehandhabte Diktatur umwandeln. Mit der KP wurde die Opposition ausgeschaltet. Die zweite Maßnahme ist die 5% Klausel des Wahlgesetzes. Mit ihr wird verhindert, daß neugegründete Parteien parlamentarisch vertreten werden. CDU und SPD brauchen nur in der Geschichte der eigenen Partei oder der Partei, als deren Nachfahren sie sich betrachten, nachzusehen, um zu erkennen, daß keine von ihnen bei der ersten oder zweiten Wahl 5% der Wählerstimmen erhalten hat. Das aber ist die Voraussetzung zur Bezwingung des Hindernisses der 5% Klausel; denn kein Wähler wird auf die Dauer seine Stimme einer Partei geben, an deren Erfolgsaussichten er zweifelt. Daß die Anlaufchancen einer Partei auch heute nicht besser sind als früher, geht unter anderem auch daraus hervor, daß bei keiner bisherigen Wahl zum Bundestag eine der bestehenden Parteien einen Stimmenzuwachs erhalten konnte, welcher der von der 5% Klausel geforderten Stimmenzahl entsprach. Diese Maßnahme und andere, z. B. die Zulassungsverfahren zur Beteiligung an den Wahlen, greifen ineinander mit dem Erfolg, daß sie den drei im Bundestag vertretenen Parteien das Monopol auf die Vertretung des Volkes in den Parlamenten sichern. **Damit ist der Zustand einer Diktatur von Monopol-Parteien erreicht. Das Parlament in der Bundesrepublik hat nicht mehr das Recht,**

Gossner Mission

Brief Max Reimanns an Bundeskanzler Erhard

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Januar 1964 richtete ich an Sie das Ersuchen, im Interesse der Entspannung, der Wiedervereinigung und einer demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik Schritte zur Wiederherstellung der Legalität der KPD zu unternehmen.

Seither ist die Diskussion über das KPD-Verbot sowie über die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, dieses Verbot aufzuheben, besonders stark in Fluß gekommen. Wenn ich den bisherigen Verlauf werte, so komme ich zu dem Ergebnis, daß heute – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – niemand von politischem Rang mehr hinter dem KPD-Verbot steht. In vielen Äußerungen kommt die Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Bundesrepublik neben den Regimen Francos und Salazars das einzige Land in Westeuropa ist, in dem die Kommunistische Partei verboten ist. Aus ihrer Sorge um die weitere Entwicklung der Bundesrepublik treten viele Menschen für die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands und für die Wiederherstellung der vollen Betätigungsfreiheit für die Kommunisten ein. Diese Erörterungen zeigen die Dringlichkeit einer politischen Entscheidung Ihrer Regierung zu Gunsten der Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Dieser notwendigen Entscheidung kann Ihre Regierung auch nicht dadurch ausweichen, daß Regierungsmitglieder erklärt haben, das Bundesverfassungsgericht trage allein die Verantwortung für das Verbot und seine Folgen, weil es das Verbot ausgesprochen habe. Andererseits hat der Bundesjustizminister festgestellt, das KPD-Verbot sei keine politische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, sondern eine solche der Bundesregierung gewesen.

Das allgemeine Unbehagen, das sich auch in offiziellen Kreisen über das KPD-Verbot bemerkbar macht und das Ihnen, Herr Bundeskanzler, als Hinterlassenschaft der Regierung Adenauer besondere Sorgen bereiten mag, zwingt zu einer baldigen politischen Entscheidung.

Tatsächlich ist – und darauf haben juristische Experten, Politiker und Journalisten zu Recht mehrfach hingewiesen – das Verbot der KPD ein Produkt des kalten Krieges.
Der verstorbene Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Wintrich, hat in einer Erklärung vor der Verlesung der Urteilsgründe am 17. August 1956 ausdrücklich auf den politischen Ausgangspunkt und Inhalt des Prozesses gegen die KPD hingewiesen:

> „Das Verfassungsgericht kann ein Verfahren nicht von sich aus einleiten. Es bedarf dazu immer des Begehrens eines Antragstellers. Den Antrag, eine Partei zu verbieten, kann die Bundesregierung stellen. Es steht in ihrem politischen Ermessen und in ihrer ausschließlichen politischen Verantwortung, ob sie den Antrag stellen will und soll."

Es ist sicher auch Ihnen bekannt, daß Präsident Dr. Wintrich in Aussprachen mit Bundeskanzler Adenauer und anderen Regierungsvertretern versucht hat, eine Zurücknahme des Antrags zu erwirken; ganz abgesehen davon, daß der erste Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Höpker-Aschoff, keine Neigung gezeigt hatte, das Verfahren durchzuführen.

Diese Tatsachen bekräftigen den richtigen Standpunkt vieler Juristen, Politiker und Kommentatoren: Das Verbotsverfahren war durch politische Ziele motiviert; es wurde durch politische Akte der damaligen Regierung in Gang gesetzt und forciert. Damit liegt auch die Verantwortung für die Aufhebung des Verbotes in erster Linie bei den politischen Instanzen der Bundesrepublik.

Im Rahmen pflichtgemäßen Handelns sollte Ihre Regierung, Herr Bundeskanzler, entsprechende politische Schritte unternehmen, zumal dies die veränderte Lage in Deutschland und in der Welt zwingend erfordert.

Es ist an der Zeit, das politische Klima in der Welt zu verbessern und den allgemeinen Drang nach Entspannung und Friedenssicherung auch in der Bundesrepublik wirksam zu unterstützen. Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben in Ihrer Rede zum 1. September von diesem Wunsch nach Frieden und Sicherheit gesprochen. Dies erfordert jetzt eine Amnestie zu erlassen, die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten einzustellen, ihre grundgesetzlichen Rechte zu sichern und zu prüfen, wie das Verbot der KPD aufzuheben ist.

Viele Kritiker des KPD-Verbots fordern seine Aufhebung auch wegen der gefährlichen Folgen für die demokratische Ordnung und verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger. Kenner der politischen Strafjustiz in der Bundesrepublik stellen fest, daß bisher in mehr als hunderttausend Verfahren Menschen verfolgt wurden, die für friedliche und demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik, für normale sachliche Beziehungen zur DDR, gegen die Atomrüstung und gegen die Forderung auf Revision bestehender Grenzen eintreten. Das KPD-Verbot ist die Grundlage derartiger Verfolgungen und führt zu einer zunehmenden Diffamierung jeder politischen Opposition. Jede nicht konforme Haltung zu der Politik der Bundesregierung wird verdächtigt, den Zielen der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands zu dienen. Sozialistische, liberale, pazifistische, gewerkschaftliche und andere demokratische Bestrebungen werden von Diffamierung oder Strafverfolgung bedroht.

Diese Praxis zeigt, daß es beim KPD-Verbot nicht um den Schutz der vom Grundgesetz geforderten freiheitlich-demokratischen Grundordnung ging und geht, sondern darum, die Politik der Stärke und des kalten Krieges gegen die Befürworter einer Politik der Entspannung und Verständigung abzuschirmen. Heute ist durch die Entrechtung der Kommunisten die Rechtssicherheit jedes Bürgers, jeder Vereinigung und jeder Partei in Frage gestellt.

Mit dem KPD-Verbot und der uferlosen Ausdehnung der Strafbestimmungen der politischen Justiz werden die demokratischen Fundamente der grundgesetzlichen Ordnung verletzt. Durch den künstlich gezüchteten „Kommunismusverdacht" wird, wie der Bonner Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Ridder formulierte, letztlich „das Lebenselement der parlamentarischen Demokratie selbst in Frage gestellt". Nicht die KPD gefährdet also die freiheitlich-demokratische Grundordnung, sondern die zunehmende Einschränkung der Grundrechte, die Rechtsunsicherheit und die politische Srafjustiz auf der Grundlage des KPD-Verbotsurteils haben zu einem Notstand für Verfassung und Rechtssicherheit geführt.

Sinn der freiheitlich-demokratischen Prinzipien und der grundgesetzlichen Normen kann nur sein, die freie Betätigung und den Zusammenschluß auch derjenigen Menschen zu dulden und zu gewährleisten, die eine von den Auffassungen der Bun-

Gossner Mission

desregierung und der herrschenden Regierungspartei abweichende politische Meinung vertreten.

Die KPD muß wie die anderen Parteien das Recht haben, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken und ihre Politik vor dem Volke darzulegen. Dazu gehört auch das verfassungsmäßige Recht, für die Gestaltung der Bundesrepublik entsprechend Geist und Buchstaben des Grundgesetzes als sozialer und demokratischer Friedensstaat zu wirken und die Ideen des Sozialismus zu propagieren.

Unter diesen Bedingungen ist die Aufhebung des KPD-Verbotes zu einem Kriterium für die Achtung der Bürgerrechte, für die Einhaltung der Verfassung und für das Vorhandensein parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse geworden.

Die Wiederherstellung der Legalität der KPD würde auch die Annäherung und Verständigung zwischen den zwei deutschen Staaten erleichtern, zumal die Zeit für Verhandlungen zwischen ihnen reif geworden ist. Die Aufhebung des Verbots der KPD würde auch die menschlichen Beziehungen zwischen den Bewohnern der Bundesrepublik und der DDR positiv beeinflussen.

Die Legalität der KPD würde das politische Klima in Deutschland verbessern; denn die KPD ist mit der führenden Partei der DDR, mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, und den führenden Parteien der sozialistischen Länder durch die Gemeinsamkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung verbunden und der Herstellung guter Beziehungen zu den sozialistischen Ländern förderlich sein.

Eine Annäherung zwischen den Parteien und Organisationen in den zwei deutschen Staaten, vielfältige Kontakte können für den Prozeß der Wiedervereinigung nur förderlich sein. Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist aber bekannt, daß gerade durch das KPD-Verbot die Beziehungen zwischen den Menschen und Organisationen in beiden deutschen Staaten schwerstens belastet werden. Selbst Beziehungen zwischen Sportlern, Wissenschaftlern, Ärzten, Lehrern, Geistlichen, Kommunalvertretern wurden und werden als Fortsetzungstätigkeit der KPD diskriminiert und durch extensive Auslegung des KPD-Urteils unter Strafe gestellt.

Als jüngstes Beispiel für die hemmende Wirkung des KPD-Verbotes bei der Annäherung der zwei deutschen Staaten wurde der vom Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, vorgeschlagene Zeitungsaustausch von einem Sprecher Ihrer Regierung vor allem mit der Begründung abgelehnt, der Vertrieb von Druckschriften aus der DDR unterstütze die verbotene KPD und sei deshalb strafbar.

So erweist sich die Aufrechterhaltung des KPD-Verbots als unvereinbar mit dem Postulat des Grundgesetzes, alle Handlungen der Verfassungsorgane der Bundesrepublik auf die Erfüllung des Wiedervereinigungsgebotes zu richten.

Es gibt Politiker, die aus den hier dargelegten Gründen von der Notwendigkeit überzeugt sind, das Verbot der KPD zu beseitigen, aber rechtlich keine Möglichkeit hierfür sehen. In immer zahlreicheren politischen Äußerungen selbst von Regierungsmitgliedern und in juristischen Stellungnahmen bekannter Rechtswissenschaftler werden jedoch auch rechtlich einwandfreie Wege für die Wiederzulassung der KPD nachgewiesen.

Wie bereits erwähnt, erfordert jedoch die Aufhebung des Verbotes in erster Linie das politische Tätigwerden der Bundesregierung. Für politische Schritte in dieser Richtung hat die Regierung Vollmachten. Nach Artikel 65 des Grundgesetzes können Sie, Herr Bundeskanzler, im Rahmen Ihrer Zuständigkeit und Verantwortung, die Richtlinie der Politik bestimmen, also auch unmittelbar im Sinne der Aufhebung des KPD-Verbotes tätig werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat selbst ausdrücklich festgestellt, daß die Rechtswirkungen des Verbotsurteils bei bestimmten Veränderungen der politischen Lage automatisch erlöschen. Es bezeichnete das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes als Schranke, an der die Wirksamkeit des Verbotes räumlich und zeitlich enden muß. Heute setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß die Wiedervereinigung nur auf dem Wege der Entspannung, der Normalisierung des Verhältnisses zur DDR und durch Verhandlungen zu erreichen ist. Sie, Herr Bundeskanzler, stehen vor der Notwendigkeit zu erwägen, ob nicht die eingetretenen Veränderungen der Lage jetzt politische Schritte Ihrer Regierung zur Aufhebung des KPD-Verbots erfordern.

Die von Bundesinnenminister Höcherl aufgestellte Forderung, vor einer Wiederzulassung müsse die KPD erst beweisen, daß sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, ist widersinnig; denn wie kann die KPD diesen Beweis führen, wenn jede Tätigkeit für die Partei strafbar ist und verfolgt wird.

Die KPD hat im Widerstand gegen das Hitler-Regime, im Kampf gegen Krieg und Nazidiktatur die größten Opfer gebracht. Erst in jüngster Zeit hat das Bundesverfassungsgericht den Rechtsstandpunkt vertreten, der dem Grundgesetz zugrunde liegende Sühnegedanke beinhalte, daß diese Tätigkeit entsprechende Würdigung finden muß. Nach 1945 standen Kommunisten bei der Normalisierung des Lebens, dem materiellen Aufbau und im Streben nach geistiger Erneuerung in vorderster Reihe. Auch in ihrer Tätigkeit in den Landtagen, im Parlamentarischen Rat und im Bundestag hat die KPD den Beweis erbracht, daß sie immer konsequent die demokratischen Rechte und Freiheiten vertritt. Ich möchte Sie weiter auf die Tätigkeit der Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat hinweisen. Dort haben sie immer wieder die Sicherung und Erweiterung der politischen Grundrechte der Bürger, der Rechte der Parteien und Gewerkschaften und der Parlamente in den Mittelpunkt aller Überlegungen gestellt.

In meinem voraufgegangenen Brief betonte ich bereits, daß die KPD jeden Kommunisten verpflichtet, sich aktiv für die Verteidigung der Verfassung und den Schutz der demokratischen Rechte einzusetzen. Die 3. Tagung des Zentralkomitees stellte ausdrücklich fest:
„Wir anerkennen das Grundgesetz, verteidigen es gegen alle reaktionären Angriffe und kämpfen dafür, daß das Grundgesetz bindend ist für die Regierung, für alle Parteien und Organisationen." Auf einer Pressekonferenz aus Anlaß des 15. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes habe ich diesen Standpunkt der KPD noch einmal begründet.

Aus alledem ergibt sich unsere eindeutige Haltung zum Grundgesetz der Bundesrepublik. Man sollte jetzt der KPD die legale Möglichkeit geben, ihre positive Haltung zum Grundgesetz in ihrer gesamten Politik, in ihrem täglichen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes und in der Darlegung ihrer sozialistischen Ideale zu verwirklichen.

Indem Bundesinnenminister Höcherl in einem Rundfunk-Interview erklärte, die KPD könne jederzeit ein Wiederaufnahmeverfahren beim Bundesverfassungsgericht beantragen, bestätigte er als zuständiger Ressortminister, daß außer dem oben von mir im Urteil selbst genannten Weg das Verbot jederzeit überprüft und aufgehoben werden kann. Es wäre also Sache der Bundesregierung, die den Verbotsantrag 1951 stellte, den ersten Schritt zu seiner Aufhebung zu tun. Ich möchte in diesem Zusammenhang an meinen Brief an Sie, Herr Bundeskanzler, vom Januar 1964 erinnern, in dem ich in vier Punkten Vorschläge unterbreitete, um das Verbot der KPD und seine Folgen zu beseitigen. Der Verlauf der Diskussion hat bestätigt, daß entsprechende Maßnahmen durch Ihre Regierung durchaus erwünscht, notwendig und möglich sind.

In diesem Zusammenhang ergibt sich die Forderung, die Opfer des Verbotsurteils und einer im kalten Krieg entstandenen politischen Justiz aus den Gefängnissen zu entlassen, eine Amnestie zu verkünden und alle Verfahren einzustellen, die im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD anhängig sind. Die in der westdeutschen Presse veröffentlichten Meldungen über Gnadenerweise seitens der Organe der DDR sollten für die Bundesregierung Veranlassung sein, entsprechende Maßnahmen folgen zu lassen.

Es gibt kein Hindernis, weder politischer noch juristischer Art, eine Amnestie zu erlangen, die Verfolgungsmaßnahmen einzustellen, den Kommunisten die freie politische Betätigung und das Wahlrecht zu sichern und schließlich die Legalität der Kommunistische Partei Deutschlands wiederherzustellen.

Ich spreche die Erwartung aus, daß Sie, Herr Bundeskanzler, diese Vorschläge in Ihre Überlegungen einbeziehen. Meine Beauftragten, wie auch ich, sind jederzeit bereit, mit Ihnen oder Ihren Beauftragten über die Wiederherstellung der Legalität der KPD und alle damit zusammenhängenden Probleme zu verhandeln.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Max Reimann

Gossner Mission

im Namen des Volkes zu sprechen. Die Macht, die es ausübt, ist usurpiert.

Die KPD ist nicht verfassungswidrig.

Noch ein letztes Wort zu der Begründung des KP-Verbotes. Dieses beruht auf der Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit infolge ihres mit der freiheitlichen Grundordnung nicht zu vereinbarenden Zieles der Diktatur des Proletariates. Die Behauptung, die KP habe die Diktatur des Proletariates zum Ziel, ist falsch. Das Ziel der KP ist, – eindeutig und unbestreitbar – jener gesellschaftliche Zustand, in dem die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist. Niemand kann den Kommunisten bestreiten, daß sie dieses Ziel verfolgen. Die KP hat eine bestimmte Vorstellung vom Ablauf der geschichtlichen Ereignisse bis zu diesem Ziel hin. Es ist reine Willkür, wenn man aus den Phasen, die nach diesen Anschauungen den Weg zum Kommunismus kennzeichnen, eine herausgreift und als Ziel der KP bezeichnet. Die Diktatur des Proletariates ist nach diesem Geschichtsbild eine vorübergehende Phase. Man kann noch nicht einmal sagen, daß die KP sie anstrebe; nach ihrer Vorstellung kommt diese vielmehr mit Notwendigkeit auf uns zu. Das aber ändert nichts daran, daß das Ziel jene freie Entwicklung aller ist, von der man schlechterdings nicht behaupten kann, daß sie keine freiheitliche Grundordnung sei. **Ein Staat, der sich anschickt, mit Höcherl'schen Notstandsgesetzen seine Verfassung zu suspendieren, ohne dabei die Fiktion der freiheitlichen Grundordnung aufzugeben, mißt mit zweierlei Maß, wenn er Anstoß an der Geschichtserwartung einer Diktatur nimmt, deren ephemerer Charakter im Unterschied zu der von ihm geplanten gewiß ist.**

mokratische Entwicklung möglich ist. Sicher ist das die Grundform jeder positiven Gestaltung im Leben der menschlichen Gesellschaft. Wir begegnen ihr in der Gemeinschaft des betrieblichen Zusammenlebens sowie auf allen Haupt- und Randgebieten unseres Lebens.

Ein Verstoß gegen diese Gesetzmäßigkeit bleibt nicht ungestraft; brachte er uns doch in diesem Jahrhundert zweimal an den Rand der restlosen Vernichtung.

Resultierend aus dieser Erkenntnis ist das Verbot der KPD ungerechtfertigt und ihre Wiederzulassung nichts anderes als eine demokratische Notwendigkeit. Man soll ihr die Legalität wiedergeben. Desgleichen soll eine Amnestie für alle Mitglieder der KPD erfolgen, die durch das Verbot betroffen wurden. Eine Verfolgung oder Unterdrückung andersdenkender Menschen ist – soweit sie nicht gegen die ethischen Grundsätze des Lebens verstoßen – einer Demokratie unwürdig. Verfolgungen und Verbote hielten noch nie den Lauf einer Entwicklung auf. Dies ist für beide Teile Deutschlands gültig.

Die Kuba-Krise gab den großen Mächten immerhin die Erkenntnis, daß die Verhinderung des Krieges im atomaren Zeitalter die einzige Chance ist, die Menschheit vor ihrer endgültigen Vernichtung zu bewahren. Der Griff der Bundesregierung zu atomaren Sprengköpfen durch die MLF bringt uns der Vernichtung näher.

Die Notstandsgesetze geben die Voraussetzung für diesen Schritt in das Verderben, entmündigen den schaffenden Menschen und bringen ihn um die Früchte jahrzehntelanger Kämpfe um seine Gleichberechtigung. Es ist unser demokratisches Recht und unsere Pflicht, sie zu verhindern; denn wir und unsere Kinder wollen leben.

Zustimmungen aus allen Schichten der Bevölkerung

Auf die Petition erhielten wir zahlreiche Zustimmungen und Stellungnahmen, die im wesentlichen in den vorstehenden Äußerungen mitenthalten sind. Wir sehen daher von einer Veröffentlichung ab und bringen die Stimmen anderer zu dem Problem, die an Deutlichkeit und Schärfe die unseren meist übertreffen.

• • •

Kurt BERNER, Maler und Graphiker, Betriebsratvorsitzender, Ludwigshafen:

Wiederzulassung der KPD eine demokratische Notwendigkeit.

Eine Demokratie hinkt, sobald sie die Kräfte der Opposition ausschaltet, verbietet und verfolgt. Sie muß verkümmern, wenn sie ihrem Hauptwesenszug untreu wird; indem sie ihre Mahner diffamiert, Pazifisten in Kommunisten verwandelt und Atomwaffengegner in Phantasten. Eine solche Demokratie gleicht einem Organismus, der sich gegen jede Form der Regeneration und Blutreinigung sträubt. Es ist keine neue Erkenntnis, sondern eine alte Wahrheit, daß nur aus dem Widerstreit aller Kräfte innerhalb einer Gemeinschaft eine de-

bung, deren Grundlage-Definition der Tatbestände seit langem von Juristen und Politikern beklagt wird. **Zusammen mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 und zuweilen rigorosen Methoden der politischen Kriminalpolizei hat sich eine Praxis politischer Verfolgung ergeben, welche die im Grundgesetz garantierten Rechte der Bürger zu gefährden droht.**

Aller Bürger! Auch der Rechtsanwälte.

Die politische Strafjustiz im Kreuzfeuer von zwei Panorama-Sendungen

Die Panorama-Sendung vom 9. November 1964 wagte an Tabus zu rühren und Polizei-Praktiken, Kommunistenjagd und Gesinnungsschnüffelei aufs Korn zu nehmen.

Zum Fall ROSE – oder wer setzt das Grundgesetz außer Kraft? erklärte Reporter Lutz LEHMANN am Schluß seiner Ausführungen: „Die Rechtssprechung fußt auf der im Jahre 1951 vom Deutschen Bundestag überstürzt verabschiedeten Staatsschutzgesetzge-

Hier handelt es sich um Versuche, Mandanten, aber auch Anwälte einzuschüchtern ... Die Verfolgung der KP-Leute hat sich Ermittlungsmethoden und Beweisführungen zu eigen gemacht, die vor allem eins zur Strekke bringen drohen: unsere rechtsstaatliche Sicherheit. Es ist erschrekkend, wie leicht heute JEDERMANN in diesem Land, auch wenn er nie etwas mit der KP zu tun gehabt hat, in polizeilichen Verdacht geraten kann, und wie schwer es ist, sich davon zu befreien, und wie unabwendbar die Folgen sind.

Ich bin durch dieses Land gefahren, und es war leicht, solche Beweise zu finden.

Gossner Mission

Zu dem Fall MARWITZ eine Stellungnahme von Professor KOGON:

„Was die künftige Entwicklung auf dem Gebiet unserer politischen Strafjustiz anlangt, so ist es jetzt an den unteren und den mittleren Gerichten, der veränderten Spruchpraxis des Bundesgerichtshofes zu folgen. Und am Gesetzgeber, der die juristische Verdeutlichung der gesetzlichen Bestimmungen vornehmen muß, die ja ohnehin von allem Anfang erforderlich gewesen wären. Darüberhinaus, meine ich, wäre es richtig, alte Urteile, die wir weder juristisch noch politisch heute als richtig empfinden können, ja, die wir sogar als belastend empfinden, durch eine entsprechende Amnestiemaßnahme zu erledigen."

Die Panorama-Sendung am 9. November 1964, in der sich der Reporter Lutz LEHMANN gegen die Ermittlungs- und Verfolgungsmethoden der Polizei und Staatsanwaltschaften wandte, löste bei gewissen Stellen ersichtliches Unbehagen und Ärger aus. Im niedersächsischen Landtag kam es zu einer Debatte, in der besonders Minister Arvid von NOTTBECK den Reporter Lehmann kritisierte.

Panorama hat dann am 4. Januar 1965 das „heiße Eisen" nochmals angepackt. Die versuchte Kritik des Ministers von Nottbeck ging unter in der Fülle der Argumente und Tatsachen, die von Lehmann und Rechtsanwalt Dr. Posser gebracht wurden und die zeigen, wie es in unserem Rechtsstaat in Wirklichkeit aussieht. Minister von Nottbeck erhielt in dieser Sendung einen anschaulichen Nachhilfeunterricht, eine etwas peinliche Situation für einen Minister.

Um dem Minister und anderen Unbelehrbaren das Umdenken zu erleichtern, hatte Lutz LEHMANN eine Reihe von namhaften Persönlichkeiten um Stellungnahme gebeten und diese vor den Bildschirm gebracht.

Darunter der frühere Generalbundesanwalt und jetzige CDU-Abgeordnete Dr. GÜDE,

der sich unter anderem zu dem Grundsatz bekannte:

„Nicht mehr politisches Strafrecht als notwendig."

Die Frage nach politischer Amnestie beantwortete Dr. Güde:

„Amnestie könnte in Frage kommen, wenn etwa am KPD-Verbot gerüttelt würde, weil ja das KP-Verbot die Grundlage der meisten Verfahren war... Als Politiker und Rechtspolitiker muß ich sagen: **„Die Starrheit, die absolute Starrheit des KP-Verbots hat mir noch nie gefallen.** Wir bräuchten ein elastischeres System, das der Gefahr und dem Bedürfnis der Stunde mehr Rechnung tragen könnte. Sodann wehre ich mich nicht gegen die grundsätzliche Überlegung: SOLL ES IMMER BEI DEM KP-VERBOT BLEIBEN?

Landesgerichtspräsident i. R. Dr. Richard SCHMID

nahm ebenfalls Stellung und erklärte: **daß das KPD-Verbot, so wie es in die Praxis umgesetzt werde, mehr Schaden als Nutzen brächte.** „Es ist bedenklich", sagt Dr. Schmid, „daß es schon wieder zu massenhaften politischen Verfahren kommt, jährlich etwa 10 000. Davon richten sich die meisten nicht gegen bezahlte Agenten, sondern gegen persönlich anständige, beruflich tüchtige kleine Leute, die in irgendeiner Form mit dem Kommunismus sympathisierten, oder die auch nur eine oberflächliche Berührung mit der Ostzone hatten. Man kann im Ernst nicht annehmen, daß der Bundesrepublik von diesen Leuten eine ernste Gefahr droht."

Dr. Schmid betonte, **daß die Verfahrensweise der politischen Justiz ernste Sorgen bereite,** die auch sogenannte „Zeugen vom Hörensagen" zulasse, deren Identität in der Gerichtsverhandlung nicht gelüftet werde. Dadurch werde der Denunziation Vorschub geleistet und ihr noch ein patriotisches Mäntelchen umgehängt. Zum Schluß erklärte Dr. Schmid: **„Die Bundesrepublik befindet sich auf einer schiefen Ebene, auf der sie allmählich zum Polizeistaat, wenn nicht zum Überwachungsstaat abgleiten könne."**

Professor MAIHOFER,

der Ordinarius für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Saarbrücken teilte mit, daß die politische Polizei bei einem angehenden juristischen Doktoranden an der Universität Saarbrücken „ins Haus kam", nachdem dieser beim Bundeskriminalamt angefragt hatte, wie hoch die Zahl der polizeilichen Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen in der Bundesrepublik sei.

Die Anfrage an das Bundeskriminalamt war gestellt worden, nachdem die Universität festgestellt hatte, **daß die Zahlen über die polizeilichen Ermittlungen in politischen Strafsachen seit 1959 aus den Statistiken verschwunden waren.** Anstelle einer Antwort sei die politische Polizei erschienen, sagte Professor Maihofer.

Er mache sich **„ganz erhebliche Sorgen um die politische Justiz".** Die „Panorama"-Sendung vom 9. November, die zuvor vom niedersächsischen Justiz- und Innenminister mit Vorwürfen bedacht worden war, habe mit ihrer Sachdarstellung ein treffendes Bild vermittelt.

Prof. Maihofer verwies insbesondere auf das Mißverhältnis zwischen politischen Ermittlungsverfahren (als letzte offizielle Jahreszahl nannte er 46 476) und den Verurteilungen (1905). Hier betrage die Verurteilungsquote 20 zu 1 im Gegensatz zu kriminellen Delikten, wo auf zwei Ermittlungen je eine Verurteilung erfolge. Die genannten Zahlen machten einem „ausgewachsenen Polizeistaat" Ehre. Sie zeigten auch das Eingreifen in die persönliche und berufliche Sphäre an. Prof. Maihofer sprach von **„einer ernsthaften Gefährdung der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie".**

Bundestagsabgeordneter und Rechtsexperte der SPD, Dr. Adolf ARNDT

erklärte:
daß der „Panorama"-Reporter sich verdient gemacht habe. Zu der Frage, ob die KPD wieder zugelassen werden könne, sagte Arndt, sie sei verfassungsrechtlich außerordentlich schwierig. Er fährt dann fort: „Ich halte es für wesentlicher zu betonen, **daß es ein politischer Fehler der Bundesregierung war, damals überhaupt Antrag auf Verbot zu stellen und damit aus einer politischen Auseinandersetzung** eine strafrechtliche gemacht zu haben, die die Gerichte über Gebühr belastet und überfordert.... Lange hat die Rechtssprechung jede Unterstützung oder Förderung der KPD für strafbar angesehen, also weit über das Verbot hinaus; denn es ist nicht verboten in Deutschland, Kommunist zu sein, und es ist nicht verboten, sich kommunistisch zu äußern, und es ist nicht verboten, zu kommunistischen Veranstaltungen ins Ausland zu fahren. Aber eine Rechtssprechung, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, hält das für strafbar. **Infolgedessen laufe ich**

Gossner Mission

schon Gefahr, wenn ich das alles politisch kritisiere, daß ich mich damit objektiv einer angeblichen Förderung der KPD schuldig mache. Sehen Sie, das bedroht unser aller Freiheit."

Stellungnahmen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes:

Die 19. Delegiertenkonferenz des SDS, die am 4./5. September 1964 in Frankfurt stattfand, sprach sich für Aktionen gegen die Notstandsgesetze aus und wandte sich gegen das Verbot der KPD, da dieses Verbot eine politische Strafjustiz in Gang gesetzt habe, „die auch die juristische Möglichkeit zur Verketzerung jedes politischen Gegners geschaffen hat". Der SDS, so heißt es in dem entsprechenden Beschluß, sei der Auffassung, **daß die Aufhebung des Verbotes der KPD ein Beitrag zu einer innerdeutschen Entspannung wäre".**

Das „hamburger-monatsblatt",

Herausgeber ist die Christlich-Demokratische Union, Landesverband Hamburg –, veröffentlichte in der September-Ausgabe 1964 eine „Diskussion um das KPD-Verbot".

Es heißt hier, daß „eine Kritik an dem Verbot der KPD" an drei Punkten angesetzt werden kann:

am Parteienrecht der Verfassung,
an der Antragstellung durch die Bundesregierung und
an dem Urteil des Verfassungsgerichtes.

Das CDU-Organ spricht sich prinzipiell für die Möglichkeit der Wiederzulassung der KPD aus. Die Schlußausführung lautet: „Es ist zu begrüßen, daß Bundesregierung und Parteien eine Liberalisierung des politischen Strafrechts erwägen. Denn die Demokratie in der Bundesrepublik ist so fest verankert, daß die politische Auseinandersetzung mit den Kommunisten getrost den Parteien überlassen werden kann."

Bremer Innensenator zum KPD-Verbot.

Auf einer Veranstaltung der Volkshochschule in Bremerhaven zum Thema: „Kann die freiheitliche Demokratie sich zu Tode schützen?", erklärte der Bremer Innensenator Hans KOSCHNICK: **„Wir müssen verhindern, daß an die Stelle des Judensterns der pure Antikommunismus tritt."** Koschnick bejahte die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Auf das KPD-Verbot angesprochen, sagte er, daß er das Verbot nach wie vor für falsch halte. Nach seiner Meinung würde die Bundesregierung die KPD heute auch nicht mehr verbieten lassen.

straffrei bleiben, in keiner Weise unsere freiheitliche, demokratische Ordnung gefährden."

Der Offenbacher Abgeordnete KANKA

schreibt in seiner Stellungnahme u. a.: „Die politischen Strafbestimmungen sollten überprüft, manche etwas zu unbestimmte Wendung sollte genauer gefaßt und bei allem sollte der Grundsatz beachtet werden, daß man nur soviel Strafe androhen soll, wie unbedingt nötig ist. Gegebenenfalls wären daraus auch für die Fälle, in denen früher erkannte Strafen noch nicht vollstreckt sind, auf dem Wege über eine Teilamnestie Folgerungen zu ziehen." **Das Verbot der KPD habe er schon 1956 als „keineswegs mehr unbedingt nötig und zweckmäßig" erachtet. Die Bundesrepublik könne sich eine KPD unbesorgter leisten als manche andere Staaten,** meinte Kanka.

Der Hamburger Abgeordnete RADEMACHER

erklärte u. a.: „Der Forderung nach einer Überprüfung des KPD-Verbotes und einer eventuellen Wiederzulassung dieser Partei stehe ich positiv gegenüber." Rademacher hält ähnlich wie Ministerpräsident Meyers eine legale KPD für weniger subversiv, als eine verbotene.

Einige Antworten aus jugendlichen Kreisen (aus ELAN Jan. 65):

... Die Forderung nach politischer Amnestie, Aufhebung des KPD-Verbotes im Zusammenhang mit einer Politik des Friedens und der Verständigung kann nicht oft genug erhoben werden. Eine Wiederzulassung der KPD könnte die innerpolitische Situation entgiften und darüber hinaus die Bereitschaft zu einer Politik der Vernunft und der Annäherung dokumentieren. – Die Tatsache, daß Kommunisten heute in der Bundesrepublik vor dieselben Richter wie zu Zeiten des braunen Untermenschentums treten müssen, schreit zum Himmel. Unser Staat, der durch Entwicklungshilfe und ähnliche „Goodwill-Akte" sein soziales und demokratisches Herz zu offenbaren sucht, leistet seinem Ansehen vor der Weltöffentlichkeit einen schlechten Dienst. Um so unverständlicher ist es, wenn Kanzler Erhard vor einem Jugendforum seiner Partei die Auffassung vertritt, zu einer Wiederzulassung der KPD sehe er keine Veranlassung.

Hans Jörg Hennecke, z. Z. Helmarshausen

Die Bundesrepublik ist nach dem Grundgesetz eine Demokratie. In einer Demokratie ist es aber unerläßlich, daß auch die Minderheit zu Wort kommt. Daher ist es meiner Auffassung nach unbedingt erforderlich, daß das Verbot der KPD aufgehoben

---

Wie steht die Jugend zur KPD?

Unter dem Stichwort „KPD-Verbot" hat die Jugendillustrierte ELAN eine Umfrage unter ihren Lesern und unter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens durchgeführt.

Die Fragen von ELAN:

1. Wie ist Ihre Meinung zu einer politischen Amnestie, mit der gleichzeitig durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen der Kalte Krieg aus unseren Gerichtssälen verbannt werden könnte?
2. Wie stehen Sie zu der Forderung nach einer Überprüfung des KPD-Verbotes und nach evtl. Wiederzulassung dieser Partei bzw. ihrer freien politischen Betätigung?
3. Könnte ein solcher Schritt ein Beitrag zur Annäherung und die Wiedervereinigung erleichtern?

In der Januar-Ausgabe der Zeitschrift werden Stellungnahmen der Bundestagsabgeordneten Willi BERKHAN (SPD), Dr Karl KANKA (CDU) und Willy Max RADEMACHER (FDP) veröffentlicht.

BERKHAN

erklärte darin, **er habe das Verbot der KPD nie für klug gehalten;** eine zugelassene KPD würde ohnehin in der Bundesrepublik keine Chance haben. Er sehe in ihrer Wiederzulassung allerdings keinen Beitrag zur Wiedervereinigung. Die jetzt gültigen Strafbestimmungen sollen geändert werden, „weil viele Dinge heute unter Strafe gestellt werden, die, wenn sie

Gossner Mission

wird, damit auch der Teil der Bevölkerung der BRD, der mit dieser Partei übereinstimmt, seiner Meinung Ausdruck verleihen kann.

Renate Schwanck, Hamburg-Altona

CVJM diskutiert KPD-Verbot

Der Politische Club des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM) in Hamburg führte am 22. Januar eine Diskussion zum Thema „Aufhebung des KPD-Verbots?" durch. Das Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Rechtsanwalt GÜNDISCH, hat den einleitenden Vortrag gehalten.

Junge Frankfurter diskutierten!

Zu einer Diskussionsveranstaltung, der weitere ähnliche folgen sollen, hatte die hessische Naturfreundejugend eingeladen.

Bei dieser Diskussion wurden auch Stimmen gegen das KPD-Verbot laut, da dieses Verbot eine ständige Diffamierung oppositioneller Meinungsäußerungen als „kommunistisch" ermöglicht und die Kritik auch auf Teilbereichen behindere.

Stimmen der Kommunisten

Unter der Überschrift, „Kommunisten fordern Amnestie", die den Untertitel trägt:

REIMANN WILL MIT ERHARD ÜBER WIEDERZULASSUNG DER KPD VERHANDELN",

schreibt die „Frankfurter Rundschau" vom 20. 10. 1964 unter anderem:

„Als ersten Schritt zu einer Wiederherstellung der Legalität der KPD in der Bundesrepublik forderte der KPD-Vorsitzende Max REIMANN am Montag auf einer Pressekonferenz in Ostberlin eine Amnestie der politischen Gefangenen in der Bundesrepublik und die Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten.. In einem Brief an Bundeskanzler ERHARD vom 9. Oktober erklärte Reimann sich bereit, mit dem Bundeskanzler oder durch beiderseitige Beauftragte über die Wiederzulassung der Legalität der KPD zu verhandeln."

Soweit Auszüge aus der „Frankfurter-Rundschau".

Der an Bundeskanzler Erhard gerichtete Brief von Max Reimann wurde offiziell der Presse übergeben und auch in den Zeitungen der Bundesrepublik veröffentlicht.

Zur Vervollständigung unserer Information halten wir es für notwendig, auch einen prominenten Kommunisten zu Wort kommen zu lassen und legen im Abdruck den Brief von Max Reimann an den Bundeskanzler bei.

Die Diskussion darf nicht abbrechen!

Die Diskussion um eine Amnestie der politisch Inhaftierten und um die Aufhebung des KPD-Verbotes darf nicht verstummen. Wir bitten unsere Leser, öffentliche Diskussionen anzuregen. Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, mit Vertretern aus der Gewerkschaft, aus den Betrieben und den Parteien! Referenten aus dem Petitionskreis stehen Ihnen zur Verfügung. Geben Sie den Termin frühzeitig bekannt, damit wir disponieren können.

Anregungen

Ein Erfahrungsaustausch würde unsere Arbeit erleichtern. Falls Ihnen weitere Stellungnahmen zu unserem Anliegen bekannt werden, dann informieren Sie uns bitte!

Unsere Anfrage

Wie beurteilen Sie unsere Informationen?

Was würden Sie ändern und verbessern?

Würden Sie eine weitere Herausgabe begrüßen?

Falls ja, können wir mit Beiträgen aus Ihrer Feder rechnen?

Eigenes Anliegen

Die uns zur Verfügung stehenden Mittel für Druck und Porto dieser Informationen sind sehr gering.
Wir richten die herzliche Bitte an unsere Leser, uns dabei zu helfen.
Für jede Unterstützung auf das Konto von

Frau Gertrud BIENKO, Koblenz, Plan 1d, Telefon (0261) 31601
Dresdner Bank Konto Nr. 2093 (mit Vermerk: Petition)

sind wir dankbar.

An dieselbe Anschrift bitten wir zu antworten.

Die Redaktion des Petitionskreises Rheinland-Pfalz. Verantwortlich für den Inhalt: Studienrätin Gertrud Bienko, Koblenz und Dr. med. H. J Meyer, Mayen. Druck: Buchdruckerei Blankenberg, Bad Ems.

Gossner Mission

Lebendige Demokratie

Petitionsausschuß Rheinland-Pfalz Nr. 3 / 1966

Stellungnahmen - Berichte - Äußerungen zur politischen Strafjustiz und dem KPD-Verbot

Internationale Podiums-Diskussion

am 12. 11. 1965 im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz.

Themen der Veranstaltung:

Das KPD-Verbot,

Die Völkerverständigung in Europa u.

Die Wiedervereinigung Deutschlands.

Inhalt:

	Seite
Wiedergabe der Podiumsdiskussion	1
Brief des Petitionskreises an den Bundeskanzler	6
Stellungnahme des engl. Kronanwaltes Pritt zum KPD-Verbot	7
Eine Fernsehreportage vom Landesstudio Rheinland-Pfalz	8
Protestbrief von Frau von Oettingen	9
Antwortschreiben des Landesstudios	10
Protestbrief von Professor Dr. Ridder	10
Der Intendant antwortet	12

Gesprächsteilnehmer:

aus der Bundesrepublik

Univ.-Prof. Dr. Helmut RIDDER, Gießen

Dr. Walter FABIAN, Chefredakt., Köln

Dr. W. AMMANN, Rechtsanw., Heidelb.

Senatspräsident Dr. MICHAELIS, Mainz

aus dem Ausland

Holland **D.PROPER, Advok.u.Procureur, Haarlem**

Belgien **J.RASKIN, Liége, Rechtsanw.b. Appellationsgericht in Lüttich**

Italien **R. FERRUCCI, Richter, Rom**

Gesprächsleiter: **Pfarrer Horst SYMANOWSKI, Mainz**

Pfarrer Symanowski begrüßt die zahlreichen Besucher – es sind etwa 600, unter ihnen besonders Kirchenpräsident D. Martin NIEMÖLLER, die sieben Gesprächsteilnehmer und die Dolmetscherin. Er verliest das Telegramm des Senatspräsidenten TERRACINI aus Rom, der nicht hatte kommen können. Terracini schreibt unter anderem:

„Ich möchte Sie meiner glühenden Solidarität versichern für die Initiative der politischen Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbots, das unvereinbar ist mit dem Prinzip der Freiheit, mit der friedlichen Lösung der drohenden internationalen Kontroversen und dem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker."

Pfarrer Symanowski begrüßt auch Rundfunk, Fernsehen und Presse und weist darauf hin, daß dies bereits die dritte öffentliche Veranstaltung des Petitionskreises Rheinland-Pfalz in Mainz über dieses Thema ist und daß die beiden letzten ein lebhaftes Echo gefunden haben. Am 8. April 1965 wurde der Presse eine Dokumentation übergeben, und am 9. Juli fand ein Forumsgespräch mit sehr bewegter Diskussion mit dem Publikum statt. Pfarrer Symanowski betont, daß das heutige Gespräch in Form und Inhalt verschieden von dem im Juli 1965 ist. Erstens ist es ein Podiums-Gespräch. Eine Publikumsdiskussion verbietet sich schon wegen der sprachlichen Schwierigkeiten durch die ausländischen Gäste. Dafür sind aber auf brieflichem Wege Fragen

Gossner Mission

aus der Bevölkerung den Gesprächsteilnehmern zugegangen. Die Herren würden sie bei ihren jeweiligen Ausführungen tunlichst beantworten. (Das geschah auch). – Sodann hat das heutige Gespräch ein anderes Thema. Im Juli stand im Mittelpunkt die Strafjustiz im Gefolge des KPD-Verbots; heute, in diesem internationalen Gespräch, geht es um die Auswirkungen auf die deutsche Wiedervereinigung und die Völkerverständigung in Europa. Dazu können besonders die ausländischen Teilnehmer aus der Perspektive ihrer Länder Wertvolles beitragen.

Als erster ergreift Prof. Dr. RIDDER das Wort. Er erläutert zunächst die juristische Seite einer Aufhebung des KPD-Verbots. Er führt sinngemäß folgendes aus: Das Verbotsurteil, vom BVG (Bundesverfassungsgericht) ausgesprochen, (August 1956) ist von diesem selbst befristet worden, – ein ungewöhnlicher Vorgang bei einem Urteil. Befristet ist auch das GG (Grundgesetz) der Bundesrepublik und zwar auf den Endtag der B R (Bundesrepublik), und das ist der Tag der Wiedervereinigung Deutschlands. Das Verbot der KPD ist also befristet auf irgendeinen Tag vor diesem Tag X. Das Verbot kann und muß sogar seine Wirkung verlieren, wenn Maßnahmen zur Wiedervereinigung getroffen werden. - Ein kritischer Beurteiler dieses Urteils, interessanterweise ein Mitglied des Senats, das dieses Urteil ausgesprochen hat, Professor ZWEIGERT, bemerkte 3 oder 5 Jahre später, daß man im Jahre 1956 an keine andere Maßnahme zur Wiedervereinigung gedacht hat als an gesamtdeutsche Wahlen. Dazu sagt Professor RIDDER: „Es ist richtig, daß in dem Urteil von Wiedervereinigung durch Wahlen die Rede ist, wodurch es aufgehoben wird. Aber das Urteil spricht davon nur als von einem exemplarischen Fall, nicht als von dem einzig möglichen Fall. Es ist die Rede von Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung. Das kann aber alles mögliche sein: Politik der kleinen Schritte, der technischen Kontaktverbesserung, des Wandels durch Annäherung, – alles bekannte Begriffe, alles Vorgänge, die zu einer gesamtdeutschen Verfassung, also zu der Wiedervereinigung nach Artikel 146 des GG führen können. Diese ist bekanntlich ein Hauptgebot des GG, das an verbindlicher Kraft nicht dadurch verliert, daß die Bedingungen zu seiner Erfüllung inzwischen schwieriger geworden sind, als zu dem Zeitpunkt, an dem es erlassen wurde. Es wäre angebracht, wenn das BVG oder eine andere staatliche Stelle in der BR sagen würde, ob und wann durch die Politik der kleinen Schritte und dgl. die Situation „Vorbereitung der Wiedervereinigung" gegeben ist, der zufolge das KPD-Verbot erlischt.

Professor Ridder nimmt nun Stellung zu der Frage, wie das Problem der deutschen Wiedervereinigung zu der Völkerversöhnung in Europa steht, und wie sich das Verbot der KPD darauf auswirkt. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist nicht möglich ohne die Vereinigung Europas, eines Europas, das auch nicht am Ural endet. Dieser Weg zur deutschen Einigung ist realistischer und greifbarer als der der kleinen Schritte etc., und auch er wird erschwert durch das Verbot der KPD. In allen Ländern Europas mit liberaler Verfassungstradition ist die KP zugelassen. Spanien, Portugal und im gewissen Umfang Griechenland sind Sonderfälle. Was tut aber das Verbot? Weit mehr, als daß es aus dem politischen Potential der BR ein Segment von 2 oder 3 % hinausstanzt. Es behindert auch die friedliche Auseinandersetzung mit anderen Ländern. Ja, sogar schon ein Abend wie dieser könnte verboten werden. Die Veranstalter setzen sich erheblichen Gefährdungen aus. Die Strafbestimmungen im Gefolge dieses Verbotes sind ebenso umfangreich und dehnbar wie illiberal. Einige Leitsätze hören sich liberal an; die Praxis gleicht aber der Echternacher Springprozession: 2 Schritte vor und 1½ Schritte zurück. Ein Beispiel: „Strafbar macht sich, wer die gesetzwidrige Wirksamkeit der verbotenen KPD oder einer Ersatzorganisation fördert." Erst der also macht sich strafbar, das klingt gut. Der voraufgehende Satz: „Nicht jeder, der die Aufhebung des KPD-Verbots fordert, macht sich strafbar" schützt aber nicht vor der Verurteilung; denn wenn eine Begünstigung der Partei dabei billigend in Kauf genommen wird (dolus eventualis), reicht dies zur Strafbarkeit aus. So ist es auch bei Ostkontakten. Jeder Bürger der BR darf in die DDR reisen und dort sogar mit Funktionären der SED oder von ihr gelenkter Organisationen über politische Fragen sprechen. Nicht aber darf er „dabei billigend in Kauf nehmen, daß die dortigen Machthaber seinen Besuch in eine Unterstützung ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen ummünzen". Wer aber nimmt das nicht in Kauf? Und welcher Gegner der KPD, der die Aufhebung des Verbots nur fordert, damit endlich erwiesen wird, wie winzig die Partei geworden ist, nimmt nicht in Kauf, damit doch auch der Partei aus der Illegalität herauszuhelfen? Wenn die Annahme dieser strafbaren Inkaufnahme aber davon abhängig gemacht wird, ob es sich um einen früheren Kommunisten handelt oder nicht, so würde dies dem GG widersprechen (Artikel 3 Abs. 3), wonach aus dem politischen Bekenntnis oder gar einem vergangenen heraus niemand ein Vorteil oder Nachteil erwachsen darf.

Das Verbot der KPD bewirkt also eine Situation, die mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht in Einklang gebracht werden kann. Und wie soll dieser Zustand unter dem Gesichtspunkt der Einigung Europas in Einklang gebracht werden, mit dem in dieser Beziehung sicherlich besseren rechtsstaatlichen Zustand in anderen Ländern?

Zweiter Sprecher ist Dr. FABIAN.
Er spricht, wie er betont, nicht als Jurist, sondern als Politiker, als Gewerkschaftler und als deutscher Europäer, der von großer Sorge um sein Land und die internationale Situation erfüllt ist. Daß er damit nicht allein steht, beweist auch, so sagt er, dies so vielseitig zusammengesetzte Podium. Er unterstreicht die Tatsache, daß die BR mit dem KPD-Verbot einzig dasteht und verweist auch auf die bedeutsame Rolle der KP in zwei Ländern. die er besonders gut kennt und die bei diesem Gespräch nicht vertreten sind: Frankreich und die Schweiz (der Franzose Professor Nordmann hat infolge Erkrankung seine Zusage zu dem Gespräch zurücknehmen müssen). In Frankreich wie in Italien ist die KP eine Massenorganisation, während sie in der Schweiz, ähnlich wie in den skandinavischen Ländern, eine kleine, aber recht aktive Gruppe bildet. In der konservativen Schweiz ist ein spürbarer Wandel zugunsten der KP festzustellen. Vor 10 Jahren, als die Partei bei uns verboten wurde, beschloß die Schweizer Presse, keine kommunistischen Journalisten in ihren Verband aufzunehmen. Jetzt im November 1965 hat dieser ganz überwiegend bürgerliche und politisch rechtsstehende Verband diesen Beschluß umgestoßen. In Zukunft werden kommunistische Journalisten und Redakteure aufgenommen, so wie die Kommunisten in der Schweiz im Nationalrat (Parlament), in den Kanton- und Gemeinderäten sitzen. – Sodann nimmt Dr. Fabian zur deutschen Frage Stellung: Sie ist nur zu verstehen und zu lösen als eine europäische. Die zwei Staatsgebilde sind eine Gefahr für Europa und die Welt. Und so haben Europa und die Welt das größte Interesse, müssen es haben, an einer Entspannung zwischen ihnen. Sicherlich müssen die kleinen Schritte, denen bald mittlere folgen mögen, auch von drüben getan werden. Aber wir haben bei uns die Entscheidungen zu treffen. Die Wiederzulassung der KPD ist eine solche. Dazu muß die militärische Entspannung kommen. Wir müssen beginnen mit dem Abbau des Wettrüstens.

Drittens ist die Wiederzulassung ein Gebot demokratischer Toleranz gerade gegenüber einer Minderheit. Nicht stichhaltig ist das Argument, daß in der BR auch die Rechtsradikalen verboten seien. In der BR erscheint eine „Deutsche National- und Soldatenzeitung" mit offen militaristischen, faschistischen, antisemitischen Hetzartikeln. Bei der Bundestagswahl 1965 konnte eine eindeutig nationalistische Gruppe – mindestens eine – auftreten und sich sehr aktiv betätigen. Vorsichtig ausgedrückt ist unsere Toleranz gegen rechts viel größer als gegen links. Das ist falsch und bedauerlich. – Mehrere Briefschreiber aus dem Publikum fragen an, ob die Gewerkschaften, die ja auch kommunistische Mitglieder haben, wirklich tolerant seien. Antwort von Dr. Fabian: Leider nicht genug; sie sind nicht großzügig und weitsichtig genug. Auch die Gewerkschaften teilen weitgehend das Denken in der BR. Aber schon die Person des Redners, Dr. Fabians also, zeigt, daß in den Gewerkschaften die Frage diskutiert wird und daß versucht wird, zu einer verständigen Lösung zu kommen.

Zum Schluß äußert Dr. Fabian seine Besorgnis, daß besonders nach dem Ausgang der Bundestagswahlen der-

Gossner Mission

artige Bestrebungen für Völkerverständigung, wie sie vor diesem Podium vertreten werden, es in Zukunft nicht leichter, sondern schwerer haben werden. (Daß Dr. Fabian richtig gesehen hat, zeigte sich schon in der Fernsehreportage im Januar 1966 über diese Veranstaltung). Trotzdem sollen wir weiterhin mutig den Standpunkt der Gerechtigkeit für alle und der Verständigung mit allen Völkern verfechten.

Dritter Sprecher ist Rechtsanwalt Dr. AMMANN

Er spricht als Verteidiger in politischen Strafsachen, – nach 10jährigen reichen Erfahrungen. Wörtlich sagt er: „Wenn das KPD-Verbot aufgehoben würde, wären wir Strafverteidiger mit einem Schlag all unserer Sorgen und Nöte enthoben. Und zwar nicht nur bezüglich unserer Menschen, sondern mehr noch um der politischen Gefahren willen, wegen der strafgerichtlichen Verfolgung aller Bestrebungen von Verständigung, Koexistenz und Kontakten zwischen Ost und West." Aus dem KPD-Verbot ging die politische Strafjustiz und gehen fast alle Verurteilungen hervor. Die Unterdrückung von Verständigungsbewegungen ging besonders aus dem Verbot jeglicher Ersatzorganisationen der KPD hervor. Was gilt nicht alles als solche! Nach der letztlich formulierten Definition durch den BVG: alle Zusammenschlüsse, die in ihren Zielen und Auffassungen, Forderungen und Vorschlägen entweder mit der früheren KPD oder mit der illegalen KPD oder überhaupt mit kommunistischen Auffassungen oder Auffassungen der Regierung der DDR, der Parteien oder Massenorganisationen drüben irgendwie übereinstimmen und sei es nur in einzelnen Zielen, Nah- oder Fernzielen, sei es geheim oder offen, vorübergehend oder länger. Nach dieser Rechtsprechung sind nahezu alle Organisationen Ersatzorganisationen der KPD, und insofern sind alle Bindungen und Beziehungen, alle Gespräche und Kontakte zwischen Ost und West von strafgerichtlichen Verfahren bedroht. Auch die Neufassung des politischen Strafrechts, des § 9 a StBG vom August 1964 hat nichts gebessert. Die ideologische Förderung der KPD soll nun nicht mehr strafbar sein. Dennoch bleibt weiter unter Strafe die Unterstützung von Zielen und Auffassungen, die von Ersatzorganisationen getragen werden. Durch dieses Strafrecht wird die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten unterbunden."

Dr. Ammann weist darauf hin, daß Dr. POSSER auf dem Forum im Juli 1965 von der Unterbindung des Zeitungsaustausches von seiten der BR gesprochen habe. Jede Zeitung von drüben gilt ja als verfassungs- und staatsfeindlich.

Aber auch die Reden des 20. Parteitages der UdSSR wurden beschlagnahmt und eingezogen. So könnten auch kommunistische Verlautbarungen auch aus westlichen Ländern verboten werden. Also sind Informationen durch Original-Quellen, unerläßlich für Verständigung und Koexistenz, in der BR gefährdet. In dem Eröffnungsbeschluß eines Zeitungsprozesses in Karlsruhe, in dem Dr. Ammann gerade verteidigte, stand tatsächlich, daß die Angeklagten durch negative Kritik an der BR, an der Politik der BR, die verbotene KPD fortgesetzt hätten. Selbst die offizielle Mailosung des DGB vom Jahre 1962 wird in der Anklage als Förderung der KPD aufgefaßt. Im „Spiegel" vom 10. 11. 1965 steht auf Seite 37, unter „Staatsschutz", daß selbst der innerdeutsche Sportverkehr als eine eventuelle Vorstufe für Verständigung auf große Gefahren stößt; daß selbst der frühere Generalbundesanwalt Güde beklagt, daß es nach den Bestimmungen rechtens wäre, wenn Spitzensportler oder Sportfunktionäre von drüben hier verhaftet würden und wenn Sportler der BR nach ihrer Rückkehr aus der Zone den Besuch vom Verfassungsschutz und ein Ermittlungsverfahren bekämen. – Auf Reformen des Strafrechts zu warten, sagt Dr. Ammann, sei fast hoffnungslos. Die Aufhebung aber des Verbots würde alle Behinderungen des ideellen und kulturellen Austausches wegnehmen. Dann gebe es keine Ersatzorganisation und keine ideologische Staatsgefährdung mehr und kein strafbares Unterstützen von kommunistischen Zielen. Und die innerdeutsche entspannte Situation würde sich auf das ganze Verhältnis West-Ost günstig auswirken.

Nach einer kurzen Pause erteilt Pfarrer Symanowski das Wort dem **Senatspräsidenten Dr. MICHAELIS,** der nicht auf dem Programm gestanden und der erst wenige Tage vor dem Podiumsgespräch sein Interesse bekundet und gebeten hat, teilnehmen zu dürfen.

Dr. MICHAELIS weist zuerst die nach seiner Meinung zu enge und ängstliche Auslegung des dolus eventualis zurück. Der Einladerkreis zu diesem Forum mache mit diesen Erörterungen nichts, was auch nur annähernd irgendwie unter Strafbestimmungen stände. Er fördere damit nicht die KPD, so wenig wie ein Herr Zweigert und alle diejenigen nach ihm, die Vorschläge zur Aufhebung des KPD-Verbotes machten. Sonst hätten all diese Herren inzwischen angeklagt werden müssen.

Dr. Michaelis geht ausführlich auf das juristische Problem der Aufhebung des KPD-Verbotes ein. Er sagt: Infolge einer schrecklichen Vergangenheit haben wir es für nötig gefunden, ein Parteiverbot grundgesetzlich zu sichern, nämlich wenn eine Partei nach Ziel und Verhalten der Anhänger verfassungswidrig ist. Darüber, ob sie es ist, entscheidet das BVG, und das Nähere regeln die Bundesgesetze. Diese nähere Regelung durch Bundesverfassungsgerichtsgesetz enthält nun die Bestimmung, daß, wenn die Verfassungswidrigkeit einer Partei festgestellt wird, zwingend die Auflösung erfolgen muß; ferner das Verbot von Ersatzorganisationen usw. Auf diesem Gesetz, also nicht auf dem Grundgesetz, beruht die Auflösung bzw. das Verbot der KPD, sowie auch der rechtsradikalen SRP. Dieses einfache Gesetz könnte vom Bundestag mit einfacher Mehrheit geändert werden auf Initiative derer, die das für zweckmäßig halten, also etwa von Höcherl, Meyers oder anderer Seite. Diese Gesetzesänderung käme aber auch der SRP zugute, nach dem Grundsatz der Gleichheit; sie hätte also Wirkung nach rechts und links. Es wäre also möglich, daß verfassungswidrige Parteien nicht aufgelöst, sondern nur für eine gewisse Zeit in ihrer Tätigkeit, gemäß näheren Anordnungen, eingestellt werden.

Dr. Michaelis weist darauf hin , daß Herr Dr. Posser im Gespräch im Juli vorgeschlagen hatte man solle einfach den Artikel 40 des GG, also die Verwirkung von Grundrechten bei verfassungswidrigem Verhalten, auf die Partei anwenden. Dann sei eine Wiederaufnahme des Verfahrens nach zwei Jahren möglich. Das ist aber jetzt nicht mehr möglich, sagt Dr. Michaelis, da ja durch das Gesetz die beiden verfassungswidrigen Parteien aufgelöst sind. Die KPD ist ja nicht mehr da. Wir kennen zwar alle das Gebäude, wo sie in Ostberlin existiert (? die Redaktion), aber für unsere rechtliche Situation ist sie als Körperschaft nicht mehr vorhanden. Und eine nicht existente Partei kann sich auch nicht bewähren. Denkbar wäre, daß man im Gesetz Wiederaufnahme-Bestimmungen einführt. Das widerspricht allerdings den Gesetzen aller Länder. Eine Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens ist an andere Umstände geknüpft, z. B. an Meineid oder nichtbeachtete Urkunden, nicht aber an veränderte Verhältnisse. – Die letzte rechtliche Möglichkeit, die von Prof. Ridder angeführt worden ist, das Erlöschen des Verbots durch eingeleitete Maßnahmen zur deutschen Wiedervereinigung, ist weder inhaltlich noch zeitlich klar zu erfassen; denn sie bietet keinen ausreichenden Anhaltspunkt; es liegt hier nicht eine bereits rechtmäßige Beschränkung der Geltungsdauer vor. Wohl ist einzuräumen, daß bei dem Verbotsprozeß, auf die Einwendungen der KPD hin, das Wiedervereinigungsproblem erörtert und in das Urteil hineingenommen wurde, aber in einer nicht sehr deutlichen, ja sogar leicht widersprüchlichen Formulierung.

Nicht viel besser ist die Glosse von Professor Zweigert. Auch sie bleibt unklar. Zweigert führt den Begriff „Vorbereitung der Wiedervereinigung" an, durch die bereits das Verbot aufgehoben werden könne. Der Begriff steckt irgendwie in dem Urteil. Aber die Folgerung, die Zweigert daraus zieht, ist für Dr. Michaelis unhaltbar. Zweigert sagt nämlich, daß bei Vorbereitungen gesamtdeutscher Wahlen eine verbotene KPD sich praktisch und politisch in einer ungünstigeren Lage befände als andere Parteien. Dagegen sagt Dr. Michaelis: Die KPD ist ja nach dem Verbot keine Partei mehr, ist als grundgesetzwidrig aufgelöst. Wie kann ein Toter noch Bauchschmerzen haben? Andererseits räumt Dr. Michaelis doch ein, daß zugunsten der Wiedervereinigung die Neuzulassung **einer,** also nicht **der KPD,** wovon Zweigert ebenfalls spricht, in Frage kommen könnte, um dadurch

Gossner Mission

dieses die Wiedervereinigung hindernde Verbot der KPD zu beseitigen. Führende Leute besonders aus der CDU erwähnen ebenfalls dies Motiv. Wer sich an das GG hält, – und Dr. Michaelis betont, daß er dies tut – muß die Wiedervereinigung erstreben und weiß, daß dann das GG einer neuen Verfassung weicht. Die Präambel und der Artikel 146 sagen das deutlich. Sie sagen aber auch, daß das GG nur dann außer Kraft tritt, wenn die Einigung „in Freiheit" geschieht und die neue Verfassung vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen ist. Dr. Michaelis ist der Auffassung, daß auf diesen Tag und dies Ereignis hingearbeitet werden muß, in konkreto auf gesamtdeutsche Wahlen. Größere Schwierigkeiten dabei sieht er in der Ostzone, was unsere eigene Aktivität aber nicht lähmen sollte. Er appelliert an das Ausland, damit es stärker mitwirke. **Was dieser Petitionskreis tut, ist gut, ist höchst verfassungsgemäß, sollte aber von weiteren Kreisen unterstützt werden, von deutschen und ausländischen – besonders von den alliierten Siegermächten, die sich nicht aus der Verantwortung für das geteilte Land entlassen dürfen.** – Der erste Schritt wäre, eine Wahlordnung für eine verfassungsgebende Nationalversammlung zu schaffen durch Regierungsbeauftragte aus beiden Teilen Deutschlands; möglichst aus den Rechtsfakultäten. Wörtlich sagt Dr. Michaelis: „Diese Wahlordnung muß irgendwie aus dem KPD-Verbotsurteil für den Zweck dieser Wahlen in diesem Bereich, mit einer zeitlichen und sachlichen Beschränkung herauskommen." Das GG bleibt wohl weiter in Geltung in der Zeit der Wahlvorbereitung; aber bei der Schaffung des Wahlgesetzes wird auch die Aufstellung der Partei neu geregelt. Zu bedenken ist aber auch, daß dann die Rechtsparteien berücksichtigt werden müßten. Dr. Michaelis drückt seine Freude darüber aus, daß das bereits von Gesprächsteilnehmern erwähnt worden sei (vgl. Dr. Fabian, der sich aber im gegenteiligen Sinne geäußert hatte). Jedenfalls ist, so betont Dr. Michaelis, ein anderer, d .h. ein rechtlicher Weg, das KPD-Verbot aufzuheben, unmöglich. Die BR, die das Verbotsverfahren in Gang gebracht hat, kann nicht beim BVG den Antrag stellen, es wieder aufzuheben. Das BVG ist gebunden. Die Partei ist aufgelöst, und daran ist nichts zu ändern. Nur aus Artikel 146, aus der Bestimmung der Wiedervereinigung, ist die Sache in Gang zu bringen. Tatsächlich ist das KPD-Verbot in einem normalen, ruhigen, abseits des Ostens liegenden Staate ungewöhnlich. Wir haben aber, sagt Dr. Michaelis, eine ganz andere Situation als in Frankreich oder Italien, eine andere Vergangenheit und Gegenwart. Wir haben vor Augen, „was drüben in der Ostzone geschieht und was ja auch nicht ganz rechtsstaatlich ist (!), und wo man ja auch nicht mehr Parteien hat, sondern nur eine Partei". Die SED ist die ausschließliche Einheitspartei. Wir sind politisch und rechtlich in ganz anderer Lage als Italien. Italien leistet sich eine neofaschistische Partei (siehe nachher Ferrucci, der anderes sagt); Frankreich ist politisch mit uns nicht vergleichbar, „ganz abgesehen davon, daß die Grenze nicht an den Osten geht".

Pfarrer Symanowski dankt Dr. Michaelis und wünscht, daß er weiterhin unser Gesprächspartner bleibt. Nun wollten wir von ausländischen Gästen hören, wie sie ihre Situation mit einer KP in ihrem Land und wie sie die unsere beurteilen.

Rechtsanwalt PROPER, Haarlem

(Er spricht deutsch):

Wie stehen denkende Holländer zu dem Verbot der KPD? Zunächst: durch die Verschwörung des Schweigens der Presse ist kaum etwas über die politische Verfolgung in Westdeutschland bekannt. Wohl aber kritisiert man, daß infolge des KPD-Verbots die Information über kommunistische Länder in Westdeutschland behindert wird, daß dadurch überhaupt Unklarheit und politische Verblindung eintritt. Das sieht man in Holland nicht gern, das doch wirtschaftlich so eng mit Deutschland verknüpft ist. Auch beunruhigt es die Holländer, wenn Westdeutschland, das in der NATO eine große Rolle spielt, territoriale Forderungen stellt und Atomwaffen wünscht und dann, hauptsächlich durch das KPD-Verbot, die eigenen oppositionellen Stimmen gegen solche gefährliche Politik unterdrückt. Deutschland liegt an Hollands Ostgrenze und wird in diese Politik gegen den Frieden, die die BR macht, stark hineingezogen. Aber der Friede von ganz Europa ist in Gefahr. Die Aufhebung des KPD-Verbotes würde eine Förderung des europäischen Friedens bedeuten. Rechtsanwalt Proper antwortet dann Dr. Michaelis auf dessen Argument, daß mit einer Zulassung der KP auch die Zulassung einer faschistischen Partei gegeben sei. Mit dem ist es durchaus nicht so, sagt Proper. In Holland z. B. ist das Verbot einer faschistischen Partei selbstverständlich; keiner denkt aber an ein Verbot der KP. Die Faschisten in Holland haben alle Verbrechen der Nazipartei, z. B. den Antisemitismus mitgemacht. Gleich bei Kriegsende erging das Verbot, verschwanden aber auch die holländischen Faschisten. Sie sind dort völlig unpopulär. Schon die Grundideen des Nazismus, die Rassenidee und die von einem Herrenvolk werden einfach als unsittlich angesehen. Eine Partei, die sich auf diesen Boden stellt, fördert die Unmoral. Deswegen, und weil ihre politische Praxis aus dieser Lehre kommt, ist sie nicht zugelassen.

Rechtsanwalt J. RASKIN, Lüttich

Er erinnert an die Entstehung des Verbots in den Jahren 1951–55, wo kalter Krieg und Antikommunismus auf dem Höhepunkt waren, auch in Belgien. Die Partei wurde dort zwar nicht verboten; aber die Kommunisten waren in gewisser Weise aus dem nationalen Leben ausgeschlossen. Seit etwa 10 Jahren ist das anders, vor allem, weil man von dem Friedenswillen der UdSSR überzeugt wurde. In der Atmosphäre der Entspannung wurden die Kommunisten in das politische Leben eingegliedert, gleichberechtigt den sozialistischen, christlichen und liberalen Vertretern. So z. B. vor kurzem bei einer Aktion gegen die amerikanische Vietnam-Politik. In Lüttich gibt es ein Friedenskomitee von Sozialisten und Kommunisten, das bei einem katholischen Pfarrer seine Zusammenkünfte hat. Ähnlich ist es bei der Provinzialjugendvereinigung von Lüttich. Von den 86 Mitgliedern des Rates sind 4 Kommunisten, von den 4 Vorstandsmitgliedern ist einer kommunistisch, einer christlich, einer sozialistisch, einer liberal, also je ein Vertreter der vier hauptsächlichen politischen Tendenzen, wobei die Vertretung der Kommunisten keinerlei Widerstand hervorgerufen hat. Auch diejenigen, die nicht für den Kommunismus sind, – und das ist die Mehrheit, – erkennen an, daß er in Lehre und Praxis viel Wertvolles bietet. Führende Menschen aller Geistesrichtungen erkennen das an; keiner denkt daran, die Partei zu verbieten. Zum Schluß weist Raskin auf den Anachronismus des Verbots hin, auf die inzwischen veränderte Lage. Eine Legalisierung der Partei wäre sicher möglich. – Wenn damals die politischen Ereignisse zu dem Verbot geführt haben, so können die geänderten zur Legalisierung führen.

Pfarrer Symanowski bemerkt, daß in diesen sehr konkreten Einblicken in die Verhältnisse Belgiens und Hollands auch einige Fragen aus dem Plenum mitbeantwortet wurden.

Er erteilt das Wort an
Richter R. FERRUCCI, Rom

FERRUCCI sagt, er als Jurist behandle die Frage vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus. Nach der italienischen Verfassung kann jeder Bürger sich der Partei anschließen, die mit demokratischen Methoden zur nationalen Politik beiträgt. Demokratie ist Zusammenarbeit von Herrschenden und Beherrschten, wobei die Parteien ein notwendiges Instrument der Vermittlung sind. Die Bildung der Parteien beruht auf den Grundrechten des Bürgers: Versammlungsfreiheit, Presse – und Meinungsfreiheit, Wahlfreiheit. Eine Beschränkung gibt es nur gegen die Aktivität, nicht das Programm einer Partei. Nicht zugelassen werden Gewaltmethoden zur Durchsetzung ihrer Ziele, nicht diese selbst. Nur über die Methoden üben die Behörden Kontrolle aus, weil sie es nur darüber können. – Die faschistische Partei ist verboten, weil sie in Italien genug Beweise schrecklichster Gewaltmethoden geliefert hat. Der demokratische Staat muß jede Partei unterstützen, die mit demokratischen Methoden arbeitet, darf also auch keine 5% Klausel errichten. Alle europäischen Demokratien handeln so. Keine verbietet die KP, da diese demokratisch mitarbeitet. Ist das nun wirklich, wie von Dr. Michaelis gesagt wurde, in Deutschland anders? Die Bundesrepublik sei verschieden von anderen Ländern? Natürlich, die Situation ist in allen Ländern verschieden. Aber in diesem Punkt einer demokratischen Kultur stimmen sie doch überein. Oder schließt sich

Gossner Mission

Deutschland davon aus? Will Dr. Michaelis sagen, es sei nicht demokratisch?

Pfarrer SYMANOWSKI sagt darauf: Nein, das will Herr Dr. Michaelis nicht sagen. Wir Deutsche haben vielleicht nicht genug demokratische und politische Reife. Die Frage ist nun: wird diese Reife gefördert, oder nicht vielmehr behindert durch das Verbot der KPD, da man sich dadurch der Diskussion mit ihr entzieht. Ist nicht bei der Erörterung des KPD-Verbots dies menschlich politische Anliegen, das Heranreifen des Volkes durch Diskussion, gewichtiger als die reinen juristischen Bedenken? Sollte der Jurist, also hier Herr Dr. Michaelis, den Ausschlag geben, der die juristische Unmöglichkeit der Aufhebung herausstellt und somit unsere Versuche im Petitionskreis von vornherein zum Scheitern verurteilt? Wer hat hier Recht? Darüber würden wir gern von einem anderen Juristen, vielleicht von Prof. Ridder, etwas hören. Ferner wäre es gut, klarer herauszuheben, inwieweit das Verbot der KP die europäische Integration verhindert und eine Aufhebung sie fördern würde.

Prof. RIDDER eröffnet seine lange Antwort, um die Pfarrer Symanowski ihn gebeten hatte, mit einem Hinweis auf seine besondere Qualifikation als Verfassungsjurist. Unsere Verfassung bietet nämlich eine stärkere Handhabe, politische Vorgänge verächtlich und justiziabel zu machen, als alle anderen in der Welt und alle bisherigen in Deutschland, und wir haben die besondere Aufgabe, das Politische und Rechtliche wohl auseinanderzuhalten, aber nicht es zu trennen. Trennt man beides voneinander, so scheitert man als sogenannter Formaljurist. – Prof. Ridder knüpft an Pfarrer Symanowskis Bemerkung von der mangelnden demokratischen Reife in unserem Volke an. Wir sind im ganzen eine verspätete Nation, besonders auch in bezug auf die Demokratie. Bis 1918 unter monarchistisch autoritärer Regierung, führte die Demokratie nur ein Aschenbrödeldasein, und auch von 1918 bis 1933 waren die Stunden weit zahlreicher, wo sie geprügelt und gequält wurde, als die, wo sie leuchten konnte. Da konnte sich kein demokratisches Bewußtsein und erst recht keine demokratische Tradition bilden. Das 3. Reich zerschlug dann vollends die Demokratie durch seine besonders törichte und grausame Form des Faschismus. An dieser Stelle geht Ridder auf die von Dr. Michaelis betonte Forderung der Neutralität oder Gleichstellung ein, die „rechts" und „links" haben müßten. Die muß man beiden schon geben, die Gleichstellung; aber was ist „rechts"? Es ist das konservative Element. Das gibt es in jedem politischen System, auch in der Sowjetunion. Aber der Faschismus steht in einem demokratischen System außerhalb dieses Spannungsbogens; er hat nichts darin zu suchen. Wer etwa über das Buch von Rosenberg „Der Mythos des 20. Jahrhunderts" glaubt diskutieren zu können, gehört in eine Heilanstalt. Das hat mit Politik überhaupt nichts mehr zu tun. – Zu dem Spektrum in den liberalen demokratischen Staaten von links nach rechts gehören also die Nationalsozialisten nicht, wohl aber links die Kommunisten. Sie wollen die Revolution des 4. Standes. Aber nur gewaltsam vorgehend sind sie verfassungswidrig und wäre es recht, sie zu verbieten (vgl. Ferrucci). Was ist nun das Spezifikum unserer Verfassung? Nach der Zerschlagung des 3. Reiches – mit fremder Hilfe – versuchten wir, durch das Grundgesetz für den westlichen Teil uns eine demokratische Chance zu geben, belastet mit der Hypothek, daß die so verhaßte Bundesrepublik eine Spaltung Deutschlands bedeutet und ein Ereignis des Kalten Krieges ist. – Das GG ist auf dem Sockel antifaschistischer Entscheidung entstanden. Professor Ridder sagt hier: „Verzeihung für die auch im Osten gebrauchte Vokabel; aber ich kann kein passendes Wort finden". – Im Jahre 1951 gewinnt bereits der Kalte Krieg die Oberhand. Das politische Strafrecht blüht auf, und gleichzeitig werden Verbotsanträge gegen die SRP und KPD gestellt. Das Verbot der faschistischen SRP ist eine höchst interessante Gleitschiene für das der KPD. Gleichberechtigung von rechts und links, eine fatale Parole. Beachten wir doch, daß nach dem bestehenden Recht die SRP bereits verboten war, da sie eine unmittelbare Fortsetzung der NSDAP war. Aber man wickelt dies Modellverfahren ab, um 5 Jahre später – in Gleichberechtigung – die KPD zu verbieten und zwar in einem Augenblick, wo in Amerika der Mac Carthyismus bereits erledigt war. Die Deutschen sind immer eine verspätete Nation, sie haben auch das nicht gemerkt. – Was will der Artikel 21? Er ermöglicht ein KPD-Verbot. Er ermöglicht dem BVG, von jeder Partei zu sagen, sie sei verfassungswidrig. Den Antrag stellt die Bundesregierung; sie übernimmt die Verantwortung hierfür. Mehr aber ermöglicht dieser Artikel nicht. Nicht, kommunistisches Denken und Reden und Schreiben zu verbieten. Verhindert werden soll nur, daß von der Partei-Organisation aufgestellte Kandidaten in die Parlamente einziehen, um so ihre politischen Entscheidungen in staatliche Macht umzusetzen. Das heißt: Dieser Artikel ist eine humanisierte, der freiheitlichen Demokratie angepaßte Staatsraison. Und als solche vielleicht erträglich. Ob das Verbotsurteil politisch klug war, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hat es zur Folge, daß in der Bundesrepublik, die eine der freiesten Pressegesetzgebungen und in der Praxis eine erbärmlich unfreie Presse hat, das Betreiben völlig legitimer Opposition mit dem Stempel des Kommunismus-Verdachtes ausgerüstet wird. Und was gerät nicht alles unter diesen Stempel? Schon wegen dieser Folgen und wegen dieser Diskrepanz zu anderen Ländern, wo kommunistische Gesinnung nicht jemand zum Geächteten macht, schon um der europäischen Angleichung und Einigung willen müßte man die Aufhebung erstreben.

Der Weg dazu über die deutsche Wiedervereinigung ist nur einer unter vielen. Und wie steht es mit der Möglichkeit der Gesetzesänderung? Für die notwendige Änderung des Grundgesetzes bedarf es der ⅔ Mehrheit; sie ist kaum zu erreichen. Zur Änderung des BVG-Gesetzes bedarf es der ebenfalls kaum zu erreichenden 50 % plus einer Stimme. Diese Lösung wäre juristisch befriedigend; aber es gibt andere, realistischere Möglichkeiten. Prof. Ridder nennt es selbst kühn, wenn er folgendes sagt:

Das Verbotsurteil ist schon gar nicht mehr wirksam. Es richtet sich nämlich gegen eine Partei, die gerade und nur zu dem Zeitpunkt des Verbots den Anschein der Verfassungswidrigkeit bot, durch ihren damaligen, schon im Ansatz scheiternden Versuch einer Wiedervereinigung Deutschlands unter SED-Vorzeichen. Dieser Versuch, dieses unrealistische sogenannte Programm der Wiedervereinigung bildet das Hauptargument für das Verbot. Um das genauer darzulegen, bedürfte es 3 Stunden. Das besagte Programm, auf dem das Verbot beruht, ist längst erledigt. Aber das Verbot besteht. Erledigt war schon das Programm, als drüben die Zweistaaten-Theorie aufgestellt wurde. Die KPD-Leute haben das aber selber nicht erkannt und bei dem Prozeß beteuert, die KPD würde sich nie ändern. Dabei hatte sie sich damals bereits geändert und hat sich erst recht in der Illegalität geändert.

Ist die illegale KPD wirklich tot? Kann sie keine Bauchschmerzen haben, wie Dr. Michaelis sagte? Nein! Höcherl z. B. stellt fest, daß sie da ist, in der Illegalität, und daß sie von Saulus zu Paulus werden müsse. Wenn aber kein Saulus vorhanden ist, kann er auch kein Paulus werden. Es wäre auch völlig illusorisch, eine politische Bewegung, die Teil einer weltumspannenden Bewegung ist, so zu verbieten, daß sie nicht mehr existiert.

Außer acht soll hier der taktische Gesichtspunkt bleiben, ob man eine Partei zulassen soll, wenn ihre wenigen Stimmen doch nicht die 5 % Klausel erreichen, sie aber einer anderen, großen Partei verlorengehen.

Von der Möglichkeit, die Dr. Michaelis ins Auge faßt, das Verbot zu lokkern bei Abfassung einer Wahlordnung für gesamtdeutsche Wahlen, hält Prof. Ridder nicht viel. Er empfiehlt den Juristen, sich mit der Situation zu befassen, aus der das Verbotsurteil hervorging und durch welche die Rechtskraft fraglich ist. Prof. Ridder fragt, wie wohl entschieden worden wäre, wenn es zwei kommunistische Parteien gegeben hätte, z. B. eine mehr chinesische und eine mehr russische? Dann hätte man sicher nicht beide verboten, sondern nur die als verfassungswidrig erkannte.

Eine Partei ändert sich schon durch den Wechsel in ihr, im Lauf der Zeit; schon darum kann ihre Verfassungswidrigkeit nicht ewig andauern. Hinter die verfassungsrechtliche Fortgeltung des Verbotes sind also ein Dutzend Fragezeichen zu setzen. Es gibt viele Punkte in dem Komplex, über die man sich Gedanken machen sollte. - Entscheidend kommt es allerdings auf

Gossner Mission

den guten politischen Willen an. Wir sollten wenigstens in der Politik kein Zwergschulland bleiben und nicht Standpunkt und Horizont miteinander verwechseln. Das führt bei vielen Leuten dazu, daß der Horizont zusammenschrumpft; den nennen sie dann „Standpunkt". Das Ganze heißt dann „Wertentscheidung".

Pfarrer Symanowski bemerkt, wieviele Anregungen zum Denken über dieses Problem von den Gesprächsteilnehmern gegeben wurden. Er sagt, daß man nun auch andere Menschen darüber befragen und die Zeitungen aufmerksamer lesen soll. Er stellt dann besonders an Herrn Ferrucci die Frage, ob im europäischen Völkerkonzert unsere „verspätete Nation" als Mißton empfunden würde, und ob die Politik der Bundesrepublik, zu der das KPD-Verbot gehört, als Hindernis in der demokratischen Entwicklung gesehen wird.

FERRUCCIS Antwort

Das Verbot bewirkt tatsächlich eine gewisse Disharmonie im europäischen Konzert. Es hindert die Wiedervereinigung und macht damit auch die internationale Zusammenarbeit schwieriger. Das behandelte Problem betrifft nicht nur das Interesse der Deutschen, sondern das aller Europäer und sogar der ganzen Welt. Denn der Friede in der ganzen Welt ist mit der Entspannung in Europa verknüpft. Ferrucci betont, daß in Europa nur in noch einem demokratischen Land die KP verboten ist, in Griechenland. Dennoch liegt ein dreifacher Unterschied zwischen Griechenland und Westdeutschland vor, so daß dieses doch von allen demokratischen Ländern in dieser Beziehung einzig dasteht. Als in Griechenland die KP verboten wurde, herrschte Bürgerkrieg. Ferner ist, wenigstens bis zur Regierungsbildung Papandreus 1965, seine Ordnung nur formell demokratisch und substantiell diktatorisch. Drittens ist zu sagen, daß es trotzdem in Griechenland eine Partei gibt, die sich zwar nicht offiziell kommunistisch nennt, die aber die gleiche Zielsetzung und die gleichen Methoden hat, wie z. B. die KP in Frankreich und Italien.

Zum Schluß betont Ferrucci nochmals, daß eine Aufhebung dieses Verbotes sowohl für Deutschland, als auch für Europa und für den Weltfrieden notwendig ist.

Pfarrer Symanowski fragt, ob diese Beruhigung wegen des KPD-Verbots sich in der Bevölkerung zeigt, oder nur in den Parteien oder gar nur in der kommunistischen Partei? Herr Proper aus Holland habe gesagt, daß dort sich Schweigen ausbreitet, und er fragt nun Herrn Raskin aus Belgien, inwieweit die Öffentlichkeit davon Notiz nimmt.

Herr Raskin antwortet, daß heute in Belgien wie in ganz Westeuropa die Meinung herangereift ist, das Verbot sei Unrecht und daß man seine Aufhebung befürwortet. Zur Zeit, als das Verbot erging, habe sich die öffentliche Meinung in Belgien keineswegs schockiert gezeigt. Denn damals wurden in Belgien selbst Maßnahmen gegen die Kommunisten durchgeführt. Heute sehe man diese aber als überholt und unangebracht an. Die heutigen Verhältnisse in Europa sind andere als damals.

Pfarrer Symanowski sagt, man könne noch vieles fragen, z. B. Herrn Ferrucci, wie es mit den italienischen kommunistischen Gastarbeitern steht; inwieweit sie sich hier in unseren Betrieben betätigen und mit deutschen Kommunisten Kontakt aufnehmen dürfen. Aber die Zeit reicht nicht mehr. – Der Abend hat gezeigt und sollte zeigen, wieviele Fragen es zu diesem Thema gibt, wie vielfältig die Aspekte sind, und wieviele Fragen noch offen stehen. Den Hörern sollten Anregungen gegeben und Wege gewiesen werden, um sich weiter mit dem Problem zu beschäftigen und auch andere dafür zu interessieren.

Pfarrer Symanowski gibt nun noch einen kurzen Überblick über die Entsendung von Petitionen an den Bundestag in dieser Sache. Der Petitionskreis in Rheinland-Pfalz hat als erster im Dezember 1963 eine Petition an den Bundeskanzler gesandt. Sie trug 22 Unterschriften. Eine weitere Petition, schon im März 1964, an den Bundeskanzler, trug 2 200 Unterschriften aus Rheinland-Pfalz. Im Juni 1964 wurde die Petition, nun mit 2 600 Unterschriften, an die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Helene Wessel, geleitet. Andere Petitionen folgten, aus Nordrhein-Westfalen mit 2 700 Unterschriften, in Hamburg mit ca. 3 000 Unterschriften, in Heidelberg-Mannheim mit einigen hundert. Ferner haben sich eine Reihe von Persönlichkeiten: Bundestagsabgeordnete, Gewerkschaftler, Professoren, Juristen, Betriebsratsvorsitzende zu diesen Problemen geäußert. – Die Dokumentation des Petitionskreises Rheinland-Pfalz bringt viele Äußerungen bekannter Politiker, die durchaus nicht zur kommunistischen Seite zu rechnen sind, sondern zu den Liberalen, zur CDU und zur SPD.

Pfarrer Symanowski appelliert an die Hörer, uns Anregungen zu geben, wie diese wichtige Diskussion weiterzuführen sei. Kritik und Vorschläge seien gleicherweise erwünscht. Jede Diskussion muß, wie es die heutige war, vielseitig und auch gegensätzlich sein, darf nicht eine einheitliche Meinung demonstrieren. In einem künftigen Gespräch sollte vielleicht ein ganz anderer Kreis von Menschen als in den beiden bisherigen diskutieren.

Auch seien die hohen Kosten zu bedenken, die eine solche Veranstaltung erfordert. Pfarrer Symanowski bittet um finanzielle Hilfe. Auf der Volksbank Mainz ist ein Konto zu diesem Zweck von Herrn Diakon Weißinger eröffnet worden.

Daß der heutige Abend zustande kam, daß die meisten Gesprächsteilnehmer weite, ja sehr weite Reisen nicht gescheut haben, dafür spricht Pfarrer Symanowski seinen Dank und nicht weniger seine Verwunderung aus. Er zitiert die Bemerkung, die Prof. Ridder machte, als die Teilnehmer sich heute abend begegneten: „So etwas ist eigentlich immer unmöglich bis zum letzten Augenblick, wo es dann doch noch möglich wird."

Pfarrer Symanowski dankt herzlich auch den Zuhörern, die ebenfalls zum Gelingen des Abends beigetragen haben.

Brief des Petitionskreises an den Bundeskanzler

An den
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard
BONN
Bundeshaus

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 159. Sitzung vom 27. Januar 1965 beschlossen, eine Petition für die Amnestie der politischen Inhaftierten und für die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands, die von 2 260 Bürgern aus Rheinland-Pfalz unterzeichnet ist, „der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen" (Deutsche Bundestag – Der Präsident – 22/4–313/12464 vom 4. März 1965).

Wir erlauben uns nunmehr anzufragen, ob die vom Deutschen Bundestag beschlossene Maßnahme inzwischen durchgeführt wurde und ob die Bundesregierung aus der Kenntnisnahme der Petition irgendwelche Konsequenzen gezogen hat, oder zu ziehen gedenkt. Angesichts der Tatsache, daß Petitionen ähnlichen Inhalts und Umfangs in der Zwischenzeit auch von anderen Stellen vorgelegt worden sind, wäre es unseres Erachtens nunmehr an der Zeit, daß die Bundesregierung zu den in diesen Petitionen angeschnittenen Fragen Stellung nimmt. Bei dem Stand der öffentlichen Diskussion über das KPD-Verbot ist eine solche baldige Stellungnahme ohnehin nicht zu vermeiden.

Gossner Mission

Wir dürfen auch darauf hinweisen, daß die Öffentlichkeit im westlichen Ausland über das KPD-Verbot unterrichtet ist, dessen Problematik im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur die innerdeutsche, sondern auch die europäische Sicherheit ernstlich gefährden könnte. Eine entsprechende Reaktion vom westlichen Ausland bestätigte sich durch die Internationale Podiums-Diskussion vom 12. November 1965 in Mainz über „Das KPD-Verbot, die Völkerverständigung in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands", an der namhafte Persönlichkeiten aus Italien, Belgien, Holland und der Bundesrepublik teilgenommen haben. Dabei wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß eine baldige Amnestie der politischen Inhaftierten und die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands das Ansehen der Bundesrepublik als eines demokratischen Staates nur festigen kann.

Die Erklärung der KPD-Führung, daß die Partei auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, sollte geprüft werden, damit Konsequenzen für die Wiederherstellung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik gezogen werden können.

Die Unterzeichner sind gerne bereit, jede der hier angeschnittenen Fragen näher zu erläutern, und zur Klärung in der geeigneten Form beizutragen.

Mit Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung

gez. *Horst SYMANOWSKI, Pfarrer*
Friedrich WEISSINGER, Diakon
Dr. Friedrich MÜLLER, Verwaltungsgerichtspräsident i. R.
Kurt BERNER, Betriebsratsvorsitzender
Bernd EHLERT, stud. jur.
Johann-Georg MÜLLER, Maler und Graphiker
Gertrud BIENKO, Studienrätin
Robert NONNENMACHER, Baudekorationen
Olf VETTER, Journalist
Dr. Hans-Joachim MEYER, Nervenarzt
Dagmar OSTERBERG, Schriftstellerin und Journalistin

Stellungnahme des engl. Kronanwaltes D. N. Pritt zum KPD-Verbot

Mein Standpunkt:

Als jemand, der tief an den politischen Problemen interessiert ist, die den Völkern der kapitalistischen und sozialistischen Welt die Sicherheit geben, daß sie Seite an Seite in Frieden leben können, lasse ich die Frage der Legalität des Verbots und die genauen rechtlichen Schritte, die es aufheben können, außer acht und beschränke mich auf die politische und moralische Frage, warum es aufgehoben werden sollte. Ich bin ebenso sicher, daß es durch legale Maßnahmen aufgehoben werden kann, wie ich sicher bin, daß es aufgehoben werden sollte.

Einleitung: Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist auf den Prinzipien der repräsentativen Demokratie aufgebaut, die die Freiheit der Rede und der Meinung garantieren. Das Verbot irgendeiner politischen Partei außer einer faschistischen muß prima facie als Verstoß gegen die Prinzipien des Grundgesetzes und gegen die Demokratie betrachtet werden. Das muß mit besonderer Stärke zum Ausdruck kommen, wenn die in Frage kommende Partei nicht gerade eine wunderliche Seltenheit ist, sondern einen Teil der größten politischen Gruppierung in der Welt darstellt, die auf philosophischen und ökonomischen Prinzipien basiert, sich in mehr als einem Jahrhundert entwickelt hat, in mehr als zwei Fünftel der Welt vorherrscht und sogar von seinen schärfsten Gegnern in allen Ländern Europas gesetzlich anerkannt ist, mit Ausnahme in der Bundesrepublik und den offen faschistischen Ländern Spanien und Portugal.

Ich behaupte, daß jeder Staat, der ein solches Verbot handhabt, sich selbst vor seinem eigenen Volk und der ganzen Welt ins Unrecht setzt, und daß er ernsthaft und schnellstens überlegen sollte, wieviel Schaden das Verbot schon angerichtet hat und in der Welt noch verursacht, und er sollte sofort beschließen, daß Verbot aufzuheben.

Warum wurde das Verbot erlassen?

Es ist klar, daß das Verbot als ein Schritt im Kalten Krieg eingeleitet wurde; es ist zu gleicher Zeit ein Produkt hiervon und ein substantieller Bestandteil. Und der Kalte Krieg selbst ist ein Teil der schrecklichen politischen und sozialen Krankheit des Antikommunismus, die der Wahrheit, der Demokratie, den Menschenrechten und dem Glück sowie dem Frieden in vielen Ländern, einschließlich der Bundesrepublik, der USA und Großbritannien, so unendlich viel Schaden zugefügt hat. Wären wir nicht alle glücklicher, reicher und mehr in Sicherheit, wenn es keinen Kalten Krieg gäbe?

Welchen Schaden hat das Verbot schon angerichtet?

Das Verbot hat sicherlich in den neun Jahren seiner Gültigkeit endloses Leid verursacht. Es hat die Regierung der Bundesrepublik und der Bundesländer und ihre untergeordneten Autoritäten in die Lage versetzt und dazu ermuntert, tausende Bürger, die keineswegs kriminell, sondern im Gegenteil, ehrbare und fortschrittlich gesinnte Bürger sind, (zum größten Teil nicht einmal Kommunisten) dauernd zu belästigen, zu verfolgen, zu verurteilen und zu bestrafen, wegen nützlicher und humaner Aktivitäten, wie die Verteidigung des Friedens oder freundlicher Beziehungen mit der DDR oder wegen der Forderung nach vollen demokratischen Rechten in der Bundesrepublik – und all dies unter dem Vorwand, daß diese Aktivitäten die Arbeit der verbotenen KPD fortsetzen. Der Schaden ist also nicht auf die Partei und ihre Anhänger begrenzt, sondern ist gewissermaßen zu einem Verbot für jeden geworden, der fortschrittliche Ansichten, die in irgendeiner Form den Ansichten der KPD und der Kommunisten allgemein näher kommen, teilt oder zum Ausdruck bringt.

Ich erinnere daran, daß ich vor sechs Jahren die Ehre hatte, Seite an Seite mit hervorragenden deutschen Juristen als einer der Anwälte zur Verteidigung in dem langen Prozeß der Friedenskämpfer von Nordrhein-Westfalen zu arbeiten. Ich erkannte, daß die Entwicklung dieses Übels schon so weit gehe, daß schließlich praktisch jede populäre Organisation in der Bundesrepublik mit Ausnahme der Gewerkschaft und der Kirchen aufgelöst oder in der Praxis lahmgelegt werden könnte. Es ist nur eine logische Entwicklung – und eine Illustration des Übels, das einem solchen Verbot folgen kann –, daß die Regierung heute versucht, die Gewerkschaften zu zerstören oder aufzuweichen.

Mit diesen und ähnlichen Aktivitäten der Regierung hat die Anwendung des Verbotes weitgehend die bürgerlichen Rechte und demokratischen Freiheiten in der Bundesrepublik aufgeweicht, und sie hat den Boden für die Errichtung einer Diktatur vorbereitet. Man sieht bereits in den Anstrengungen der Regierung, Notstandsgesetze einzuführen und in vielen Anklagen gegen nichtkommunistische Zeitschriften und Journalisten, die wagen sie zu kritisieren, klare Zeichen, daß der Wunsch besteht, eine solche Diktatur zu schaffen und jedes Prinzip des Grundgesetzes zu verletzen. Die Darstellun-

Gossner Mission

gen der Gesinnungsjustiz und des Gesinnungsterrors, die von manchem Kritiker der Regierung heute gegeben werden, sind nur zu klar berechtigt.

Wenn man diese Entwicklung mit der von 1933 vergleicht, sind die Parallelen tragisch und unverkennbar. Sie sind jedoch anschaulicher und schrecklicher geworden durch die unleugbare Tatsache, daß die ganze Regierungsmaschinerie noch durchsetzt ist von Ex-Nazis, von denen viele sehr üble ‚Verdienste' haben und die von der Regierung kühn gestützt zu werden scheinen. Es ist eine bezeichnende Tatsache, daß gerade die Partei verboten ist, die unter Hitler am meisten gehaßt und verfolgt wurde und die in jedem europäischen Land mit großem Mut die Opposition gegen die Nazis, insbesondere in den Widerstandsbewegungen, führte.

Die Anwendung des Verbots verbietet auch den Bürgern der Bundesrepublik die freie Darstellung, die Verteidigung und Diskussion des marxistischen Sozialismus, die praktischen politischen Lösungen, die von einer marxistischen Partei für viele Zeitprobleme angeboten werden können und wertvolle sozialistische Kritiken der Politik und der Aktionen der Regierungen.

Was sind die weiteren üblen Konsequenzen?

Das Verbot und seine Anwendung haben deutlich viele ernste Konsequenzen gehabt:

Chauvinismus, Militarismus, Aggressionspolitik und Revanchismus werden in Deutschland offener und schamloser denn je seit der Errichtung der Bundesrepublik gepredigt. Entspannung – in zwei Beziehungen – allgemein und in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ist viel schwieriger geworden, die Aussichten auf friedliche Koexistenz mit den sozialistischen Ländern sind geringer geworden, und die unschätzbare und unendlich ersehnte Wiedervereinigung Deutschlands ist in weite Zukunft gerückt worden.

Die Gefahr, daß von deutschem Boden aus ein 3. Weltkrieg gestartet wird, ist größer geworden; die repräsentative Demokratie ist in der Bundesrepublik im Grunde genommen zerstört, die Verfolgung aller Andersdenkenden ist gewachsen. Schließlich – und das erscheint mir als Engländer sehr wichtig zu sein – sind gerade in den freundlich und progressiv gesinnten Kreisen in Großbritannien und anderen Ländern, die normalerweise gute Beziehungen mit dem deutschen Volk wertschätzen und dazu ermuntern, Angst, Furcht und Feindseligkeit gegen die Bundesrepublik erwacht und stärker geworden. Was mich angeht, kenne und liebe ich das deutsche Volk seit mehr als einem halben Jahrhundert – das zur gleichen Zeit, als ich einige seiner Regierungen und herrschenden Kräfte nicht gutheißen konnte, und ich das ganze Regime von 1933–1945 haßte. Aber heute bin ich betrübt, wenn ich die Aktionen der herrschenden Parteien und Kräfte in der Bundesrepublik betrachte, und ich kann mich sogar nicht mehr auf dem Territorium der Bundesrepublik bewegen, ohne daß ich mir einer tiefen Furcht für die friedliche Zukunft der Menschheit bewußt werde.

All' diese Übel wären schließlich weniger ernst, wenn die KPD während der letzten neun Jahre frei hätte arbeiten und wenn sie der Politik und den Aktivitäten, die zu der unseligen Situation, in der die Bundesrepublik jetzt steht, geführt haben, eine vernünftige Opposition hätte entgegensetzen können. Sicherlich würde die Situation auch verbessert, wenn das Verbot jetzt aufgehoben würde. Alle kapitalistischen Länder sind sich einig, daß die sozialistische und kommunistische Oppositon zur Regierungspolitik allgemein gesehen – zu spät – recht behalten hat.

Sicherlich kann kein Bürger der Bundesrepublik über die gegenwärtige Situation in seinem Lande nachdenken, ohne einzugestehen, daß es in neun Jahren immer schlechter bestellt ist um die Begriffe Demokratie, Freiheit der Rede, der Gedanken, des Schrifttums, der Sicherheit, des Friedens, der Entspannung und der internationalen Freundschaft.

Eine Fernsehreportage vom Landesstudio Rheinland-Pfalz

SUBJEKTIVES OBJEKTIV

Der Petitionskreis Rheinland-Pfalz hat dem Fernsehen auf Anfrage gestattet, über den Verlauf dieses Podiumsgesprächs in Bild und Ton zu berichten. Das deutsche Fernsehen, Landesstudio Rheinland-Pfalz, hat in der Sendereihe „Blick ins Land" am 11. 1. 1966 von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

In einer etwa 15minütigen Sendung berichtete es, über den Rahmen dieser Veranstaltung hinaus, über die Bestrebungen des Petitionskreises Rheinland-Pfalz zur Wiederzulassung der KPD, wobei es sie als verfassungsrechtlich bedenklich hinstellte.

In der Sendung wurde das Gespräch tendenziös entstellt, das humanitäre und demokratische Anliegen diffamiert; die Teilnehmer wurden als „willige Unwissende oder Unzufriedene" bezeichnet; das Ganze dazu noch durch allerhand optisches und akustisches Beiwerk „effektvoll" heruntergezogen. Die Erfahrung der Vergangenheit erinnert uns daran, wie Funk- und heute auch Fernsehen benutzt werden, um die Zuhörer und Zuschauer mit spektakulären Methoden politisch zu beeinflussen und zu schockieren. Die Wahrheit und die politische Mitverantwortung der Staatsbürger sind unbequem.

Die Fernsehsendung liefert einen eklatanten Beweis dafür, daß diese Methoden auf Einschüchterung hinauslaufen, daß sie unsere freie Meinungsäußerung unterdrücken wollen. Es wurde nämlich drohend angekündigt, daß in nächster Zeit gegen diesen Petitionskreis von Rheinland-Pfalz vorgegangen würde und zwar folgendermaßen: „Zur frühen Stunde dürften dann neugierige Beamte an der Haustür klingeln", – dies wurde in Bild und Ton dargestellt, – „ein Vorgang, der sich übrigens nicht zum erstenmal ereignet."

Welche Beamte sind dies? Wer beauftragt sie?

Wie kommt das Fernsehen zu dieser Drohung?

Müssen wir heute wieder und auch in der Bundesrepublik befürchten, daß es nicht immer der Milchmann ist, der im Morgengrauen klingelt?

Hier wurde angewandte und praktizierte Notstandsgesetzgebung am Bildschirm vorgeführt. – Diese Passage in der Sendung ist glaubwürdig und wirkte überzeugend.

Von den reichen und vielfältigen Ausführungen der Gesprächsteilnehmer zugunsten der Aufhebung des KPD-Verbots wurde nichts gebracht, sondern lediglich die vom Gesprächsleiter zum Schluß der Veranstaltung genannten Zahlen über die Unterzeichner der Petitionen in dieser Sache und ein kurzer Ausschnitt aus dem langen Beitrag des Senatspräsidenten i. R. Dr. MICHAELIS. Aus diesem wiederum wurde nur das genommen, was Dr. Michaelis gegen eine Aufhebung des KPD-Verbots geltend machte und verschwiegen, welche Wege er dennoch für möglich hält.

Gossner Mission

Schlimmer noch ist, daß das Fernsehen die Äußerungen von Dr. Michaelis unterschlagen hat, welche die Tätigkeit des Petitionskreises als durchaus zulässig, legal und sogar verfassungsmäßig bezeichnen. Auf einen Hinweis von Professor RIDDER, daß nach der heutigen Praxis der Strafjustiz die Podiumsteilnehmer und selbst der Senatspräsident Michaelis sich erheblichen Gefährdungen aussetzten, gab Dr. MICHAELIS folgende Erwiderung, die also nicht vom Fernsehen gebracht wurde:

„Sie haben hier einen Einberuferkreis, dem ich nicht angehöre, der einberufen hat zur Erörterung des KPD-Verbots. . . . Das ist kein Fördern, da werden keine Dinge gemacht, die nur annähernd irgendwie unter Strafbestimmungen gebracht werden können. . . . Dann müßte ja Herr Zweigert und all die Herren, die in Ihrer Dokumentation stehen und in verschiedenen Kommentaren stehen und die schon alle möglichen Vorschläge gemacht haben, wie man das KPD-Verbot aufheben oder abändern könnte, die müßten dann alle inzwischen angeklagt sein. Also ich glaube, so ängstlich brauchen wir nicht zu sein. . . . Was Sie hier tun, ist nach Artikel 146 höchst verfassungsgemäß. . . . Sie tun etwas Gutes, und das sollten die anderen aber auch tun."

Welches Interesse hat das Fernsehen daran, diese sehr positiven Äußerungen von Dr. Michaelis wegzulassen und nur seine ablehnende Stellungnahme zur Aufhebung des KPD-Verbots zu bringen? Selbst diese aber war, im Zusammenhang des Gesprächs, nicht so schroff wie in der Fernsehreportage.

Als Dr. Michaelis sie damit begründete, daß die Situation in der Bundesrepublik verschieden von der der anderen europäischen Länder sei, in denen die KP zugelassen ist, wurde dies Argument sogleich abgeschwächt durch die Entgegnung von Richter FERRUCCI, daß die Bundesrepublik doch die gleiche demokratische Kultur wie andere europäische Länder habe, in denen die KP selbstverständlich mitarbeitet. Oder, so fragte Ferrucci, will Dr. Michaelis sagen, Deutschland sei nicht demokratisch? Worauf Pfarrer Symanowski sagte: Nein, das will Dr. Michaelis nicht sagen.

Wer hatte diese Sendung in Auftrag gegeben und wem sollte sie dienen? Gegen solche tendenziöse Entstellungen protestieren wir. Und wir mißbilligen auch entschieden die letzten Bilder dieser Sendung. Sie waren ein emotional geladener Appell an der Mauer in Berlin, die eine grelle Widerlegung unserer Bemühungen sei. – **Sieht man nicht, daß unsere Bemühungen doch gerade die Mauer abbauen wollen, die uns ebenso schmerzlich ist wie denen, die sie beweglich beklagen, und dabei, unbelehrbar weiterhin eine Politik unterstützen, die zum Bau dieser Mauer beigetragen hat.**

PETITIONSKREIS
für politische Amnestie und
Aufhebung des KPD-Verbots
Rheinland-Pfalz

Protestbrief von Frau von Oettingen

Dora von Oettingen
6 Frankfurt/M.-Süd
Schnekenhofstraße 33

Frankfurt, 21. 1. 1966

An die Programm-Abteilung des Fernsehens (Südwestfunk), Mainz

Vor etwa zwei Wochen brachten Sie im Fernsehen, abends kurz vor 19 Uhr, eine etwa 10 Minuten lange Sendung über die Bestrebungen der Kommunisten. – Da ich am 12. 11. 1965 im Kurfürstlichen Schloß in Mainz bei der Internationalen Podiumsdiskussion über das KPD-Verbot dabei gewesen war und die gute, sachliche Atmosphäre miterlebt habe, in der dort diskutiert wurde, war ich ehrlich entsetzt darüber, was Sie aus dieser Sendung gemacht haben. Statt sachlicher Reportage, Erwägung von pro und contra, war es eine emotionsgeladene, manipulierte Stimmungsmache gegen die bösen, bösen Kommunisten (Gesang der Internationale, tränenreiche Szenen von der Berliner Mauer, usw.). – Eine derartige Schwarz-Weiß-Malerei ist doch wahrhaftig kein Beitrag zur Völkerverständigung, ohne die doch unsere Welt nicht mehr existieren kann. Ich muß sagen: Die Initiatoren dieser Sendung gehören wohl zu den Ewiggestrigen, die immer noch nicht ihre nationalistische Brille abgelegt und die Erfordernisse des modernen Lebensstils erkannt haben. Die einzigen sachlichen Teile der Reportage waren die Ausschnitte aus den durchaus gegensätzlich argumentierenden Reden der Veranstaltung vom 12. 11. und das Interview der Lehrerin.

Ich bin keine Kommunistin, aber ich möchte mich offiziell bei Ihnen b e s c h w e r e n über den geradezu bösartigen Rahmen, den Sie einem ernst zu nehmenden Anliegen (Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots in Rheinland-Pfalz) gegeben haben. Statt sachliche Fragen sachlich zu diskutieren, haben Sie versucht, unterschwellig zu wirken und Angst vor der KPD und dem ganzen Ostblock zu verbreiten. Angst und Vorurteile sind aber die denkbar schlechtesten Mittel, um Gegensätze auszutragen; wir müssen sie in unserer jungen Demokratie mit allen Mitteln bekämpfen statt sie zu schüren.

Hochachtungsvoll

gez. Dora von Oettingen

Gossner Mission

Antwortschreiben des Landesstudios

SÜDWESTFUNK - Anstalt des öffentlichen Rechts

Frau
Dora von Oettingen
6 Frankfurt / Main-Süd
Schneckenhofstraße 33

Ressort: Fernsehen
Landesstudio Rheinland-Pfalz
Mainz

Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Hausapparat	Tag
23. 1. 1966	bu/al	41	1. 2. 1966

Sehr geehrte Frau von Oettingen,

zunächst möchten wir uns für Ihre freimütig geäußerte Kritik an unserem Beitrag über die Tätigkeit der Kommunisten in Rheinland-Pfalz bedanken.

Im übrigen aber werden Sie es uns nicht verübeln können, wenn wir ebenso freimütig unsere Meinung noch einmal unmißverständlich präzisieren:

1. Das KPD-Verbot stand in diesem Beitrag nicht allein zur Debatte. Es ist ein Faktum neben anderen. Wir haben gezeigt, daß es ernstzunehmende Persönlichkeiten gibt, die dieses Faktum für ein politisch belastendes und überflüssiges Hemmnis der Demokratie halten.

2. Die subversive Tätigkeit der KPD gegen die Staatsordnung der Bundesrepublik ist ebenfalls ein Faktum. Es ist kein Geheimnis, daß diese politische Gruppe aus dem Untergrund gegen den Bestand unseres Rechtsstaates und nicht nur für ihr Recht auf politische Anerkennung in diesem Staat arbeitet.

3. Darum ist es nach unserer Meinung eine Notwendigkeit, sich neben den Gründen, die für eine Wiederzulassung der KPD sprechen, auch das vor Augen halten, was die KPD an politischen Zielen darüber hinaus verfolgt. Dazu bedarf es wohl kaum einer „nationalistischen Brille".

4. Wohl aber bedarf es – so meinen wir – politischer Scheuklappen, um in dieser Diskussion zu fordern, der Kommunismus als solcher müsse völlig außer Betracht bleiben.

Die Berliner Mauer ist ein Produkt des Kommunismus. Und Unmenschlichkeit ist ein schlechtes Argument für Demokratie und Völkerverständigung.

Mit freundlichen Grüßen

Südwestfunk
Landesstudio Rheinland-Pfalz

i. A. i. A.
gez. Dr. Buchwald

Protestbrief von Professor Dr. Ridder

PROF. DR. H. RIDDER
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Justus Liebig-Universität

63 GIESSEN,
Gutenbergstraße 6

Einschreiben

Südwestfunk
– Anstalt des öffentlichen Rechts –
Landesstudio Rheinland-Pfalz
6500 Mainz

Betr.: Fernseh-Sendung „Blick ins Land" des Landesstudios Rheinland-Pfalz am 11. Januar 1966

Sehr geehrte Herren!

Die oben bez. Sendung habe ich selbst nicht gesehen. Sie ist mir erst jetzt bekannt geworden. Der Text, soweit er sich auf das Thema der Wiederzulassung der KPD bezieht, liegt mir vor. Er enthält auch das Kurzinterview mit Ihrem Sprecher, das im Anschluß an die Veranstaltung des „Petitionskreises für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz" im Kurfürstlichen Schloß in Mainz am 12. November 1965 aufgenommen wurde und zu dem ich mich in der Erwartung zur Verfügung gestellt hatte, es werde als Bestandteil eines tendenzfreien Berichts Verwendung finden.

Ich enthalte mich jeder allgemeinen Bemerkung über die publizistische

Gossner Mission

Qualität der Sendung, über die einschlägigen Rechtsfragen (vgl. dazu meine in Kürze im Luchterhand-Verlag, Neuwied, herauskommende Arbeit „Aktuelle Rechtsfragen des KPD-Verbots"), über die in der Sendung zum Ausdruck kommende politische Urteilskraft der Produzenten und über das gegenüber den Beteiligten an den Tag gelegte Maß an Fairneß oder Unfairneß. Ich habe jedoch einige konkrete Feststellungen zu treffen, denen sich notwendig einige Fragen anschließen, um deren möglichst baldige Beantwortung ich Sie bitte, bemüht zu sein.

(1) In der Sendung wird von dem genannten Petitionsausschuß, der sich für die Wiederzulassung der KPD einsetzt, gesagt, er entfalte „seit zwei Jahren eine erstaunliche und verfassungsrechtlich bedenkliche Aktivität", und es sei „durchaus möglich, daß in nächster Zeit gegen diesen Petitionsausschuß, wie **auch gegen andere im Untergrund wieder tätige KPD-Mitglieder** in Rheinland-Pfalz vorgegangen" werde. Damit wird unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß der Petitionsausschuß ein Instrument der im Untergrund tätigen KPD ist.

(2) Etwas später führt der Fernsehsprecher aus: „Unterstützt von willigen Unwissenden und Unzufriedenen begann die KPD mit der Aufnahme der Arbeit, nicht ohne Erfolg, wie sich kürzlich bei einer Podiumsdiskussion in Mainz zeigte . . . Der Mainzer Senator (gemeint ist offenbar „Senatspräsident") Dr. Michaelis, stand in der Diskussion internationalen Genossen gegenüber . . .". Unleugbar stellt meine Teilnahme an der Podiumsdiskussion eine Unterstützung des Petitionskreises dar. Nach der zu (1) getroffenen Feststellung ist das zugleich eine Unterstützung eines Aktionsorgans der im Untergrund tätigen KPD. Offen bleibt, ob ich zu den „willigen Unwissenden" oder zu den „Unzufriedenen" gehöre; jedenfalls gibt es keine dritte Möglichkeit der Kategorisierung. Nicht mit restloser Gewißheit kann der Stelle entnommen werden, ob ich auch zu den „internationalen Genossen" gezählt werde; die Deutung liegt indes nahe.

(3) Im weiteren Verlauf der Sendung erklärte der Sprecher in der Attitüde des versierten Kenners des Verfassungsrechts dezidiert, es gebe „für Kommunisten in der Bundesrepublik verfassungsrechtlich keine Chance". Auch in dem einzigen Ausnahmefall – Zulassung der KPD im Falle einer Wiedervereinigung – könne, wie „den Kommentaren zum Karlsruher Urteil eindeutig zu entnehmen" sei, die KPD nur bei gleichzeitiger Zulassung „rechtsextremer Gruppen" legalisiert werden. Die von mir während der Podiumsdiskussion vorgetragene abweichende Auffassung, die subtantiell beispielsweise auch von dem früheren Bundesverfassungsrichter Prof. Dr. Zweigert (jetzt Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg) geteilt wird – Herr Prof. Dr. Zweigert hat als Richter am KPD-Verbotsurteil mitgewirkt – und beispielsweise aus den Bemerkungen von Prof. Dr. Zweigert in „Juristenzeitung" 1959 S. 677 zu entnehmen ist, wird damit als verfassungsrechtlich undiskutabel bezeichnet. In der abschließenden Bemerkung dieser Passage – „Warum dann also der Einsatz für eine offensichtlich aussichtslose Sache?" – ist die Andeutung enthalten, daß meine Stellungnahme entgegen besserer verfassungsrechtlicher Einsicht von einem verfassungswidrigen Engagement zugunsten der illegalen KPD bestimmt ist. Zumindest wird gegen mich der Vorwurf barer Unkenntnis des Verfassungsrechts in den hier einschlägigen Fragen erhoben. Sie werden diesen Vorwurf gegen einen Hochschullehrer, der gerade dieses Gebiet – nämlich das deutsche Verfassungsrecht – seit mehr als zwanzig Jahren wissenschaftlich bearbeitet, es ein Jahr an einer englischen Universität gelehrt hat und seit sechzehn Jahren an deutschen Universitäten forschend und zugleich lehrend vertritt, mit mir für bemerkenswert halten. Er ist umso bemerkenswerter, als nach Art. 5 Abs. 3 Satz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland speziell die Hochschullehrer in besonderem Maße auf die „Treue zur Verfassung" verpflichtet sind.

Ich fasse zusammen: Aus den zitierten Stellen wie auch aus ihrer Einbettung in den Gesamtzusammenhang der Sendung ergibt sich die Behauptung, ich hätte als „williger Unwissender" oder als „Unzufriedener" – möglicherweise auch als „internationaler Genosse" – ein verfassungsrechtlich zumindest „bedenkliches" Vollzugsorgan der illegalen KPD durch meine Teilnahme an der Podiumsdiskussion in Mainz unterstützt und dabei zumindest eine tiefgreifende Unkenntnis des Verfassungsrechts an den Tag gelegt, wenn nicht in eklatanter Weise gegen das mir von der Verfassung auferlegte Gebot der Treue zur Verfassung verstoßen.

Ich beabsichtige nicht, mit Ihnen in eine Auseinandersetzung darüber einzutreten, ob diese Behauptung zutreffend ist, weil ich es für mich für unzumutbar halte, in den Gestaltern jener Sendung Gesprächspartner zu sehen. Da zugleich mit mir aber auch die akademische Korporation, der anzugehören ich die Ehre habe, und das Land Hessen als mein gegenwärtiger beamtenrechtlicher Dienstherr mitbetroffen sind und ich nach beiden Seiten u. U. gehalten bin, den Vorgang anzuzeigen – bei der Schwere des Vorwurfs müßte ggf. ein disziplinarisches Verfahren gegen mich eingeleitet werden –, muß ich Sie um die präzise Beantwortung der folgenden Fragen ersuchen:

(1) Identifizieren Sie sich mit den erhobenen Vorwürfen?

(2) Falls das nicht der Fall sein sollte: In welcher Weise gedenken Sie, vor der Öffentlichkeit und mir gegenüber für die Rücknahme Sorge zu tragen? – Falls Ihre Stellungnahme zu einzelnen Punkten unterschiedlich sein sollte, bitte ich, in der Antwort entsprechend zu differenzieren.

Ich habe mir erlaubt, den Herrn Intendanten des Südwestfunks durch eine Kopie dieses Schreibens zu unterrichten. Da ich für eine Sendung des Südwestfunks, die am 31. März 1966 aufgenommen werden soll, die Zusage meiner Mitwirkung gegeben habe, das Einhalten dieser Zusage aber von einer für mich befriedigenden Erledigung des vorliegenden Vorgangs abhängig machen muß, bitte ich um Ihre Rückäußerung bis spätestens zum 20. März 1966.

Ferner habe ich den Petitionskreis durch Übersendung einer Durchschrift des vorliegenden Briefes unterrichtet. Falls Ihre Antwort zu Frage (1) bejahend ausfallen sollte, werde ich pflichtgemäß die akademischen Instanzen der Justus Liebig-Universität in Gießen und auf dem Dienstwege den Herrn Hessischen Kultusminister vollständig zu unterrichten haben, um diesen Stellen Gelegenheit zu geben, ihrer Verantwortung vor der Öffentlichkeit durch das Ergreifen entsprechender Maßnahmen in dieser Sache gerecht zu werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Prof. Dr. Ridder

Gossner Mission

Der Intendant antwortet

Auf das Schreiben von Prof. Dr. Ridder hat der Intendant des Südwestfunks sich die ganze beanstandete Sendung vorführen lassen. In einem Brief an Herrn Prof. Dr. Ridder hat er sein Bedauern zum Ausdruck gebracht. In Verbindung mit dem Bild wirke der Wortlaut seines Erachtens zwar nicht ganz so negativ wie bei der bloßen Lektüre des Textes, doch sei die Sendung schlecht gemacht und auch nach seiner Ansicht wegen ihres einseitigen Gehaltes zu mißbilligen. Der Indendant hat das Landesstudio Rheinland-Pfalz angewiesen, im Einvernehmen mit Herrn Prof. Dr. Ridder unverzüglich um eine Korrektur im Rahmen des vom Landesstudio betreuten Regionalprogramms bemüht zu sein.

Vorankündigung

West-Osteuropäische Podiums-Diskussion

am 22. Juni 1966 in Mainz

Mit Gesprächsteilnehmern aus:
ENGLAND, FRANKREICH, UDSSR, POLEN, CSSR u. der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.

Unter Beteiligung des **Weltkirchenratspräsidenten D. Martin NIEMÖLLER**

Einlader: Der Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des K P D - Verbots Rheinland-Pfalz

Eigenes Anliegen

Zur Herausgabe dieser Informationen und Durchführung der Internationalen Podiums-Diskussion sind wir auf die finanzielle Unterstützung der Petenten und unserer Leser angewiesen.
Wir richten die herzliche Bitte an unsere Leser, uns dabei zu helfen.
Für jede Unterstützung auf das Konto von

Friedrich WEISSINGER, Deutsche Bank, Konto Nr. 22 32 71, Mainz
(mit Vermerk: Petition)

sind wir dankbar.

Anfragen und Bestellungen von Einladungen richten Sie bitte an:
Friedrich Weissinger, Diakon, 6503 Mainz-Kastel, Joh.-Goßner-Straße 14, Telefon 06143 / 2352

Die Redaktion des Petitionskreises Rheinland-Pfalz. Verantwortlich für den Inhalt: Studienrätin Gertrud Bienko, Koblenz, Dr. med. H. J Meyer, Mayen, Olf Vetter, Koblenz. Druck: Buchdruckerei Blankenberg, Bad Ems.

Gossner Mission

" Die Rheinpfalz" Nr. 15 vom 18.1.1968 schreibt:

" Eines Kulturstaates unwürdig "

Dokumentation zur poltischen Strafjustiz in Rheinland-Pfalz

von unserer Mainzer Redaktion

ko. Mainz. Eine umfangreiche Dokumentation in Form eines sogenannten "Graubuchs" zur politischen Strafjustiz in Rheinland-Pfalz hat gestern in Mainz auf einer Pressekonferenz der "Petitionskreis Rheinland-Pfalz für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots" vorgelegt. Vor Journalisten erklärte der Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Ammann, daß sich Angehörige des Bundeskriminalamtes, des Landesverfassungsschutzamtes sowie Bundesrichter und Polizeibeamte bei Vernehmungen und Bespitzelungen von Bürgern, die als links orientiert gelten, "etwas außerhalb der Legalität" bewegen würden.

Der Vorsitzende des Petitionskreises, der Mainzer Pfarrer Horst Symanowski, erklärte, daß oft geringe Anlässe oppositioneller Haltung zu staatlicher Gesinnungsschnüffelei führten, die eines Kulturstaates unwürdig sei. An dem Beispiel von 21 Bürgern des Landes gibt die gestern veröffentlichte Dokumentation Auskunft über die Art und den Umfang der Methoden des Verfassungsschutzes, der politischen Kriminalpolizei und der politischen Strafjustiz von Rheinland-Pfalz. Neben ehemaligen KPD-Mitgliedern und Anhängern des Petitionskreises unter anderem auch Ostermarschierer, DFU-Landtagskandidaten, links orientierte Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder sowie Angehörige des Touristen-Vereins " Die Naturfreunde" und des SDS beschattet und von Verfassungsschützern vernommen.

Pfarrer Symanowski erklärte vor der Presse, daß eine große Anzahl von Bürgern des Landes, die ebenfalls beim Verfassungsschutz auf der "schwarzen Liste" stünden, aus Angst vor Existenzgefährung anonym blieben und ihre Beobachtungen nicht der Öffentlichkeit preisgeben wollten. Aus den bekannt gewordenen Fällen könne angenommen werden, daß staatliche Stellen mit Hilfe des KPD-Verbots oppositionelle Staatsbürger einschüchtern wollen.

Gossner Mission

PETITIONSKREIS
für politische Amnestie
u.Aufhebung des KPD-Verbots
Rheinland-Pfalz
- - - - - - - - - - - - - - - -

Mainz, den 9.Januar 1968

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der Petitionskreis Rheinland-Pfalz für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots erlaubt sich, Sie zu einer

P R E S S E K O N F E R E N Z

am Mittwoch, den 17.Januar 1968 um 11 Uhr in den Bahnhofsgaststätten des Mainzer-Hauptbahnhofs

einzuladen.

Seit Jahren, aber besonders 1967 fanden in großer Zahl Vernehmungen von Bürgern in Rheinland-Pfalz mit eigenartigen Methoden durch das Bundeskriminalamt, den Verfassungsschutz, Bundesrichter und Polizeistellen statt, die Verwirrung, Angst und Einschüchterung hervorriefen. Es wird Ihnen eine Dokumentation mit 22 derartigen Fällen übergeben werden; einige der Vernommenen werden zugegen sein und Ihnen für eventuelle Fragen zur Verfügung stehen.

Geringe Anlässe sind von der auf dem KPD-Verbot operierenden politischen Strafjustiz oft dazu benutzt worden, eine staatliche Gesinnungsschnüffelei zu betreiben, die eines Kulturstaates unwürdig ist. Vor allem aber ergibt sich aus all diesen Fällen, wie man mit Hilfe des KPD-Verbots und der dazugehörigen Strafbestimmungen oppositionelle Staatsbürger einschüchtert und sie, oft mit Erfolg, davon abzuhalten versucht, ihre Meinung frei zu äussern. Solche Methoden führen zu einem Regime der Angst und der politischen Enthaltsamkeit, das mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes kaum etwas gemein hat.

In der Erwartung, Sie bei der Pressekonferenz begrüßen zu dürfen.

Der PETITIONSKREIS

i.A. H. Symanowski

(Horst Symanowski, Pfarrer)
6503 Mainz-Kastel
Tel. 06143 - 2352

Gossner Mission

Diskrete Besuche und versteckte Drohungen

Rheinland-pfälzische Dokumentation prangert „staatliche Gesinnungsschnüffelei" an

Von Gerhard Rietz (Mainz)

Frau Irene Becker, Mainz, erhielt eines ends Herrenbesuch, der ihren Mann „ganz ivat" sprechen wollte. Auf die Frage, was denn so dringend wünsche, meinte der äte Besucher: „Und wenn Ihr Mann das nen erzählt, ist das die Sache Ihres Man-s." Dem Versicherungsvertreter Walter cker stellte sich dann der Besucher einige ge später als ein Herr Weidmann vom ndeskriminalamt in Bonn vor. An der Tür rach er noch von einem Fall von Ver-herungsbetrug. Nachdem er in einem Ne-nbüro Platz genommen und die angebotene garette („Ich bin zwar nur Gelegenheits-ucher, aber heute rauche ich mal eine") gezündet hatte, ließ er die Maske fallen. teilte dem Gastgeber mit, daß es sich um ne „Nachforschungsvernehmung gegenüber nem Kommunisten" handele. Becker, kein mmunist, aber von Berufs wegen Men-nenkenner und im Umgang mit Menschen bstsicher: „Herr Weidmann, ich bin kein nunziant, ich bin auch kein Verräter. Ver-ssen Sie meine Wohnung, und zwar sofort."

Das ist einer der zahlreichen Fälle, die ch Mei[illegible]ng des Petitionskreises für politi-ne An[illegible]tie und Aufhebung des KPD-Ver-ts Rheinland-Pfalz nichts anderes darstel-n als staatliche Gesinnungsschnüffelei, um rmale Staatsbürger in Angst und Schrecken versetzen. 21 Fälle aus den letzten zwei hren faßte der Petitionskreis in einer Do-mentation zusammen, um der Öffentlich-it vor Augen zu führen, „wie man mit lfe des KPD-Verbots und der dazugehöri-n Strafbestimmungen oppositionelle Staats-rger einschüchtert und sie oft mit Erfolg von abzuhalten versucht, ihre Meinung frei äußern."

Mitten aus dem Unterricht einer Ober-ima wurde die Studienrätin Gertrud Bien-, Koblenz, jetzt außer Diensten, gerufen. außen stellte sich ein „Herr Niemand vom nenministerium Rheinland-Pfalz"" vor. In einem siebenstündigen Gespräch wegen schweren Verdachts der Staatsgefährdung wollte man von der Studienrätin, die in dem Petitionskreis aktiv tätig ist, wissen, welche Hintergründe ihr „illegaler Besuch" in Leipzig gehabt habe. Frau Bienko war in ihren Ferien zu einem Verwandtenbesuch nach Prag und anschließend zu einer dreitägigen Veranstaltung der Universität Leipzig gefahren, was sie der Behörde allerdings nicht gemeldet hatte. „Ein Fehler", meinte Frau Bienko selbst, denn in Leipzig sprachen damals öffentlich mehrere westdeutsche Universitätslehrer, darunter Professor Delekat, Mainz, der dort besonders herzlich gefeiert worden sei. Der Herr Niemand habe sich enttäuscht gezeigt von dem Namen des einzigen Kommunisten, den Frau Bienko im Zusammenhang mit der Petition nennen konnte, ein Herr Gregorski, der von da ab als Beweis für die Staatsgefährlichkeit der Studienrätin fungierte. Vorgehalten bei späteren Vernehmungen wurde der Studienrätin auch eine Reise mit Neckermann, sechs Tage Moskau und Leningrad im Mai 1966 für 600 Mark.

Hans Gillesheim, Trier, Zweiter Betriebsratsvorsitzender in einer Trierer Firma, wollte man anwerben, um zu erfahren, wo illegales Material aus China in die Bundesrepublik eingeschleust würde. Die Polizei hatte bei dem 22jährigen im Betrieb angerufen und ihn über den Prokuristen der Firma aufgefordert, zwecks Vernehmung bei der Polizei vorzusprechen, wo „zwei Herren vom Ministerium" ihn erwarten würden.

Helmut Langanke aus Mainz-Mombach wurde im Polizeipräsidium darauf angesprochen, „von Zeit zu Zeit einen Bericht über die Tätigkeit des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel" zu schreiben. Angeboten wurde ihm dafür eine entsprechende Belohnung. Der Beamte Jochem, von der Politischen Polizei, wies auch besonders auf das geringe Risiko hin, das Langanke dab[illegible]eingehen würde und daß er als Zonenflüchtling die Belohnung bestimmt gebrauchen könne. Das Gossner-Haus ist ein Treffpunkt der Evangelischen Mission.

Der Sohn des Nervenarztes Dr. Hans-Joachim Meyer wurde neben anderen Soldaten durch militärischen Befehl zu einer Vernehmung abkommandiert, in der er über die politische Einstellung seines Vaters befragt wurde. Eine Erklärung darüber, daß er das Recht habe, die Aussage zu verweigern, wurde ihm nicht gegeben. Der Nervenarzt aus Mayen war im Herbst 1966 von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Militärische Abwehrdienst in Koblenz Vernehmungen über ihn veranstalte. Diese Vernehmungen geschahen zum Teil im Zusammenhang mit ärztlichen Untersuchungen von Soldaten, die der Nervenarzt auf Veranlassung des zuständigen Truppenarztes oder als Konsiliararzt im Krankenhaus vorgenommen hatte.

„Wir sehen uns wieder; auf Sie freue ich mich ganz besonders; notfalls komme ich Sie holen." Der Beamte der Politischen Kriminalpolizei mit Namen Haas schimpfte noch, als er auf der Straße an dem Rentner Gustav Nagel, den er zuvor aufgesucht hatte, vorbeiging. Beamte des Bundesinnenministeriums hatten einige Monate früher den Rentner um eine Unterredung politischer Art gebeten und ihn wegen der von Nagel herausgebrachten Offenen Briefe und den Hinweis auf eventuelle strafrechtliche Verfolgung einzuschüchtern versucht.

Man bot dem Rentner eine Stelle in irgendeinem SPD-Parteibüro „mit, sagen wir, 1000 Mark monatlich". Als dies abgelehnt wurde, bot der zweite Beamte eine Stelle auf irgendeinem Gewerkschaftsbüro an, wo Nagel im übrigen kommen und gehen könne, wie es ihm passe. Mit etwa 1500 Mark monatlich. Den beiden Beamten war es besonders darum gegangen, daß Nagel nicht immer wieder seine kommunistische Gesinnung betonen sollte. Bei einer Hausdurchsuchung bei Gustav Nagel im Mai 1965 beschlagnahmten Beamte der Politischen Polizei neben Flugblättern gegen Notstands- und Notdienstgesetze auch die Schreibmaschine und zwei DGB-Taschenkalender.

Robert Nonnenmacher, Baudekoration, Mainz, wurde am 11. Juli 1967 von Beamten des Verfassungsschutzes und der Politischen Polizei nicht mehr aus den Augen gelassen. Man begleitete ihn zu den Baustellen, wo Material ausgeladen wurde. Nonnenmacher, der niemals der KPD angehört, jedoch für die DFU kandidiert hat, „hatte das Gefühl, bereits verhaftet zu sein". Durch ein Schreiben des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 18. Dezember 1967 erfuhr Nonnenmacher dann, daß das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verdachts der Staatsgefährdung eingestellt sei.

FR. 20. 1. 68 Nr. 17

19. 1. 68 FR

Nicht nur der Verfassungsschutz?

Wahrscheinlich auch Bundesnachrichtendienst an Hochschulen tätig

Drahtbericht unserer Korrespondentin Lore Lorenzen

KIEL, 18. Januar. Der schleswig-holsteinische Innenminister Schlegelberger deutete am Donnerstag vor der Presse an, daß neben dem Verfassungsschutz möglicherweise auch der Bundesnachrichtendienst an den Hochschulen tätig sei. Im Zusammenhang mit der jüngst bekanntgewordenen Spitzelaffäre an der Kieler Universität antwortete der Minister auf die Frage, ob die personellen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Studenten, die angeworben werden sollten, vorher ermittelt wurden und ob eine Studentin erpreßt worden sei: „Sie müssen unterscheiden zwischen unserem Verfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst." Er, Schlegelberger, müsse davon ausgehen, daß noch ganz andere Nachrichtendienste im Bereich der Universität tätig seien. Für den Verfassungsschutz selbst liege jedoch die eindeutige Weisung vor, „bei Anwerbung von V-Männern" keine Erpressungen vorzunehmen.

Der Verfassungsschutz hatte für die Anwerbung am 1. Juli 1967 folgende Annonce in den „Kieler Nachrichten" einrücken lassen: „Nebenberufliche, leichte journalistische Tätigkeit, bes. für Studenten geeignet, gute Honorierung. Ang. unt. M 3951 KN." Daraufhin hatte sich der Soziologiestudent Gritzka gemeldet, der über seine journalistischen Interessen befragt und dann von den Verfassungsschutzbeamten in die Ausspähaufträge eingewiesen wurde.

Der Minister sagte dazu: „Ich bin der Auffassung, daß das Inserat nicht gut gewählt war. Ich bedauere das ausdrücklich." Mit der Formulierung „Was ich jetzt unternehme, ist eine andere Frage", gab der Minister zu verstehen, daß er personelle Konsequenzen ziehen wolle. Dies wurde auch aus Kreisen des Innenministeriums bekannt. Der Minister betonte: „Das wird nicht wieder vorkommen."

Gossner Mission

Klagen über den Verfassungsschutz

Dokumentation spricht von „eigenartigen Methoden"

Drahtbericht unseres Korrespondenten Gerhard Rietz

MAINZ, 17. Januar. „Hart an der Grenze der Denunziation!" Das ist die Ansicht des rheinland-pfälzischen Petitionskreises für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots über die „staatliche Gesinnungsschnüffelei" des Verfassungsschutzes in Rheinland-Pfalz und seiner „eigenartigen" Methoden, „die Verwirrung, Angst und Einschüchterung hervorriefen."

Der Leiter des Petitionskreises, Pfarrer Horst Symanowski, übergab am Mittwoch der Presse eine „Dokumentation über Methoden des Verfassungsschutzes, der Politischen Kriminalpolizei und der Politischen Strafjustiz in Rheinland-Pfalz", in der 21 namentlich genannte Bürger des Landes ihre ungewollten Begegnungen mit Beamten dieser Dienststellen schildern.

In zwei Fällen war der Verfassungsschutz bemüht, die Angesprochenen zu Spitzeldiensten anzuwerben. Mit der Veröffentlichung will der Petitionskreis bewußt machen, „daß in Rheinland-Pfalz unter Ausnutzung des KPD-Verbotes nach wie vor Bürger, die eigene Auffassungen zu Problemen der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik entwickeln, in vielfältigerweise zu Opfern des Verfassungsschutzes, der Politischen Polizei und der Politischen Strafjustiz wurden" und dadurch eine Lage entstanden sei, die sich mit Demokratie und Rechtssicherheit nicht vereinbaren lasse.

Einige der Vernommenen waren bei der Pressekonferenz zugegen und stellten sich für Fragen zur Verfügung. Symanowski wies darauf hin, daß die Zahl der Vernehmungen bedeutend höher sei, daß aber nur diese Bürger zu einer Veröffentlichung mit Namensnennung bereit gewesen seien. Die meisten Vernehmungen würden überhaupt nicht bekannt, weil die Betroffenen Angst vor beruflichen und geschäftlichen Nachteilen hätten. Auf die Frage, ob er für eine Wiederzulassung der alten kommunistischen Partei oder für die Neugründung einer KP eintrete, sagte Symanowski, es komme erst einmal darauf an, die eingeschüchterten Bürger zu ermutigen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung überhaupt Gebrauch zu machen.

Frankfurter Rundschau 18. 1. 1968

Gossner Mission

tet die offizielle Schelte. Und wenn sie es „nur“ um des Geldes willen täten? Gewiß ist es schön, wenn die Mutter zu Hause ist und ihre Kinder erziehen kann. (Und wer erzieht die Erzieher?) Und gewiß ist es grauenvoll, wenn die Frau, von Beruf und Haushalt zermürbt, Mann und Kinder tyrannisiert. Dann nehme man ihr wenigstens die öffentliche Mißachtung von den Schultern, das ständig eingeredete schlechte Gewissen.

Warum haben Tagesheimschulen noch immer den Ruf an sich, doch nur Schulen für sozial gefährdete oder Schlüsselkinder zu sein? Und warum gibt es nicht genügend Kindergärten? Weil es mit unseren Kindern so geht wie mit unseren alten Menschen: Eine fatale Anschauung verlangt, daß sie zu Hause zu sein haben. Man soll sie nicht „weggeben“, wie eine verräterische Vokabel lautet.

Nein, die Bundesrepublik ist kein Land für Kinder. Für die normalen nicht, erst recht nicht für die an Körper und Seele Geschädigten. Geistig oder körperlich behinderte Kinder werden noch immer als Makel ihrer Erzeuger angesehen, leider in vielen Fällen von den Eltern selbst. Hilft hier eine Bundesregierung dem Aufklärungswerk einzelner privater Stellen nach? Armselige Geschöpfe werden in Hinterzimmern versteckt, nicht etwa auf Sonderschulen geschickt. Die Ärzte sprechen sich gegen die Meldepflicht für geistig behinderte Kinder aus; die Eltern sagen oft: „Im Dritten Reich hat man uns die Kinder weggenommen, das wollen wir nicht wieder!“ Verzeihung: so ernst das Argument ist, so schwer fällt es, ihm zu glauben. Vermutlich steckt mehr falsche Scham als historische Einsicht dahinter.

Ihr „Verantwortlichen“ für die Familie, klärt die Eltern auf! Sagt den Eltern etwas zur Kindererziehung: daß Schläge kein Mittel sind, stramme kleine Erwachsene kein erstrebenswertes Ziel. Duldet hinter der angeblich christlichen Fassade nicht so viel Unmenschlichkeit, so viel Gier, über die eigenen Geschöpfe zu herrschen. Laßt die Kinder endlich Subjekte sein, erlöst sie davon, Objekt eurer Familienpolitik zu sein.

ten ist, bisher alle Minister ihre Aemter über die schwere Sparhürde. Bisher — das muß man hinzufügen —, denn noch sind die Schmerzen über Zusammenstriche einzelner Haushalte noch nicht ausgestanden und schon gar nicht die parteiinternen Auseinandersetzungen, die sich erst zusammenbrauen können, nachdem die Details bekannt sind. Der frühere Schatzkanzler Callaghan gab schließlich sein Amt auch erst ab, nachdem er den Sturm nach der Pfundabwertung über sich hatte ergehen lassen. Sollten sich allerdings alle Minister entschließen, trotz der Etat-Amputationen am Sessel kleben zu bleiben, dann können sie für

Gossner Mission

Diskrete Besuche und versteckte Drohungen

Rheinland-pfälzische Dokumentation prangert „staatliche Gesinnungsschnüffelei" an

Frankfurter Rundschau, 20. Jan. 68 Von Gerhard Rietz (Mainz)

Frau Irene Becker, Mainz, erhielt eines Abends Herrenbesuch, der ihren Mann „ganz privat" sprechen wollte. Auf die Frage, was er denn so dringend wünsche, meinte der späte Besucher: „Und wenn Ihr Mann das Ihnen erzählt, ist das die Sache Ihres Mannes." Dem Versicherungsvertreter Walter Becker, stellte sich dann der Besucher einige Tage später als ein Herr Weidmann vom Bundeskriminalamt in Bonn vor. An der Tür sprach er noch von einem Fall von Versicherungsbetrug. Nachdem er in einem Nebenbüro Platz genommen und die angebotene Zigarette („Ich bin zwar nur Gelegenheitsraucher, aber heute rauche ich mal eine") angezündet hatte, ließ er die Maske fallen. Er teilte dem Gastgeber mit, daß es sich um eine „Nachforschungsvernehmung gegenüber einem Kommunisten" handele. Becker, kein Kommunist, aber von Berufs wegen Menschenkenner und im Umgang mit Menschen selbstsicher: „Herr Weidmann, ich bin kein Denunziant, ich bin auch kein Verräter. Verlassen Sie meine Wohnung, und zwar sofort."

Das ist einer der zahlreichen Fälle, die nach Meinung des Petitionskreises für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz nichts anderes darstellen, als staatliche Gesinnungsschnüffelei, um normale Staatsbürger in Angst und Schrecken zu versetzen. 21 Fälle aus den letzten zwei Jahren faßte der Petitionskreis in einer Dokumentation zusammen, um der Öffentlichkeit vor Augen zu führen, „wie man mit Hilfe des KPD-Verbots und der dazugehörigen Strafbestimmungen oppositionelle Staatsbürger einschüchtert und sie oft mit Erfolg davon abzuhalten versucht, ihre Meinung frei zu äußern."

Mitten aus dem Unterricht einer Oberprima wurde die Studienrätin Gertrud Bienko, Koblenz, jetzt außer Diensten, gerufen. Draußen stellte sich ein „Herr Niemand vom Innenministerium Rheinland-Pfalz"" vor. In einem siebenstündigen Gespräch wegen schweren Verdachts der Staatsgefährdung wollte man von der Studienrätin, die in dem Petitionskreis aktiv tätig ist, wissen, welche Hintergründe ihr „illegaler Besuch" in Leipzig gehabt habe. Frau Bienko war in ihren Ferien zu einem Verwandtenbesuch nach Prag und anschließend zu einer dreitägigen Veranstaltung der Universität Leipzig gefahren, was sie der Behörde allerdings nicht gemeldet hatte. „Ein Fehler", meinte Frau Bienko selbst, denn in Leipzig sprachen damals öffentlich mehrere westdeutsche Universitätslehrer, darunter Professor Delekat, Mainz, der dort besonders herzlich gefeiert worden sei. Der Herr Niemand habe sich enttäuscht gezeigt von dem Namen des einzigen Kommunisten, den Frau Bienko im Zusammenhang mit der Petition nennen konnte, ein Herr Gregorski, der von da ab als Beweis für die Staatsgefährlichkeit der Studienrätin fungierte. Vorgehalten bei späteren Vernehmungen wurde der Studienrätin auch eine Reise mit Neckermann, sechs Tage Moskau und Leningrad im Mai 1966 für 600 Mark.

Hans Gillesheim, Trier, Zweiter Betriebsratsvorsitzender in einer Trierer Firma, wollte man anwerben, um zu erfahren, wo illegales Material aus China in die Bundesrepublik eingeschleust würde. Die Polizei hatte bei dem 22jährigen im Betrieb angerufen und ihn über den Prokuristen der Firma aufgefordert, zwecks Vernehmung bei der Polizei vorzusprechen, wo „zwei Herren vom Ministerium" ihn erwarten würden.

Helmut Langanke aus Mainz-Mombach, wurde im Polizeipräsidium darauf angesprochen, „von Zeit zu Zeit einen Bericht über die Tätigkeit des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel" zu schreiben. Angeboten wurde ihm dafür eine entsprechende Belohnung. Der Beamte Jochem, von der Politischen Polizei, wies auch besonders auf das geringe Risiko hin, das Langanke dabei eingehen würde und daß er als Zonenflüchtling die Belohnung bestimmt gebrauchen könne. Das Gossner-Haus ist ein Treffpunkt der Evangelischen Mission.

Der Sohn des Nervenarztes Dr. Hans-Joachim Meyer wurde neben anderen Soldaten durch militärischen Befehl zu einer Vernehmung abkommandiert, in der er über die politische Einstellung seines Vaters befragt wurde. Eine Erklärung darüber, daß er das Recht habe, die Aussage zu verweigern, wurde ihm nicht gegeben. Der Nervenarzt aus Mayen war im Herbst 1966 von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Militärische Abwehrdienst in Koblenz Vernehmungen über ihn veranstalte. Diese Vernehmungen geschahen zum Teil im Zusammenhang mit ärztlichen Untersuchungen von Soldaten, die der Nervenarzt auf Veranlassung des zuständigen Truppenarztes oder als Konsiliararzt im Krankenhaus vorgenommen hatte.

„Wir sehen uns wieder; auf Sie freue ich mich ganz besonders; notfalls komme ich Sie holen." Der Beamte der Politischen Kriminalpolizei mit Namen Haas schimpfte noch, als er auf der Straße an dem Rentner Gustav Nagel, den er zuvor aufgesucht hatte, vorbeiging. Beamte des Bundesinnenministeriums hatten einige Monate früher den Rentner um eine Unterredung politischer Art gebeten und ihn wegen der von Nagel herausgebrachten Offenen Briefe und den Hinweis auf eventuelle strafrechtliche Verfolgung einzuschüchtern versucht.

Man bot dem Rentner eine Stelle in irgendeinem SPD-Parteibüro „mit, sagen wir, 1000 Mark monatlich". Als dies abgelehnt wurde, bot der zweite Beamte eine Stelle auf irgendeinem Gewerkschaftsbüro an, wo Nagel im übrigen kommen und gehen könne, wie es ihm passe. Mit etwa 1500 Mark monatlich. Den beiden Beamten war es besonders darum gegangen, daß Nagel nicht immer wieder seine kommunistische Gesinnung betonen sollte. Bei einer Hausdurchsuchung bei Gustav Nagel im Mai 1965 beschlagnahmten Beamte der Politischen Polizei neben Flugblättern gegen Notstands- und Notdienstgesetze auch die Schreibmaschine und zwei DGB-Taschenkalender.

Robert Nonnenmacher, Baudekoration, Mainz, wurde am 11. Juli 1967 von Beamten des Verfassungsschutzes und der Politischen Polizei nicht mehr aus den Augen gelassen. Man begleitete ihn zu den Baustellen, wo Material ausgeladen wurde. Nonnenmacher, der niemals der KPD angehört, jedoch für die DFU kandidiert hat, „hatte das Gefühl, bereits verhaftet zu sein". Durch ein Schreiben des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 18. Dezember 1967 erfuhr Nonnenmacher dann, daß das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verdachts der Staatsgefährdung eingestellt sei.

Mission

genwärtigen Epoche, den als ‚Persönlichkeitskult' bekannten Komplex aufzurollen ..."

Damit übte Lukacs indirekte Kritik etwa an der offiziellen Linie des sowjetischen

Problem Lehrermangel

Der ohnehin schon chronische Lehrermangel in Schottland nimmt noch durch die Tatsache zu, daß immer mehr Pädagogen von der schottischen Westküste nach Kanada gehen, wo sie weit bessere Einkommenschancen haben als in der Heimat. Im abgelaufenen Schuljahr waren es rund 200 Lehrer. In der Industriestadt Glasgow haben die Schulbehörden die meisten Sorgen; denn dort fehlen gegenwärtig 1308 Lehrer (776 für die Volks- und 532 für die höheren Schulen). Man rechnet damit, daß der Lehrermangel in der Zukunft noch auffälliger in Erscheinung treten wird, da die Jungen und Mädchen ab 1970 erst mit 16 Jahren von der Schule abgehen dürfen und

kunst die Briten in einem Ernstfall zurückbringen", hört man plötzlich aus den australischen Regierungskreisen. Im Einklang mit den Protesten aus Singapur und Malaysia hat Ministerpräsident Gorton dem in Canberra weilenden britischen Commonwealth-Minister George Thomson gegenüber ernste Bedenken über die Eile des Rückzuges vorgebracht. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die australische Regierung jetzt einen harten Kurs einschlagen wird, um den britischen Rückzug aus dem Raum östlich von Suez zu verzögern.

Die australische Regierung wird vorher auch die indonesische Regierung konsultieren. Nach ihrer Auffassung ist ein neuer Verteidigungspakt zwischen den durch die britischen Rückzugspläne betroffenen Ländern erforderlich, um das entstehende militärische Vakuum auszufüllen. Und einem solchen Pakt müßte auch Indonesien angehören. Wird Australien weiterhin versuchen, mit seinen zur Zeit in Uebersee stationierten 12 000 Soldaten die Frontlinie in Asien zu halten, oder wird es sich in Zukunft auf eine neue Verteidigungslinie um seine Küsten und Territorien beschränken? Das ist jetzt eine der großen Fragen in Canberra. Sollte sich die Regierung unter dem neuen Mann an der Spitze für das letztere entscheiden, so dürfte dies die australisch-amerikanische Allianz lockern.

Der amerikanische Präsident Johnson hat in einer persönlichen Botschaft an Gorton erklärt, daß er sich durch dessen Wahl „gestärkt" fühle, da jetzt doch die Allianz zwischen den beiden Ländern erhalten bleibe. Außer dem kleinen Neuseeland ist Australien das einzige westliche Land, das an der Seite der Amerikaner in Vietnam kämpft. Aber verspricht die Wahl Gortons zum neuen australischen Ministerpräsidenten wirklich, daß sich Australien weiterhin so entschlossen hinter die Vietnam-Politik Johnsons stellen wird, wie es dies unter dem den Forderungen Washingtons gegenüber nachgiebigen Harold Holt tat? Gorton gilt als ein eigenwilliger Individualist, der seinen eigenen Weg geht. Er erklärt zwar, daß die kommunistische Agression in Indochina gestoppt werden müsse, betont aber, daß er kein „Falke" in der amerikanischen Bedeutung des Wortes sei — kein Scharfmacher für den Krieg also — und daß er so schnell wie möglich Frieden in Vietnam sehen möchte.

Ueber US-Sparmaßnahmen enttäuscht

vorsitzenden der Liberalen, den Schatzminister Bill McMahon fallen müssen. Aber während der letzten dramatischen Stunden vor der Entscheidung, die die 81 Mitglieder der parlamentarischen Fraktion der Liberalen zu fällen hatten, mußte McMahon auf seine Kandidatur verzichten, um die Einigkeit innerhalb seiner eigenen Partei und die Koalition mit der Agrarpartei zu retten.

Die Agrarpartei hatte kompromißlos erklärt, daß sie die Koalition platzen lassen würde, falls der neue Ministerpräsident

neue Talente in das Regierungskabinett kommen sollen. Das alte Kabinett hat im letzten Jahr viel von seiner Popularität eingebüßt, und dem will er nun entgegenwirken. Alles spricht dafür, daß jetzt auch einige jener kritischen und eigenwilligen liberalen Parlamentarier, die weder unter dem früheren, diktatorischen Ministerpräsidenten Robert Menzies noch unter dem beschwichtigenden Harold Holt eine Chance hatten, zur Geltung zu kommen, mit verantwortlichen Portefeuilles ausgestattet werden.

Ohne Lester Pearson gäbe es keine

Kanadas Ministerpräsident gehört zu den Arc

Von Alfred Joachim Fischer

Kanadas liberaler Ministerpräsident, Lester Pearson, der im April 1968 zurücktreten wird, falls ihn nicht bereits vorher ein Mißtrauensvotum der Opposition stürzt, hatte seinen 73jährigen Kollegen Levi Eschkol zu einem offiziellen Besuch nach Ottawa eingeladen. Die Begegnung war mit dem letzten Akt eines zeithistorischen Dramas vergleichbar. Jener jugendliche Siebziger Pearson, ohne den es keinen jüdischen Staat im Mittleren Osten gäbe, scheint am Ende seiner vierzigjährigen politischen Laufbahn — er will die ebenso lange unterbrochene Karriere des Universitätslehrers wiederaufnehmen — einen letzten Beitrag zum Frieden dieser Region leisten oder zumindest versuchen zu wollen. Wird, was ihm 1956, wie wir heute wissen, mißglückte, 1968 gelingen?

Einer der „weisen Männer"

Für jeden Israeli und Zionisten, also auch für den Regierungschef aus Jerusalem, ist Pearson eine beinahe legendäre Figur. Tatsächlich war er einer der wichtigsten Architekten Israels. Als kanadischer Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen, auch während der Verhandlungen über die Teilung Palästinas als Außenminister, zwischen 1948 und 1957 und wieder als Ministerpräsident seit 1963, sicherte dieser hervorragende Staatsmann seinem 20-Millionen-Volk einen ganz unproportionellen Einfluß. Ähnliches erreichten nur schwankende Regierungen konnte er schließlich gewinnen, so daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit bei der entscheidenden Abstimmung am 29. November 1947 zustande kam.

Ein Kanadier gehörte der UN-Sonderkommission über Palästina von 1947 an, und Kanada war Mitglied des Sicherheitsrates, der 1948 und 1949 die Waffenstillstandsverträge zwischen Israel und den Arabern vermittelte. Außerdem beteiligte es sich an der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge, stellte einen der ersten Generaldirektoren und zahlte mit die großzügigsten Beiträge. Ab 1954 hatte die Gemischte Waffenstillstands-Überwachungskommission kanadische Mitglieder. Außerde „lieferte" Ottawa einen ihrer ersten Stabschefs.

Zwischen Kanada und Israel dauerten die Flitterwochen ziemlich lange an, genau gesagt bis zum Suez-Sinai-Konflikt im Jahre 1956. Damals nahm die kanadische Regierung im Gegensatz zur australischen und neuseeländischen erstmals eine antibritische Haltung ein. In ihren Auswirkungen mußte sie auch gegen Frankreich und Israel gerichtet sein. Durch die Pearsonsche Idee der UNEF, einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen, konnte zwar keine echte ägyptisch-israelische Entspannung gesichert werden, aber ließ sich doch elf Jahre hindurch ein heißer Krieg vermeiden. Vorbild für andere militärische Formationen der Vereinten Nationen, deren es jetzt bereits etliche gibt, diente UNEF im

Gosstelefon Mission

Dr. W. Ammann
Rechtsanwalt

Bankkonto:
Volksbank G. m. b. H. Heidelberg Nr. 6641
Postscheckkonto Karlsruhe 449 08

69 Heidelberg, 18. Dezember 19 67
Büro: Hauptstraße 113
Fernsprecher 2 60 92
Privat: Handschuhsheimer Landstraße 19
Fernsprecher 4 08 18

Dr. A/Fi

Herrn
Pfarrer Symanowski

6503 Mainz-Kastel
Joh.-Gossnerstr. 14

Sehr geehrter Herr Pfarrer Symanowski!

Herr Vetter war bei mir, um mich um meine Meinung zu der vom Petitionskreis ins Auge gefassten Pressekonferenz zu fragen. Er sagte mir, dass Sie sich bei der letzten Besprechung über diese Frage nicht schlüssig geworden seien und Wert darauf legten, meine Auffassung zu dieser Frage zu hören.

Ich möchte gleich erwähnen: Ich bin für die Abhaltung einer Pressekonferenz und auch für die Veröffentlichung der zusammengetragenen Unterlagen.

Die Wirkung der einzelnen Fälle auf die Journalisten und überhaupt auf die Öffentlichkeit wird sicher sehr unterschiedlich sein. Einige Schilderungen (z.B. Bienko, Langanke und Nonnenmacher) werden jeden gerecht denkenden Menschen schokieren. Andere werden manchem sehr unsensationell, weil alltäglich, vorkommen. Es tritt auch eine gewisse Gewöhnung am Unrecht ein, wenn es lange genug und bei nur geringem Widerspruch praktiziert wird; zumal dann, wenn man solches Unrecht noch mit dem juristischen Schleier der "Legalität" verhüllt.

Trotzdem sollten wir auch auf solche Fälle nicht verzichten, weil sie einfach zu unserem heutigen Bild der massgeblich auf dem KPD-Verbot operierenden politischen Strafjustiz gehören und weil sie zeigen, welch geringe Anlässe oft dazu benutzt werden, eine staatliche Gesinnungsschnüffelei zu betreiben, die eines Kulturstaates einfach unwürdig ist.

Gossner Mission

Vor allem aber ergibt sich aus all diesen Fällen, wie man mit Hilfe des KPD-Verbots und der dazugehörigen Strafbestimmungen oppositionelle Staatsbürger einschüchtert und sie, oft mit Erfolg, davon abzuhalten versucht, ihre Meinung frei zu äussern. Solche Methoden führen zu einem Regime der Angst und der politischen Enthaltsamkeit, das mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes kaum noch etwas gemein hat.

Auch, vielleicht sogar in erster Linie, folgende Überlegung veranlasst mich dazu, mit den vorliegenden Fällen, und wenn möglich mit noch mehreren, an die Öffentlichkeit zu treten: Die in den letzten Jahren sehr stark gewordene Kritik an den oft uferlosen Verfolgungsmassnahmen der politischen Polizei und Justiz im In- und Ausland hat dazu geführt, dass endlich auch seitens der Bundesregierung eine Reform der politischen Strafbestimmungen in Angriff genommen worden ist. Doch wird von vielen Vertretern der Bundesregierung und insbesondere den sog. Sachverständigen der Verfassungsschutzämter dahin gewirkt, diese Reform im Ergebnis so wirkungslos wie möglich zu gestalten. Von diesen Kreisen wird in letzter Zeit immer auf die angeblich geringe Zahl von Verhaftungen und Verurteilungen hingewiesen, weshalb allzu viel Reform doch gar nicht notwendig sei. Tatsächlich halten sich politische Polizei und Justiz mit solchen Verfahren, die ein grosses Echo in der Öffentlichkeit bewirken könnten, in letzter Zeit auch sehr zurück.

Weiter gehen aber die Bespitzelungen und Einschüchterungen unbequemer Mitbürger, die formaljuristisch mit den noch bestehenden politischen Strafbestimmungen und vor allem mit dem KPD-Verbot begründet werden.

Auch deshalb sollten all diese Vorgänge an das Licht der Öffentlichkeit, das die sog. Verfassungsschutzämter so scheuen, gezerrt werden, um nämlich die Reformwilligen im Bundestag und auch Bundesregierung zu stärken, um deutlich werden zu lassen, dass es ohne tiefgreifende gesetzgeberische Änderungen im Bereich unserer politischen Justiz nicht geht. Hinzu kommt, dass jetzt, wo wir endlich mit unserer Kritik an den unhaltbaren Zuständen im Bereich der politi-

Gossner Mission

schen Justiz gehört werden, die Zeit günstig ist für solche Verlautbarungen. Andererseits drängt die Zeit aber auch, denn nach Verabschiedung der "eform des politischen Strafrechts stehen wir möglicherweise wieder vor gesetzgeberischen Halbheiten, die auch weiterhin die Gesinnungsverfolgung wie bisher erlauben. Wir sollten uns unbedingt jetzt Gehör verschaffen.

Ich bin auch zuversichtlich, dass durch die Veröffentlichungen des Petitionskreises mancher, der mit seinem ähnlichen eigenen Fall noch ängstlich zurückhält, Mut bekommt und auch an die Öffentlichkeit tritt. Das zeigt doch auch das Echo, das auf den Protest der zunächst wenigen Giessener Studenten gegen die Bespitzelungspraktiken des Verfassungsschutzes erfolgte.

Ich hoffe, sehr verehrter Herr Pfarrer Symanowski, dass meine Argumente Ihren Entschluss, mit den Dingen an die Öffentlichkeit zu treten, etwas gestärkt haben. Ich selbst bin gerne bereit, an der vorgesehenen Pressekonferenz teilzunehmen, um auch zu den rechtlichen Problemen, die dabei auftauchen, etwas zu sagen.

Bis dahin grüsse ich Sie mit den besten Wünschen für einen Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen, um eine Verbesserung unserer politischen und juristischen Atmosphäre,

Ihr ergebener

K. M. Ohnesorg

Rechtsanwalt

Gossner Mission

MAZ 18.1.68

Bürgerpflicht?

ky. *Wenn man der am Mittwoch in Mainz vom Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots vorgelegten Dokumentation über zweifelhafte Methoden des Verfassungsschutzes glauben darf — und nichts spricht bis zur Stunde dagegen —, dann ist das Verhältnis zwischen dem Bürger und seinem Staat auch im Jahre 1968 noch reichlich wilhelminisch. 21 aus einer sicher weit größeren Zahl „Beschatteter" allein aus Rheinland-Pfalz, die Konformität und Opportunität nicht unbedingt für demokratische Vorzüge halten, und sich zur politischen Linken zählen, ohne Kommunisten zu sein, bestätigten nämlich recht überzeugend, daß Ruhe hierzulande noch immer erste Bürgerpflicht ist. Ohne die Notwendigkeit von Institutionen wie dem westdeutschen Verfassungsschutz etwa grundsätzlich zu verneinen, fordern sie Schutz vor einer Truppe, der an der Abschirmung des jeweiligen Establishments zuweilen mehr gelegen zu sein scheint als an einer solchen der Verfassung. Und wenn der Verfassungsschutz auch immer noch dem traumatischen Zwang aller deutschen Abwehrorganisationen unterliegt, wonach der Feind grundsätzlich links steht — mit seinen ständigen Balanceakten am Rande der Legalität gefährdet er zunehmend die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Gesinnung und bestätigt er nur die Dringlichkeit einer politischen Strafrechtsreform. Was, so ist man versucht zu fragen, ist eigentlich die Zustimmung maßgebender Parteipolitiker, an ihrer Spitze Willy Brandt, zu den Forderungen nach einer Wiederzulassung der KPD wert, wenn man bereits heute jedem, der auch nur Linkshänder ist, einen V-Mann ins Haus schicken kann?*

Massive Vorwürfe gegen den Verfassungsschutz

sh. Mainz. (Eigener Bericht) „Die Fragwürdigkeit verfassungsschützender Organe und der politischen Justiz" hat der Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz in einer Dokumentation zu belegen versucht, die am Mittwoch in Mainz der Presse übergeben wurde. 21 Personen aus Mainz und Umgebung schildern darin ihre Vernehmung durch den Verfassungsschutz, politische Kriminalpolizei und Justiz. Allen Personen gemeinsam ist, daß sie in dem Verdacht der „Linksorientierung" stehen. Der Rechtsberater des Kreises, Rechtsanwalt Dr. Ammann (Heidelberg), erklärte auf Befragung, die Zahl der Vernehmungen in Mainz liege zwischen 80 und 90. Die meisten Vernommenen schwiegen jedoch darüber, da sie persönliche und wirtschaftliche Folgen fürchteten. Eigenartig sei jedoch, daß ähnliche „Verfahren" gegen rechtsradikale Gruppenangehörige nicht bekannt seien. Der Sprecher des Kreises, Pfarrer Symanowski (Kastel), bejahte die Existenzberechtigung des Verfassungsschutzes, verwies aber gleichzeitig auf die Fragwürdigkeit seiner Zielsetzung. Er bedauerte, daß im Gegensatz zu anderen Ländern in der Bundesrepublik immer noch ein Spitzelsystem statt eines Agentensystems herrsche (siehe Kommentar).

Gossner Mission

DOKUMENTATION

über

Methoden des Verfassungsschutzes, der politischen Kriminalpolizei und der politischen Strafjustiz in Rheinland-Pfalz

Herausgeber:
Petitionskreis für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots Rheinland-Pfalz

Redaktionell bearbeitet:
Gertrud Bienko, Studienrätin a. D., Koblenz
Dr. Hans-Joachim Meyer, Nervenarzt, Mayen
und Olf Vetter, Journalist, Koblenz

Gossner Mission

E x p o s é
= = = = = =

Mit dieser Dokumentation, die wir der Öffentlichkeit übergeben, wollen wir bewußt machen, daß in Rheinland-Pfalz unter Ausnutzung des KPD-Verbots nach wie vor

+ Bürger, die eigene, mit der Regierungspolitik nicht konforme Auffassungen zu Problemen der Innen-und Außenpolitik der Bundesrepublik entwickeln, in vielfältiger Weise zu Opfern des Verfassungsschutzes, der politischen Polizei und der politischen Strafjustiz wurden und dadurch

+ eine Lage entstanden ist, die sich mit Demokratie und Rechtssicherheit nicht vereinbaren läßt.

Aus dieser Lage gibt es nur einen Ausweg:

1.) Die Amnestierung der im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot Verfolgten und Inhaftierten und

2.) die Aufhebung des KPD-Verbots.

Die allgemeine Situation in der Bundesrepublik, die durch die vielfältige Verfolgung Andersdenkender auf der Grundlage des KPD-Verbots entstanden ist, ist u. a. durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

Zehntausende von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in politischen Sachen (nach amtlichen Angaben 1963 lo 222 Verfahren,
1964 9 289 Verfahren,
1965 7 361 Verfahren),

die oft viele Jahre anhängig sind und in deren Rahmen Haussuchungen, Vernehmungen, Bespitzelungen, politischer Rufmord, wirtschaftliche Repressalien usw. erfolgen. Nach wie vor bestehen gegen hundert bekannte Kommunisten Haftbefehle.

Diese gefährlichen Auswirkungen des KPD-Verbots, die auch im Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz in großem Umfange aufgetreten sind und auftreten, waren der Hauptgrund dafür, daß wir im Dezember 1963 an den damaligen Bundeskanzler Erhard eine Petition mit den Unterschriften zahlreicher Bürger richteten, in der wir für eine Amnestie politisch Verfolgter eintraten. Gleichzeitig setzten wir uns in dieser Petition für eine Überprüfung des KPD-Verbots ein, weil eine Aufhebung dieses Verbots sich - wie es in unserer damaligen Petition heißt- günstig für die Entgiftung der politischen Atmosphäre und für die Festigung der Rechtssicherheit auswirken würde.

Bl.2

Gossner Mission

In den vier Jahren, die seit Dezember 1963 vergangen sind, wurden das KPD-Verbot und seine Auswirkungen immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Persönlichkeiten und Organisationen der verschiedensten politischen Richtungen befürworten unter vielfältigen Aspekten eine Beendigung des KPD-Verbots. In jüngster Zeit sind es auch katholische Kreise, die für eine Aufhebung des KPD-Verbots eintreten.

Seit Jahren üben namhafte Demokraten öffentlich Kritik an der Praxis des Verfassungsschutzes, der politischen Polizei und der politischen Strafjustiz, die z.B. in folgender Formulierung zusammengefaßt ist:

> "Zusammen mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 und zuweilen rigorosen Methoden der politischen Kriminalpolizei hat sich eine Praxis politischer Verfolgung ergeben, die die im Grundgesetz garantierten Rechte der Bürger zu gefährden droht. Aller Bürger" (Lutz Lehmann, "Legal & Opportun - Politische Justiz in der Bundesrepublik", Voltaire Verlag GmbH, Berlin, S. 76).

Neben der Aufhebung des KPD-Verbots ist es daher ein dringendes Erfordernis, im Interesse der Wiederherstellung der Meinungsfreiheit für alle Bürger, der Rechtssicherheit und der Humanität, eine allgemeine politische Amnestie zu erlassen. Nur so können die Tausende von Verfahren und vielfältigen anderen Verfolgungen aus der Welt geschafft werden. Eine Amnestie wäre ein Schritt, vor allem auch den Kommunisten ihre vollen staatsbürgerlichen Rechte und ihre volle politische Bewegungsfreiheit zurückzugeben.

Zur Zeit berät der Sonderausschuß des Bundestages für die Strafrechtsreform über eine Neufassung des geltenden politischen Strafrechts, welches allgemein als Strafrecht des kaltem Krieges bezeichnet wird. Es ist ein Gebot der Stunde, durch eine politische Amnestie wenigstens die Folgen dieses Strafrechts und seiner Praktizierung für die Betroffenen zu beseitigen.
Eine politische Amnestie aller im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot Verfolgten würde daher zu einer Generalbereinigung auf dem Gebiet der politischen Strafjustiz führen. Indem ein Schlußstrich unter die bisherigen Verfolgungen auf Grund des KPD-Verbots gezogen würde, wäre die Amnestie gleichzeitig eine vorbereitende Maßnahme für die Aufhebung des KPD-Verbots selbst. Eine Amnestie wäre eine Maßnahme, die überleiten würde zu einer völligen Einstellung der politischen Verfolgungen auch für die Zukunft,

Bl.3

Gossner Mission

die durch die Aufhebung des Verbotes der KPD - der Grundlage und dauernden Quelle der Massenverfolgungen von Kommunisten und anderen Bürgern - erreicht werden muß.

In Fortsetzung unserer Initiative, die wir mit unserer Petition vom Dezember 1963 begonnen und mit verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen sowie mit zwei Dokumentationen fortgeführt haben, beabsichtigen wir daher, den Abgeordneten des Bundestages erneut eine Petition vorzulegen, die beinhalten soll:

1.) Die Forderung nach Erlaß eines Gesetzes zur Amnestierung der im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot inhaftierten und verfolgten Bürger,

2.) die Forderung nach gesetzgeberischen Maßnahmen zur Aufhebung des KPD-Verbots.

Mit dieser Dokumentation wollen wir der Öffentlichkeit die Dringlichkeit dieser Anliegen nahebringen und Unterstützung unserer Bemühungen erlangen.

Im Januar 1968

PETITIONSKREIS
für politische Amnestie
und Aufhebung des KPD-Verbots
Rheinland-Pfalz

Gossner Mission

Irene Becker, Mainz, Hindenburgstraße 38

Ende September ds.Jrs. gegen Abend erschien ein Herr, der meinen Mann sprechen wollte. Ich antwortete:"Kommen Sie bitte herein, und was wünschen Sie? " Der Herr erklärte, er möchte meinen Mann ganz privat sprechen. Darauf gab ich ihm zur Antwort:"Mein Mann ist heute Abend nicht da; er ist meistens abends beruflich unterwegs." Er wollte wissen, wann mein Mann zu Hause sei. Ich sagte: " Gegen 21-21,3o Uhr, und wenn die Sache dringend ist, so kommen Sie bitte heute Abend vorbei, oder morgen Mittag gegen 12 Uhr; dann ist mein Mann sicher zu Hause." Darauf legte er keinen Wert und fragte ob mein Mann morgen Abend zu Hause sei. Ich sagte zu ihm: "Nein, auch morgen Abend ist mein Mann nicht anzutreffen." Inzwischen fragte ich den Herrn, was er von meinem Mann wünsche. Darauf sagte er:"Nein, ich möchte Ihren Mann ganz privat sprechen. Und wenn Ihr Mann das ihnen erzählt, ist das die Sache Ihres Mannes." Zwei Tage später erschien er wieder und wollte meinen Mann sprechen.

Mein Name ist Walter Becker, ich wohne in Mainz, Hindenburgstraße 38. Ich bin von Beruf Versicherungsvertreter; ich habe eine Generalagentur, betreibe Baufinanzierung, schließe Versicherungen ab und dergleichen mehr.

Gegen Ende September ds.Jrs. wurde von meiner Frau ein Besuch angekündigt- dies ist bei mir nichts Neues; ich habe einen großen Kundenkreis- der mich privat sprechen will. Der betr. Herr hatte aber meiner Frau nicht gesagt, um was es sich handelt, sondern nur, daß es eine private Angelegenheit sei.
An dem bewußten Abend, es war gegen 19,3o Uhr, wird bei mir in der Wohnung geklingelt. Es erschien der angekündigte Herr, der mich nur privat sprechen wollte. Meine Frau öffnete die Tür; ich kam entgegen. Er stellte sich vor als ein Herr Weidmann vom Bundeskriminalamt in Bonn. Er möchte mich unbedingt sprechen wegen eines Falles von Versicherungsbetrug. Daraufhin bat ich Herrn Weidmann herein und sagte:" Das ist gerade ein Fall,den ich sehr liebe; ich schätze Ehrlichkeit über alles." Wir gingen ins Nebenbüro, ich bot Herrn Weidmann Platz und eine Zigarette an. Er sagte:"Ich bin zwar nur Gelegenheitsraucher, aber heute rauche ich mal eine." Ich sagte Herrn Weidmann: "Kommen Sie nun zum Thema! Sie haben gesehen, daß draußen auf mich noch Kundschaft wartet, die ich auch noch bedienen muß." Darauf sagte Herr Weidmann:" Herr Becker, es handelt sich um eine Nachforschung, Vernehmung gegenüber einem Kommunisten." Hier hakte ich ein, ich schnitt ihm das Wort ab und antwortete ihm empört: " Herr Weidmann, ich bin kein Denunziant, ich bin auch kein Verräter; verlassen Sie meine Wohnung und zwar sofort!" Darauf hat Herr Weidmann, weil ihm keine andere Möglichkeit blieb, sofort meine Wohnung verlassen.

Gossner Mission

Gertrud Bienko, Studienrätin a.D., Koblenz, Am Plan 1d

Meine Vernehmungen durch Beamte des Staatsschutzes.

Zum erstenmal wurde ich im April 1964 vernommen. Vorausgegangen war die Aufregung im Kultusministerium von Rheinland-Pfalz über eine Petition für politische Amnestie und Überprüfung des KPD-Verbots zu Weihnachten 1963, die ich hauptverantwortlich, mit 23 Personen, unterzeichnet hatte. Schon im Januar 64 wurde ich zu meiner Überraschung ins Kultusministerium bestellt, wo ich mich wegen der Petition verantworten und, nach einem hochnotpeinlichen etwa 3 stündigen Gespräch von ihr distanzieren sollte. Letzteres tat ich nicht.- Im März, nach dem -recht ruhmvollen-Abitur meiner letzten Oberprima befolgte ich den dringenden Rat von Autoritäten, meine Pensionierung zum 62.Lebensjahr im Herbst 64 zu beantragen mit der gleichzeitigen Bitte ans Ministerium, sie abzulehnen. Bald darauf, in den Ferien, fuhr ich zu einem Verwandtenbesuch nach Prag und anschließend zu einer 3tägigen Veranstaltung der Universität Leipzig, was ich der Behörde nicht gemeldet hatte. Ein Fehler! In Leipzig sprachen öffentlich mehrere westdeutsche Universitätslehrer, darunter Prof. Delekat,Mainz, der dort besonders herzlich gefeiert wurde. Ich sagte kein Wort. Aber bereits zu Beginn des neuen Schuljahres widerfuhr mir der wohl schlimmste Schreck meines Lebens. Ich wurde mitten aus dem Unterricht in einer OI herausgerufen, und draußen stellte sich mir ein Herr Niemand vor vom Innenministerium Rheinland-Pfalz. Ein harter Mann, der mich dann in einem 7stündigen qualvollen Gespräch festhielt zuerst in der Schule, dann in meiner Wohnung, wegen schweren Verdachts der Staatgefährdung und der Steuerung der Petition durch die KPD oder SED, was durch den illegalen Besuch in Leipzig erhärtet sei.- Herr Niemand zeigte sich enttäuscht von dem Namen des einzigen Kommunisten, den ich ihm im Zusammenhang mit der Petition nennen konnte. Es war der ihm unbekammte Herr Gregorski, der mir in Koblenz um Weihnachten 63 persönlich für meine Initiative gedankt hatte. Trotzdem fungierte er von da ab als Beweis für unsere Staatsgefährlichkeit. Herr N. nahm auch Einsicht in meine Manuscripte und überzeugte sich von meiner Selbständigkeit und Fähigkeit zu schreiben. Er schied nicht unfreundlich und sagte mir sogar, sich für meinen Verbleib in dem geliebten Lehramt verwenden zu wollen. Das Ministerium aber blieb ungnädig.und pensionierte mich trotz des Lehreramngels zum 1.Oktober 1964. Vielleicht trug dazu bei, daß Anfang Mai die Humanistische Union München meine Kritik an einem skandalösen kath. bayerischen Lesebuch veröffentlichte. Die HU teilte mir mit, daß der Rheinland-Pfälzische Verfassungsschutz ~~sie vor~~ mir gewarnt habe als einer Rädelsführerin und kommunist.-demoralisierten Person.- Bis Ostern 1966 wurde ich sukzessive aus den mir noch verbliebenen unterrichtlichen Tätigkeiten ausgeschaltet, an der PH und am Abendgymnasium.
Im November 1966 wurde ich zum zweitenmal vernommen und zwar durch Herrn Buddenberg vom BGH, 8 Stunden lang. Anlaß war, wie mir Buddenberg zu Beginn der Vernehmung mitteilte, die Verhaftung Gregorskis und eine bei ihm

Gossner Mission

gefundene Notiz, der Petitionskreis Rheinland-Pfalz sei eine Hoffnung für die Wiederzulassung der KPD. - Ich wurde morgens um 9h telefonisch höflichst gebeten, mich in ein Auto vor unserem Haus zu begeben und ins Koblenzer-Gerichtsgebäude zu kommen. Vor dem Auto unten begrüßte mich ein vollendeter Kavalier. Ich tat also wie geheißen, wußte auch nicht, daß trotz des schönen Scheins diese Bestellung nicht ganz korrekt war. B. befragte mich, ebenfalls ausgesucht höflich, nach den Details unserer Aktion, die sich inzwischen um 4 Podiumsdiskussionen, 2 Dokumentationen und 4 Nummern eines Mitteilungsblattes "Lebendige Demokratie" vermehrt hatte.- In einem 14seitigen Protokoll wurde alles niedergelegt. B. bemerkte auch, daß meine Vernehmung durch den Verfassungsschutz von Rheinland-Pfalz nicht gelte, da sie nicht ordnungsgemäß protokolliert war. Mir erschien und scheint es auch heute noch gut, daß ich auch B. Rede und Antwort stand. Seine Höflichkeit kam wohl daher, daß ich einige Monate zuvor vom obersten Bundesrichter im politischen Senat, Dr. Rotberg, eingeladen worden war, dem Prozeß gegen den Kommunistem Bechtle beizuwohnen.
Aber mein Glaube, daß man mich künftig in Ruhe ließe, stellte sich doch als falsch heraus.
Am 11. Juli 1967 erschienen morgens um 9 h an der Tür meiner Wohnung zwei Herren und forderten mich- weniger höflich als bestimmt - auf, mit ihnen auf's hiesige Polizeipräsidium zu fahren; eine Weigerung sei sinnlos, sei gefährlich für mich. Also stieg ich mit ihnen ins Auto und hinauf in ein Dachstübchen des Präsidiums. Die Herren stellten sich vor: Staatsanwalt Heckert und Kriminalrat Wolf. Heckert war der Jüngere von beiden. Hauptsächlich er redete bei der Vernehmung; Wolf griff ein, wenn's schwieriger wurde.- Zuerst eröffneten sie mir, mich 1 1/2 Tage vernehmen zu wollen! Ich war entrüstet. 1 1/2 Tage in dem Dachstübchen an den heißesten Tagen dieses Sommers. Aber da wurde mir sogleich ein Schock versetzt: Es läge eine ganz neue Situation vor. Ein führendes Mitglied des Petitionskreises, Herr Nonnenmacher Mainz, sei bereits angeklagt. Ich sei der wichtigste Zeuge. Zur selben Zeit würde N. von Buddenberg in Mainz vernommen.- Das stimmte; denn während meiner Vernehmung gingen 2mal Telefongespräche mit B. hin und her. Aus ihnen konnte ich entnehmen, daß in Mainz sowenig wie in Koblenz ein großer Fang zu machen sei. Das sagte ich auch den Herren während der Vernehmung des öfteren, und manchmal gaben sie es halb und halb zu. Trotzdem suchten sie immer wieder, die Sache sehr ernst zu nehmen und aufregend zu machen mit wohldosierten Schocks, groben und feinen. Der zweite sah so aus: Ein früheres aktives Mitglied des Petitionskreises und der Deutschen Friedens-Union, Herr Carstens, Mainz, sei vor kurzem von Herren des Verfassungsschutzes aufgesucht worden und habe ihnen erzählt, wie er sich freue, endlich sein bedrücktes Gewissen erleichtern zu können: er hätte sich im Petitionskreis getäuscht und sei als Werkzeug der illegalen KPD mißbraucht worden. Das habe er erkannt durch eine Reise zu Max Reimann nach Ostberlin, die er mit Nonnenmacher, auf dessen Vorschlag hin unternahm, um im Sinne der Petition dahin zu wirken, daß auch in der DDR die politische Justiz gemildert würde.
Reimann habe ihnen aber gesagt, daß er da wenig ausrichten könne. Er, Carstens, habe ihn auch gefragt, wie er sich

Gossner Mission

nach einer Wiederzulassung der KPD die Rolle der DFU denke, und Reimann habe geantwortet, daß sie dann wohl untergeordnet sein würde. Aus diesen beiden Äußerungen habe er erkannt, daß er selber, der Petitionskreis und die DFU von der KPD mißbraucht würden. Er sei dann aus beiden politischen Kreisen ausgetreten. - Nochmals betonten die Herren, wie froh Carstens gewesen sei, sich das endlich vom Herzen reden zu können. Was ich zu diesem erschütternden Fall zu sagen hätte? - Ich sagte, daß mir Carstens wirklich leid täte, daß ich von dieser Reise jetzt zum erstenmal hörte, ich sie nicht gerade als Staatsverbrechen ansähe, daß aber der Petitionskreis nichts mit ihr zu tun hätte; sonst wüßte ich davon. Ich betonte, daß wir alles gemeinsam beraten und daß ich nicht, was der Verfassungsschutz immer wieder unterstellt, eine Art Chef des Petitionskreises bin. Von der ganzen Sache sei nie die Rede gewesen.-

Dann kamen wieder die Fragen nach unseren Aktivitäten, ihrer Finanzierung etc. Und dann,"wirkungsvoll" eingeleitet und ausgesponnen wieder eine Sensation: In der Mosel bei Trier sei vor einigen Jahren ein Paket geländet worden, das sichtlich aus Angst fortgeworfen worden sei. Es habe Instruktionsmaterial für KPD-Funktionäre enthalten und dazu loo Stück "Lebendige Demokratie"! - Ich konnte nur darlegen, auf welche Art wir stets unser Blatt verteilen und versenden und daß diese Fischerei doch etwas viel Glauben verlangt.

Dann erfolgte wieder mal die Frage nach Gregorski, aber neu gewürzt: sie hätten den Beweis in Händen, daß ich von dessen Aufenthalt in Moskau im Jahre 1965 wüßte. Ich war gespannt. Was kam heraus? Der Beweis war der Zwischenruf eines vom Verfassungsschutz instruierten Mannes bei einer unserer Podiumsdiskussionen, Gregorski, unser "Mann", sei mal wieder in Moskau. Ich sagte den Herren, daß wir bei den Diskussionen stets alles Unsachliche zurückwiesen. Darauf wollten sie nochmals hören, was ich schon Buddenberg gesagt hätte: wieso Gregorski nach dem April 64 bei mir nicht mehr in Erscheinung getreten sei. Also wiederholte ich, daß diese Zurückhaltung doch selbstverständlich war, ebenso selbstverständlich wie die Bezeugung seines Interesses zu Beginn unserer Aktion, von der ja keiner der Beteiligten für möglich gehalten hätte, daß sie den Verfassungsschutz auf den Plan rufen würde. Verwunderlich fände ich aber, daß Gregorski sein Interesse an uns seinem Notizbuch anvertraut haben sollte. Ich hielt mit meinem Unmut über diese Lächerlichkeiten nicht zurück. Trotzdem wollten die Herren ganz genau wissen, wie meine wenigen zufälligen Begegnungen mit Gregorski nach dem April 64 vor sich gegangen waren, ob er auf dem Römerberg bei einer Ostermarschkundgebung vor oder hinter mir stand, wie es in Mainz bei einer Karnevalsveranstaltung oder in Karlsruhe beim Prozeß Bechtle war oder bei meiner Vermittlung, um einem Wissenschaftler der DDR zur Benutzung von Koblenzer Archiven behilflich zu sein. All das wurde auch in extenso protokolliert.- Vorgehalten wurde mir sogar meine Reise mit Neckermann, 6 Tage Moskau und Leningrad im Mai 1966. Woher ich das Geld dazu gehabt hätte? fragte Staatsanwalt Heckert und sagte auf meine Antwort,ich sei 3.Klasse für ganze 6oo DM gefahren, soviel Geld hätte er nicht. Diesen Punkt fand der erfahrenere Kriminalrat Wolf

Gossner Mission

sichtlich überflüssig; er wurde nicht protokolliert.

Am nächstsn Tag war es dann Wolf, der mit einem Knalleffekt, dem letzten Schlag aufwartete: unvermitteltes Vorhalten eines Fotos und Frage: "Kennen Sie diesen Mann?"- Ich kannte ihn nicht. Dann hart und rauh der "Beweis", der mich erschüttern sollte, daß ich ihn nicht nur kenne, sondern eingehend mit ihm gesprochen habe. Dieser Mann sei nämlich Manfred Kapluck, in dessen Notizen (mal wieder) sie gefunden hätten: "Am soundsovielsten (?) langes Gespräch mit Frau Bienko". Ich sagte, das könne wohl sein. Kapluck sei ja wohl unter den Initiatoren der KPD-Aktion, die jetzt viel von sich reden macht. Aber an den Inhalt des Gesprächs erinnerte ich mich nicht, noch könne ich ihn auf dem Foto wiedererkennen.Bei Gesprächen mit Kommunisten gehe es uns immer um die Chancen unserer Bemühungen und nicht, was die Herren ja hören wollten, um die Beteiligung einer östlichen Stelle. Herr Wolf wurde scharf: Kapluck sei, als er mit mir sprach, erst kurz zuvor frisch gebacken aus dem Osten gekommen; er sei ganz besonders bedeutend; ich zeige hier doch ein verdächtig schlechtes Gedächtnis! Ich konnte nur bedauern, daß dies Gespräch doch wohl nicht etwas so Außerordentliches in meinem langen Leben gewesen sei. Herr Heckert wollte mir dann den Werdegang Kaplucks genau berichten; aber Wolf winkte ab. Er fragte dann nach den Herren Vetter und Symanowski; die müßten ja auch gehört werden. Dem stimmte ich zu und betonte, daß sie an Organisationstalent und Lebensklugheit mir weit überlegen seien. Ich sei mehr nur Anregerin und Redakteurin.- Die Herren seufzten , wie des öfteren über das magere Ergebnis. Sie quittierten mal ärgerlich, mal kühl, mal amüsiert meine Aussagen und die Äußerungen meines Zorns über diesen ganzen aufwendigen Unfug, die Vergeudung kriminalistischer Talente und des Schweißes von uns drei Edlen, der einer besseren Sache wert sei. Aber sie ließen sich nicht abbringen trotz der Hitze! und trieben die vorgesehenen 1o Stunden lang das Spiel, abwechselnd höflich zu sein und zu brüskieren. Bei besonders spannenden Momenten setzte Herr Wolf eine dunkle Brille auf.- Etwas verdrossen nahmen sie auch zu Protokoll, daß ich schon nach der ersten Vernehmung, im April 64, Rechtsanwalt Ammann zurate gezogen hätte.- Am Ende des ersten Tages rieten sie mir, mich noch am selben Abend mit Herrn Vetter in Verbindung zu setzen, um ihn über einiges zu befragen und die Auskunft sowie den Briefwechsel mit dem Wissenschaftler aus der DDR- am andern Morgen mitzubringen. - Ich tat beides. Aber da legten die Herren kein Gewicht mehr drauf.- Das Ganze war ein kaum verhohlenes Einschüchterungsmanöver und vielleicht auch eine Lehrstunde für Herrn Heckert. Schon bei dem Roman mit Carstens wurde das deutlich. Das Protokoll war so,daß ich es unterschreiben konnte. Wir schieden süß-sauer voneinander. Von meiner Aussagebereitschaft bin ich nun bekehrt.

- - - - - - - - - - -

Gossner Mission

Paul Fritsch, Mainz-Gonsenheim, Eleonoren 42.

Im Frühjahr ds. Jrs. erschien in meiner Wohnung ein Herr von der Bundeskriminalpolizei, legte mir ein Foto vor und frug mich, ob ich diese Person kenne. Ich sagte, daß ich die Person auf dem Bild schon mal gesehen habe; aber näher könnte ich das Bild nicht identifizieren. Darauf frug mich der Beamte, ob ich den Betreffenden vielleicht im Kreis von Niemöller bei Veranstaltungen gesehen hätte ? Das habe ich bejaht; es könnte der Fall sein.
Er frug dannauch, ob wir mit dieser Person irgendwie einen Handel mit Lebensmittel gehabt hätten? Das habe ich- wie auch meine Frau - verneint.
Daraufhin hat der Beamte meine Wohnung verlassen.

- - - - - - - - - - -

Bärbel Frommke, Bad-Kreuznach, Hermannstr. 35.

Mein Name ist Bärbel Frommke, ich wohne in Bad-Kreuznach, Hermannstr. 35, bin geboren am 2.8.1944. Vor ungefähr einem Jahr kamen zwei Herren zu mir in die Wohnung meiner Eltern. Der eine stellte sich vor, er käme vom Bundeskriminalamt. Sie wollten meinen Vater sprechen, der jedoch nicht zu Hause war. Daraufhin sagten sie, sie könnten auch mit mir sich unterhalten, da ich ja auch im Frühjahr dieses Jahres in Leipzig gewesen wäre. Ich erwiderte ihnen, daß ich keinen Wert darauf lege, mich mit ihnen zu unterhalten und habe ihre Fragen nicht beantwortet. Als sie feststellten, daß sie so nicht weiterkamen, versuchten sie es auf die freundliche Tour, versuchten sich privat mit mir zu unterhalten. Dies habe ich jedoch auch abgelehnt. Da sagte der eine, wenn ich jetzt nicht reden würde, so würden sie sich mit mir an einer anderen Stelle unterhalten, da werde ich wohl reden müssen.

- - - -

Otto Frommke, Bad-Kreuznach, Hermannstr. 35.

Mein Name ist Otto Frommke, 28.8.1905 geboren, wohnhaft ebenfalls in Bad-Kreuznach.
Vor etwa einem Jahr fand ich bei der Rückkehr von der Arbeit zwei Herren in der Wohnung vor, die sich als Beauftragte des Bundeskriminalamtes vorstellten und auswiesen. Ich erklärte ihnen von vornherein, daß ich keine Absicht habe, mich mit ihnen irgendwie in ein Gespräch einzulassen. Sie versuchten immer wieder, dieses Gespräch in Gang zu bringen, fragten mich dabei, ob ich einen Herrn Görges kenne, wiesen dabei daraufhin, daß ich im Frühjahr dieses Jahres an der Leipziger- Messe teilgenommen hätte. Auf alle diese Vorhaltungen reagierte ich, indem ich ihnen keine Auskunft gab. Wie provokatorisch die Fragestellung war, ging daraus hervor: Als ich auf ihre Frage, ob ich den Herrn Görges kenne, antwortete: "Ja, den kenne ich nicht," versuchte man dieses Verlegenheits-

Gossner Mission

wörtchen j a , sofort als einen authentischen Beweis auszulegen. Nachdem ich weiterhin das Gespräch ablehnte, haben sich die Herren dann entfernt.

- - - - - - - -

Hans Gillesheim,Trier, Ostallee 76.

Mein Name ist Hans Gillesheim, geb. 4.4.1924 in Trier, Wohnort: Trier, Ostallee 76.
Vor etwa einem Jahr wurde bei mir im Betrieb angerufen; ich arbeite in der Firma Bisell in Trier, bin 2.Betriebsratsvorsitzender, und die Polizei forderte mich über unseren Prokuristen auf, zwecks Vernehmung am darauffolgenden Tag bei ihnen vorzusprechen, zwei Herren vom Ministerium würden mich erwarten.
Am besagten Tag fuhr ich zur Polizei, um mich über den Anruf im Betrieb zu beschweren. Während ich bei der Polizei die Beschwerde vortragen wollte, kamen die beiden Herren zur Türe herein und erklärten mir, daß sie gerade aus meinem Betrieb kommen, mich schon da aufsuchen wollten. Es ist nicht uninteressant zu bemerken, daß die Herren bei uns im Betrieb abgewiesen wurden.
Man versuchte mir zu unterstellen, ich hätte ein Päckchen mit illegalem KP-Material in die Mosel geworfen, was ich verneinte. Zweck des Besuches dieser Herren war, mich als Spitzel anzuwerben, um zu erfahren, wo illegales Material aus China in der Bundesrepublik eingeschleust würde. Im Laufe des Gespräches versicherten sie mir, falls ich Schwierigkeiten haben sollte, könne ich mich vertrauensvoll an sie wenden; sie würden mir dann weiterhelfen.

- - - - - - - -

Frieda Lauinger,Mainz-Bretzenheim,Bahnstraße 34

Im Mai ds.Jrs. war früh, kurz nach 8 Uhr, der Gasableser bei mir. Ich unterhielt mich vor der Haustür mit ihm über die Preise, die Wassererhöhungskosten u.a., und daß wir noch keinen Kanal vor dem Haus in unserer Straße hätten.
Vielleicht 5 Minuten später, nachdem der Gabsableser weggegangen war, kamen zwei Herren zur Küche herein, Der Gasableser hatte das Tor und die Haustür offen gelassen. Ich dachte, die zwei Herren kämen von den Stadtwerken, weil sie fragten:"Frau Lauinger, haben Sie noch keinen Kanal in der Straße?" Sie legten mir dann ein Bild vor mit der Frage, ob ich diesen Mann kenne. Ich antwortete:"Natürlich kenne ich ihn. Von der Feldpostnummer kommt Ihr!" Sie zeigten mir dann ihren Ausweis. Ich konnte aber den Namen nicht genau lesen, Wiedmann oder Weidemann, so ähnlich war der Name. Ich erklärte ihnen:"Wenn Ihr von der Feldpostnummer kommt, dann verlassen Sie sofort meine Wohnung!" Ich bezeichnete sie als Gesinnungsschnüffler. So einfach hereinzukommen, sei eine Frechheit; ein anständiger Mensch würde klingeln, wenn das Tor nicht zu ist. Ich habe die Herren aus der Wohnung gewiesen. Sie sind dann auch sofort gegangen.

Gossner Mission

Edwin Lauinger, Mainz-Bretzenheim, Bahnstraße 34

Als ich an einem Tage im August ds.Jrs. von der Arbeit nach Hause kam, sagte zu mir mein Sohn, schon zweimal sei ein Herr hier gewesen. der mich unbedingt sprechen wolle. Ich war ungefähr eine halbe Stunde in meiner Wohnung, da klingelte es wieder. Ich ging raus. Draußen stand ein Herr, der mir gleich eine Karte hinhielt und fragte:"Sind Sie Herr Lauinger?" Ich sagte: "Ja, der bin ich." "Sehen Sie, das ist mein Ausweis", sagte der Herr. Ich nahm die Karte in die Hand, las was darauf stand, und es stellte sich heraus, daß er von der politischen Polizei kam; Weidmann war sein Name. Er sagte:"Würden Sie mir zwei Fragen beantworten?"
Ich fragte; um was es sich handle. Er sagte: "Ich stelle nur zwei Fragen; Sie müssen sie nicht beantworten; es wäre aber angenehm, wenn Sie antworten würden." Ich erwiderte:"Es kommt darauf an, um was es sich handelt." Er zeigte mir dann ein Foto und fragte:"Kennen Sie diesen Herrn?" Ich betrachtete das Bild und sagte:"Natürlich kenne ich diesen Herrn." Er fragte dann: "Woher kennen Sie diesen Herrn?" Ich erwiderte: " Es sei ein guter Freund von mir und ich würde ihn kennen". Der Beamte sagte darauf, dies genüge.
Die zweite Frage war: "Kennen Sie einen Malermeister Nonnenmacher?" Ich erwiderte darauf: "Jetzt hören Sie damit auf! Sie wissen doch ganz genau, daß ich Herrn Nonnenmacher kenne; er ist doch mein Arbeitgeber, und es wäre schlecht, wenn ich Ihnen sagen würde, den kenne ich nicht. Mit dieser Frage dürften Sie mir eigentlich nicht kommen; denn Sie wissen das so gut wie ich". Er sagte, das genüge ihm. Daraufhin ist er weggegangen.

- - - - - - -

Helmut Langanke, Mainz-Mombach, Weingerstr.1

Ende vorigen Jahres wurde ich im Polizeipräsidium in Mainz darauf angesprochen, von Zeit zu Zeit einen Bericht über die Tätigkeit des Gossner-Hauses in Mainz-Kastel zu schreiben. Angeboten wurde mir dafür, eine entsprechende Belohnung, deren Höhe jedoch nicht angegeben wurde. Hingewiesen wurde besonders auf das geringe Risiko, das ich dabei einging und daß ich als Zonenflüchtling die Belohnung bestimmt gebrauchen könnte.

Eine spätere Gegenüberstellung im Polizeipräsidium ergab, daß es sich um den Beamten Jochem von der Politischen Polizei handelte, der mir diesen Vorschlag gemacht hatte.

- - - - - -

Gossner Mission

Peter Leyendecker, 5551 Piesport/Mosel

Vor etwa zwei Monaten kam ein junger Mann mit Ausweis des Bundeskriminalamtes zu mir und fragte nach meinen Beziehungen zu einem früheren Kommunisten, Anton Gregorski, gen. Toni. (Die Buchstabierung der polnischen Schreibweise merkte ich mir nicht.) Gregorski sei verhaftet worden, und dabei habe die Polizei ein Personenverzeichnis mit Adressenangabe und der Überschrift "Landsonntag" gefunden, u.a. auch mit meinem Namen. Darauf erwiderte ich folgendes:

> "Mir sei bekannt, daß die KPD vor 1933 sogen. Landsonntage durchgeführt habe; seit 1945 hätte ich nie mehr von der Sache oder Ähnlichem gehört.- Gregorski selbst kenne ich nicht, jedenfalls könne ich mich nicht erinnern, ihm je begegnet zu sein. Der Name komme mir zwar bekannt vor, aber jeder ähnlich klingende Name würde mir genausoviel sagen. Wenn ich auf der erwähnten Liste stehe, so habe ich dafür nur folgende Erklärung: Bei der Vorbereitung der letzten Bundestagswahl durch die DFU seien einigemal auswärtige Whlhelfer hier gewesen, die ich größtenteils nicht kannte. Möglicherweise sei Gregorski einer von ihnen gewesen und habe dadurch meine Adresse erfahren."

- - - - - - -

Dr.Hans-Joachim Meyer, Nervenarzt, Mayen,Koblenzerstr.

Mein Name ist Dr.Hans-Joachim Meyer, ich bin Nervenarzt, wohne in Mayen,Koblenzerstr. 24 und betreibe dort eine nervenärztliche Praxis.

Ungefähr im Herbst des vergangenen Jahres, 1966, wurde ich von mehreren Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß der Militärische Abwehrdienst in Koblenz Vernehmungen über mich durchführe. Es sind einige Soldaten vernommen worden ; es wurde dabei nach meiner politischen Einstellung gefragt. Zum Teil geschahen diese Vernehmungen im Zusammenhang mit ärztlichen Untersuchungen von Soldaten, die ich auf Veranlassung des zuständigen Truppenarztes oder als Konsiliararzt im Krankenhaus durchgeführt hatte. Einer der vernommenen Soldaten war mein eigener Sohn. Dessen Vernehmung lag

Gossner Mission

allerdings schon etwas weiter zurück, etwa im Sommer 1966. Bei der Vernehmung, zu der er durch militärischen Befehl abkommandiert wurde, ist er auch über meine politische Einstellung befragt worden. Eine Erklärung darüber, daß er das Recht habe, die Aussage zu verweigern, wurde ihm nicht gegeben.

- - - - - -

Gustav Nagel, Idar-Oberstein 2, Jenaer-Str.32.

Mein Name ist Gustav Nagel; ich wohne in Idar-Oberstein 2 in der Jenaer-Str. 32, Von Beruf bin ich Rentner infolge eines Herzleidens.

Am Freitag, den 28.5.1963 erschienen bei mir in der Wohnung zwei Herren, die sich auf mein ausdrückliches Verlangen als Beamte des Bundesinnenministeriums, ohne nähere Amtsangabe, legitimierten. Beide Herren, Helfer und Schneider mit Namen, baten mich um eine Unterredung politischer Art. Schon nach den ersten 5 Minuten der Unterredung war mir klar, daß diese Herren wegen den von mir herausgebrachten offenem Briefen, mich, unter Hinweis auf eventuelle strafrechtliche Verfolgung, einzuschüchtern versuchten. Es ging ihnen besonders darum, daß ich nicht immer wieder meine kommunistische Gesinnung betonen sollte. Beide waren der Meinung, daß ich doch ebenso gut als Gewerkschaftler in Versammlungen meine Meinung sagen könne; dies sei doch weitaus ungefährlicher als diese aufwieglerischen Flugblätter.
Nach ca. 9o Minuten Gespräch packten die Herren ein massiveres Druckmittel an und scheuten dabei nicht den Mißbrauch der SPD und der Gewerkschaft.
Zunächst bot mir einer der Herrn, ohne dazu befugt zu sein, eine Stelle in irgendeinem SPD-Parteibüro an. Ich zitiere wörtlich: "Mit, sagen wir 1 ooo DM monatlich". Als ich dieses Ansinnen ablehnte, war der andere sogleich bereit, mir eine Stelle auf irgendeinem Gewerkschaftsbüro zu bieten, wo ich körperlich nicht zu arbeiten brauche und im übrigen kommen und gehen könne, wie es mir passe. Ich zitiere wörtlich: "Mit, sagen wir 1.5oo DM monatlich; das wäre doch ein ganz schönes Einkommen".

Die nächsten Vorkommnisse zeigen noch deutlicher, welche Ausmaße die politische Strafjustiz ange-

Gossner Mission

nommen hat.
Einen weiteren Zusammenstoß mit der politischen Polizei hatte ich im November oder Dezember 1963. Damals erschien bei mir in der Wohnung ein Herr von der politischen Kriminalpolizei mit Namen Haas, der sich durch das Vorzeigen der Dienstmarke auswies. Auf mein ausdrückliches Verlangen, den Dienstausweis einzusehen, erklärte er, daß mir die Dienstmarke genügen müsse. Das wurde von mir verneint, worauf der Beamte gleich ohne Übergang erklärte:"Ich lade Sie für Montag um 9,30 h zur Vernehmung in der hiesigen Kriminalpolizei vor." Daraufhin habe ich ihm erwidert, daß er mich nicht vorladen könne und ich der Vorladung auch nicht Folge leisten werde, zumal mir der Beamte keinerlei Angaben über die Gründe der bevorstehenden Vernehmung gemacht hat. Der Beamte verließ dann aufgeregt meine Wohnung und rief noch von der Wohnungstür aus mir zu:"Wir sehen uns wieder; auf Sie freue ich mich ganz besonders; notfalls komme ich Sie holen". Der Beamte schimpfte noch, als er auf der Straße vor meiner Wohnung vorbeiging.

Eine polizeiliche Vorladung habe ich nie erhalten. Aber im Januar 1964 erhielt ich eine Vorladung vor das hiesige Gericht. Ich konnte ihr infolge einer schweren Erkrankung nicht Folge leisten, ebensowenig einer zweiten, die mir im Monat Februar zuging. In beiden Fällen wurde mir vom Arzt Vernehmungs-Geh- und Transportunfähigkeit bescheinigt. Eine dritte Vorladung erhielt ich im April 1964. Darin wurde mir mitgeteilt, daß ich im Laufe des Monats- das genaue Datum weiß ich nicht mehr- kommissarisch in meiner Wohnung vernommen werde. Am festgesetzten Tag erschienen bei mir ein Amtsrichter vom hiesigen Amtsgericht mit Namen Kreid und ein Gerichtsschreiber. Als ärztliche Betreuung hatte er meinen Hausarzt, Herrn Dr.Lothar Dahlheimer, mitgebracht. In meiner Wohnung wurde ich dann über eine gewisse Gida Würte (phonetisch) befragt. Ob mir diese Person bekannt sei, oder ob ich mit ihr verwandt oder verschwägert sei? Auf meine Verneinung wurde mir erklärt, daß mir von der Betreffenden Bücher zugesandt worden seien, die von den Staatsschutzorganen der Bundesrepublik festgehalten wurden, da sie staatsgefährdenden Inhalts seien. Im Laufe der Vernehmung erklärte mir der Richter, daß es sich bei den Büchern um folgende Titel handle:'Die Grundlagen das Marxismus-Leninismus und Grundriß der Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung.'Beide Bücher wurden von der Staatsanwaltschaft Koblenz festgehalten und gegen mich, wie ich später feststellte, ein fast zwei Jahre dauerndes Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Richter fragte mich, ob ich die genannten Bücher bestellt habe, was ich verneinte; denn die Bücher besaß ich längst. Daraufhin habe ich den Richter gefragt, ob die genannten Bücher staatsgefährdend wären, was er mit der Antwort erwiderte:""Wahrscheinlich, sonst wäre ich ja nicht hier". Ich habe ihm dann entgegengehalten, daß zwar die kommunistische Partei in der Bundesrepublik verboten sei, nicht aber der Besitz und das Studium marxistischer Literatur. Darauf ließ

Gossner Mission

sich der Beamte nicht ein. Nach der Vernehmung forderte der Richter mich auf, das mir vorgelegte Protokoll zu unterschreiben. Ich habe ihn gefragt, ob es ein Gesetz gibt, daß ich dieses Protokoll unterschreiben muß. Worauf mir der Richter antwortete: "was man gesagt hat, kann man auch unterschrieben" Daraufhin erklärte ich, daß, wenn es keinen diesbezüglichen Paragraphen gäbe, der mich dazu zwinge, ich lieber auf die Unterschrift verzichte. Der Richter wurde daraufhin sehr erregt und sagte mit verstärkter Stimme: "Sie machen sich damit erhebliche Schwierigkeiten". Ich fragte ihn wieso, da ich doch nur von meinem Recht Gebrauch mache. Nach dieser Frage, die er nicht beantwortete, verließ er in sehr erregtem Zustand meine Wohnung. In der Eile und Erregung vergaß er sogar, sein Strafgesetzbuch und seinen Terminkalender mitzunehnen.

Ein weiterer Vorfall.
AmMOntag, den 31.5.1965 erschienen bei mir in der Wohnung die Herren Schoder,Peter und Haas von der politischen Kriminalpolizei. Ausgerüstet mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl, machten sich die Herren daran, in meiner Wohnung nach Beweisstücken meiner den Staat gefährdenden Tätigkeit zu suchen. Man sollte es nicht glauben, aber zu diesen Beweisstücken gehörten neben restlichen 134 der von mir herausgebrachten Flugblätter. gegen Notstands-und Notdienstgesetze auch meine Schreibmaschine und zwei DGB-Taschenkalender.

So sieht es in der Praxis in der Bundesrepublik aus, die dem Grundgesetz nach ein demokratischer und sozialer Staat ist.

- - - - - - - - - -

Robert Nonnenmacher,Baudekorationen,Mainz,Bilhildisstr. 15

Am 11.Juli ds.Jrs. erschienen vor meinem Ladengeschäft morgens um 8,15 Uhr zwei Herren; der eine war mir als Beamter des Mainzer Polizeipräsidiums,Kriminalpolizei bekannt; der andere gab an, von der Sicherungsstelle des Bundeskriminalamtes zu kommen. Letzterer überreichte mir ein Schreiben vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe, durch das ich aufgefordert wurde um 9 Uhr- also 45 Minuten später - vor dem Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof Dr.Buddenberg-Karlsruhe im Amtsgerichtsgebäude in Mainz zwecks Verhehmung zu erscheinen. Zu diesem Zeitpunkt erkannte ich weder, daß es sich um ein Ermittlungsverfahren gegen mich handelte noch bemerkte ich, daß das mir übergebene Schreiben vom 4.Juli datiert war! Der Aufforderung sofort in den Wagen der Beamten einzusteigen und zur Vernehmung gefahren zu werden, kam ich nicht nach. Ich machte den Herren klar, daß ich zuerst das Material, das in meinem Wagen gerade geladen war, zu den Baustellen fahren müsse, weil die Arbeiter auf dieses Material warteten. Ich versprach um 9 Uhr im Gerichtsgebäude zu erscheinen. Der Beamte des Bundeskriminalamtes bestand darauf, in meinem Wagen mitzufahren.Auf den Baustellen und Büros verließ er mit mir den Wagen und begleitete mich ständig und ließ mich keine Sekunde aus den Augen. Ich hatte das Gefühl bereits verhaftet zu sein und brachte dieses auch zum Ausdruck.

Gossner Mission

Im Gerichtsgebäude übergab er mich Herrn Dr.Buddenberg. Erst dort fiel mir der Unterschied vom Ausstellungsdatum der Ladung(4.7.67)und dem Tag der Übergabe(11.7.67,45Minuten vor der Vernehmung)auf. Diese Methode kam einer zwangsweisen Vorführung gleich,wie sie nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung bei schweren Verbrechen vorgesehen ist. Dr.Buddenberg erklärte auf meine entsprechende Frage sehr verlegen,es handele sich wohl um einen Irrtum oder Schreibfehler. Ich machte meine Bereitschaft zu Aussagen davon abhängig,daß ich eine Durchschrift des Vernehmungsprotokolls erhalten würde. Erst nach mehrmaligen Drängen meinerseits, einen weiteren Durchschlag einspannen zu lassen, erklärte sich Dr.Buddenberg dazu bereit. Nach ca.5stündiger Vernehmung las mir Dr.Buddenberg das Protokoll vor und forderte mich zur Unterschrift auf.Erst jetzt wurde mir klar,daß es sich um ein Ermittlungsverfahren wegen Staatsgefährdung gegen mich selbst handele. Bisher dachte ich,ich würde lediglich als Zeuge vernommen, denn in der Aufregung und in der Kürze der Zeit hatte ich nicht den Text der Vorladung genau gelesen und begriffen. Der Vorwurf kam mir so absurd vor,weil ich selbst niemals der KPD angehört habe. Ich habe mich lediglich dem Petitionskreis Rheinland-Pfalz für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots angeschlossen, weil ich damit meine demokratischen Pflichten und Rechte als Staatsbürger wahrnehmen wollte.Ich verweigerte die Unterschrift unter das Protokoll,weil ich unter falschen Voraussetzungen(als Zeuge und nicht als Angeklagter) meine Aussagen gemacht hatte. Dem Drängen des Herrn Dr.Buddenberg, der großen Wert auf meine Unterschrift legte,gab ich nicht nach. Das Protokoll ist vervielfältigt und steht Interessenten zur Verfügung.
Ich bekam den Eindruck,daß der Vorwurf der Staatsgefährdung nur ein Vorwand war,um mich und meine Freunde zu schockieren und uns einzuschüchtern,unsere demokratischen Rechte wahrzunehmen. Das beweist auch ein Schreiben des Generalbundesanwalts beim Bundesgerichtshof vom 18.12.67(mir am 23.12.67 durch die Post zugestellt):
Betrifft: Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Staatsgefährdung pp. 1 BJs 1/67 -.

Ich habe das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts strafbarer Beziehungen zum Vorstand der verbotenen KPD, in dem Sie am 11. Juli 1967 richterlich vernommen und ausführlich belehrt worden sind, am 18.Dezember 1967 eingestellt (§ 17o Abs.II StPO)."

Worüber ich "ausführlich belehrt" worden sein soll, ist mir unbekannt.

- - - - - - - -

Josef Nürnberg,5441 Obermendig,Ernteweg 36

Mit dieser Niederschrift möchte ich die Methoden unseres Innenministeriums beleuchten,wie versucht wird,Andersdenkende(vornehmlich Kommunisten)unter Druck zu setzen bzw. zu belÄSTIGEN.!
Am Donnerstag,den 13.Juli 1967, wurde ich frühmorgens aus dem Bett geklingelt.Vor der Tür stand Polizeihauptwachtmeister ENSEL von der Gendarmeriestation Niedermendig und forderte mich auf,zur Vernehmung nach Niedermendig mitzukommen.Mit Rücksicht auf meine damals schwerkranke Frau-jede Aufregung mußte von ihr ferngehalten werden-sagte ich zu,in einer Stunde dort zu sein. Auf der Polizeistation erwarteten mich zwei Herren,die sich als Vertreter des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz vorstellten. Sie nannten sich OFARIM und SCHMALZ. Ohne Umschweife eröffnete mir Herr Ofarim,daß gegen mich seit Jahren ermittelt würde und dies besonders im Zusammenhang mit den Verhaftungen der Kommunisten Anton Gregorski und Karl Bauer. Man behauptete,daß ich nach wie vor für die verbotene KPD illegal tätig sei.Ich möge mir gut überlegen,

Gossner Mission

ob ich dasselbe Schicksal erleiden wolle, wie Anton Gregorski , der vor Jahren wegen seiner kommunistischen Tätigkeit zu 2o oder 24 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Nachdem ich mich auch nach dieser Drohung nicht äußerte, lenkte Herr Ofarim gleich ein mit der Bemerkung, sie würden mir eine Chance geben, aus dieser Geschichte unbehelligt herauszukommen. Nach dieser Äußerung gab ich den beiden Herren zu verstehen, daß ich nichts auszusagen hätte und auch keine Aussage machen würde. Ich würde mich jedoch sofort an die Öffentlichkeit wenden,um gegen solche Methoden der Drohung und Erpressung zu protestieren. Beim Weggehen meinte Herr Ofarim, ich solle mir die Geschichte noch einmal durch den Kopf gehen lassen, sie seien zu jeder Zeit zu einem Gespräch bereit. Andernfalls hätte ich die Folgen zu tragen, und eine längere Gefängnisstrafe würde mich erwarten. Anschließend habe ich dann an die Landesregierung und das Innenministerium geschrieben und mich gegen diese Methoden verwahrt. Bis heute habe ich jedoch noch keine Antwort bekommen.
Das Schreiben habe ich hektographiert und allen Landtagsabgeordneten und einer Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zugesandt.
Den Äußerungen von Herrn Ofarim konnte ich entnehmen, daß man sich genauestens über meine Familienverhältnisse orientiert hatte. Es war den Herren auch kein Geheimnis, daß meine Frau ihre schwere Krankheit noch nicht überwunden hatte. Trotzdem benutzte man meine Abwesenheit, meine Frau aufzusuchen und sie mit all den oben geschilderten Problemen zu konfrontieren. Das zeigt, daß diesen Herren jede Methode recht ist und sie nichts unversucht gelassen haben, meine Familie zu belästigen und zu verängstigen.

Ich habe nie einen Hehl aus meiner kommunistischen Gesinnung gemacht und werde auch in Zukunft meine ganze Kraft dafür einsetzen, daß die KPD wieder zugelassen wird und damit den Kommunisten die Möglichkeit der legalen Betätigung gegeben ist.

- - - - - - - - - - -

Hermann Schneider, Mainz-Mombach, Am Polygon 1

Mitte August 1967 kamen zwei Leute zu mir, die sich durch Ausweis als Angehörige des Bundesverfassungsschutzes vorstellten. Der eine Herr hieß Weidmann, der andere Weirich. Sie baten mich, über eine Sache Aussage zu machen, die sie mir noch mitteilen wollten. Da ich aber als Lokomotivführer in den Dienst mußte, lehnte ich ab. Sie frugen mich dann, wann ich Feierabend hätte und ich sagte: "Etwa gegen 19 Uhr". Sie baten dann mich, ob ich bereit wäre, um 19 Uhr in das Polizeipräsidium zu kommen. Ich sagte zu. Ich bin um 19 Uhr in das Polizeipräsidium gefahren. Ein Herr, der mir nicht bekannt war, empfing mich am Eingang und brachte mich in ein Zimmer, wo der besagte Herr Weidmann und der zweite

Gossner Mission

Herr anwesend waren.
Sie sagten zu mir, daß sie mich vernehmen wollen. Ich fragte sie:" Was wollen Sie von mir, um was geht es". Sie sagten :"Es geht um einen Berlin Besuch bei Max Heimann, der von dem Petitionskreis Mainz unternommen worden sei". Im gleichen Atemzug machten sie mich darauf aufmerksam, daß ich, wenn ich mich selbst belasten würde, die Aussagen verweigern könnte. Worauf ich erklärte:" Wenn Sie mir das so anbieten, dann mache ich von dem Recht der Aussage-verweigerung Gebrauch". Darauf erwiderten sie:
" Wir bieten Ihnen das natürlich nicht an, aber wir müssen Sie darauf aufmerksam machen". Ich sagte:
" Das sei gut, also verweigere ich die Aussage". Daraufhin machten sie mich aufmerksam, daß ich als Beamter der Deutschen Bundesbahn loyal zum Staat stehen und treu den Gesetzen dienen müßte. Es entspann sich eine Diskussion. Ich blieb aber dabei und habe die Aussage verweigert. Herr Weidmann richtete dann folgende Frage an mich: "Sind Sie bereit, vor einem Richter Aussage zu machen?" Ich erklärte auf diese Frage : " Das überlege ich mir noch einmal ganz gut. Wenn es soweit ist, werde ich mich dann entscheiden". Dann wurde ein Protokoll aufgesetzt. Es schrieb Herr Weidmann:" Herr Schneider wurde befragt, ob er aussagen will oder nicht. Herr Schneider hat die Aussage verweigert". In dem Protokoll versuchte Herr Weidmann, einen Satz einzufügen: "Herr Schneider erklärte sich bereit, vor einem Richter Aussage zu machen". Ich verwahrte mich gegen diese Satzstellung und sagte:" Das will ich heraushaben, sonst werde ich das Protokoll nicht unterschreiben". Worauf er also ein neues Protokoll ohne diesen Satz verfaßte. Ich unterschrieb das Protokoll, dann war für mich die Sache erledigt. Ich ging nach ca. 2o Minuten wieder aus dem Raum.

- - - - - - - - -

Willi Torgau, Trier, Geschwister-Scholl-Str. 1

Im Oktober dieses Jahres erschien in meiner Wohnung ein Mann ca. 25 Jahre alt. Er stellte sich vor und wies sich als Kriminalbeamter aus Mainz aus. Er stellte eine Frage: " Kennen Sie Gregorski und sind Sie über seine Tätigkeit informiert?" Ich verneinte beide Fragen. Dann fragte er, wie ich zu der Wiederzulassung der KPD stehe? Ich sagte, daß ich die Aufhebung des Verbotes begrüßen würde. Weiter fragte er mich, ob die KPD die Absicht habe, die Macht zu ergreifen und ob dies legal ohne Gewalt möglich sei? Ich gab ihm zur Antwort: "Jede Partei habe die Absicht, die Regierung zu übernehmen, wenn sie die Mehrheit des Volkes hinter sich hat".

Gossner Mission

Willi Veith, Mainz, Weihergarten 8

Im Monat August 1967 kam ein Herr Weidmann an meine Wohnunggtür und wies sich weder als Kriminalpolizist noch als sonst jemanden aus . Er begehrte Einlaß in meine Wohnung, ich gestattete ihm dies und bot im Platz an.
Nach einführemdem Gespräch gab er sich dann als Polizist des hiesigen Verfassungsschutzes zu erkennen undfragte mich nach einem Herrn Gregorski, ob ich denselben kennen würde. Mein Name wäre bei den vorgefundenen Unterlagen, irgendwelchen Listen, die Gregorski im Besitz hatte, in Erscheinung getreten. Ich erwiderte Herrn Weidmann, daß ich für politische Gesinnungsschnüfflerei nichts übrig hätte und verwies ihn aus meiner Wohnung. Herr Weidmann versuchte auf alle Art und Weise mit mir Kontakt aufzunehmen, was ich jedoch ablehnte. Daraufhin verließ Herr Weidmann meine Wohnung.

- - - - - - - - - - -

Georg Vogel, Mainz-Bretzenheim, Skagerrak-Str.11

Im Frühjahr ds.Jrs. kam ein Herr an meine Tür und fragte nach mir. Da ich nicht zu Hause war,-ich hatte Spätschicht_- bat ihn meine Frau, er soll abends kommen. Auf die Frage meiner Frau, was er denn von mir wolle, sagte er, daß er das ihr nicht sagen könne. Als ich abends kaum zu Hause war, klingelte es, und der Herr, der morgens bei meiner Frau vorgesprochen hatte, stand vor der Tür. Ich fragte, wer er sei, und er sagte, er käme von diesem Verein hier, dabei zeigte er mir einen Ausweis, eine kleine grüne Karte, die ihn als einen Angehörigen des Bundeskriminalamtes, der Sicherungsgruppe bonn auswies, wie ich mich erinnere. Der Name war Weidmann.
Ich fragte ihn, was ihm das Recht gäbe, in meine Wohnung einzudringen, ob er einen Haftbefehl oder einen Hausdurchsuchungsbefehl besitze. Er verneinte dies und sagte, daß er nur ein persönliches und privates Gespräch mit mir führen wolle. Ich sagte, er könne in meine Wohnung kommen, und ich wolle ihm Rede und Antwort stehen, er müsse aber anerkennen, daß ich das Hausrecht besitze; wenn er aus der Rolle fiele, müßte ich ihm die Türe weisen. Er war damit einverstanden, und ich ließ ihn am Küchentisch Platz nehmen. Er legte mir dann einen sogenannten Arbeitsplan vor, wobei er mir erklärte, daß sie vor kurzem einen Herrn,-mir fällt der Name nicht mehr ein- in Ludwigshafen verhaftet hätten und daß dieser im Besitze eines Arbeitsplanes der KPD gewesen sei; darin stände mein Name , und er sei hier, um nachzuhören, wieso mein Name auf diesem Arbeitsplan steht. Da ich seit dem Verbot der KPD parteipolitisch nicht mehr tätig bin, konnte ich ihn überzeugen. Ich konnte ihm nur sagen, daß ich nicht wüßte, wie mein Name auf dieses Schreiben käme. Ich zweifelte überhaupt die Echtheit des Schreibens an. Darauf legte er ein Photo auf den Tisch. Ich sah, daß es aus einem Kriminalarchiv war; denn es stand "Kriminalpolizei

Gossner Mission

Ludwigshafen" darauf. Ich sagte, daß der Herr mir dem Gesicht nach bekannt sei; es müsse schon längere Zeit her sein, als die KPD noch legal war, da habe ich ihn einmal gesehen; ich könne mich aber nicht mehr erinnern wo. Er gab sich mit dieser Antwort zufrieden.
Danch haben wir noch politisch diskutiert, und ich versuchte,ihn von der Loyalität und von der Recht - mäßigkeit der Arbeit der KPD zu überzeugen und von der Haltlosigkeit des KPD-Verbots. Ich versuchte, in auch zu überzeugen, daß heute ohne die Anerkannung der DDR keine deutsche Politik in Deutschland gemacht werden könne. Wir haben ungefähr eine Stunde politisch diskutiert; aber ich hatte den Eindruck, daß meine Argumente wie Wasser an ihm herabliefen und er zuvoreingenommen war, um überhaupt sachlich und obkektiv zu diskutie en.

- - - - - - - -

Olf Vetter, Journalist,Koblenz-Pfaffendorf,Hermannstr.9

Am 17.Juli ds.Jrs. erhielt ich nachmittags in meiner Wohnung einen Besuch. Ein gewißer Herr Weidmann der Sicherungsgruppe Bonn vom Bundeskriminalamt - mit noch einem Herrn - kamen im Auftrag des Bundesgerichtshofes. Den Ausweis von Herrn Weidmann habe ich eingesehen.
Zuerst bat man mich, ihnen zu einer Vernehmung in das hiesige Polizeipräsidium zu folgen. Ich verlangte Einsicht und Vorlage einer richterlichen Anweisung. Da keine vorlag, lehnte ich die sogenannte Vorladung ab.
Meine Anfrage,was der Gegenstand ihres Besuches sei, beantwortete Herr Weidmann sinngemäß folgendermaßen: Es betreffe den Petitionskreis und sie hätten den Auftrag, mich in dieser Sache zu vernehmen. Man wüßte aus Publikationen und Stellungnahmen des Petitionskreises, daß ich mitführend darin tätig und mein Name benannt sei.Es bestände der Verdacht, daß dieser Petitionskreis von der illegalen KPD angeleitet und finanziert würde. Inzwischen würde ich auch von Freunden über bereits laufende Vernehmungen in der Sache erfahren haben. Meine Frau war zugegen. Ich erwiderte nichts! Ich lehnte energisch ohne Kommentar eine Vernehmung ab. Nachträglich erklärte mir der Beamte, daß ich selbstverständlich das Recht hätte, falls ich mich selbst belaste, die Aussage zu verweigern.Mein Antwort darauf war:Stillschweigen! Herr Weidmann richtete danach eine weitere Anfrage an mich: Ob ich bereit sei, meine Ausssageverweigerung zu begründen und dies schriftlich bestätige würde? Ich lehnte ohne Kommentar auch dies ab mit dem Hinweis, diesen Besuch als beendet zu betrachten. Die Gegenantwort war:" Sie werden weiteres von uns hören!" Die Beamte verließen darauf meine Wohnung.

- - - - - - - - -

Gossner Mission

Ermittlungsverfahren gegen Friedel Janecek,Mainz
Akt.Z.: 9 Js 183/66

Am 23.November 1966 fand im Gebäude des Landtages von Rheinland-Pfalz in Mainz die Feierstunde anläßlich des 2o jährigen Bestehens des Landesparlamentes statt. Zu dieser Feierstunde hatte der Landtagspräsident van Volxem eingeladen. Eingeladen waren auch die ehemaligen kommunistischen Abgeordneten der Beratenden Landesversammlung und des ersten Landtages von Rheinland-Pfalz.
Fünf der noch lebenden ehemaligen KPD-Abgeordneten folgten der an sie ergangenen Einladung und nahmen an der Feierstunde und dem anschließend vom Landtagspräsidenten gegebenen Empfang teil. Unter den teilnehmenden früheren KPD-Abgeordneten befand sich u.a. such Frau Fina Halein und ich. Da während des Empfangs durch den Landtagspräsidenten keine Möglichkeit gegeben war,unseren persönlichen Dank für die an uns ergangene Einladung abzustatten,erfolgte dies während des der Feierstunde folgenden Beisammenseins.Hier übergaben die anwesenden früheren kommunistischen Abgeordneten der Presse eine Erklärung, in der sie ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an der demokratischen Erhaltung unserer Gesellschaft erklärten.
Die Abgabe dieser Erklärung nahm die Staatsanwaltschaft zum Anlaß,gegen Frau Halein und mich ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft stelle die Abgabe der Presseerklärung den Versuch der Fortführung der verbotenen KPD bzw. der Bildung einer Ersatzorganisation dar.
Am 1.3.1967 erfolgte meine richterliche Vernehmung in Mainz. Anschließend wurde auch Frau Halein vernommen. Ursachen und Gründe der Abgabe der Presseerklärung wurden von mir in oben geschildertem Sinne abgegeben. Erst mit Schreiben vom 13.7.67 wurde mir dann von dem Oberstaatsanwalt in Koblenz mitgeteilt,daß"das eingeleitete Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Staatsgefährdung eingestellt" worden sei.

gez.Friedel Janecek

Gossner Mission

Elmar Hillesheim, 5401 Kettig, Lindenstraße 10

Freitag, den 24. November 1967

Am 24. November 1967 wurde ich in der Firma Steenebrügge, Neuwied, wo ich als kaufmännischer Angestellter tätig bin, von einem Herrn Holtmann, der mir unbekannt war, angerufen. Nach dem Zweck seines Anrufes von mir befragt, sagte er: "Das können wir nur unter vier Augen besprechen". Er bestellte mich um 18 Uhr in das Hotel "Zum Wilden Mann" in Neuwied. In dem Restaurant dieses Hotels traf ich dann H. Er stellte sich vor und gab an, für das Europäische Institut wien zu arbeiten. Er zeigte mir eine Karte, aus der ersichtlich war, daß er berechtigt sei, Informationen zu sammeln. Nach dem Grund der Zusammenkunft befragt, antwortete er, seine Aufgabe sei es, Informationen über die politischen Jugendclubs der Bundesrepublik zu sammeln. Meine Frage, wieso er ausgerechnet an mich komme, tat er mit der Bemerkung ab, er hätte gewisse Recherchen über mich angestellt. Über seine Informanten wolle er keine Auskunft geben.
Wir unterhielten uns dann über verschiedene Probleme der politischen Betätigung der Jugend in der BRD. Damit wollte er anscheinend meine Gesinnung prüfen. Im Laufe der Zeit, kam er auf das Kernproblem seines Anliegens zu sprechen. Er hätte gehört, daß sich in Koblenz zwei Jugendclubs gebildet hätten. Der Sozialistische Jugendclub (SJC) und der Club "humanité". Da ich Vorstandsmitglied bin (club humanité) könnte ich doch sicher Informationen über unseren Club an ihn weiterleiten. Außerdem sollte ich versuchen, Kontakt zum SJC aufzunehmen. Wenn ich bereit wäre, diese Bedingungen zu erfüllen, könnte ich an diesem Abend schon 100 DM als Vorleistung erhalten.
Da mir die ganze Angelegenheit schon von Anfang an verdächtig war, bat ich mir eine Bedenkfrist bis Montag aus. Auf meine Frage hin, wie ich ihn erreichen könne, gab er mir eine Visitenkarte, auf der folgendes stand:

GERD HOLTMANN

Europäisches Institut für Zeitgeschichte, Wien
Koblenz - Tel. 32 285

Er bat mich, Montag in der Mittagszeit anzurufen. Nachdem er die Bezahlung der Getränke auf eigenen Wunsch übermahm, verabschiedete ich mich.

Samstag, den 25. November 1967

Bei dem Aufräumarbeiten zu unserem Clubraum traf ich unseren 2. Vorsitzenden, den Geschäftsführer (Wulf) und mehrere Mitglieder unseres Clubs. Dort besprachen wir die Angelegenheit und kamen zu der Erkenntnis, daß wir nichts zu verbergen hätten und deshalb könnte ich den Bericht ruhig schreiben. Über den SJC zu schreiben, wurde mir abgeraten, da man vermutete, daß H. vom Verfassungsschutz sei.

Gossner Mission

Montag,den 27.November 1967

In der Mittagszeit rief ich die auf der Visitenkarte angegebene Nummer in Koblenz an. Es wurde abgehoben und nur "J a " gesagt. Nachdem ich H. verlangte, stellte ich fest, daß er am Hörer war. Ich erklärte meine Bereitschaft zur Mitarbeit und vereinbarte eine Zusammenkunft um 17,15 Uhr in Neuwied im Gasthaus"Zum Treppchen". Er sagte zu, dorthin zu kommen.
Als ich nach 17 Uhr die Firma verließ, erwartete mich H. vor dem Tor. Auf dem Wege zum Lokal schlug er vor, in anderes Lokal zu gehen, an dem wir vorbeikamen. Es war dies der "Neuwieder Hof". Dort kud er mich zu Bier und Schnaps ein. Nachdem er einige Zeit um den heißen Brei herumgeredet hatte, kam er auf die Mitarbeit zu sprechen. Erst fragte er mich jedoch, ob ich mit irgend jemanden über diese Angelegenheit gesprochen hätte. Mit meinen Eltern,Bürokollegen,Clubmitgliedern oder sonst einem Menschen. Als ich dies verneinte, warnte er mich, mit irgend jemandem darüber zu sprechen. Als ich mit dem Einwand kam, meinen Eltern müßte ich doch es sagen, falls Post kommt, wer der Absender wäre. Daraufhin antwortete er, daß mir keine Post zugeschickt würde. Er würde mich anrufen oder ich solle die angegebene Nummer anrufen und einen Treffpunkt ausmachen. Während des Gespräches kam zufällig ein Bekannter von mir, Herr Löser vom Luchterhand-Verlag mit einer Begleiterin in das Lokal. Ich begrüßte ihn über einige Tische hinweg, nachdem er mich bemerk t hatte. Das war H. nicht ganz recht! Er bat mich, leise zu sprechen und schaute mißtrauisch nach allen Seiten um, wenn sich Gäste in unsere Nähe setzten. Ich übergab ihm dann einiges wertloses Material zum Zeichen meiner Bereitschaft zur Mitarbeit (Satzung,vergangene Programme, geplantes Programm bis Februar 1968, Zeitschrift "L'humanité" (Clubzeitschrift) und eine Einladung des SJC). Daraufhin erklärte er meine Aufgaben: Schriftlichen Bericht über Entstehung,Initiatoren, Ziele, Aufgabenverteilung, Ausschüsse, Mitgliederlisten und Parteizugehörigkeit des Sozialistischen Jugendclubs und genau denselben Bericht über den Club "humanité". Außerdem soll über Spannungen innerhalb der Clubs geschrieben werden und von wem die finanzielle Unterstützung der Clubs käme.
Über den SJC könnte ich ruhig berichten, was über Dritte mir zu Ohren käme. Diese Berichte müßte ich ohne Durchschläge schreiben. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß Informationen von Journalisten durch ein neues Pressegesetz von Rheinland-Pfalz nicht mehr angegeben werden brauchen. Für meine Arbeit bekäme ich an diesem Abend 100.- DM und jeden weiteren Monat 100.- zusätzlich volle Erstattung der Spesen. Für Sonderberichte könnte ich zusätzlich Geld bekommen. Wenn ich meine Arbeit gut machen würde, könnte ich dann später für andere "journalistische" Aufgaben herangezogen werden, z.B. zum Besuch von Veranstaltungen. Der Bericht über unseren Club sollte von mir am Freitag an ihn übergeben werden, der Bericht über den SJC später, da dies ja länger dauern würde.

Gossner Mission

Anschließend lud er mich zum Essen ein, zu dem wir uns auf meinen Wunsch hin, in ein anderes Zimmer setzten. Nach dem Essen gab er mir dann 100.-DM, deren Erhalt ich ihm auf einem formlosen Quittungsblock unterschrieb. Er wies zum Schluß nochmals auf die absolute Geheimhaltung hin und bemerkte, falls er etwas gegenteiliges höre, wäre es mit den Geldzahlungen am Ende.

Freitag, den 1.Dezember 1967

Anruf von H., daß er leider nicht kommen könnte, da er in Aachen einen Unfall gehabt hätte. (Das Ferngespräch war meines Erachtens vorgetäuscht). Wegen des Berichtes würde er sich noch an mich wenden und einen Treffpunkt nennen.

Personalien:

"GerdHoltmann" ca. 45 Jahre alt, groß,stämmig, sehr gebildet(bewandert in Literatut) gab an, aus Frankfurt zu stammen, obwohl er keinen Dialekt sprach. Adresse: nicht im Telefonbuch. Institut nicht existent (wurde von mir durch Einschreiben angeschrieben, Brief ist unzustellbar zurückgekommen. Trägt Hörgerät - Leitung zum Ohr!

Personalien von mir:

Alter 25 Jahre, Vorstandsmitglied Club "humanite" (zuständig für die Finanzen). Beruf kfm. Angestellter nach erfolgreich abgeschlossener Lehre als Industriekaufmann. Interessen: Poltik,Engagement in der Gewerkschaft und der Ostermarschbewegung.

- - - - - - - - - - - - -

Gossner Mission